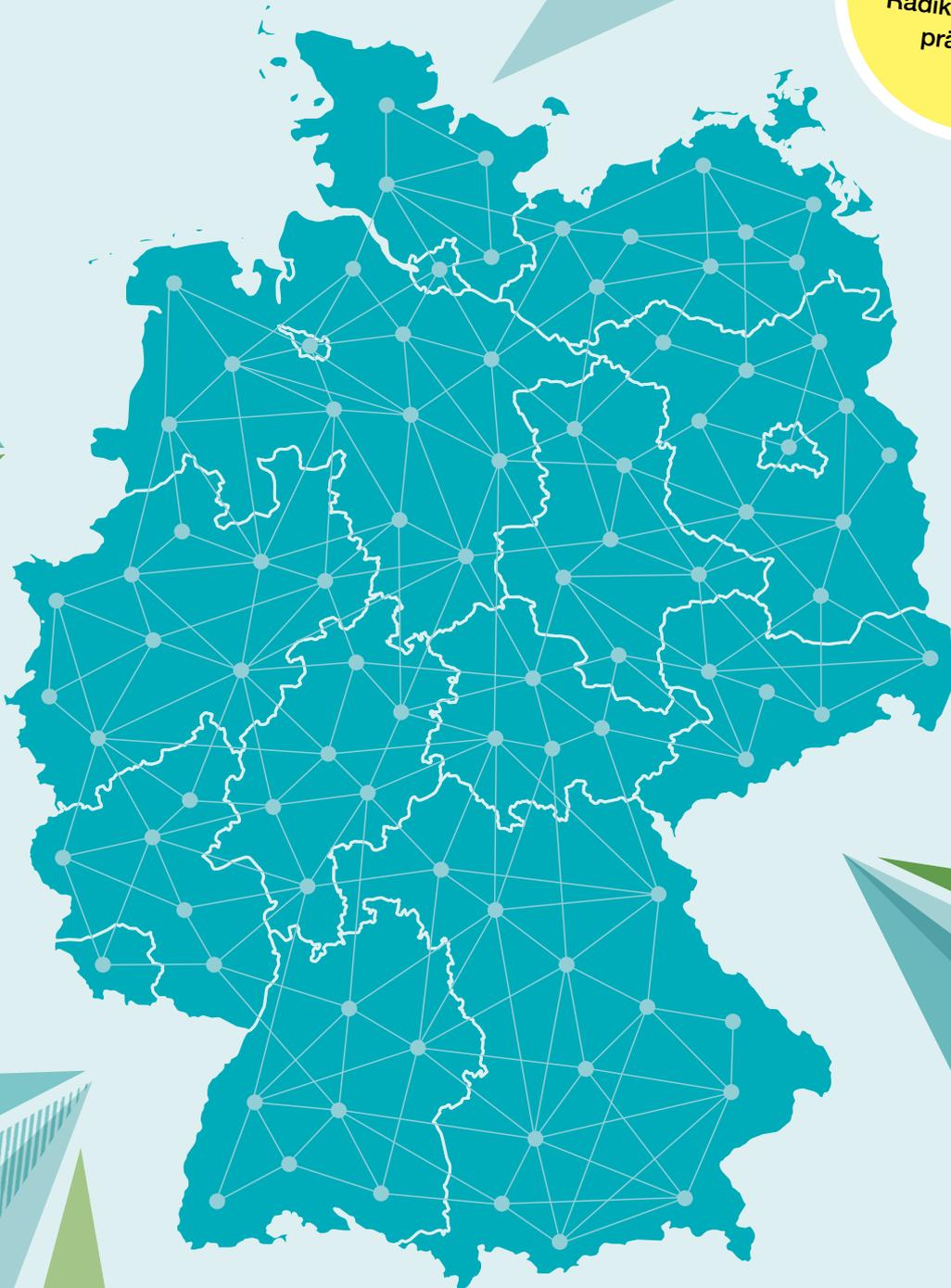


Islamismusprävention in Deutschland

Akteure und Strukturen in Bund und Ländern

bpb
Bundeszentrale für
politische Bildung

Eine Publikation
des Infodienst
Radikalisierungs-
prävention



Impressum

Herausgeberin:
Bundeszentrale für politische Bildung/bpb,
Adenauerallee 86, 53113 Bonn, www.bpb.de

Redaktion:
Judith Halbach und Katharina Reinhold
(Konzept und Text), Redaktionsbüro
Kauer, Köln, www.redaktion-kauer.de

Jana Kärgel und Dr. Christian Saßmanns-
hausen (bpb, verantwortlich)

Stella Covaci, Hendrik Gunz, Gereon
Schloßmacher, Luisa Rath und
Yasmina Bouchequif (Unterstützung
bei Recherche und Text)

Gestaltung:
Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln,
www.leitwerk.com

Aquarell-Illustrationen (siehe rechts):
© Büro u-53, Peter Pichler

Druck:
Brandt GmbH, Bonn

Papier:
100% Recyclingpapier

Vertrieb:
IBRo, Verbindungsstraße 1,
18184 Roggentin

Redaktionsschluss:
Februar 2020

Bestellnummer:
9658

ISBN:
978-3-8389-7198-8

Eine Publikation des

Infodienst Radikalisierungsprävention – Herausforderung Islamismus

Was kann man gegen Radikalisierung tun? Wie kann man junge Menschen stärken,
die möglicherweise radikalierungsgefährdet sind? Wie kann der Ausstieg aus
radikalen Gruppen gelingen?

Der **Infodienst Radikalisierungsprävention – Herausforderung Islamismus**
ist ein Online-Portal mit Newsletter der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb.
Er bietet Hintergrundwissen, pädagogische Materialien, Veranstaltungshinweise
und eine Übersicht mit Beratungsangeboten – unter anderem für Schule,
Sozialarbeit, Beratungsstellen oder Behörden.

www.bpb.de/infodienst



Inhalt

Editorial	4
So können Sie mit dieser Publikation arbeiten	6
<hr/>	
Präventionsstrukturen auf Bundesebene	8
Präventionsstrukturen in den Bundesländern	18
Baden-Württemberg	18
Bayern	28
Berlin	36
Brandenburg	44
Bremen	52
Hamburg	60
Hessen	68
Mecklenburg-Vorpommern	78
Niedersachsen	84
Nordrhein-Westfalen	92
Rheinland-Pfalz	104
Saarland	110
Sachsen	116
Sachsen-Anhalt	124
Schleswig-Holstein	132
Thüringen	138
Überblicksgrafiken zu Bundesebene und Bundesländern zum Heraustrennen	144



Editorial



Beratungsnetzwerke hier, Landeskoordinierungsstellen dort, und mancherorts kommen noch interministerielle Arbeitsgruppen hinzu; in jedem Bundesland gibt es ein Landes-Demokratiezentrum – allerdings ist dieses jeweils bei

unterschiedlichen Ministerien oder Behörden verortet. In einem Bundesland wird von Tertiärprävention gesprochen, im nächsten heißt es Intervention oder Deradikalisierung ...

Blicken Sie da noch durch?

Ob Bund, Länder oder Kommunen, ob staatliche oder zivilgesellschaftliche Akteure: Sie alle verfolgen das gleiche Ziel – die Prävention und Bekämpfung von extremistischem Islamismus in Deutschland. Dabei ist es schwierig, in einem dynamischen Arbeitsfeld wie der Islamismusprävention den Überblick zu behalten: Wer ist eigentlich wofür zuständig? Wem kommt welche Aufgabe in der Präventions-, Interventions- und Deradikalisierungsarbeit zu? In welchen Gremien tauschen sich die Akteure aus, und wie ist die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Akteuren geregelt?

Das sind Fragen, die auch die Redaktion des **Infodienst Radikalisierungsprävention – Herausforderung Islamismus** seit geraumer Zeit beschäftigen. Seit Beginn des Jahres 2018 hat die Redaktion recherchiert, Informationen zusammengetragen und Gespräche mit den Verantwortlichen in Bund und Ländern geführt, um Licht ins Dunkel zu bringen. Herausgekommen ist dabei eine Serie, in der nach und nach die Strukturen der Präventionsarbeit im Bereich Islamismus auf Bundesebene und

in den einzelnen Bundesländern online veröffentlicht wurden.

Doch als die Arbeit am letzten Bundesland abgeschlossen war, musste sie eigentlich schon wieder von vorn beginnen – zu viel hatte sich verändert: In den Förderprogrammen des Bundes begannen im Januar 2020 die neuen Förderperioden, und auch in einigen Bundesländern sind die Entwicklungen vorangeschritten. Handlungskonzepte wurden verabschiedet, Kompetenzzentren gegründet und Synergien geschaffen.

Trotz all dieser Dynamiken ist es mit der vorliegenden Publikation erstmals gelungen, eine systematische Übersicht über die Organisation der Präventionslandschaft im Bereich Islamismus in Deutschland vorzulegen und den aktuellen Stand der Präventionsarbeit und ihrer Akteure abzubilden – wohl wissend, dass auch die hier abgedruckten Informationen nur eine Momentaufnahme der Islamismusprävention in Deutschland im Februar 2020 darstellen können.

Bei der Erstellung dieser Handreichung hatten wir vor allem Sie im Blick – Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ministerien oder Behörden im Themenfeld Islamismus- und Radikalisierungsprävention, in Beratungsstellen oder bei zivilgesellschaftlichen Trägern, die sich in der Primär-, Sekundär- oder Tertiärprävention engagieren oder die als Teil der Sicherheitsbehörden an der Bekämpfung von gewaltbereitem Islamismus mitwirken, Lehrkräfte auf der Suche nach Beratung und Unterstützung in ihrem Bundesland genauso wie diejenigen unter Ihnen, die sich einfach für das Thema interessieren und die verstehen wollen, wer was tut in Sachen Islamismusprävention in Deutschland.

Mit dieser Handreichung wollen wir Ihnen dabei helfen, angesichts komplexer Strukturen der Zuständigkeiten und Zusammenarbeit den Überblick zu behalten, schneller an die benötigten Informationen zu gelangen und Ihre jeweiligen Netzwerk- und Ansprechpartner rasch zu identifizieren. Mit dem Blick über den Tellerrand Ihres eigenen Bundeslandes möchten wir Ihnen auch die Möglichkeit geben, voneinander zu lernen und sich miteinander auszutauschen.

Am Ende jedes Bundesland-Kapitels bieten wir Ihnen eine Übersicht mit Links zu den zentralen Akteuren der Islamismusprävention. Schließlich finden Sie im Anhang der Publikation noch einmal die Überblicksgrafiken jedes Bundeslandes sowie der Bundesebene auf jeweils einer Seite kompakt zusammengefasst und zum Heraustrennen.

In dieser Handreichung haben wir versucht, Ihnen die wichtigsten Informationen rund um die Organisation der Islamismusprävention in aller Kürze und doch umfassend zusammenzustellen. Doch auch bei der gründlichsten Recherche kann man etwas übersehen: Geben Sie uns gern einen Hinweis, falls Ihnen auffällt, dass in einem Bundesland wichtige Akteure ergänzt werden sollten oder Strukturen sich verändert haben, sodass wir diese im Online-Portal des **Infodienst Radikalisierungsprävention** und bei einer zukünftigen Neuauflage berücksichtigen können.

Das Arbeitsfeld wird sich auch in Zukunft wandeln, neue Herausforderungen werden hinzukommen, einzelne Akteure werden zusätzliche oder andere Aufgaben wahrnehmen. Als Bundeszentrale für politische Bildung sind wir bestrebt, diesen Wandel mit dem **Infodienst Radikalisierungsprävention** weiterhin zu begleiten.

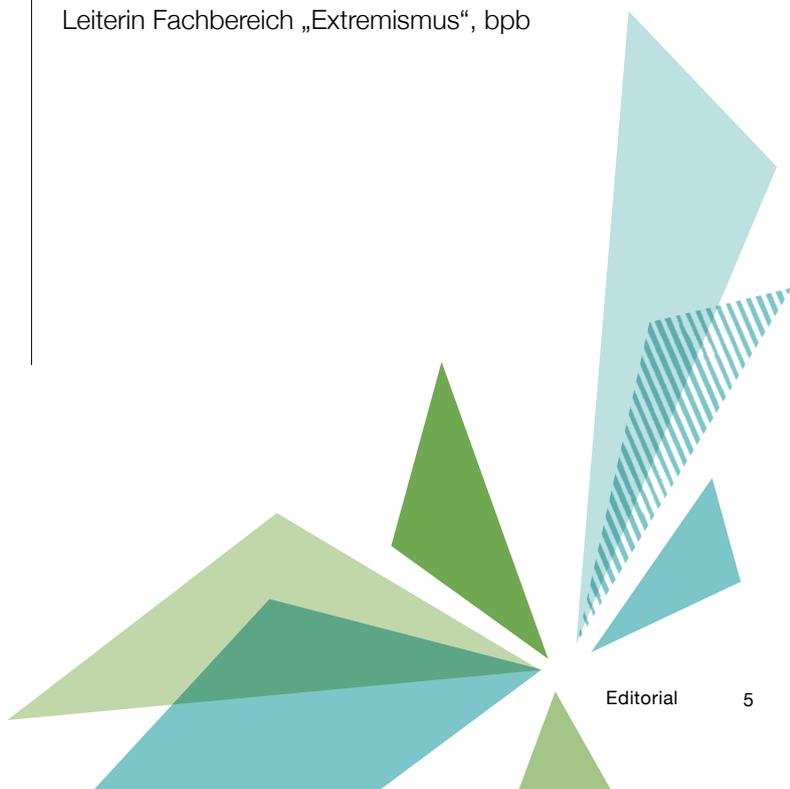
Unter www.bpb.de/infodienst finden Sie beispielsweise eine Datenbank mit Anlaufstellen und Beratungsangeboten im gesamten Bundesgebiet, aktuelle Termine und Stellenangebote aus dem Arbeitsfeld, Fachbeiträge und vieles mehr.

Zusätzlich können Sie den Newsletter des **Infodienst Radikalisierungsprävention** abonnieren. Dieser erscheint alle sechs Wochen und hat neben aktuellen Meldungen rund um das Thema Islamismus auch eine Übersicht über neu erschienene Publikationen, Handreichungen und Bildungsmaterialien sowie Fachbeiträge im Gepäck.

Schließen möchte ich mit einem herzlichen Dank an all diejenigen unter Ihnen, die uns als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in Bund, Ländern und Kommunen, von zivilgesellschaftlicher wie auch von staatlicher Seite bei der Erstellung dieser Publikation fortwährend mit Informationen unterstützt und mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben.



Hanne Wurzel
Leiterin Fachbereich „Extremismus“, bpb



So können Sie mit dieser Publikation arbeiten

Bei der Erstellung dieser Publikation war es uns besonders wichtig, die vielfältigen Informationen möglichst übersichtlich bereitzustellen, um Ihnen einen nützlichen Service zu bieten. Hier sind einige Vorschläge für Ihre Arbeit mit dieser Publikation:

► Relevante Informationen schnell finden und vergleichen

Die **Beiträge zu den einzelnen Bundesländern** sind jeweils gleich aufgebaut und beantworten die rechts aufgeführten Fragen 1. bis 6. So können Sie für Ihren Bereich relevante Informationen schnell finden und zwischen einzelnen Bundesländern vergleichen.

► Grafiken nutzen, um einen Überblick zu gewinnen

Zu jedem Bundesland sowie zu den Bundesstrukturen gibt es einleitend eine **Überblicksgrafik**, die die wichtigsten Akteure der Islamismusprävention und ihre Zusammenarbeit abbildet:

- Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sowie Gremien werden farblich unterschieden.
- Die Finanzierung von Trägern und Projekten durch Bundes- und Landesprogramme oder Ministerien wird aufgeführt.

Die **Grafiken** finden Sie am Ende der Publikation auch noch einmal **zum Heraustrennen**. Dadurch bieten sich Ihnen zum Beispiel folgende Möglichkeiten:

- Sie können die Grafik zur Übersicht über Akteure und Strukturen nutzen, während Sie den Text eines Bundeslandes lesen.
- Sie können die Strukturen mehrerer Bundesländer einfach miteinander vergleichen.

► Passende Ansprechpartnerinnen und -partner ermitteln

Am Ende des Kapitels zu jedem Bundesland finden Sie **nützliche Links** zu weiterführenden Quellen sowie zu den im Text aufgeführten Akteuren. So können Sie schnell die Kontaktinformationen zu passenden Ansprechpartnerinnen und -partnern ermitteln.

Präventionsstrukturen auf Bundesebene

Seite 8

Präventionsstrukturen in den Bundesländern

Seite 18

Überblicksgrafik des Bundeslandes

1. Gibt es eine landeseigene Präventionsstrategie im Bereich Islamismus?
2. Wie ist die Präventionsarbeit organisiert?
3. Welche Rolle spielen die Akteure der Bundesebene?
4. Wie arbeiten Landesebene und kommunale Ebene zusammen?
5. Welche zivilgesellschaftlichen Akteure sind aktiv und wie arbeiten staatliche Akteure mit ihnen zusammen?
6. Welche Besonderheiten gibt es hinsichtlich der Präventionsarbeit?
7. Quellen, Anlaufstellen und Präventionsprojekte

Überblicksgrafiken zu Bundesebene und Bundesländern zum Heraustrennen

Seite 144

Bundesebene / Akteure und Organisation der Islamismusprävention

Staatliche Akteure

IMA

- BMI
- BMFSFJ
- weitere Bundesressorts

AG Deradikalisierung (im GTAZ)

- BAMF (Geschäftsstelle)
- BfV
- BKA
- BMI
- GBA
- LfV
- LKÄ
- Strafverfolgungsausschuss der Länder
- anlassbezogen: weitere GTAZ-Behörden und weitere staatliche Akteure wie BMFSFJ oder bpb

BMI

Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“

„Nationales Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus“

BMFSFJ

Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Weitere Bundesressorts

z. B. BMIBF, BMAS, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

dem BMI nachgeordnet

Bundesamt für Verfassungsschutz

Bundeskriminalamt

Nationales Zentrum Kriminalprävention

Bundeszentrale für politische Bildung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

dem BMFSFJ nachgeordnet

Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

Administrative Umsetzung von „Demokratie leben!“

Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention des Deutschen Jugendinstituts

Zivilgesellschaft

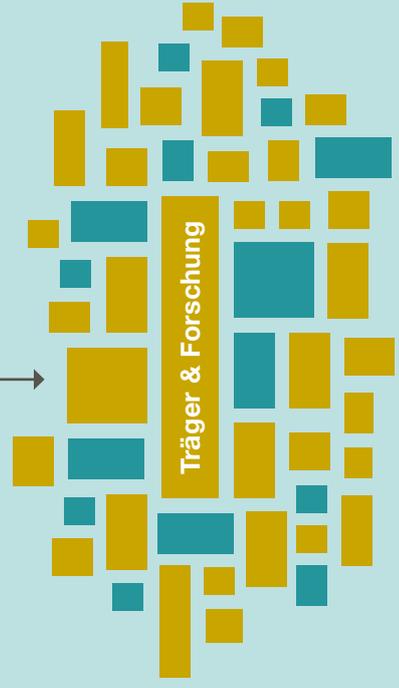
Bundesweite Verbände

Finanzierung durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (BMFSFJ) im Rahmen des „Nationalen Präventionsprogramms gegen islamistischen Extremismus“ (BMI und BMFSFJ) und/ oder durch die Bundeszentrale für politische Bildung

Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (Teil des KN:IX)

Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX)

Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus



Finanzielle Förderung

- Staatliche Akteure
- Zusammenschluss staatlicher Akteure
- Zivilgesellschaftliche Akteure
- Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Akteure
- Abstimmung / Austausch zwischen den Akteuren
- Finanzielle Förderung

- BAMF:** Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- BfV:** Bundesamt für Verfassungsschutz
- BKA:** Bundeskriminalamt
- BMAS:** Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- BMBF:** Bundesministerium für Bildung und Forschung
- BMFSFJ:** Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- BMI:** Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
- bpb:** Bundeszentrale für politische Bildung
- GBA:** Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
- GTAZ:** Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum
- IMA:** Interministerielle Arbeitsgruppe zur Demokratieförderung und Extremismusprävention
- LFV:** Landesämter für Verfassungsschutz
- LKÄ:** Landeskriminalämter



Präventionsstrukturen auf Bundesebene



Bundesministerien und -behörden sind bereits seit Langem in der Extremismusprävention – auch im Bereich Islamismus – aktiv. Das *Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat* und das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* zählen mit ihren Förderprogrammen bundesweit zu den wichtigsten Akteuren, denn sie finanzieren einen bedeutenden Teil der Präventionsarbeit auf den Ebenen der Länder sowie Kommunen und unterstützen als Impulsgeber. Im Jahr 2016 hat die Bundesregierung eine Strategie vorgelegt, die vorsieht, die Aktivitäten des Bundes in der Extremismusprävention zu bündeln und zu optimieren.

1. Gibt es eine bundesweite Präventionsstrategie im Bereich Islamismus?

1.1 – Die Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung

Das damalige Bundeskabinett hat im Juli 2016 die *Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung* beschlossen. Sie ist die ressortübergreifende Strategie in diesem Bereich und wurde vom *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* sowie vom *Bundesministerium des Innern* gemeinsam vorgelegt.

Die Strategie verfolgt einen phänomenübergreifenden Ansatz und richtet sich gegen jegliche Formen menschenfeindlicher Ideologien. Als Schwerpunkte werden unterschiedliche Formen des Extremismus genannt, unter anderem Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus sowie Islamfeindlichkeit.

Unter anderem soll die Strategie dazu beitragen, die Aktivitäten des Bundes in der Extremismusprävention zu bündeln und zu optimieren. Sie sieht vor, die verschiedenen Ansätze und Programme zu verzahnen, Synergien zu schaffen sowie Lücken zu schließen.

Extremismusprävention umfasst demnach alle Maßnahmen, die der Ablehnung der Werteordnung des Grundgesetzes und des demokratischen Verfassungsstaates vorbeugen und entgegenwirken sollen.

Als Handlungsfelder nennt die Bundesregierung:

- Politische Bildung, interkulturelles Lernen und Demokratiewerke
- Zivilgesellschaftliches Engagement
- Beratung, Monitoring und Intervention
- Medien und Internet
- Forschung
- Internationale Zusammenarbeit

Die Bundesregierung ist bereits seit Langem in der Extremismusprävention aktiv. Seit 1992 werden Programme und Maßnahmen der Prävention gefördert, ab 2001 wurde auch die Demokratieförderung verstärkt. Auf EU-Ebene verabschiedeten die Mitgliedstaaten bereits 2005 eine Strategie der Terrorismusbekämpfung, die unter anderem Präventionsmaßnahmen vorsah.

1.2 – Nationales Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus (NPP)

Ergänzend zur Präventionsstrategie hat der Koalitionsausschuss der Bundesregierung im Jahr 2017 das *Nationale Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus (NPP)* beschlossen, an dem mehrere Bundesressorts mit eigenen Projektvorhaben beteiligt sind, zum Beispiel die *Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration*. Es wird auch in der aktuellen Legislaturperiode fortgesetzt, das sieht der Koalitionsvertrag vom März 2018 vor.

Das Programm baut auf der Präventionsstrategie und den bereits bestehenden Präventionsmaßnahmen auf und benennt weitere Schwerpunkte.

Die Schwerpunkte des *NPP* sehen vor,

- vor allem Jugendliche und junge Erwachsene an den relevanten Orten der Prävention besser zu erreichen,
- die Prävention im Netz zu verstärken,
- mit Integrationsmaßnahmen der Radikalisierung den Nährboden zu entziehen,
- die Prävention und Deradikalisierung im Strafvollzug und in der Bewährungshilfe zu fördern sowie
- die Wirksamkeit der Extremismusprävention zu erhöhen.

Neben diesen Schwerpunkten hat sich das *NPP* zum Ziel gesetzt, die bestehende enge Kooperation und Koordination zwischen Bund, Ländern und Kommunen, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft weiter voranzubringen. Weiterhin ermöglicht das *NPP* die flexible und situationsangepasste Umsetzung von Modellprojekten und praxisrelevanten Forschungsprojekten, die die zielgerichtete Optimierung von Maßnahmen der Prävention und Deradikalisierung sowie ihre möglichst passgenaue Ausrichtung auf spezifische Zielgruppen unterstützen.

Ausgehend von diesen inhaltlichen Vorgaben bildet das *NPP* einen Rahmen, in dem mehrere Bundesressorts in enger Abstimmung, aber jeweils eigener Zuständigkeit eine Vielzahl von Maßnahmen unterschiedlicher Ausgestaltung und Zielrichtung umsetzen.

1.3 – Zivilgesellschaftliche Präventionsarbeit auf Bundesebene

Verschiedene zivilgesellschaftliche Akteure sind bundesweit beziehungsweise überregional aktiv. Sie betreiben – überwiegend gefördert durch die Bundesländer beziehungsweise durch Landesbehörden und den Bund – jeweils mehrere Beratungsstellen in verschiedenen Ländern. Diese richten sich beispielsweise an das soziale Umfeld (mutmaßlich) radikalisierten Personen.

Hinzu kommen zwei zentrale Verbände, die jeweils mehrere zivilgesellschaftliche Akteure vertreten: die *Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx)* sowie das *Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus*. Seit 2020 gibt es zudem das *Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX)*, das zwei überregional aktive Träger und die *BAG RelEx* verbindet.

Die meisten Initiativen der Islamismusprävention arbeiten allerdings auf der kommunalen oder regionalen Ebene beziehungsweise sind in bestimmten Bundesländern landesweit aktiv. Auch viele dieser regionalen Akteure sind in der *BAG RelEx* oder im *Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus* vertreten. Darüber hinaus

gehören viele der regionalen Beratungsstellen der Länder zum Netzwerk der im *BAMF* angesiedelten *Beratungsstelle Radikalisierung*. Ein regelmäßiger Austausch und eine Zusammenarbeit etwa bei neuen Entwicklungen und Herausforderungen finden hier statt.

Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus

Die *Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx)* wurde Ende 2016 gegründet, arbeitet phänomenübergreifend und engagiert sich gegen jede Form von religiös begründetem Extremismus. Sie will zivilgesellschaftliche Akteure bundesweit vernetzen und als Interessenvertretung gegenüber staatlichen Einrichtungen, Politik und Gesellschaft fungieren. Sie vertritt knapp 30 zivilgesellschaftliche Träger aus dem Arbeitsfeld der Präventions- und Ausstiegsarbeit im Bereich des religiös begründeten Extremismus. Die *BAG RelEx* wird gefördert durch das Bundesprogramm *Demokratie leben!* des *BMFSFJ*, durch die *Bundeszentrale für politische Bildung* und das *Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus*.

Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“

Das *Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX)* umfasst die *BAG RelEx* sowie die beiden überregional aktiven Träger *Violence Prevention Network e. V.* und *Ufuq e. V.* Mit dem *KN:IX* und insbesondere durch die *BAG RelEx* soll die Repräsentanz, Unterstützung und fachliche Weiterentwicklung des breiten Spektrums an Ansätzen, die bundesweit bestehen, gewährleistet werden. Durch ihre Zusammenarbeit und die Zusammenführung der Expertise sollen sich Synergien ergeben, die die Entwicklung des Arbeitsfelds weiter fördern. Innerhalb des *KN:IX* finden Abstimmungen über die Inhalte und Veranstaltungen der Träger statt, um die Angebote an den Bedarfen der Zielgruppen auszurichten. Die Gesamtkoordination des Kompetenznetzwerks liegt bei der *BAG RelEx*.

Die Ziele des *KN:IX* sind in drei Säulen gegliedert: (1) Bedarfs- und Trendmonitoring, (2) Analyse, Auswertung und Rahmen für Weiterentwicklung sowie (3) Wissens- und Praxistransfer.

Ein Beirat begleitet das Netzwerk zur Qualitätssicherung und unterstützt beratend. Es soll jährlich ein Gutachten erstellt und auf einer Jahreskonferenz der Fachöffentlichkeit vorgestellt werden. Das *KN:IX* wird gefördert durch das Bundesprogramm *Demokratie leben!* des *BMFSFJ* und durch das *BMI* kofinanziert.¹

¹ BAG RelEx: Die *BAG RelEx* im *KN:IX*, kurz.bpb.de/nq8

Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus

Das Projekt zielt darauf ab, die Jugendstrukturen der islamischen Dachverbände als eigenständige Träger der Präventionsarbeit zu stärken. In der ersten Projektphase von 2015–2019 richtete das Netzwerk sich insbesondere an die islamischen Verbände der *Deutschen Islam Konferenz (DIK)*. Es fanden regelmäßige Treffen zur Erarbeitung von Positionierungen und zum Austausch statt. Koordiniert wurde das Netzwerk von der *Türkischen Gemeinde in Deutschland* in Kooperation mit dem *Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.* Das Auslaufen der Projektfinanzierung bringt Änderungen mit sich, was die zukünftigen Arbeitsschwerpunkte sowie die Zusammensetzung der teilnehmenden Verbände betrifft. Das *Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus* bleibt jedoch weiter bestehen.

2. Wie ist die Präventionsarbeit organisiert?

2.1 – Abstimmung zwischen den Ressorts auf Bundesebene

Die staatlich geförderte Präventionsarbeit auf Bundesebene wird nicht von einer zentralen Stelle gesteuert, sondern zwischen den beteiligten Akteuren in verschiedenen Gremien koordiniert. Dabei sind verschiedene Ressorts und verschiedene staatliche Ebenen beteiligt.

Interministerielle Arbeitsgruppe zur Demokratieförderung und Extremismusprävention

Zur Abstimmung innerhalb der Bundesregierung zwischen den beteiligten Bundesministerien und den jeweiligen nachgeordneten Behörden dient die *Interministerielle Arbeitsgruppe zur Demokratieförderung und Extremismusprävention (IMA)*, die in der 18. Legislaturperiode (2013–2017) eingerichtet wurde und in der 19. Legislaturperiode fortgesetzt wird.

GTAZ: Arbeitsgruppe Deradikalisierung

Darüber hinaus existiert die *Arbeitsgruppe Deradikalisierung* innerhalb des *Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ)*. Sie ist eine Kommunikations- und Kooperationsplattform für die Expertinnen und Experten der im Bereich der Deradikalisierung zuständigen Bundes- und Landesbehörden. Die Federführung der Arbeitsgruppe wechselte 2019 vom *Bundesamt für Verfassungsschutz* zum *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge*.

An der Arbeitsgruppe und ihren themenspezifischen Unterarbeitsgruppen nehmen regelmäßig ausgewählte Vertreterinnen und Vertreter der GTAZ-Behörden sowie weitere Akteure teil. Die Mitglieder der *AG Derad* sind in der

Termine und Stellenangebote

Die Redaktion des Infodienstes stellt Veranstaltungshinweise, Fortbildungen und Stellenangebote aus dem Themenfeld Radikalisierungsprävention zusammen.

www.bpb.de/infodienst-termine-stellen

Überblicksgrafik auf S. 8 aufgeführt. (Die GTAZ-Behörden sind: *Bundeskriminalamt, Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Bundespolizei, Zollkriminalamt, Militärischer Abschirmdienst, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Vertreter des Generalbundesanwaltes, 16 Landeskriminalämter sowie 16 Landesämter für Verfassungsschutz*).

Ziel ist der Erfahrungs- und Informationsaustausch über Maßnahmen und Handlungsansätze zur Bekämpfung von islamistischer Radikalisierung sowie deren Weiterentwicklung. In verschiedenen Formaten gibt es auch einen Austausch mit Akteuren, die nicht beziehungsweise nicht regelmäßig in der *AG Deradikalisierung* vertreten sind (z. B. *BMFSFJ, Bundeszentrale für politische Bildung, zivilgesellschaftliche Akteure*).

Beteiligte Ministerien

Die wichtigsten Akteure der Präventionsarbeit auf Bundesebene sind das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* und das *Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI)*. Sie sind für die Präventionsprogramme *Demokratie leben!* und *Zusammenhalt durch Teilhabe* zuständig, aus denen zahlreiche Projekte der Prävention im gesamten Bundesgebiet finanziert werden, und sie koordinieren die Finanzierung von Projekten mit Mitteln des *NPP* (► siehe Abschnitt 2.2, S. 12).

Die Bundesregierung nennt in ihrer Strategie weitere Bundesministerien, die mittelbar eine Rolle für die Prävention spielen, weil sie mit verschiedenen Maßnahmen präventiv wirken. Dazu gehören das *Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)* mit Qualifizierungsmaßnahmen und das *Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)* mit einem Förderprogramm in der Ausbildung. Das *Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)* fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt im ländlichen Raum. Das *Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)* bietet Fördermaßnahmen zur Demokratiebildung und fördert in seinem Programm *Forschung für die zivile Sicherheit* die Forschung im Bereich Extremismus (siehe Abschnitt 2.5, S. 14).

2.2 – Bundesprogramme im Präventionsbereich

Zentrale „Bausteine“ der Präventionsstrategie der Bundesregierung sind die Bundesprogramme *Demokratie leben!* und *Zusammenhalt durch Teilhabe*.

BMFSFJ: Demokratie leben!

Das Bundesprogramm *Demokratie leben!* des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wurde 2015 initiiert. Es ist der Nachfolger der früheren Programme *Toleranz fördern – Kompetenz stärken* sowie *Initiative Demokratie stärken*. Die erste Förderperiode endete 2019, Anfang 2020 hat die zweite Förderperiode begonnen. Es stehen für das Jahr 2020 mehr als 115 Millionen Euro zur Umsetzung des Programms zur Verfügung. Das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) ist vom BMFSFJ mit der administrativen Umsetzung von *Demokratie leben!* beauftragt worden.

Das BMFSFJ will mit dem Programm das zivilgesellschaftliche Engagement für Demokratie und gegen jede Form von Extremismus vor Ort unterstützen. Es ist phänomenübergreifend angelegt – neben gewaltorientiertem Islamismus geht es dabei unter anderem auch um Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Gefördert werden Projekte in ganz Deutschland, die sich „für ein vielfältiges, respektvolles und gewaltfreies Miteinander einsetzen“².

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend setzt *Demokratie leben!* auf der Grundlage seiner Zuständigkeit für den Kinder- und Jugendschutz um.

Im Bundesprogramm *Demokratie leben!* werden in der zweiten Förderperiode ab 2020 zunächst insgesamt etwa 120 Modellprojekte in folgenden Handlungsfeldern gefördert:

- Demokratieförderung
- Vielfaltgestaltung
- Extremismusprävention

Die Handlungsfelder gliedern sich jeweils in einzelne Themenfelder auf. Das Handlungsfeld Extremismusprävention umfasst die folgenden Themenfelder:

- Rechtsextremismus
- Islamistischer Extremismus
- Linker Extremismus
- Phänomenübergreifende Prävention: Wechselwirkungen einzelner Phänomene, Deeskalationsarbeit
- Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe

Projekte zur Prävention von islamistischem Extremismus werden vor allem im gleichnamigen Themenfeld aufgeführt; in einigen der phänomenübergreifenden Themenfelder und Handlungsbereichen wie etwa „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ oder den *Landes-Demokratiezentren* spielt Islamismusprävention jedoch ebenfalls eine Rolle. Die geförderten Projekte werden im Einzelnen bei den jeweiligen Bundesländern aufgeführt.

Im Rahmen von *Demokratie leben!* werden vor allem zivilgesellschaftliche Strukturen und Modellprojekte gefördert (siehe Informationen zur Programmstruktur auf der Website von *Demokratie leben!*). Einige werden durch die *Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration* im Rahmen einer Kofinanzierung unterstützt. Das Bundesprogramm benennt vier Handlungsbereiche: „Kommune“, „Land“, „Bund“ und „Modellprojekte“.

Zum Handlungsbereich „Kommune“ gehört die Förderung lokaler *Partnerschaften für Demokratie*.

Der Handlungsbereich „Land“ umfasst die Förderung von *Landes-Demokratiezentren* in allen 16 Bundesländern zur landesweiten Koordinierung und Vernetzung sowie von Mobiler Beratung, Opferberatung, Distanzierungs- und Ausstiegsberatung.

Der Handlungsbereich „Bund“ umfasst die Förderung von 14 *Kompetenzzentren und -netzwerken* auf Bundesebene. Im Bereich „Islamistischer Extremismus“ wird ab 2020 das *Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX)* gefördert. Es wird gebildet von der *Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx)* und den überregional tätigen Trägern *Ufuq* und *Violence Prevention Network (VPN)* (► siehe auch Abschnitt 1.3 auf S. 10).

RÜCKBLICK FÖRDERPERIODE 2015–2019

In der Förderperiode 2015–2019 wurden die Mittel für das Bundesprogramm im Laufe der Jahre deutlich erhöht: von 40,5 Millionen Euro im Jahr 2015 auf 115,5 Millionen Euro im Jahr 2019. Es wurden zum einen Strukturen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene gefördert, zum anderen eine Vielzahl von Modellprojekten; ein wichtiges Themenfeld war dabei die Radikalisierungsprävention (bezogen auf Rechtsextremismus, islamistische Orientierungen und Handlungen sowie linke Militanz). Mindestens 42 Modellprojekte beschäftigten sich schwerpunktmäßig mit islamistischer Radikalisierung, hinzu kamen phänomenübergreifende Projekte und Projekte in Strafvollzug und Bewährungshilfe.³

² Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: *Über „Demokratie leben!“*, kurz.bpb.de/nq9

³ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: *Überblick Förderperiode 2015–2019*, kurz.bpb.de/nqa

BMI: Zusammenhalt durch Teilhabe

Das Bundesprogramm *Zusammenhalt durch Teilhabe* wurde vom damaligen *Bundesministerium des Innern (BMI)* 2010 als Ergänzung zu den bestehenden Aktivitäten des *BMFSFJ* aufgelegt. Das Bundesprogramm ist verstetigt und mit dem Start der neuen Förderperiode 2020 als Aufgabe dauerhaft bei der *Bundeszentrale für politische Bildung* verankert. Das Programm fördert Projekte für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus. Gestartet ist es in den ostdeutschen Bundesländern, nun bezieht sich die Förderung auf ländliche und strukturschwache Gegenden bundesweit.

Im Mittelpunkt stehen regional verankerte Vereine, Verbände und Multiplikatoren. Es werden ehrenamtliche Demokratieberaterinnen und -berater ausgebildet, die in der Lage sind, Konflikte mit Bezug zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu identifizieren und zu bearbeiten. Außerdem werden Modellprojekte im Themenfeld „Digitale Stärkung und Entwicklung von Verbänden“ gefördert, die Partizipation und demokratisches Lernen voranbringen wollen. Das Fördervolumen für die aktuelle Förderperiode 2020–2024 umfasst jährlich insgesamt 12 Millionen Euro.

BMFSFJ: Respekt Coaches

Das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* finanziert auch das Programm *Respekt Coaches*. Es wird von den *Jugendmigrationsdiensten (JMD)* an rund 190 Standorten in allen Bundesländern umgesetzt. Die *JMD* kooperieren dafür mit Schulen und weiteren Partnern. Das Programm soll in Gruppenangeboten demokratische Werte für junge Menschen erlebbar machen und sie in ihrer Persönlichkeit stärken. Schülerinnen und Schüler sollen den Wert einer vielfältigen Gesellschaft erfahren und lernen, unterschiedliche Weltanschauungen und Lebensweisen besser zu verstehen. Dies soll auch der Extremismusprävention dienen.

2.3 – Präventionsarbeit der Bundesbehörden

Im Geschäftsbereich des *Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat* sind zwei Bundesbehörden angesiedelt, die in der Präventionsarbeit auf Bundesebene eine wichtige Rolle spielen: die *Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)* sowie das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)*.

Bundeszentrale für politische Bildung

Die Aufgabe der *Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)* ist es unter anderem, das demokratische Bewusstsein zu fördern. Sie zielt mit ihrer Arbeit darauf, der Entstehung und Verfestigung extremistischer Einstellungen durch Bildungsarbeit entgegenzuwirken. Sie bietet bundesweit ein umfangreiches Informationsangebot sowie

verschiedene Bildungsformate wie Print- und Online-Publikationen sowie Veranstaltungen an. Die Angebote richten sich teilweise an die Allgemeinheit und sollen zum Beispiel über Extremismus informieren; teilweise richten sie sich speziell an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Akteure aus der Radikalisierungsprävention und sollen diese mit Fachinformationen versorgen und qualifizieren. Außerdem arbeitet die *bpb* im Netzwerk gemeinsam mit den *Landeszentralen für politische Bildung* sowie zahlreichen weiteren Bildungseinrichtungen und -trägern zusammen. Dazu gehört auch, dass die *bpb* Fördermittel vergibt, zum einen für innovative Modellprojekte, zum anderen für anerkannte Bildungsträger.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Beratungsstelle Radikalisierung

Die *Beratungsstelle Radikalisierung* beim *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* bietet Unterstützung für Angehörige und andere Personen aus dem sozialen Umfeld von Menschen, die sich (mutmaßlich) islamistisch radikalisieren. Die *Beratungsstelle* besteht seit 2012.

Im Erstgespräch klären erfahrene und speziell ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Anliegen der Ratsuchenden, bereiten den Sachverhalt bei Bedarf auf und übermitteln diesen zur weiteren Bearbeitung an das Netzwerk vor Ort. Das *BAMF* arbeitet derzeit mit zivilgesellschaftlichen und staatlichen Kooperationspartnern in verschiedenen Bundesländern zusammen, die langjährige Erfahrungen in den Bereichen Extremismusprävention und Deradikalisierung aufweisen. Bei sicherheitsrelevanten Konstellationen arbeiten das *BAMF* und das gesamte Netzwerk mit den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder zusammen.

Darüber hinaus arbeitet das *BAMF* mit den staatlichen Distanzierungs- und Ausstiegsprogrammen der Länder zusammen.

Das Forschungszentrum des *BAMF* führt die wissenschaftliche Begleitung der *Beratungsstelle Radikalisierung* des *BAMF* und der bundesfinanzierten Träger durch. Ziele sind dabei unter anderem die Konzipierung und Umsetzung eines Qualifizierungslehrgangs für Beratende, die Ausdifferenzierung von Standards, Forschung zu einschlägigen Themen- und Handlungsfeldern sowie die Evaluierung von Beratungsarbeit und Netzwerkprozessen. Finanziert wird die wissenschaftliche Begleitforschung in weiten Teilen durch das *Nationale Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus (NPP)* der Bundesregierung.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Rückkehrkoordination

Kehren „IS“-Anhängerinnen und -Anhänger aus den ehemaligen Gebieten des selbst ernannten Islamischen Staates nach Deutschland zurück, sind verschiedene staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure involviert. Das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* hat seit 2019 in sieben Bundesländern Koordinationsstellen geschaffen, deren Aufgabe es ist, den gesamten Prozess im Blick zu behalten, die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten behördlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren abzustimmen und die Initiierung von möglichen Deradikalisierungsmaßnahmen zu prüfen. Das Programm wird im Jahr 2020 weiter finanziert, über eine Fortführung im Jahr 2021 wird noch entschieden.⁴

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Kooperationsnetzwerk: Sicher zusammenleben

Das *Kooperationsnetzwerk: Sicher zusammenleben* (vormals *Clearingstelle Präventionskooperation*) wurde im März 2008 durch einen Beschluss der *Deutschen Islam Konferenz* ins Leben gerufen und ist beim *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* angesiedelt. Das *Kooperationsnetzwerk: Sicher zusammenleben* setzt sich für eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden und muslimischen Organisationen ein und fördert bundesweit koordinierend den Dialog und Austausch zwischen beiden Seiten. Neben „Extremismusprävention“ bilden auch Themen wie „Antimuslimischer Rassismus“ und „Sicherheit von Moscheen“ die Inhalte verschiedener Dialog- und Kooperationsformate.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Weitere Maßnahmen

Weiterhin fördert das *BAMF* Projekte in zivilgesellschaftlicher Trägerschaft, die sich der Präventions- und/oder Deradikalisierungsarbeit im Phänomenbereich widmen. So werden neben Angeboten der Angehörigen- und Umfeldberatung eine Vielzahl an Modellprojekten finanziert, beispielsweise in der wissenschaftlichen Erforschung von Radikalisierungsprozessen oder im Themenfeld „Aufwachsen von Kindern in extremistisch geprägten Familien“.

2.4 – Rolle der Sicherheitsbehörden

Auch die Sicherheitsbehörden auf Bundesebene sind über ihre Aufgaben im repressiven Bereich hinaus teilweise in der Präventionsarbeit aktiv – indem sie Analysen durchführen, Informationen für die breite Öffentlichkeit sowie für Fachkräfte bereitstellen und Sensibilisierungsmaßnahmen durchführen.

So hat die polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes Lehr- und Lernmaterialien entwickelt, die Jugendliche für islamistische Propaganda sensibilisieren sollen. Sie informiert zudem auf ihrer Website über das Thema.

Im *Bundeskriminalamt (BKA)* existiert seit 2003 die *Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus (FTE)*. Zu ihren Aufgaben gehört, die Präventionsarbeit mit wissenschaftlicher Expertise zu fördern. Sie veröffentlicht unter anderem Studien zu den Themen Radikalisierung, Extremismus und Prävention. Gleichfalls gibt sie das phänomenübergreifende „Handbuch Extremismusprävention“ heraus.

Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung

Die *FTE* des *BKA* verantwortet das Projekt *Monitoringssystem und Transferplattform Radikalisierung (MOTRA)*. *MOTRA* ist ein über das *Bundesministerium für Bildung und Forschung* geförderter Forschungsverbund im Kontext der zivilen Sicherheitsforschung, der durch das *BMI* kofinanziert wird. Ziel des Projekts ist das Monitoring des Radikalisierungsgeschehens in Deutschland. *MOTRA* möchte außerdem als Transferplattform Wissenschaft, Praxis und Politik miteinander vernetzen.

2.5 – Forschungsprojekte im Präventionsbereich

Verbundvorhaben MAPEX und Programm Forschung für die zivile Sicherheit

Das *Bundesministerium für Bildung und Forschung* fördert das Projekt *MAPEX (Mapping und Analyse von Präventions- und Distanzierungsprojekten im Umgang mit islamistischer Radikalisierung)*. Mit dem Verbundvorhaben soll ein Überblick über sämtliche öffentlich zugänglichen Maßnahmen zur Deradikalisierung und Distanzierung im Bereich des islamistischen Extremismus geschaffen werden. Die umfangreichen Daten werden durch ein Mapping auf einer interaktiven Landkarte der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt und dienen zur allgemeinen Information, zur Unterstützung und Vernetzung der Präventions- und Interventionslandschaft sowie zu weiterführenden wissenschaftlichen Analysen.

⁴ Bundeszentrale für politische Bildung: **Interview: Wie das BAMF den Umgang mit Rückkehrenden koordiniert**, [kurz.bpb.de/no4](https://www.kurz.bpb.de/no4)

Grundlage ist eine bundesweite Vollerhebung von Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen im Umgang mit islamistischer Radikalisierung. Dabei sollen erfolgreiche Ansätze und Best-Practice-Beispiele erschlossen werden. Zudem erfolgen qualitative Fallanalysen von Maßnahmen der primären und sekundären Prävention.

Das *Bundesministerium für Bildung und Forschung* fördert zudem im Programm *Forschung für die zivile Sicherheit* die Forschung im Bereich Extremismus. Dabei geht es um Projekte, die beispielsweise Extremismus im Internet analysieren und Präventionsstrategien und -methoden entwickeln.

Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention

In der *Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention (AFS)* des *Deutschen Jugendinstituts (DJI)* in Halle findet eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Phänomenen des Rechtsextremismus und Islamismus im Jugendalter und mit der pädagogischen Bearbeitung dieser Konflikte statt. Aktuell erforscht die AFS Prozesse der politischen Sozialisation, Hinwendungssowie Radikalisierungsverläufe junger Menschen sowie Maßnahmen und Ansätze der (sozial-)pädagogischen Präventions- und Förderpraxis.

Für diese Arbeit erhält das *DJI* Fördermittel vom *Bundesministerium für Familie, Senioren, Jugend und Frauen (BMFSFJ)*. Das *BMFSFJ* fördert Forschungsprojekte zur Analyse von Fällen gelungener Distanzierung und Unterbrechung religiös begründeter Radikalisierung in einem frühen Stadium, zur Identifizierung von Faktoren der Resilienz junger Menschen, die unter Rahmenbedingungen sozialisiert werden, die ihre Vulnerabilität für extremistische Ideologien erhöhen, und zu Wechselwirkungen von Partizipations- und Ausgrenzungserfahrungen mit religiös begründeter Radikalisierung.

Forschungs- und Transferverbund PrEval

Mit Mitteln des *NPP* wird 2020/21 der Forschungs- und Transferverbund *PrEval* gefördert. Der Verbund verfolgt das Ziel, Fragen der Qualitätssicherung und Evaluation stärker als bisher in der Extremismusprävention, der Kriminalprävention und der politischen Bildung zu verankern. *PrEval* nutzt Analyse, Monitoring- und Mapping-Formate zur Erhebung der Evaluationsbedarfe und -kapazitäten in der Extremismusprävention in Deutschland und entwickelt multimethodische Evaluationsdesigns auf der Basis ausgewählter Pilotstudien. Ein zentraler Mehrwert des Vorhabens besteht in der Entwicklung eines gemeinsam geteilten Problemverständnisses der verschiedenen Präventionsakteure aus den Bereichen Wissenschaft, Praxis und Verwaltung sowie in umfangreichen Maßnahmen zum Transfer der Erkenntnisse in die Präventionsfachpraxis.

3. Wie arbeiten Bund, Länder und Kommunen zusammen?

Die Abstimmung zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern findet unter anderem bei Fachministerkonferenzen statt. Die Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist für die Präventionsstrategie der Bundesebene von Bedeutung, weil die Länder zuständig sind für polizeiliche Prävention, Strafvollzug, Jugend- und Sozialarbeit sowie Bildung. Im Bereich der politischen Bildung sind Länder und Bund gemeinsam aktiv.

Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern stimmen sich bereits seit 2009 in der *Arbeitsgruppe Deradikalisierung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ)* über islamistischen Extremismus ab.

Außerdem existieren verschiedene Bund-Länder-Arbeitsgruppen im Rahmen der *Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK)*.

Seit dem Jahr 2015 findet auf Einladung des *BMI* ein Bund-Länder-Austausch zu Maßnahmen gegen islamistische Radikalisierung statt. Bei diesem Austausch sind in der Regel neben den Ländern auch das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*, das *Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz*, das *Bundeskriminalamt*, das *Bundesamt für Verfassungsschutz*, das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge*, die *Bundeszentrale für politische Bildung*, das *Nationale Zentrum für Kriminalprävention*, die *Kultusministerkonferenz*, der *Deutsche Städte- und Gemeindebund* sowie die *Europäische Kommission* vertreten.

Auch verschiedene Foren der *Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* dienen als Plattform für den Austausch. Das *Bundesamt* stimmt sich kontinuierlich mit den koordinierenden Stellen der Länder sowie ihren Partner-Beratungsstellen vor Ort ab. Ferner werden quartalsweise Runde Tische mit den Partner-Beratungsstellen vor Ort ausgerichtet. Halbjährlich kommen diese auf Einladung des *BAMF* mit den *Landeskoordinierungsstellen* zu einem Austausch zusammen.

Über die Bundesprogramme *Zusammenhalt durch Teilhabe* und *Demokratie leben!* finanziert der Bund zudem einen bedeutenden Teil der Präventionsarbeit auf den Ebenen der Länder und Kommunen (► siehe Abschnitt 2.2 auf S. 12).



4. Wie arbeitet der Bund mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammen?

Die Bundesregierung arbeitet im Bereich der Prävention und Demokratieförderung mit zahlreichen zivilgesellschaftlichen Trägern zusammen. Über die von *BMFSFJ* und *BMI* verantworteten Bundesprogramme *Demokratie leben!*, *Respekt Coaches* und *Zusammenhalt durch Teilhabe* sowie aus Mitteln des *NPP* werden eine Vielzahl von Projekten der Extremismusprävention sowie Kooperationsstrukturen finanziert. Im Rahmen der Programme finden regelmäßige Austausche statt, die dem Dialog zwischen Regierung und Zivilgesellschaft dienen sollen.

5. Welche Besonderheiten gibt es auf der Bundesebene beziehungsweise in Deutschland hinsichtlich der Präventionsarbeit im Vergleich zu anderen Ländern?

Die Präventionsarbeit ist durch die föderale Aufgabenteilung geprägt. Dadurch unterscheiden sich die Strukturen in Deutschland zum Beispiel stark von denen in Frankreich, wo die Präventionsarbeit zentral gesteuert und organisiert wird.

Die Bundesländer sind für Sicherheit und Bildung zuständig und somit für zentrale Bereiche der Prävention. Sie organisieren weite Bereiche der Präventionsarbeit eigenständig. Die Maßnahmen der Länder sind durch die jeweils unterschiedlichen Herausforderungen geprägt. Dementsprechend unterscheiden sich die Maßnahmen und Programme der Länder in Art und Umfang.

Zivilgesellschaftliche Akteure haben für die Präventionsarbeit eine große Bedeutung. Sie sind nicht nur Träger der meisten Maßnahmen, sondern fungieren auch als Ideengeber. So geben zum Beispiel die Bundesprogramme Ziele vor; zivilgesellschaftliche Träger bewerben sich mit eigenen Konzepten und Projektideen um entsprechende Fördermittel.

Sowohl das Bundesprogramm *Demokratie leben!* als auch die *Bundeszentrale für politische Bildung*, das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* und das *NPP* fördern sogenannte Modellprojekte. Sie dienen dazu, innovative Ansätze zu entwickeln und zu erproben, um die präventivpädagogische Fachpraxis weiterzuentwickeln. Bewährte Methoden sollen anschließend von den Ländern auch in anderen Projekten angewendet und in andere Bereiche übertragen werden.

6. Findet eine Evaluation der Präventionsarbeit auf Bundesebene statt?

Im November 2013 verständigten sich die Regierungsparteien im Koalitionsvertrag darauf, die Bemühungen des Bundes bei der Extremismusprävention und der Demokratieförderung zu bündeln und ihre Wirksamkeit zu verbessern. Hintergrund waren unter anderem die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages.

Bericht der Bundesregierung über Arbeit und Wirksamkeit der Bundesprogramme zur Extremismusprävention

Eine Aufforderung an die Bundesregierung, einen Bericht über die Wirkung der entsprechenden Bundesprogramme vorzulegen, wurde 2013 vom Bundestag beschlossen. Im Juni 2017 legte die Bundesregierung den „Bericht der Bundesregierung über Arbeit und Wirksamkeit der Bundesprogramme zur Extremismusprävention“ dem Parlament vor. Für den Bericht hatte die *Interministerielle Arbeitsgruppe (IMA)* die verschiedenen Aktivitäten der Ressorts erfasst.

Als Handlungsempfehlungen nennt der Bericht unter anderem eine umfassende wissenschaftliche Bestandsaufnahme der Präventionsarbeit in Deutschland, den Ausbau der Forschung und die Bündelung von Maßnahmen. Die Bundesregierung will zudem alle vom Bund geförderten Maßnahmen wissenschaftlich begleiten und evaluieren lassen.

Evaluation der Bundesprogramme

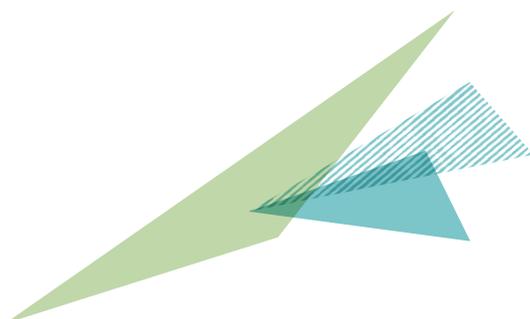
Die Bundesprogramme *Demokratie leben!* und *Zusammenhalt durch Teilhabe* werden wissenschaftlich begleitet. Verschiedene Evaluationsberichte liegen auf den Internetseiten von *Zusammenhalt durch Teilhabe* sowie *Demokratie leben!* vor.

Evaluation der Beratungsstelle Radikalisierung des BAMF

Auch die *Beratungsstelle Radikalisierung* im *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* lässt ihre eigene Arbeit und die Arbeit der durch sie finanzierten zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen seit dem Jahr 2016 evaluieren und wissenschaftlich begleiten. Die Ergebnisse sind im Internet zugänglich.

Evaluationen durch das Nationale Zentrum für Kriminalprävention

Darüber hinaus führt auch das *Nationale Zentrum für Kriminalprävention (NZK)* Evaluationsprojekte im Bereich „Islamistische Radikalisierung“ durch.



7. Quellen, Akteure und Anlaufstellen

7.1 – Wichtige Quellen und Websites

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2017):
**Evaluation der Beratungsstelle „Radikalisierung“
Abschlussbericht**

kurz.bpb.de/nt0

*Bundesministerium für Bildung und Forschung,
Extremismusforschung:*

Ursachen für Radikalisierung früh erkennen

kurz.bpb.de/nqb

Deutscher Bundestag (2014):

Arbeitsgruppe Deradikalisierung

kurz.bpb.de/nqc

Deutscher Bundestag (2017):

**Bericht der Bundesregierung über Arbeit und Wirksamkeit
der Bundesprogramme zur Extremismusprävention**

kurz.bpb.de/nqd

Deutscher Bundestag (2009):

Maßnahmen der EU zur Terrorismusbekämpfung

kurz.bpb.de/nqe

Die Bundesregierung (2017):

**Nationales Präventionsprogramm gegen
islamistischen Extremismus**

kurz.bpb.de/nqf

Die Bundesregierung (2016):

**Strategie der Bundesregierung zur Extremismus-
prävention und Demokratieförderung**

kurz.bpb.de/nmv

*Infodienst Radikalisierungs-
prävention (2018):*

**Nationales Präventions-
programm gegen
islamistischen
Extremismus (NPP)**

kurz.bpb.de/nqg

*Leibniz-Institut
Hessische Stiftung*

Friedens- und Konfliktforschung:

Gesellschaft Extrem

kurz.bpb.de/oqo

Stiftung Wissenschaft und Politik (2006):

Die Terrorismusbekämpfung der EU

kurz.bpb.de/nqh

7.2 – Akteure und Anlaufstellen

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge:

Beratungsstelle Radikalisierung

kurz.bpb.de/kg8

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge:

Forschungszentrum

kurz.bpb.de/owr

**Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter
Extremismus (BAG RelEx)**

kurz.bpb.de/nqj

Bundeskriminalamt:

**Forschungs- und Beratungsstelle Extremismus/
Terrorismus (FTE)**

kurz.bpb.de/nqk

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Bundesprogramm Demokratie leben!

kurz.bpb.de/nql

Bundesministerium des Innern:

Bundesprogramm Zusammenhalt durch Teilhabe

kurz.bpb.de/nqm

Bundeszentrale für politische Bildung:

Infodienst Radikalisierungsprävention

kurz.bpb.de/eh7

**Die Beauftragte der Bundesregierung für
Migration, Flüchtlinge und Integration**

kurz.bpb.de/om1

IDA e. V.:

Vielfalt-Mediathek

kurz.bpb.de/oqp

Infodienst Radikalisierungsprävention:

Bundesweite Übersicht der Anlaufstellen

kurz.bpb.de/nqn

KN:IX – Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“

kurz.bpb.de/om2

**Präventionsnetzwerk gegen religiös
begründeten Extremismus**

kurz.bpb.de/nqo

Fachstelle JMD Respekt Coaches

kurz.bpb.de/nqp

Kurzlinks

Weil die Originallinks
häufig sehr lang sind,
hat die Redaktion Kurzlinks
erstellt. Diese leiten direkt
auf die entsprechenden
Seiten.

Baden-Württemberg / Akteure und Organisation der Islamismusprävention

Staatliche Akteure

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

angesiedelt beim IM

Landespolizeipräsidium
Referat für Kriminalitätsbekämpfung, Prävention und Kriminologie

Projektbüro Kommunale Kriminalprävention

Kompetenzzentrum gegen Extremismus (konex)

Landesbildungszentrum Deradikalisierung

Ausstiegsberatung Islamismus

Projekt ACHTUNG?!

Landeszentrale für politische Bildung

Beirat Demokratiezentrum

- Sozialministerium
- Kultusministerium
- Innenministerium / konex
- Landeskriminalamt
- Landeszentrale für politische Bildung
- Städtetag BaWü
- BaWü Stiftung

Demokratiezentrum BaWü

Jugendstiftung BaWü
Kofinanzierung: Sozialministerium

FEX – Fachstelle Extremismusdistanzierung

LAG Mobile Jugendarbeit
Kofinanzierung: Sozialministerium, LAG MJA

Fachstelle PREVENTION

Jugendstiftung BaWü
Kofinanzierung: Sozialministerium

Acht Regionale Demokratiezentren

Verschiedene Träger
Finanzierung: Demokratiezentrum BaWü

Ministerium für Soziales und Integration

Zivilgesellschaft

Jumed

Mannheimer Institut für Integration und interreligiöse Arbeit
Kofinanzierung: Stadt Mannheim

Workshop-Reihe im Justizvollzug

Violence Prevention Network
Kofinanzierung: konex

turuq_

Aktion Dritte Welt
Kofinanzierung: Sozialministerium

Radikalisierungsprävention in Wissenschaft und Praxis

LAG Mobile Jugendarbeit/Streetwork
Kofinanzierung: Sozialministerium

Quwwa

Mosaik Deutschland, Heidelberg
Finanzierung: Stadt Heidelberg, konex

#vrschwrg

Berghof Foundation
Kofinanzierung: Bundeszentrale für politische Bildung

Einmal Brainwash und zurück

Türkische Gemeinde in BaWü
Kofinanzierung: Kreisjugendring Rems-Murr

Partnerschaften für Demokratie

- DLI** Gefördert durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“
- Abstimmung im Rahmen von konex
- Abstimmung im Rahmen des Demokratiezentrums BaWü
- DLI** Staatliche Akteure
- Zivilgesellschaftliche Akteure
- Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Akteure
- Zusammenschluss staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure
- Träger: staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure



Baden-Württemberg



Die Präventionsarbeit in Baden-Württemberg wird von mehreren Akteuren mit unterschiedlichen Schwerpunkten betrieben. Der Verzahnung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure kommt eine zentrale Bedeutung zu. So decken beispielsweise die *Landeszentrale für politische Bildung* und das *Demokratiezentrum Baden-Württemberg* insbesondere den Bereich der Primärprävention ab. Für die sekundäre und tertiäre Extremismusprävention ist vor allem das *Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex)* verantwortlich, das beim *Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration* verortet ist.

1. Gibt es eine landeseigene Präventionsstrategie im Bereich Islamismus?

Grundlage der baden-württembergischen Präventionsarbeit ist unter anderem das erste sogenannte Anti-Terror-Paket, das im Februar 2015 von der Landesregierung verabschiedet wurde. Hierbei wurden auch Maßnahmen der Extremismusprävention intensiviert. Dabei stehen die Vernetzung und Koordination bereits existierender Angebote und Maßnahmen sowie die Erweiterung neuer Angebote im Vordergrund. Neben der Aufstockung von Stellen bei Polizei und Verfassungsschutz wurde die Einrichtung des *Kompetenzzentrums zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen islamistischen Extremismus (KPEBW)* im *Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration* beschlossen. Ziel war es, die Zusammenarbeit mit Partnern auf Landesebene und auf kommunaler Ebene sowie mit Nichtregierungsorganisationen zu koordinieren.

Aufgrund der Erweiterung auf alle Extremismusphänomene wurde das *KPEBW* in *Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex)* umbenannt. Im Jahr 2018 erfolgte die Erweiterung auf den Rechtsextremismus, die Phänomenbereiche Links- und Ausländerextremismus werden folgen.

2. Wie ist die Präventionsarbeit organisiert?

2.1 – Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Die *Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB)* dient laut Bekanntmachung des Landtagspräsidenten aus dem Jahr 2013 der Festigung des Gedankenguts der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Mit einem breit gefächerten Portfolio ist die gesamte Arbeit der *LpB* daher auf die Förderung der Demokratie und gegen politischen Extremismus ausgerichtet. Neben vielfältigen Bildungsformaten für Schulklassen und Unterrichtsmedien koordiniert die *LpB* unter anderem die Gedenkstättenförderung in Baden-Württemberg. Sie informiert und berät zudem Kommunen zu Themen der Kinder- und Jugendbeteiligung.

Nach dem Bericht des ersten NSU-Untersuchungsausschusses des Landtages von Baden-Württemberg hat die *LpB* die *Stabsstelle Demokratie stärken* aufgebaut, die die allgemeine Extremismuspräventionsarbeit in Baden-Württemberg vernetzt, ganzheitlich weiterentwickelt und mit der Beteiligung von kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren festigt. Die Stabsstelle bearbeitet die Themen „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, „Rechtsextremismus“ und „Religiös begründete Ablehnungen“ und verankert die allgemeine Demokratiebildung mit vielfältigen Zielgruppen. Sie besteht derzeit aus den Fachbereichen *Team meX*, dem *Landesprogramm Demokratie stärken* und dem Projekt der Baden-Württemberg Stiftung zur Demokratiebildung *Läuft bei Dir! Werte. Wissen. Weiterkommen.*

2.2 – Demokratiezentrum Baden-Württemberg

Das *Demokratiezentrum Baden-Württemberg (DZBW)* ist zentral verantwortlich für die Arbeitsbereiche der primären Extremismusprävention und Ansprechpartner für Zivilgesellschaft, Bildungseinrichtungen und Multiplikatoren. Das *DZBW* wird durch das Bundesprogramm *Demokratie leben!* gefördert und durch das baden-württembergische *Ministerium für Soziales und Integration* kofinanziert. Das *DZBW* ist ein Verbund von vier Trägern, der von der *Jugendstiftung Baden-Württemberg* koordiniert wird. Das *DZBW* koordiniert fünf Fachstellen und eine Meldestelle:

Die Fachstelle *kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus* ist bei der *Jugendstiftung Baden-Württemberg* angesiedelt, ebenso wie die Fachstelle *PREvent!on – Prävention von religiös begründetem Extremismus* und die Meldestelle *Respect!* Die Fachstelle *mobirex – Mobile Beratung gegen Rechts* ist bei der *Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg* angesiedelt und *FEX – Fachstelle Extremismusdistanzierung bei der Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit (LAG MJA)*. Die Fachstelle *LEUCHTLINIE – Beratung für Betroffene von rechter Gewalt* ist bei der *Türkischen Gemeinde in Baden-Württemberg e. V.* verortet.

Das *Demokratiezentrum Baden-Württemberg* setzt im Bereich „Religiös begründeter Extremismus“ folgende Projekte um.

LAG MJA:

FEX – Fachstelle Extremismusdistanzierung

Die *Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit / Streetwork Baden-Württemberg e. V. (LAG MJA)* verantwortet als Fachverband für das Arbeitsfeld „Mobile Jugendarbeit“ seit 2015 die Umsetzung der Distanzierungsarbeit in Baden-Württemberg. Die *Fachstelle Extremismusdistanzierung (FEX)* hat das Ziel, Personen aus der Jugendarbeit vor Ort für Radikalisierungsprozesse zu sensibilisieren. Darauf aufbauend werden in erster Linie Fachkräfte der Offenen und Mobilien Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit und der verbandlichen Jugendarbeit in ihrer Handlungsfähigkeit in der konkreten Arbeit mit Jugendlichen beraten, begleitet und im Sinne der Nachhaltigkeit in erarbeiteten Modulen ausgebildet.

Jugendstiftung Baden-Württemberg: Fachstelle PREvent!on

Träger der *Fachstelle PREvent!on – Prävention von religiös begründetem Extremismus* ist die *Jugendstiftung Baden-Württemberg*. *PREvent!on* bietet neben einer landesweiten Beratung im Themenfeld des religiös begründeten Extremismus eine modulare Qualifizierung für Fachkräfte an, die Wissen in den Themenfeldern Islam, Neo-Salafismus, Radikalisierung und Prävention vermittelt.

Die Qualifizierung soll die Teilnehmenden dazu befähigen, im Rahmen ihrer Tätigkeit als pädagogische Fachkraft präventiv gegen Radikalisierungstendenzen vorzugehen und entsprechende Anzeichen richtig zu deuten. Die Qualifizierung wurde in Kooperation mit *konex* entwickelt.

Darüber hinaus bietet die Fachstelle Vorträge und Workshops für Fachkräfte und Jugendliche an, die landesweit buchbar sind.

Hinweise zu den weiteren Fachstellen finden Sie unter: kurz.bpb.de/nzq

Regionale Demokratiezentren

Das *DZBW* ist mit acht regionalen Demokratiezentren in den verschiedenen Landkreisen vertreten. Diese bieten Vernetzung und Unterstützung bei Präventionsveranstaltungen sowie Workshops, Planspiele und Vorträge an – zum Beispiel für Fachkräfte aus der Jugendarbeit, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie interessierte Personen. Die Zentren befinden sich in der Trägerschaft verschiedener weiterer (größtenteils) zivilgesellschaftlicher Akteure. Dies sind: *Mariaberger Ausbildung & Service gGmbH, Verein für Jugendhilfe Böblingen, IZ3W – Informationszentrum 3. Welt, Future Jugendhilfe Göppingen, Stadtjugendausschuss e. V. Karlsruhe, Kreisjugendamt / Kreisjugendreferat Konstanz, Kreisjugendring Ravensburg, Kreisjugendring Biberach e. V., Stadt Pforzheim / Jugend- und Sozialamt.*

Beirat und wissenschaftliche Begleitung des DZBW

Neben *FEX* und *PREvent!on* koordiniert das *DZBW* drei weitere Fachstellen zum Thema „Rechtsextremismus und rechte Gewalt“. Zur Vernetzung aller Fachstellen wurde ein Beirat eingerichtet, der sich bei jährlichen Sitzungen austauscht, die Fachstellen in ihrer Arbeit berät und Empfehlungen ausspricht. In dem Beirat sind folgende Institutionen vertreten:

- *Ministerium für Soziales und Integration*
- *Ministerium für Kultus, Jugend und Sport*
- *Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration (konex)*
- *Landeskriminalamt*
- *Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg*
- *Städtetag Baden-Württemberg*
- *Baden-Württemberg Stiftung*

Infodienst Radikalisierungsprävention – Herausforderung Islamismus

Was kann man gegen Radikalisierung tun? Wie kann man junge Menschen stärken, die möglicherweise radikalierungsgefährdet sind? Wie kann der Ausstieg aus radikalen Gruppen gelingen?

Der **Infodienst Radikalisierungsprävention – Herausforderung Islamismus** ist ein Online-Portal mit Newsletter der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Er bietet Hintergrundwissen, pädagogische

Materialien, Veranstaltungshinweise und eine Übersicht mit Beratungsangeboten – unter anderem für Schule, Sozialarbeit, Beratungsstellen oder Behörden.

www.bpb.de/infodienst

2.3 – Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex)

Das *konex – Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg* – ist vor allem für Maßnahmen der sekundären und tertiären Prävention und Intervention zuständig. Es ist im *Referat für Kriminalitätsbekämpfung, Prävention und Kriminologie* des *Landespolizeipräsidiums* angesiedelt, das wiederum im *Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration* verortet ist. Das *Kompetenzzentrum* wird durch Mittel des Landeshaushalts Baden-Württemberg finanziert.

Das *konex* betreut kein festes Netzwerk, sondern steht bei Bedarf allen baden-württembergischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen bei Fragen und Anliegen bezüglich Extremismusprävention zur Verfügung.

Das *konex* bietet zusammen mit seinen Netzwerkpartnern Informationen und Beratung gegen religiös und politisch motivierten Extremismus an. Insbesondere die Ausstiegsberatung für radikalisierte Personen und deren unmittelbares Umfeld ist eine Kernaufgabe des *Kompetenzzentrums*. Außerdem bietet das dem *konex* zugehörige *Landesbildungszentrum Deradikalisierung* Fortbildungen für bestimmte Zielgruppen an.

Das *konex* hat ein Handbuch mit dem Titel „Strukturelle Qualitätsstandards in der Interventions- und Präventionsarbeit gegen gewaltbereiten Extremismus“ veröffentlicht.¹ Anspruch des Handbuchs ist es, staatlichen Koordinierungsstellen und zivilgesellschaftlichen Trägern in der sekundären und tertiären Extremismusprävention über alle Phänomenbereiche hinweg zu ermöglichen, strukturell fundierte Programme und Projekte zu entwickeln und zu optimieren.

Schwerpunkte des konex

- Qualifizierung bestimmter Zielgruppen durch landesweite Fortbildungen und Informationsveranstaltungen: Mit seinem Bildungsangebot im Bereich der sekundären und tertiären Extremismusprävention richtet sich das *konex* an alle, die beruflich mit dem Thema zu tun haben, beispielsweise Schulpsychologinnen/Schulpsychologen oder die Bewährungshilfe. Die Ermittlung des Bedarfs dieser Zielgruppen sowie die Durchführung der Weiterbildungsveranstaltungen erfolgt in enger Kooperation mit externen Organisationen sowie den Sicherheitsbehörden im Land.
- Intervention und Deradikalisierung mittels Ausstiegsberatung: Die Ausstiegsberatung des *konex* richtet sich an alle, die ihre politisch oder religiös motivierte extremistische Lebensweise aktiv ändern wollen.
- Anwendung wissenschaftlicher Analysen aktueller Entwicklungen in verschiedenen Bereichen des religiös und politisch motivierten Extremismus: Hierzu zählen die Durchführung von Studien, die Prozess- und Wirkungsevaluation von Maßnahmen sowie die Konzeption von wissenschaftlich fundierten Fortbildungen.
- Konsequente Bekämpfung des Antisemitismus
- Konzeption von Projekten und Maßnahmen für die Prävention und die Unterstützung von Netzwerkpartnern bei der Umsetzung von erarbeiteten Konzepten: Das *konex* bietet wissenschaftliche Expertise für Stellen und Institutionen der Präventionslandschaft in Baden-Württemberg, die Bedarf äußern.
- Strategische und vernetzte Prävention durch eine Präventionsdatenbank: In diese können sich Referentinnen und Referenten, Institutionen und Akteure aus dem Bereich der Extremismusprävention selbst eintragen, sodass sie bei Bedarf kontaktiert werden können.

¹ KPBEW / konex: **Strukturelle Qualitätsstandards in der Interventions- und Präventionsarbeit gegen gewaltbereiten Extremismus**, kurz.bpb.de/nuo

Schule und religiös begründeter Extremismus – Herausforderung Salafismus

Hintergrundwissen, Handlungsoptionen und Materialien für die pädagogische Praxis im Überblick

Salafismus und Extremismus sind auch an vielen Schulen ein Thema. Wie können Lehrkräfte damit umgehen? Woran erkennen sie eine mögliche Radikalisierung? Und wie können sie „heiße Themen“ im Unterricht bearbeiten, ohne zu stigmatisieren? Die Handreichung soll Lehrkräfte im Umgang damit unterstützen.

www.bpb.de/infodienst-handreichung



Organisation des konex

Die Organisation der Arbeit des *konex* ist in mehrere Bereiche geteilt: Der Geschäftsführung unterstehen die Bereiche „Strategie- und Grundsatzangelegenheiten“, das *Landesbildungszentrum Deradikalisierung* nebst angewandten Wissenschaften und die Ausstiegsberatung. Darüber hinaus wird das *konex* durch einen *Lenkungsausschuss* und den *Fachbeirat* begleitet.

Die Geschäftsführung

Die Geschäftsführung des *konex* obliegt dem *Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration BW*. Die Geschäftsführung vertritt das *konex* nach außen und ist verantwortlich für die strategische Grundsatzplanung des *konex*. Außerdem widmet sich der (der Geschäftsführung zugehörige) Bereich „Strategie- und Grundsatzangelegenheiten“ der Errichtung und Betreuung der *Präventionsdatenbank*.

Der Lenkungsausschuss

Der *Lenkungsausschuss* entscheidet über die Inhalte und thematischen Schwerpunkte des *konex*, denen Projekte und Maßnahmen gewidmet werden. Außerdem entscheidet der *Lenkungsausschuss* über die Mitgliedschaften im *Fachbeirat*.

Der *Lenkungsausschuss* setzt sich aus 15 Teilnehmenden der folgenden Ministerien, Behörden und Institutionen zusammen:

- Vorsitz: der / die für polizeiliche Angelegenheiten zuständige Staatssekretär/-in des *Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration BW*
- *Staatsministerium BW*
- *Ministerium für Kultus, Jugend und Sport BW*
- *Ministerium für Soziales und Integration BW*
- *Ministerium der Justiz und für Europa BW*

- *Beauftragte/-r der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus*
- *Landeszentrale für politische Bildung*
- *Landkreistag Baden-Württemberg*
- *Städtetag Baden-Württemberg*
- *Gemeindetag Baden-Württemberg*
- *Landeskriminaldirektorin / Landeskriminaldirektor*
- *konex-Geschäftsführung*
- Drei gewählte Vertreter / -innen landesweiter nichtstaatlicher Organisationen aus dem *Fachbeirat* des *konex* (Stand Dezember 2018):
 - *Demokratiezentrum Baden-Württemberg*
 - *Universität Tübingen*
 - *Württembergischer Landessportbund e. V.*

Der Fachbeirat

Der *Fachbeirat* setzt sich zusammen aus über 30 Vertreterinnen und Vertretern nichtstaatlicher Organisationen, der im *Lenkungsausschuss* vertretenen Ministerien und Behörden sowie wissenschaftlicher Organisationen. Diese treffen sich mindestens einmal im Jahr. Der *Fachbeirat* stellt die operative Ebene dar. Seine Mitglieder können Arbeitsgruppen bilden und werden zur Unterstützung von Projekten oder Maßnahmen von öffentlichen oder zivilgesellschaftlichen Stellen eingesetzt, die beim *konex* Bedarf angemeldet haben.

Weiterhin wählt der *Fachbeirat* seine drei Vertreter / -innen im *Lenkungsausschuss* aus den nichtstaatlichen landesweiten Organisationen und berät und diskutiert zu aktuellen Themen. Der *Fachbeirat* kann außerdem Vorschläge zu den Zielen und Aufgabenschwerpunkten von *konex* erarbeiten.

Landesbildungszentrum Deradikalisierung

Unter dem Dach des *konex* wurde das *Landesbildungszentrum Deradikalisierung (LBZ Derad)* eingerichtet. Es richtet sich an Fachpersonal sowie Multiplikatoren in der Extremismusprävention.

Aufgabe des *LBZ Derad* ist die Fortbildung und Schulung ausgewählter Zielgruppen im Bereich der sekundären und tertiären Extremismusprävention. Dazu gehören unter anderem folgende Themen: Vermittlung von Grundkenntnissen zu Radikalisierungsprozessen, Kompetenzstärkung in der Früherkennung gewaltbereiter extremistischer Radikalisierung sowie Vermittlung eines angemessenen Handlungsrepertoires. Außerdem werden im *LBZ Derad* Publikationen und Handreichungen als unterstützende Maßnahme konzipiert.

Ausstiegsberatung Islamismus

Unter dem Dach des *konex* wurden phänomenbezogene Ausstiegsprogramme eingerichtet. Diese bieten im Bereich des religiös begründeten Extremismus und des Rechts-extremismus Hilfe und Unterstützung an. Die *Ausstiegsberatung Islamismus* leistet diese Arbeit für Personen, die aus der islamistischen Szene aussteigen möchten, und deren enges soziales Umfeld. Sie bietet darüber hinaus auch Hilfestellung im Umgang mit diesen Personen an.

3. Welche Rolle spielen die Akteure der Bundesebene in Baden-Württemberg?

3.1 – Arbeitsgruppen der Bundesländer

Die Behörden und besonders die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern stimmen sich bereits seit 2009 in der *Arbeitsgruppe Deradikalisierung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ)* über islamistischen Extremismus ab. Des Weiteren existieren verschiedene Bund-Länder-Arbeitsgruppen im Rahmen der *Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK)*.

3.2 – Kooperationsnetzwerk der Beratungsstelle Radikalisierung des BAMF

Auch das Kooperationsnetzwerk der *Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* dient als Plattform für den Austausch zwischen Bund und Ländern. In Baden-Württemberg übernimmt das *Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration* die Funktion der *Landeskoordinierungsstelle* im Rahmen des *BAMF*-Netzwerks. *konex* und *Violence Prevention Network e. V.* sind als *Partner vor Ort* mit der aktiven Fallarbeit befasst.

3.3 – BMFSFJ: Bundesprogramm Demokratie leben!

Über das Bundesprogramm *Demokratie leben!* des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* kofinanziert der Bund einen Teil der Präventionsarbeit auf den Ebenen der Länder und Kommunen.

Im Rahmen von *Demokratie leben!* werden in Baden-Württemberg 28 *Partnerschaften für Demokratie* gefördert. Dabei handelt es sich um lokale und regionale Bündnisse, die vor Ort passende Strategien für die konkrete Situation entwickeln.

In jedem Bundesland unterstützen *Landes-Demokratiezentren* die Weiterentwicklung von Konzepten und Strategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt. Sie sorgen für eine Vernetzung der lokalen Aktivitäten – insbesondere der *Partnerschaften für Demokratie*. In Baden-Württemberg ist das *Landes-Demokratiezentrum* bei der *Jugendstiftung Baden-Württemberg* angesiedelt.

Des Weiteren werden im Rahmen von *Demokratie leben!* Modellprojekte zur Extremismusprävention in den Bereichen „Islamistischer Extremismus“, „Phänomenübergreifende Prävention: Wechselwirkungen einzelner Phänomene, Deeskalationsarbeit“ sowie „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ gefördert.

In Baden-Württemberg sind das die folgenden Projekte:

- *Jumed – Junge Muslime engagiert für Demokratie (Mannheimer Institut für Integration und interreligiöse Arbeit e. V.)*, Kofinanzierung: *Stadt Mannheim*
- *#vrschwrrng – Ein interaktives Toolkit gegen Verschwörungstheorien (Berghof Foundation Operations GmbH)*, Kofinanzierung: *Bundeszentrale für politische Bildung*
- *Einmal Brainwash und zurück – Verschwörungsmythen erleben (Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg)*
- *Workshop-Reihe im Justizvollzug für junge radikalierungsanfällige Inhaftierte (Violence Prevention Network e. V.)*, Kofinanzierung: *konex*

3.4 – Jugendmigrationsdienste: Respekt Coaches

Das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* finanziert auch das Programm *Respekt Coaches*. Es wird von den *Jugendmigrationsdiensten (JMD)* an rund 190 Standorten in allen Bundesländern umgesetzt. Die *JMD* kooperieren dafür mit Schulen und weiteren Partnern. Das Programm soll in Gruppenangeboten demokratische Werte für junge Menschen erlebbar machen und sie in ihrer Persönlichkeit stärken. Schülerinnen und Schüler sollen den Wert einer vielfältigen Gesellschaft erfahren und lernen, unterschiedliche Weltanschauungen und Lebensweisen besser zu verstehen. Dies soll auch der Extremismusprävention dienen. In Baden-Württemberg gibt es 20 Standorte der *Respekt Coaches*.

4. Wie arbeiten Landesebene und kommunale Ebene zusammen?

4.1 – Projektbüro Kommunale Kriminalprävention

In dem beim *Landespolizeipräsidium* im *Innenministerium Baden-Württemberg* angesiedelten *Projektbüro Kommunale Kriminalprävention (KKP)* wird gesamtgesellschaftlich und ressortübergreifend im Sinne eines ganzheitlichen und vernetzten Vor-Ort-Ansatzes die Kriminalpräventionsarbeit des Landes begleitet, auch im Themenfeld Extremismus. Dabei arbeitet das Ministerium mit Städten und Gemeinden, mit Justizbehörden, mit Jugend- und Sozialeinrichtungen, Vereinen und Verbänden zusammen. Im Rahmen der Arbeit des *Projektbüros* werden Handlungsfelder identifiziert, Strategien und landesweite Konzepte entwickelt und koordiniert, Gremien- und Kommunikationsstrukturen vernetzt und Impulse gesetzt.

4.2 – Projekt ACHTUNG?!

Das Projekt *ACHTUNG?!* wurde im Jahr 2015 beim *Polizeipräsidium Ludwigsburg* in Kooperation mit staatlichen und nichtstaatlichen Stellen entwickelt und in den Landkreisen Ludwigsburg und Böblingen von 2016 bis Mitte 2018 erfolgreich durchgeführt. Das *konex* hat ab Mitte 2018 die Gesamtkoordination übernommen. Das Projekt wird in Baden-Württemberg landesweit angeboten.

ACHTUNG?! ist ein modular aufgebautes Präventionsprojekt und richtet sich an Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse, berufliche Schulen, Eltern und pädagogische Fachkräfte. Mit theaterpädagogischen Umsetzungen durch das Theater *Q-rage* und einer Nachbereitung der *Landeszentrale für politische Bildung (Team meX)* soll die Zielgruppe für die Phänomenbereiche des religiös und politisch begründeten Extremismus mit Schwerpunkt auf Rechts-Extremismus und islamistischem Extremismus sensibilisiert werden. Zusätzlich können hierzu weitere Module der *Stiftung Weltethos* zu den Themen „Toleranz“, „Vielfalt der Religionen“ und „Ethische Werte“ genutzt werden. In weiteren Modulen werden Eltern und pädagogische Fachkräfte durch Veranstaltungen der Polizei über politisch sowie religiös motivierte Kriminalität und Anlaufstellen informiert, die wie das *konex* Unterstützung bieten können.

4.3 – Schulungen für kommunale Beraterinnen und Berater sowie regionale Demokratiezentren

Die kommunalen Beraterinnen und Berater sowie Multiplikatoren der Fachstelle *PREvention* wurden durch das *Demokratiezentrum Baden-Württemberg* in Kooperation mit *konex* geschult. Durch dieses landesweite Netzwerk qualifizierter Fachkräfte werden Beratungsleistung und abrufbare Angebote (z. B. Workshops und Planspiele) landesweit bereitgestellt.

Das *DZBW* ist mit acht regionalen Demokratiezentren in den verschiedenen Landkreisen vertreten. Die regionalen Demokratiezentren bieten Vernetzung und Unterstützung bei Präventionsveranstaltungen sowie Workshops, Planspiele und Vorträge (► siehe Abschnitt 2.2, S. 20).

Weitere Infodienst-Angebote

Übersicht: Evaluationen von Projekten der Radikalisierungsprävention

Zahlreiche wissenschaftliche Evaluationsvorhaben befassen sich mit Trägern und Projekten im Bereich Radikalisierungsprävention in Deutschland. Die Infodienst-Redaktion hat eine Übersicht zu bereits durchgeführten sowie aktuell laufenden Evaluationen zur Radikalisierungsprävention im Bereich Salafismus / Islamismus erstellt.

www.bpb.de/infodienst-evaluationen

5. Welche zivilgesellschaftlichen Akteure sind aktiv und wie arbeiten staatliche Akteure mit ihnen zusammen?

Das Land Baden-Württemberg hat zivilgesellschaftliche Akteure in die Organisation und Umsetzung seiner Präventionsstrukturen eingebunden. Beim *Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex)* sind zivilgesellschaftliche Akteure im *Lenkungsausschuss* und im *Fachbeirat* vertreten. So können sie sich an der Konzeption der landesweiten Präventionsstrategie beteiligen und mit ihrer Expertise aktiv andere zivilgesellschaftliche Akteure unterstützen (► siehe Abschnitt 2.3, S. 21).

Auch das *Demokratiezentrum Baden-Württemberg (DZBW)* setzt beim Betrieb seiner Fachstellen und der acht regionalen Demokratiezentren vor allem auf zivilgesellschaftliche Akteure. Dies sind zum Beispiel die *Mariaberger Ausbildung & Service gGmbH*, der *Verein für Jugendhilfe Böblingen*, das *IZ3W – Informationszentrum 3. Welt*, die *Future Jugendhilfe Göppingen*, der *Stadtyugendausschuss e. V. Karlsruhe*, der *Kreisjugendring Ravensburg* und der *Kreisjugendring Biberach e. V.* (► siehe Abschnitt 2.2, S. 20).

Daneben existieren in Baden-Württemberg einige weitere zivilgesellschaftliche Projekte, im Folgenden wird eine Auswahl vorgestellt.

5.1 – Mannheimer Institut für Integration und interreligiöse Arbeit: Jumed

Jumed – Junge Muslime engagiert für Demokratie ist ein Projekt zur Stärkung von Jugendlichen, um religiös motivierten Radikalisierungstendenzen, aber auch islamfeindlichen Haltungen zu begegnen. Es wird vom *Mannheimer Institut für Integration und interreligiöse Arbeit e. V.* in enger Kooperation mit dem *Beauftragten für Integration der Stadt Mannheim* umgesetzt und vom *Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend (BMFSFJ)* im Rahmen des Programms *Demokratie leben!* gefördert.

5.2 – Violence Prevention Network:

Workshop-Reihe im Justizvollzug für junge radikalierungsanfällige Inhaftierte

Im Rahmen der *Beratungsstelle Baden-Württemberg* des zivilgesellschaftlichen Trägers *Violence Prevention Network (VPN)* werden Workshop-Reihen der themenbezogenen politischen Bildungsarbeit für junge, radikalierungsanfällige Insassen im baden-württembergischen Strafvollzug angeboten. Dabei werden vor allem die Hintergründe und Bedürfnisse junger Inhaftierter mit Migrationsgeschichte in den Fokus genommen. Das Projekt wird durch das *BMFSFJ* im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* als Modellprojekt gefördert und vom *konex* ko-finanziert.

5.3 – Aktion Dritte Welt:

turuq_

Das Projekt *turuq_* ist in Freiburg im Breisgau ansässig und vermittelt durch Beratungen, Fortbildungen, Workshops und Vorträge Handlungskompetenzen zu den Themenfeldern Islamismus, Islamfeindlichkeit und Islam. Träger ist der *Aktion Dritte Welt e. V.* Zur Zielgruppe gehören Multiplikatoren und pädagogische Fachkräfte. Außerdem werden Unterrichtseinheiten und Projekttag für Schülerinnen und Schüler zu den Themen „Interreligiosität und Islamismus“ sowie „Migration in Deutschland und Europa“ angeboten. Die Arbeit von *turuq_* wird als Träger des regionalen *Demokratiezentrum Freiburg* über das *Demokratiezentrum Baden-Württemberg* aus Mitteln des Bundesprogramms *Demokratie leben!* und des *Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg* gefördert.

5.4 – LAG Mobile Jugendarbeit / Streetwork e. V.: Radikalisierungsprävention in Wissenschaft und Praxis

Im Rahmen des Modellprojekts *Radikalisierungsprävention in Wissenschaft und Praxis – Ein Transfermodell* des zivilgesellschaftlichen Trägers *LAG Mobile Jugendarbeit / Streetwork Baden-Württemberg e. V.* sollen Theoriemodelle, die Radikalisierungsverläufe und -faktoren beschreiben, in Handlungsmodelle für die Praxis transferiert werden. Diese können in der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen und jungen Heranwachsenden innerhalb der Regel- und

Hilfsstrukturen und im pädagogischen Alltag angewendet werden. Die erarbeiteten Handlungsmodelle und -methoden sollen als Hilfestellung zur präventiven und auch intervenierenden Bearbeitung von Anzeichen ideologischer Radikalisierung (phänomenübergreifend) anwendbar sein.

Das Projekt wird mit Studierenden der *Dualen Hochschule Baden-Württemberg* in Form von Modulen im Bachelorstudiengang Soziale Arbeit durchgeführt. Das Modellprojekt wird vom *BMFSFJ* im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* gefördert und vom *Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg* ko-finanziert.

5.5 – Berghof Foundation:

#vrschwrg – Ein interaktives Toolkit gegen Verschwörungstheorien

Das Projekt *#vrschwrg* der *Berghof Foundation Operations GmbH* soll Jugendliche phänomenübergreifend im Umgang mit Verschwörungstheorien, auch im Bereich Islamismus, sensibilisieren. Gemeinsam mit jungen Erwachsenen wird ein interaktives Toolkit entwickelt, das vor allem das kritische Reflexionsvermögen, die Konfliktfähigkeit sowie Ambiguitätstoleranz der Jugendlichen stärken und sozio-emotionales Lernen anregen soll. Bundesweit werden Workshops in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit angeboten. Außerdem finden Schulungen von Multiplikatoren für den Einsatz des Toolkits statt. Das Projekt wird vom *BMFSFJ* im Rahmen des Programms *Demokratie leben!* sowie von der *Bundeszentrale für politische Bildung* gefördert.

5.6 – Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e. V.: Einmal Brainwash und zurück – Verschwörungsmythen erleben

Das Projekt *Einmal Brainwash und zurück* der *Türkischen Gemeinde in Baden-Württemberg e. V.* will eine reale und virtuelle „Erlebniswelt“ zur Auseinandersetzung mit Verschwörungsmythen und verwandten Themen wie Antisemitismus, Rassismus und Fake News entwickeln. Virtuelle Realität, interaktive Games, eine App, Filme, theaterpädagogische Elemente, gemeinsame Aktionen und Workshops werden einen kinder- und jugendgerechten Methodenmix ergeben. Die teilnehmenden (auch türkeistämmigen und geflüchteten) Kinder und Jugendlichen sollen die Wirkung von Verschwörungstheorien erfahren und ihre manipulativen Mechanismen durchschauen. Dadurch sollen sie gegen simple Feindbildkonstruktionen immunisiert und bestenfalls aktiviert werden. Das Projekt wird vom *BMFSFJ* im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* gefördert.

5.7 – Mosaik Deutschland:

Quwwa – Stärke statt Sprachlosigkeit

Im lokalen Präventionsprojekt *Quwwa – Stärke statt Sprachlosigkeit* berät der Heidelberger Verein *Mosaik Deutschland e. V.* zu den Themenfeldern „Radikalisierung“, „Menschenfeindlichkeit“ und „Islamische Jugendkultur“. Außerdem werden Akteure aus dem schulischen Bereich in der Implementierung von Präventionskonzepten unterstützt. Vor Ort werden Workshops für Schülerinnen und Schüler zur Kompetenzstärkung im Umgang mit Menschenfeindlichkeit und Salafismus sowie Fortbildungen und Trainings für pädagogisches Fachpersonal angeboten. Gefördert wird *Mosaik Deutschland* von der Stadt Heidelberg. *Quwwa* wird in Kooperation mit *SicherHeid – Sicheres Heidelberg e. V.* und dem *Polizeipräsidium Mannheim* durchgeführt.



6. Welche Besonderheiten gibt es in Baden-Württemberg hinsichtlich der Präventionsarbeit?

Das Land Baden-Württemberg bemüht sich nach eigenen Angaben um einheitliche Qualitätsstandards in der Präventionsarbeit. Mit den Fortbildungsangeboten des beim *Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex)* angesiedelten *Landesbildungszentrum Deradikalisierung* soll gewährleistet werden, dass Fachpersonal gleichermaßen geschult ist und einen einheitlichen Qualitätsstandard in der Präventionsarbeit bietet.

Eine weitere Besonderheit ist der Bereich für angewandte Wissenschaft, der beim *konex* verortet ist und sich der wissenschaftlichen Analyse von Extremismusformen und Präventionsmethoden widmet.

Mit dem Konzept der regionalen Demokratiezentren und einer damit einhergehenden Regionalisierung der Präventions- und Beratungsarbeit ist es möglich, auf die jeweiligen Gegebenheiten vor Ort einzugehen und die spezifischen Kompetenzen der Akteure vor Ort einzubeziehen. In diesem Kontext setzt die *Fachstelle PREvent!on* auf die Qualifizierung (pädagogischer) Fachkräfte in Regelstrukturen, die als Beraterinnen und Berater in ihrem Umfeld agieren.

7. Quellen, Anlaufstellen und Präventionsprojekte in Baden-Württemberg

7.1 – Wichtige Quellen und Websites

Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) (2018):

Fachbeirat

kurz.bpb.de/nur

Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) (2018):

Geschäftsordnung

kurz.bpb.de/nvo

Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) (2019):

Jahresbericht 2018

kurz.bpb.de/nuq

Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex):

Präventionsdatenbank

kurz.bpb.de/i4t

KPEBW / konex (2016):

Strukturelle Qualitätsstandards in der Interventions- und Präventionsarbeit gegen gewaltbereiten Extremismus

kurz.bpb.de/nuo

Staatsministerium Baden-Württemberg (2015):

Sicherheitspaket zum besseren Schutz vor Terror beschlossen

kurz.bpb.de/nul

7.2 – Anlaufstellen und Präventionsprojekte

Aktion Dritte Welt e. V.:

[turuq_](https://www.turuq_)

kurz.bpb.de/nus

Berghof Foundation Operations GmbH:

[#vrschwrng – Ein interaktives Toolkit](https://www.vrschwrng.de)

[gegen Verschwörungstheorien](https://www.vrschwrng.de)

kurz.bpb.de/nut

Demokratiezentrum Baden-Württemberg:

[Regionale Demokratiezentren](https://www.regionale-demokratiezentren.de)

kurz.bpb.de/nuu

Jugendstiftung Baden-Württemberg:

[Demokratiezentrum Baden-Württemberg](https://www.demokratiezentrum-bw.de)

kurz.bpb.de/nuv

Jugendstiftung Baden-Württemberg:

[Fachstelle PREvention](https://www.fachstelle-prevention.de)

kurz.bpb.de/nuw

Kompetenzzentrum gegen Extremismus

in Baden-Württemberg (konex):

[Projekt ACHTUNG?!](https://www.projekt-achtung.de)

kurz.bpb.de/nux

Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit /

Streetwork Baden-Württemberg e. V.:

[FEX – Fachstelle Extremismusbildung](https://www.fex-bw.de)

kurz.bpb.de/nuy

Landeszentrale für politische Bildung

Baden-Württemberg

kurz.bpb.de/nuz

Mannheimer Institut für Integration und

interreligiöse Arbeit e. V.:

[Jumed – Junge Muslime engagiert für Demokratie](https://www.jumed.de)

kurz.bpb.de/nv0

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration /

Landespolizeipräsidium:

[Kompetenzzentrum gegen Extremismus](https://www.konex.de)

[in Baden-Württemberg \(konex\)](https://www.konex.de)

kurz.bpb.de/nv1

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration /

Landespolizeipräsidium:

[Landesbildungszentrum Deradikalisierung](https://www.deradikalisierung.de)

kurz.bpb.de/nv2

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration /

Landespolizeipräsidium:

[Projektbüro Kommunale Kriminalprävention](https://www.projektbuero-kommunale-kriminalpraevention.de)

kurz.bpb.de/nv3

Mosaik Deutschland e. V.:

[Quwwa – Stärke statt Sprachlosigkeit](https://www.quwwa.de)

kurz.bpb.de/nv4

Violence Prevention Network e. V.:

[Beratungsstelle Baden-Württemberg](https://www.beratungsstelle-bw.de)

kurz.bpb.de/nv5

Violence Prevention Network e. V.:

[Workshop-Reihe im Justizvollzug für junge](https://www.workshop-reihe-im-justizvollzug-fuer-junge-radikalisierungsanfaellige-inhaftierte.de)

[radikalisierungsanfällige Inhaftierte](https://www.workshop-reihe-im-justizvollzug-fuer-junge-radikalisierungsanfaellige-inhaftierte.de)

kurz.bpb.de/nv6

Kurzlinks

Weil die Originallinks häufig sehr lang sind, hat die Redaktion Kurzlinks erstellt. Diese leiten direkt auf die entsprechenden Seiten.

Präventionsarbeit ist ein dynamischer Bereich mit vielen aktuellen Entwicklungen. Die Redaktion freut sich daher über Ihre Hinweise auf Akteure, Aktivitäten oder Zusammenhänge, die in diesem Beitrag nicht berücksichtigt wurden.

Schreiben Sie uns gerne eine E-Mail an: radikalisierungspraevention@redaktion-kauer.de

Bayern / Akteure und Organisation der Islamismusprävention

Staatliche Akteure

Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration
Leitet interministerielle Arbeitsgruppe

angesiedelt beim StMI

Kompetenzzentrum für Deradikalisierung
Bayerisches Landeskriminalamt

Beratungsstelle Bayern
Violence Prevention Network
Finanzierung: Innenministerium

Präventionsstelle Salafismus
Landesamt für Verfassungsschutz

Bayerisches Staatsministerium der Justiz

angesiedelt beim StMJ

Zentrale Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Salafismus / Islamismus in JVsAs

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

angesiedelt beim StMUK

Bay. Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Regionalbeauftragte für Demokratie und Toleranz

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

angesiedelt beim StMAS

Fachstelle zur Prävention von religiös begründeter Radikalisierung
ufuq.de
Kofinanzierung: Sozialministerium

Zivilgesellschaft

ReThink
MIND prevention
Finanzierung: Innen- und Sozialministerium

ReStart
MIND prevention
Finanzierung: Innen- und Sozialministerium

DERAD Bayern
Violence Prevention Network
Finanzierung: Land Bayern

Partnerschaften für Demokratie
DLI

Augsburg
Aufbau von kleinräumigen Netzwerken in Augsburg zur Prävention von Salafismus
Finanzierung: Sozialministerium

Würzburg
Präventionsnetzwerk Radikalisierung
Finanzierung: Sozialministerium

Nürnberg
Präventionsnetzwerk gegen gewaltbereiten Salafismus
Finanzierung: Sozialministerium

München
Kommunales Netzwerk
Finanzierung: Stadt München

Interministerielle Arbeitsgruppe

DLI Gefördert durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“

— Abstimmung zwischen den Akteuren

■ Staatliche Akteure

■ Zusammenschluss staatlicher Akteure

■ Zivilgesellschaftliche Akteure

■ Träger: staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure



Bayern



In Bayern arbeiten die staatlichen Akteure der Prävention seit 2015 in einem Netzwerk zusammen, das Prävention und Deradikalisierung im Bereich Islamismus systematisch abdecken soll. Zivilgesellschaftliche Träger sind Partner des Netzwerks. Koordiniert wird das Netzwerk durch eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung von vier Ministerien, die Leitung der Arbeitsgruppe liegt beim *Innenministerium*.

1. Gibt es eine landeseigene Präventionsstrategie im Bereich Islamismus?

Die bayerische Landesregierung hat im Jahr 2015 das *Bayerische Präventions- und Deradikalisierungsnetzwerk gegen Salafismus* geschaffen. Im Netzwerk arbeiten die staatlichen Akteure der Präventionsarbeit ressortübergreifend zusammen. Die in Bayern bereits zuvor bestehenden Maßnahmen zur Prävention sollten auf diese Weise miteinander vernetzt, aufeinander abgestimmt und ausgebaut werden. Grundlage für die Entwicklung des Konzepts für dieses Netzwerk war ein 2014 erstelltes Rahmenkonzept einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Innenministerkonferenz. Im November 2015 hat die bayerische Landesregierung zudem in Form eines Kabinettsbeschlusses ein Maßnahmenbündel beschlossen, um die Präventionsarbeit zu verstärken.

Die bayerische Präventionsarbeit deckt sowohl die frühe Prävention als auch den Bereich der Deradikalisierung ab. Ziel des Landes ist, möglichst flächendeckend Angebote zu initiieren und die verschiedenen Akteure zu vernetzen, auch auf kommunaler Ebene. Es geht darum, die Kompetenzen aller beteiligten Akteure zusammenzuführen. Dazu gehören Akteure aus der Jugend- und Sozialarbeit, der Bildungsarbeit, von religiösen Organisationen, aus Politik und Medien sowie Sicherheitsbehörden.

Insgesamt vier Ministerien und mehrere Landesbehörden sind Teil des Netzwerks. Die zivilgesellschaftlichen Träger *Violence Prevention Network e. V.* und *Ufuq e. V.* sind Kooperationspartner.

2. Wie ist die Präventionsarbeit organisiert?

Die Präventionsarbeit im Freistaat Bayern wird seit 2015 zentral von der *Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG)* koordiniert und geleitet. Sie stimmt die staatlichen Maßnahmen ressortübergreifend ab. Die *IMAG* ist für die inhaltliche Steuerung und strategische Ausrichtung des *Bayerischen Netzwerks für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus* zuständig. Geleitet wird die Arbeitsgruppe durch das *Bayerische Staatsministerium des Innern (StMI)*.

2.1 – Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG)

Die *IMAG* trifft sich regelmäßig, um das weitere Vorgehen zu besprechen und um neue Betätigungsfelder und Zielgruppen zu definieren. Sie fungiert als Austauschplattform der unterschiedlichen Ministerien und Landesbehörden des Freistaats Bayern aus allen Bereichen der Extremismusprävention und stimmt die staatlichen Maßnahmen ressortübergreifend ab.

Die Aufgaben, die nach der Definition der *IMAG* in den Bereich Prävention fallen, liegen im Verantwortungsbereich aller beteiligten Ressorts. Die Verantwortung für die Tätigkeiten, die dem Bereich Deradikalisierung zugeordnet werden, liegt beim *Bayerischen Landeskriminalamt (BLKA)*.

Die *IMAG* besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der folgenden Staatsministerien:

- *Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (StMI; Leitung der IMAG)*
- *Bayerisches Staatsministerium der Justiz (StMJ)*
- *Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus (StMUK)*
- *Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS)*

Darüber hinaus sind auch Landesbehörden in der IMAG vertreten:

- Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (unterliegt der Fach- und Rechtsaufsicht des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus)
- Bayerisches Landeskriminalamt mit dem Kompetenzzentrum für Deradikalisierung (angesiedelt beim StMI)
- Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz mit der Präventionsstelle Salafismus (angesiedelt beim StMI)

Weitergehende Informationen über die Arbeit der einzelnen Partner des Netzwerks gibt es auf der Internetseite des Bayerischen Netzwerks für Prävention und Deradikalisierung, www.antworten-auf-salafismus.de. Zuständig ist die IMAG auch für die Vertretung Bayerns gegenüber anderen Ländern, und sie vertritt Bayern in bundesweiten Gremien zum Thema Prävention und Deradikalisierung. Neben der programmatischen und strategischen Koordination der landesweiten Präventionsarbeit durch das Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus werden Teilbereiche durch weitere Akteure inhaltlich koordiniert.

2.2 – Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration

Bayerisches Landeskriminalamt

Die bayerischen Sicherheitsbehörden sind Teil der bayerischen Präventionsarbeit. So liegt die Verantwortung für die Säule Deradikalisierung beim Bayerischen Landeskriminalamt (BLKA).

KOMPETENZZENTRUM FÜR DERADIKALISIERUNG
Dort ist das *Kompetenzzentrum für Deradikalisierung* angesiedelt. Das *Kompetenzzentrum* im BLKA dient für andere Behörden in Bayern als Ansprechpartner zum Thema Deradikalisierung und ist landesweiter Ansprechpartner in Fällen konkreter Gefährdung. Zudem analysiert es sicherheitsrelevante Fälle und übernimmt die Koordination bei der Deradikalisierungsarbeit in Kooperation mit dem zivilgesellschaftlichen Träger *Violence Prevention Network e. V. (VPN)*.

VPN: BERATUNGSSTELLE BAYERN

Im Auftrag des BLKA unterhält VPN in München die *Beratungsstelle Bayern*. Ihre Aufgabe ist die Arbeit mit gefährdeten jungen Menschen im Umfeld des extremistischen Salafismus und deren Angehörigen beziehungsweise deren sozialem Umfeld. Diese werden sowohl beraten als auch bei einem möglichen Ausstieg aus der Szene begleitet. Die *Beratungsstelle* dient in Bayern als zentraler Ansprechpartner für betroffene Jugendliche und Eltern, kommunale Stellen sowie für Vereine, Moscheegemeinden und Schulen. Finanziert wird die Arbeit der *Beratungsstelle* durch das *Staatsministerium des Innern*.

Das *Kompetenzzentrum für Deradikalisierung* im BLKA und die *Beratungsstelle Bayern* sind zudem direkte Ansprechpartner der *Beratungsstelle Radikalisierung* des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Fällen von Radikalisierung in Bayern.

Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz

Neben dem BLKA ist mit dem *Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz (BLV)* eine zweite Sicherheitsbehörde Teil der bayerischen Präventionsstrategie und in der IMAG vertreten.

PRÄVENTIONSSTELLE SALAFISMUS

Das BLV betreibt die *Präventionsstelle Salafismus*. In enger Kooperation mit den anderen Akteuren der bayerischen Präventionsarbeit bietet sie Schulungen und Beratung an – unter anderem für Polizei, Hochschulen, Lehrkräfte, JVA-Bedienstete, Bewährungshelfer/-innen, Mitarbeiter/-innen von Ausländerbehörden, Sozialbehörden und Jobcentern sowie Sozialpädagoginnen und -pädagogen und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit.

Koordination des Sicherheitsbereichs im Innenministerium

Im Rahmen der Sicherheitspolitik wurde vom *Bayerischen Staatsministerium des Innern* zudem das *Gemeinsame Handlungskonzept des Bayerischen Landeskriminalamtes, des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz und des Operativen Staatsschutzes der Bayerischen Polizei* entwickelt. Schwerpunkt der Arbeit ist die Beobachtung von möglichen Ausreisewilligen in Gebiete, in denen dschihadistische Gruppierungen wie der sogenannte Islamische Staat aktiv sind, unter anderem in Syrien oder im Irak. Ziel des *Gemeinsamen Handlungskonzepts* ist es, Absichten zur Ausreise frühzeitig zu erkennen und zu unterbinden.

2.3 – Bayerisches Staatsministerium der Justiz

ZENTRALE KOORDINIERUNGSSTELLE FÜR MASSNAHMEN GEGEN SALAFISMUS / ISLAMISMUS IN JVA_s

Im *Bayerischen Justizministerium* wurde im Dezember 2015 die *Zentrale Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Salafismus / Islamismus in Justizvollzugsanstalten* geschaffen. Sie entwickelt unter anderem Handlungsstrategien für den bayerischen Justizvollzug im Umgang mit sich radikalierenden oder bereits radikalisierten Gefangenen und übernimmt die Koordination bei salafistischen / islamistischen Verdachtsfällen im bayerischen Justizvollzug. Zu ihren Aufgaben gehört weiterhin die Vermittlung von Wissen im bayerischen Justizvollzug und die fachliche Begleitung und Unterstützung des Ausbaus der muslimischen Gefängnisseelsorge.

2.4 – Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

BAYERISCHE LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNGSARBEIT

Die *Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit* stellt Vermittlungsangebote und Kommunikationsmittel für verschiedene Zielgruppen bereit. Die Angebote richten sich an alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, beinhalten jedoch auch spezielle Formate für Jugendliche und Multiplikatoren. Dazu gehören zahlreiche Veranstaltungen zu verschiedenen Themen, beispielsweise „Migration“, „Flucht und Asyl“, „Europa“, „Internationale Bildungszusammenarbeit“ sowie „Politischer und religiöser Extremismus“. Die *Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit* ist eine teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts; als nachgeordnete Behörde unterliegt sie der Fach- und Rechtsaufsicht des *Staatsministeriums für Unterricht und Kultus*.

REGIONALBEAUFTRAGTE FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ
Darüber hinaus ist die Arbeit der staatlichen Schulberatung ausgebaut worden. Seit 2016 beraten die vom *Kultusministerium* ausgesandten *Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz* Schulen in Bayern auch in Fragen der Salafismusprävention und bilden fort.

2.5 – Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

Das *Bayerische Sozialministerium* ist nach eigenen Angaben für Fragen der „frühen“ Prävention von Radikalisierung zuständig und erarbeitet Handlungs- und Kommunikationsstrategien im Bereich der Radikalisierungsprävention für die gesamte Gesellschaft. Dies betrifft neben der religiös motivierten Radikalisierung auch die Bereiche des Links- und Rechtsextremismus sowie des phänomenübergreifenden Antisemitismus.

Das *Sozialministerium* soll den Transfer wissenschaftlicher Forschungsergebnisse in die Praxis ermöglichen und arbeitet mit zuständigen Stellen und fachbezogenen Netzwerken auf Länder- und Bundesebene, aber auch europaweit zusammen.

UFUQ: FACHSTELLE ZUR PRÄVENTION VON RELIGIÖS BEGRÜNDETER RADIKALISIERUNG

Die Organisationseinheit ist zudem zuständig für die *Fachstelle zur Prävention von religiös begründeter Radikalisierung* von *Ufuq e. V.* in Augsburg und fördert diese. *Ufuq* erhält darüber hinaus für die Fachstelle eine Förderung aus dem Bundesprogramm *Demokratie leben!*.

Die Fachstelle bietet Beratung und Fortbildungen in den Themenfeldern Islam, Islamismus, Salafismus und Islamfeindlichkeit sowie zu Ansätzen der präventiven pädagogischen Arbeit an. Die Fachstelle richtet sich mit ihrem Angebot primär an Jugendeinrichtungen und auch an Schulen, steht aber auch anderen Akteuren offen.

Weitere Infodienst-Angebote

Übersicht: Forschungsprojekte

In den vergangenen Jahren hat die Anzahl an Forschungsprojekten zu den Themen Islamismus und Salafismus sowie phänomenübergreifende Betrachtungen von Extremismus und Radikalisierung stark zugenommen. Der Infodienst Radikalisierungsprävention bietet eine strukturierte Übersicht über diese Forschungsprojekte in Deutschland seit 2015.

www.bpb.de/infodienst-forschungsprojekte

3. Welche Rolle spielen die Akteure der Bundesebene in Bayern?

3.1 – Arbeitsgruppen der Bundesländer

Die Behörden und besonders die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern stimmen sich bereits seit 2009 in der *Arbeitsgruppe Deradikalisierung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ)* über islamistischen Extremismus ab. Des Weiteren existieren verschiedene Bundesländer-Arbeitsgruppen im Rahmen der *Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK)*.

3.2 – Kooperationsnetzwerk der Beratungsstelle Radikalisierung des BAMF

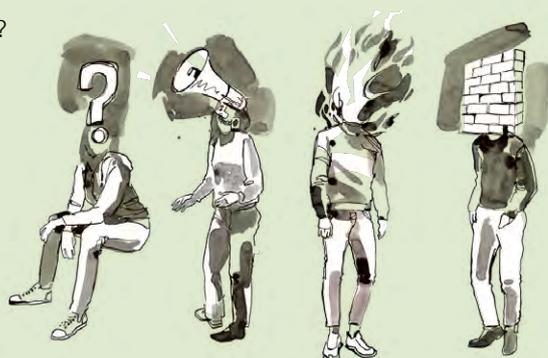
Auch das Kooperationsnetzwerk der *Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* dient als Plattform für den Austausch zwischen Bund und Ländern. In Bayern übernimmt das *Bayerische Kompetenzzentrum für Deradikalisierung*, angesiedelt beim *Bayerischen Landeskriminalamt*, die Funktion der *Landeskoordinierungsstelle* im Rahmen des *BAMF-Netzwerks*. *Violence Prevention Network e. V.* ist mit der *Beratungsstelle Bayern* als zivilgesellschaftlicher *Partner vor Ort* mit der aktiven Fallarbeit befasst.

Infodienst Radikalisierungsprävention – Herausforderung Islamismus

Was kann man gegen Radikalisierung tun? Wie kann man junge Menschen stärken, die möglicherweise radikalierungsgefährdet sind? Wie kann der Ausstieg aus radikalen Gruppen gelingen?

Der **Infodienst Radikalisierungsprävention – Herausforderung Islamismus** ist ein Online-Portal mit Newsletter der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Er bietet Hintergrundwissen, pädagogische Materialien, Veranstaltungshinweise und eine Übersicht mit Beratungsangeboten – unter anderem für Schule, Sozialarbeit, Beratungsstellen oder Behörden.

www.bpb.de/infodienst



3.3 – BMFSFJ: Bundesprogramm Demokratie leben!

Über das Bundesprogramm *Demokratie leben!* des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) kofinanziert der Bund einen Teil der Präventionsarbeit auf den Ebenen der Länder und Kommunen.

Im Rahmen von *Demokratie leben!* werden in Bayern 26 *Partnerschaften für Demokratie* gefördert. Dabei handelt es sich um lokale und regionale Bündnisse, die vor Ort passende Strategien für die konkrete Situation entwickeln.

In jedem Bundesland unterstützen *Landes-Demokratiezentren* die Weiterentwicklung von Konzepten und Strategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt. Sie sorgen für eine Vernetzung der lokalen Aktivitäten – insbesondere der *Partnerschaften für Demokratie*. In Bayern ist das *Landes-Demokratiezentrum* bei der *Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus* verortet, die beim *Bayerischen Jugendring* angesiedelt ist.

Des Weiteren werden im Rahmen von *Demokratie leben!* Modellprojekte zur Extremismusprävention in den Bereichen „Islamistischer Extremismus“, „Phänomenübergreifende Prävention: Wechselwirkungen einzelner Phänomene, Deeskalationsarbeit“ sowie „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ gefördert. In Bayern gibt es jedoch keine von *Demokratie leben!* geförderten Projekte.

3.4 – Jugendmigrationsdienste: Respekt Coaches

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanziert auch das Programm *Respekt Coaches*. Es wird von den *Jugendmigrationsdiensten* (JMD) an rund 190 Standorten in allen Bundesländern umgesetzt. Die *JMD* kooperieren dafür mit Schulen und weiteren Partnern. Das Programm soll in Gruppenangeboten demokratische Werte für junge Menschen erlebbar machen und sie in ihrer Persönlichkeit stärken. Schülerinnen und Schüler sollen den Wert einer vielfältigen Gesellschaft erfahren und lernen, unterschiedliche Weltanschauungen und Lebensweisen besser zu verstehen. Dies soll auch der Extremismusprävention dienen. In Bayern gibt es 22 Standorte der *Respekt Coaches*.

3.5 – BAMF: Rückkehrkoordination

Kehren „IS“-Anhängerrinnen und -Anhänger aus den ehemaligen Gebieten des selbst ernannten Islamischen Staates nach Deutschland zurück, sind verschiedene staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure involviert. Das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* (BAMF) hat 2019 in sieben Bundesländern Koordinationsstellen geschaffen, deren Aufgabe es ist, den gesamten Prozess im Blick zu behalten und die Zusammenarbeit der Behörden abzustimmen. Das Programm wird im Jahr 2020 weiter finanziert, über eine Weiterführung im Jahr 2021 wird noch entschieden.¹ In Bayern ist die Koordinationsstelle beim *Kompetenzzentrum für Deradikalisierung* im *Bayerischen Landeskriminalamt* angesiedelt.

¹ Bundeszentrale für politische Bildung: **Interview: Wie das BAMF den Umgang mit Rückkehrenden koordiniert**, kurz.bpb.de/no4

4. Wie arbeiten Landesebene und kommunale Ebene zusammen?

Die *Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG)* steht nach eigenen Angaben im Austausch mit der kommunalen Ebene. Demnach hat das *Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus* den Anspruch, möglichst flächendeckend Angebote zu initiieren und die verschiedenen Akteure vor Ort zu vernetzen. Dabei sollen alle Akteure eingebunden werden, die einen direkten Zugang zu den Betroffenen haben: Polizei, Jugend- und Sozialarbeit.

Das im *Bayerischen Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus* vertretene *Sozialministerium* fördert den Aufbau kommunaler Netzwerke. Landesmittel sowie Mittel aus dem Bundesprogramm *Demokratie leben!* können dort beantragt werden. Auch für eine mögliche Unterstützung bei einer Förderung durch das Bundesprogramm *Zusammenhalt durch Teilhabe* ist das Ministerium zuständig.

Kommunale Netzwerke: Modellprojekte

Derzeit existieren drei kommunale Modellprojekte in Augsburg, Nürnberg und Würzburg, die alle vom *Sozialministerium* gefördert werden, sowie ein weiteres Netzwerk in München. Das Land plant, die kommunale Vernetzung weiter auszudehnen.

AUGSBURG

2016 wurde das Projekt *Aufbau von kleinräumigen Netzwerken in Augsburg zur Prävention von Salafismus* ins Leben gerufen.² Die Vernetzung findet hier bewusst auf der untersten, der lokalen Ebene statt, um leichter eine vertrauensvolle Zusammenarbeit aufbauen zu können. Seit 2017 liegt ein Fokus des Augsburger Netzwerks auf genderspezifischen Präventionsprojekten. Projektträger des Netzwerks ist die *Geschäftsstelle des Kommunalen Präventionsrates Augsburg*.

NÜRNBERG

In Nürnberg startete das *Präventionsnetzwerk gegen gewaltbereiten Salafismus* seine Arbeit im Jahr 2016. Koordiniert wird die Arbeit des Netzwerks im städtischen *Menschenrechtsbüro*. Aufgabe des Netzwerks ist die Bündelung der bestehenden Beratungs- und Präventionsangebote im Bereich Salafismus sowie die Vernetzung der lokalen Akteure. Zusätzlich bietet das Netzwerk seit 2018 Workshops in Schulen und Jugendeinrichtungen zu den Themen Identität, Islam und Jugendkulturen an. Zum Netzwerk gehören circa 50 Akteure aus allen gesellschaftlichen Bereichen, die viermal pro Jahr zu Arbeitstreffen zusammenkommen.

WÜRZBURG

In Würzburg gibt es seit 2017 ein interkommunales Projekt: Das *PräventionsNetzwerk Radikalisierung* wird gemeinsam von der Stadt Würzburg und vom Landkreis Würzburg betrieben. Die Koordination liegt für die Stadt beim *Sozialreferat* und für den Landkreis beim *Landratsamt*. Das Konzept des Netzwerks basiert auf drei Handlungsfeldern:

1. Netzwerkbildung aller Akteure
2. Sensibilisierung und Schulung von Multiplikatoren
3. Praktische Präventionsarbeit

MÜNCHEN

In München ist bereits seit 2008 das *Kommunale Netzwerk* aktiv. Eines der behandelten Themen ist religiöse Radikalisierung. Viermal im Jahr kommen die Mitglieder im Rahmen der Fachnetzwerktreffen zusammen, um sich auszutauschen, gemeinsame Grundsätze und Qualitätskriterien zu entwickeln und gemeinsam neue Entwicklungen fachlich zu bewerten.

Koordiniert wird das *Kommunale Netzwerk* von der *Fachstelle für Demokratie (Fachstelle für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit)* der Stadt München, die auch zu den Treffen einlädt.

5. Welche zivilgesellschaftlichen Akteure sind aktiv und wie arbeiten staatliche Akteure mit ihnen zusammen?

Das Land arbeitet sowohl im Bereich der Prävention als auch bei der Deradikalisierung mit zivilgesellschaftlichen Trägern zusammen.

5.1 – Ufuq:

Fachstelle zur Prävention von religiös begründeter Radikalisierung

Mit *Ufuq e. V.*, dem Träger der landesweiten *Fachstelle zur Prävention von religiös begründeter Radikalisierung*, ist ein zivilgesellschaftlicher Akteur fester Bestandteil des *Bayerischen Netzwerks für Prävention und gegen Salafismus*. Dort arbeitet *Ufuq* eng mit der *Organisationseinheit Radikalisierungsprävention* im *Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales* zusammen (► siehe Abschnitt 2.5, S. 31).

² Bundeszentrale für politische Bildung: *Netzwerkarbeit vor Ort: Ein Praxisbeispiel aus Augsburg*, kurz.bpb.de/no5

5.2 – Violence Prevention Network:

Beratungsstelle Bayern

Die zweite Säule der Arbeit des *Bayerischen Netzwerks für Prävention und Deradikalisierung* ist neben der Prävention die Deradikalisierung. Auch hier arbeitet das Land aktiv mit einem zivilgesellschaftlichen Akteur zusammen, der *Beratungsstelle Bayern* des zivilgesellschaftlichen Trägers *Violence Prevention Network e. V. (VPN)*. Angeleitet und finanziert wird VPN vom *Kompetenzzentrum für Deradikalisierung im Bayerischen Landeskriminalamt* (► siehe Abschnitt 2.2, S. 30).

5.3 – Violence Prevention Network:

DERAD Bayern

VPN führt außerdem das Projekt *DERAD Bayern – Mobile Maßnahmen zur Beratung und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe* durch. *DERAD* bietet ein umfassendes Angebot an Interventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen im bayerischen Strafvollzug. Das Projekt war bis Ende 2019 vom Bundesprogramm *Demokratie leben!* des *BMFSFJ* gefördert worden. Ab dem Jahr 2020 wurde die Modellprojektförderung in eine Finanzierung aus Mitteln des bayerischen Haushalts überführt. Es besteht eine enge Kooperation mit dem *Bayerischen Staatsministerium der Justiz* und im Besonderen mit der dort angesiedelten *Zentralen Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Salafismus/Islamismus in Justizvollzugsanstalten*. Eine Vernetzung mit der *Beratungsstelle Bayern* von VPN wird angestrebt.

5.4 – MIND prevention:

ReStart und ReThink

Im Jahr 2018 haben die Ministerien des Innern, der Justiz und für Unterricht und Kultus Modellprojekte mit der *Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention (MIND prevention)* begonnen. Das *Justizministerium* hat gemeinsam mit *MIND prevention* ein Konzept entwickelt, das junge Gefangene vor Radikalisierung schützen soll (*ReStart*). Im Projekt *ReThink* sollen Geflüchtete gegen salafistische Anwerbeversuche stark gemacht werden. *ReThink* wird vom *Ministerium für Unterricht und Kultus* fachlich unterstützt. Beide Projekte werden gefördert durch das *Innen-* und das *Sozialministerium*.

6. Welche Besonderheiten gibt es in Bayern hinsichtlich der Präventionsarbeit?

Bayern arbeitet anhand einer landesweiten Strategie, in der die Bereiche primärer und sekundärer Prävention getrennt sind und für die jeweils unterschiedliche Stellen die Verantwortung tragen.

Hervorzuheben ist, dass innerhalb dieses Netzwerks mit dem *Bayerischen Landeskriminalamt* eine Sicherheitsbehörde die Beratungsarbeit koordiniert: Mit dem *Kompetenzzentrum für Deradikalisierung* wurde dort eine eigene Stelle geschaffen, der die Verantwortung für den Bereich Deradikalisierung übertragen wurde und die wiederum eng mit dem Verein *Violence Prevention Network e. V.* zusammenarbeitet, der die *Beratungsstelle Bayern* unterhält.

Im direkten Vergleich mit anderen Ländern unternimmt Bayern umfangreiche Werbemaßnahmen und Informationskampagnen, um auf das Netzwerk aufmerksam zu machen. In diesem Zusammenhang ist vor allem die zentrale Website www.antworten-auf-salafismus.de zu nennen, auf der die gesamte Präventionsarbeit Bayerns dargestellt wird.



7. Quellen, Anlaufstellen und Präventionsprojekte in Bayern

7.1 – Wichtige Quellen und Websites

Bayerisches Landeskriminalamt (2017):
Beitrag zur öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages; Drs. 18/10477 – Eine bundesweite Präventionsstrategie gegen den gewaltbereiten Islamismus
kurz.bpb.de/nok

Bayerischer Landtag (2016):
Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze (Bündnis 90/Die Grünen), Thema: Ein Jahr Antisalfismusnetzwerk: Wo steht das Bayerische Präventions- und Deradikalisierungsnetzwerk gegen Salafismus?
kurz.bpb.de/nop

Bayerische Staatsregierung:
Antworten auf Salafismus
kurz.bpb.de/nom

Bayerische Staatskanzlei (2015):
Bayerische Staatsregierung geht verstärkt gegen islamistische Radikalisierung vor
kurz.bpb.de/non

Innenministerkonferenz (2016):
Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der 204. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder
kurz.bpb.de/noo

7.2 – Anlaufstellen und Präventionsprojekte

Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz:
Präventionsstelle Salafismus
kurz.bpb.de/no6

Bayerisches Landeskriminalamt:
Kompetenzzentrum für Deradikalisierung
kurz.bpb.de/no7

Bayerische Staatsregierung:
Bayerisches Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus
kurz.bpb.de/no8

jumi – Initiative für Jugend und Migration
kurz.bpb.de/no9

MIND prevention GmbH:
ReStart und ReThink
kurz.bpb.de/noa

Staatliche Schulberatung in Bayern:
Regionalbeauftragte für Demokratie und Toleranz
kurz.bpb.de/nob

Ufuq e. V.:
Fachstelle zur Prävention von religiös begründeter Radikalisierung in Bayern
kurz.bpb.de/noc

Violence Prevention Network e. V.:
Beratungsstelle Bayern
kurz.bpb.de/nod

Violence Prevention Network e. V.:
DERAD Bayern – Mobile Maßnahmen zur Beratung und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe
kurz.bpb.de/nof

7.3 – Kommunale Netzwerke

Augsburg:
Aufbau von kleinräumigen Netzwerken zur Prävention von Salafismus
kurz.bpb.de/nog

München:
Kommunales Netzwerk
kurz.bpb.de/noh

Nürnberg:
Präventionsnetzwerk gegen gewaltbereiten Salafismus
kurz.bpb.de/noi

Würzburg:
Präventionsnetzwerk Radikalisierung
kurz.bpb.de/noj

Kurzlinks

Weil die Originallinks häufig sehr lang sind, hat die Redaktion Kurzlinks erstellt. Diese leiten direkt auf die entsprechenden Seiten.

Präventionsarbeit ist ein dynamischer Bereich mit vielen aktuellen Entwicklungen. Die Redaktion freut sich daher über Ihre Hinweise auf Akteure, Aktivitäten oder Zusammenhänge, die in diesem Beitrag nicht berücksichtigt wurden.

Schreiben Sie uns gerne eine E-Mail an: radikalisierungspraevention@redaktion-kauer.de

Berlin / Akteure und Organisation der Islamismusprävention

Staatliche Akteure

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

angesiedelt bei SenInnDS

Landesamt für Verfassungsschutz

angesiedelt bei SenJustVA

Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS)

Landeskriminalamt

Landeskommission Berlin gegen Gewalt (LAKO)

- Senatsverwaltungen für ...
- ... Inneres und Sport
 - ... Bildung, Jugend und Familie
 - ... Integration, Arbeit und Soziales
 - ... Gesundheit, Pflege und Gleichstellung
 - ... Stadtentwicklung und Wohnen
 - ... Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung
- sowie
- Vertreter/-innen der Bezirke
 - Polizeipräsident

Austauschgremium für bezirkliche Präventionsräte

Zivilgesellschaft

Zahlreiche Projekte verschiedener Träger und Förderungen

Durch die LADS geförderte Projekte

Durch die LAKO geförderte Projekte

Beratungsstelle Berlin

Violence Prevention Network
Finanzierung: *Landeskommission Berlin gegen Gewalt*

Partnerschaften für Demokratie

DLI Gefördert durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“

— Abstimmung zwischen den Akteuren

--- Abstimmung zwischen den Akteuren im Rahmen des DeRadNet

■ Staatliche Akteure

■ Zusammenschluss staatlicher Akteure

■ Zivilgesellschaftliche Akteure

■ Zusammenschluss staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure

■ Träger: staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure



Berlin



Das *Berliner Landesprogramm Radikalisierungsprävention* finanziert zivilgesellschaftliche Projekte, die in den Bereichen Sekundärprävention und Ausstiegsbegleitung tätig sind. Entwickelt wurde das Programm von der *Landeskommission Berlin gegen Gewalt*, angesiedelt bei der *Senatsverwaltung für Inneres und Sport*. Gleichzeitig fördert die *Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung*, angesiedelt in der *Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung*, primärpräventive Projekte im Rahmen des *Landesprogramms Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus*.

1. Gibt es eine landeseigene Präventionsstrategie im Bereich Islamismus?

In Berlin gibt es eine landeseigene Präventionsstrategie. Ende Mai 2015 wurde durch einen Runden Tisch mit Vertreterinnen und Vertretern von Senatsverwaltungen und Zivilgesellschaft eine „gesamtstädtische und ressortübergreifende Präventions- und Deradikalisierungsstrategie“ zum extremistischen Salafismus entwickelt.¹ Auf Grundlage dieser Gespräche entwickelte die *Landeskommission Berlin gegen Gewalt (LAKO)* das *Berliner Landesprogramm Radikalisierungsprävention*. Es wurde am 22. Dezember 2015 vom Berliner Senat² beschlossen.³

Ein Ziel des *Berliner Landesprogramms Radikalisierungsprävention* ist die finanzielle Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte, die sich der Sekundärprävention und Deradikalisierung im Bereich Islamismus widmen. Darüber hinaus sollen bestehende Initiativen, Projekte und Maßnahmen gebündelt, aufeinander abgestimmt und ihre Trägerinnen und Träger sowie Beteiligte vernetzt werden.

Gleichzeitig setzt die *Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS)* unter der Überschrift *Demokratie. Vielfalt. Respekt.* ein Programm für Demokratieförderung und Prävention um. Dieses fördert auch Projekte aus der Islamismusprimärprävention und der Prävention von antimuslimischem Rassismus. Die *LADS* ist in der *Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung* angesiedelt.

Die Fachebenen von *LAKO* und *LADS* treffen sich regelmäßig, um sich über die Aktivitäten in den *Landesprogrammen* auszutauschen und die inhaltlichen Entwicklungen zu besprechen. Themenbezogen werden verwaltungsintern ressortübergreifend Partnerinnen und Partner zu Fachsitzungen eingeladen.

2. Wie ist die Präventionsarbeit organisiert?

2.1 – Landeskommission Berlin gegen Gewalt (LAKO)

Die Entscheidungs- und Steuerungsfunktion für das *Berliner Landesprogramm Radikalisierungsprävention* wurde der *Landeskommission Berlin gegen Gewalt (LAKO)* übertragen. Sie ist auch für die strategische Konzept- und Projektentwicklung verantwortlich. Die *LAKO* ist Teil der *Senatsverwaltung für Inneres und Sport*.

Die *Landeskommission Berlin gegen Gewalt* ist ein ressortübergreifendes Staatssekretärsorgane. Es trifft sich drei- bis viermal jährlich, um sich über Vorgänge und Projekte der *Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt* zu informieren und Umfang, Ressourcen und Rahmenbedingungen abzustecken.

1 Abgeordnetenhaus Berlin: **Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Clara Herrmann und Susanna Kahlefeld (GRÜNE)**, Thema: **Landesprogramm für Prävention und Deradikalisierung im Bereich Islamismus**, kurz.bpb.de/nra

2 In Berlin ist „Senat“ die Bezeichnung für die Landesregierung, ein/-e „Senator/-in“ entspricht einem/-er Minister/-in in anderen Bundesländern.

3 Senatskanzlei Berlin: **Senat beschließt Berliner Landesprogramm Radikalisierungsprävention**, kurz.bpb.de/nrm

Die Mitglieder der LAKO sind:

- *Senatsverwaltungen für*
 - *Inneres und Sport*
 - *Bildung, Jugend und Familie*
 - *Integration, Arbeit und Soziales*
 - *Gesundheit, Pflege und Gleichstellung*
 - *Stadtentwicklung und Wohnen*
 - *Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung*
- Vertreterinnen und Vertreter der Bezirke
- *Polizeipräsident / Polizeipräsidentin*

Weitere Infodienst-Angebote

Infodienst Radikalisierungsprävention – Herausforderung Islamismus

Was kann man gegen Radikalisierung tun?
Wie kann man junge Menschen stärken, die möglicherweise radikalierungsgefährdet sind?
Wie kann der Ausstieg aus radikalen Gruppen gelingen?

Der **Infodienst Radikalisierungsprävention – Herausforderung Islamismus** ist ein Online-Portal mit Newsletter der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Er bietet Hintergrundwissen, pädagogische Materialien, Veranstaltungshinweise und eine Übersicht mit Beratungsangeboten – unter anderem für Schule, Sozialarbeit, Beratungsstellen oder Behörden.

www.bpb.de/infodienst



Die *Geschäftsstelle der Landeskommision Berlin gegen Gewalt* bildet das zentrale Präventionsgremium des Landes Berlin und hat zum Ziel, Gewalt und Kriminalität in Berlin zu verringern. Diese Aufgabe wird nicht nur als staatliche, sondern auch als gesellschaftliche Aufgabe verstanden. Die LAKO versteht sich vor allem als Ideengeberin und Organisatorin von Institutionen übergreifenden Arbeitsprozessen. Zu diesem Zweck werden beispielsweise Erkenntnisse durch die LAKO der Öffentlichkeit vorgestellt, sowohl in Form von Publikationen als auch über ihre Internetpräsenz.

Die LAKO ist im Kontext des *Landesprogramms* für Sekundärprävention und Deradikalisierung zuständig. Die konkrete Arbeit wird von zivilgesellschaftlichen Trägern umgesetzt.

2.2 – Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS)

Die *Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS)* setzt unter der Überschrift *Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus* ein Förderprogramm zur Prävention um. Dieses fördert unter anderem Maßnahmen zur Primärprävention von Islamismus und antimuslimischem Rassismus. Die LADS ist angesiedelt in der *Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung*.

Die geförderten Maßnahmen richten sich sowohl an Jugendliche als auch an Multiplikatoren der Jugendarbeit. Ziel der niedrigschwelligen Präventionsarbeit ist es, Jugendliche zu stärken und das Demokratieverständnis zu fördern.

Die LADS ist für die Projekte der Primärprävention Islamismus fachlich zuständig und koordiniert die Maßnahmen der Tertiärprävention im Justizvollzug. Bei diesen Maßnahmen wird unter anderem mit der Methode der Verantwortungspädagogik politische Bildung und Präventionsarbeit mit jungen Muslimen und Musliminnen betrieben.

2.3 – Deradikalisierungsnetzwerk (DeRadNet)

Die *Senatsverwaltung für Inneres und Sport* koordiniert das *Deradikalisierungsnetzwerk (DeRadNet)*. Im DeRadNet werden in Fallkonferenzen mit *Polizei* und *Verfassungsschutz* ausschließlich sicherheitsrelevante Fälle der Intervention, der Demobilisierung und der Deradikalisierung bearbeitet. Konkret sind folgende Akteure am DeRadNet beteiligt:

- *Landeskriminalamt*
- *Landesamt für Verfassungsschutz*
- *Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung*
- *PREVENT – Beratungsstelle Berlin (Violence Prevention Network e. V.)*

2.4 – Evaluation und wissenschaftliche Begleitung

Das *Berliner Landesprogramm Radikalisierungsprävention* wurde von der *Hochschule für Wirtschaft und Recht* in Berlin wissenschaftlich begleitet. Der Abschlussbericht wurde im Februar 2018 veröffentlicht.

Außerdem wurden einzelne Projekte des *Landesprogramms* evaluiert. Dazu gehören:

- *AL-MANARA*
(*Violence Prevention Network e. V.*)
kurz.bpb.de/nr9
- *Beratungsstelle KOMPASS – Toleranz statt Extremismus*
(*Violence Prevention Network e. V.*)
kurz.bpb.de/nrc
- *Konflikt-Abbau durch Beratung und Integrationsförderung für Flüchtlinge und Asylsuchende*
(*Arabisches Kulturinstitut e. V.*)
kurz.bpb.de/nrd
- *Konzepte gegen islamistische Radikalisierung*
(*Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e. V.*)
kurz.bpb.de/nre
- *Therapeutische Präventions- und Interventionsmaßnahmen für gewalt- und extremismusgefährdete minderjährige Migranten und Flüchtlinge*
(*Multikulturelles Jugend Integrationszentrum e. V.*)
kurz.bpb.de/nrf

3. Welche Rolle spielen die Akteure der Bundesebene in Berlin?

3.1 – Arbeitsgruppen der Bundesländer

Die Behörden und besonders die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern stimmen sich bereits seit 2009 in der *Arbeitsgruppe Deradikalisierung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ)* über islamistischen Extremismus ab. Des Weiteren existieren verschiedene Bund-Länder-Arbeitsgruppen im Rahmen der *Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK)*.

3.2 – Kooperationsnetzwerk der Beratungsstelle Radikalisierung des BAMF

Auch das Kooperationsnetzwerk der *Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* dient als Plattform für den Austausch zwischen Bund und Ländern. In Berlin übernimmt die *Landeskommission Berlin gegen Gewalt*, angesiedelt bei der *Senatsverwaltung für Inneres und Sport*, die Funktion der *Landeskoordinierungsstelle* im Rahmen des *BAMF-Netzwerks*. Je nach Einzelfall sind die Beratungsstelle *HAYAT-Deutschland* oder *PREVENT – Beratungsstelle Berlin* als zivilgesellschaftliche *Partner vor Ort* mit der aktiven Fallarbeit befasst.

3.3 – BMFSFJ: Bundesprogramm Demokratie leben!

Über das Bundesprogramm *Demokratie leben!* des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* kofinanziert der Bund einen Teil der Präventionsarbeit auf den Ebenen der Länder und Kommunen.

Im Rahmen von *Demokratie leben!* werden in Berlin 16 *Partnerschaften für Demokratie* gefördert. Dabei handelt es sich um lokale und regionale Bündnisse, die vor Ort passende Strategien für die konkrete Situation entwickeln.

In jedem Bundesland unterstützen *Landes-Demokratiezentren* die Weiterentwicklung von Konzepten und Strategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt. Sie sorgen für eine Vernetzung der lokalen Aktivitäten – insbesondere der *Partnerschaften für Demokratie*. In Berlin ist das *Landes-Demokratiezentrum* bei der *Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung* in der *Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung* angesiedelt.

Des Weiteren werden im Rahmen von *Demokratie leben!* Modellprojekte zur Extremismusprävention in den Bereichen „Islamistischer Extremismus“, „Phänomenübergreifende Prävention: Wechselwirkungen einzelner Phänomene, Deeskalationsarbeit“ sowie „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ gefördert.

In Berlin ist es das folgende Projekt:

- *JUST X Berlin – Prävention und Deradikalisierung im Berliner Strafvollzug und in der Bewährungshilfe*
(*Violence Prevention Network e. V.*, *Forschungsgruppe Modellprojekte e. V.* als Träger des Projekts *NEXUS – Psychologisch-therapeutisches Beratungsnetzwerk Justiz und Familie* und *Denkzeit-Gesellschaft e. V.*)

3.4 – Jugendmigrationsdienste: Respekt Coaches

Das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* finanziert auch das Programm *Respekt Coaches*. Es wird von den *Jugendmigrationsdiensten (JMD)* an rund 190 Standorten in allen Bundesländern umgesetzt. Die *JMD* kooperieren dafür mit Schulen und weiteren Partnern. Das Programm soll in Gruppenangeboten demokratische Werte für junge Menschen erlebbar machen und sie in ihrer Persönlichkeit stärken. Schülerinnen und Schüler sollen den Wert einer vielfältigen Gesellschaft erfahren und lernen, unterschiedliche Weltanschauungen und Lebensweisen besser zu verstehen. Dies soll auch der Extremismusprävention dienen. In Berlin gibt es zwölf Standorte der *Respekt Coaches*.

3.5 – BAMF: Rückkehrkoordination

Kehren „IS“-Anhängerinnen und -Anhänger aus den ehemaligen Gebieten des selbst ernannten Islamischen Staates nach Deutschland zurück, sind verschiedene staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure involviert. Das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* hat 2019 in sieben Bundesländern Koordinationsstellen geschaffen, deren Aufgabe es ist, den gesamten Prozess im Blick zu behalten und die Zusammenarbeit der Behörden abzustimmen. Das Programm wird im Jahr 2020 weiter finanziert, über eine Weiterführung im Jahr 2021 wird noch entschieden.⁴ In Berlin ist die Koordinationsstelle bei der *Senatsverwaltung für Inneres und Sport* angesiedelt.

Weitere Infodienst-Angebote

Video- und Audiobeiträge

Die Multimedia-Beiträge informieren über die islamistische Szene, erzählen die Geschichten von betroffenen Familien und radikalisierten Jugendlichen oder lassen Fachleute zu Wort kommen. In der Sammlung befinden sich Dokumentationen und Reportagen, Talks mit Fachleuten sowie Kurzbeiträge.

www.bpb.de/infodienst-multimedia

4. Wie arbeiten die Berliner Landesebene und die Bezirksebene zusammen?

2015 wurde von der *Landeskommission Berlin gegen Gewalt* ein *Austauschgremium für bezirkliche Präventionsräte* eingerichtet. Diese sollen jeweils auf Bezirksebene Bedarfe identifizieren und eigene Präventionsstrategien entwickeln. Auf der Bezirksebene wurden in einzelnen Verwaltungsbezirken Präventionsräte gegründet: der *Präventionsrat Mitte*, der *Präventionsrat Schöneberger Norden*, der *Präventionsbeirat Steglitz-Zehlendorf* und der *Präventionsrat Reinickendorf*. Eine Präventionsarbeit zum konkreten Thema Islamismus/Salafismus findet auf dieser Ebene nicht institutionalisiert statt.

Darüber hinaus sind einzelne Vertreterinnen und Vertreter von Berliner Bezirken auch Mitglieder der *Landeskommission Berlin gegen Gewalt*, die das *Berliner Landesprogramm Radikalisierungsprävention* steuert.

5. Welche zivilgesellschaftlichen Akteure sind aktiv und wie arbeiten staatliche Akteure mit ihnen zusammen?

Zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte führen in Berlin die konkrete Präventions- und Deradikalisierungsarbeit im Bereich Islamismus/Salafismus durch.

Primärprävention

Projekte aus dem Bereich der primären Prävention werden von der *Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS)* gefördert, die in der *Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung* angesiedelt ist (► siehe Abschnitt 2.2, S. 38).

Sekundärprävention und Deradikalisierung

Sekundärpräventive Projekte und solche, die Deradikalisierungsarbeit leisten, werden von der *Landeskommission Berlin gegen Gewalt* im Rahmen des *Berliner Landesprogramms Radikalisierungsprävention* gefördert, das in der *Senatsverwaltung für Inneres und Sport* angesiedelt ist (► siehe Abschnitt 2.1, S. 37).

Die Vernetzung zwischen den Projekten erfolgt zum Beispiel über den institutionalisierten *Fachaustausch des Berliner Landesprogramms Radikalisierungsprävention*. Dieser findet alle acht Wochen statt.

5.1 – Förderung durch die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS)

- *Just X – Prävention und Deradikalisierung im Berliner Strafvollzug* (*Violence Prevention Network e. V.*, *Forschungsgruppe Modellprojekte e. V.* als Träger des Projekts *NEXUS – Psychologisch-therapeutisches Beratungsnetzwerk Justiz und Familie* und *Denkzeit-Gesellschaft e. V.*; Kofinanzierung durch *Demokratie leben!*)
- *Kiez-Academy – politische Bildung für die offene Stadt* (*Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus KlGA e. V.*)
- *Kiezeinander* (*Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e. V.*)
- *ZwischenWelten* (*Gangway e. V.*)

⁴ Bundeszentrale für politische Bildung: **Interview: Wie das BAMF den Umgang mit Rückkehrenden koordiniert**, kurz.bpb.de/no4

Übersicht: Evaluationen von Projekten der Radikalisierungsprävention

Zahlreiche wissenschaftliche Evaluationsvorhaben befassen sich mit Trägern und Projekten im Bereich Radikalisierungsprävention in Deutschland. Die Infodienst-Redaktion hat eine Übersicht zu bereits durchgeführten sowie aktuell laufenden Evaluationen zur Radikalisierungsprävention im Bereich Salafismus/Islamismus erstellt.

www.bpb.de/infodienst-evaluationen

5.2 – Förderung durch die Landeskommision Berlin gegen Gewalt

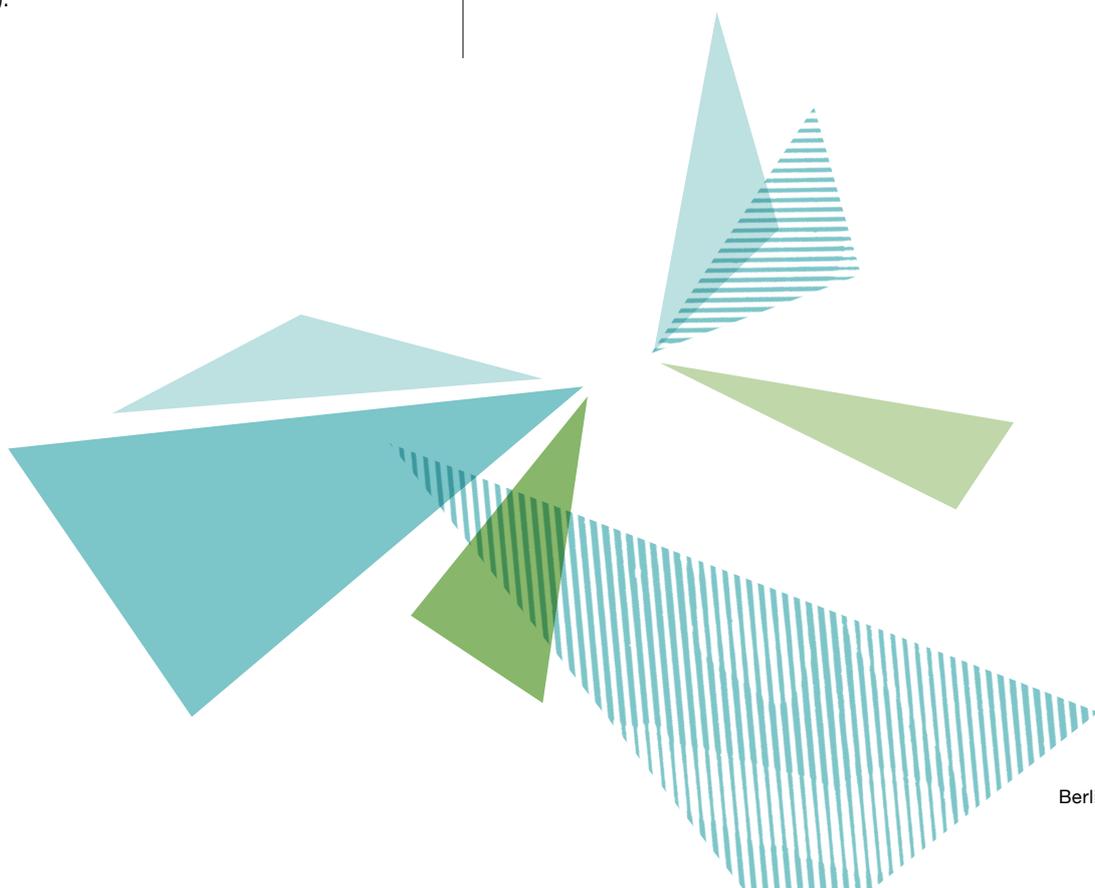
- *Blickwechsel-Training*
(Denkzeit-Gesellschaft e. V.)
- *Interdisziplinäres Wissenschaftliches Kompetenznetzwerk Deradikalisierung*
(Denkzeit-Gesellschaft e. V.)
- *Islam-ist.de*
(Violence Prevention Network e. V.)
- *PREVENT – Beratungsstelle Berlin*
(Violence Prevention Network e. V.)
- *streetwork@online*
(Akzeptanz Vertrauen Perspektive e. V.)
- *Therapeutische Präventions- und Interventionsmaßnahmen für gewalt- und extremismusgefährdete minderjährige Migranten und Flüchtlinge*
(Multikulturelles Jugend Integrationszentrum e. V.)

Darüber hinaus sind in Berlin zahlreiche weitere Träger und Akteure mit unterschiedlicher Finanzierung in der Präventionsarbeit im Bereich Islamismus aktiv (► siehe Abschnitt 7.2, S. 42).

6. Welche Besonderheiten gibt es in Berlin hinsichtlich der Präventionsarbeit?

Eine Besonderheit in Berlin ist die Förderung einer sehr großen Anzahl zivilgesellschaftlicher Strukturen und Projekte mit unterschiedlichen Ansätzen im Bereich „Radikalisierungsprävention Islamismus/Salafismus“.

Besonders ist außerdem, dass zwei unterschiedliche *Landesprogramme* existieren, die sich der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit widmen. Das eine ist angesiedelt bei der *Senatsverwaltung für Inneres und Sport*, das andere bei der *Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung* (► siehe Abschnitt 2.1, S. 37 und Abschnitt 2.2, S. 38).



7. Quellen, Anlaufstellen und Präventionsprojekte in Berlin

7.1 – Wichtige Quellen und Websites

Abgeordnetenhaus Berlin (2015):
Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Clara Herrmann und Susanna Kahlefeld (GRÜNE),
Thema: Landesprogramm für Prävention und Deradikalisierung im Bereich Islamismus
kurz.bpb.de/nra

Abgeordnetenhaus Berlin (2016):
Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Joschka Langenbrinck (SPD),
Thema: Berliner Landesprogramm Radikalisierungsprävention
kurz.bpb.de/occ

Abgeordnetenhaus Berlin (2016):
Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Sven Rissmann (CDU),
Thema: Entwicklung der Berliner Justiz (IV) – Justizvollzug
kurz.bpb.de/nrh

Abgeordnetenhaus Berlin (2017):
Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Thomas Seerig (FDP),
Thema: Prävention gegen Radikalisierung
kurz.bpb.de/nri

Landeskommission Berlin gegen Gewalt (2018):
Adressen gegen Gewalt
kurz.bpb.de/nrj

Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung:
Die Landesprogramme für Demokratie. Vielfalt. Respekt.
kurz.bpb.de/nrk

Senatskanzlei Berlin (2015):
Senat beschließt Berliner Landesprogramm Radikalisierungsprävention
kurz.bpb.de/nrm

Senatsverwaltung für Inneres und Sport:
Berliner Landesprogramm Radikalisierungsprävention
kurz.bpb.de/nrl

Senatsverwaltung für Inneres und Sport:
Landeskommission Berlin gegen Gewalt
kurz.bpb.de/nrm

7.2 – Anlaufstellen und Präventionsprojekte

Aktion Courage e. V.:
Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage
kurz.bpb.de/ns2

AVP e. V. (Akzeptanz, Vertrauen, Perspektive):
streetwork@online
kurz.bpb.de/ns3

Denkzeit-Gesellschaft e. V.:
Blickwechsel-Training
kurz.bpb.de/nrq

Denkzeit-Gesellschaft e. V.:
Interdisziplinäres Wissenschaftliches Kompetenznetzwerk Deradikalisierung
kurz.bpb.de/nrw

Dialog macht Schule gGmbH
kurz.bpb.de/nrs

Gangway e. V.:
ZwischenWelten
kurz.bpb.de/ns8

Gesicht Zeigen! e. V.:
Die Freiheit, die ich meine
kurz.bpb.de/nrt

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus KIgA e. V.:
Kiez-Academy – politische Bildung für die offene Stadt
kurz.bpb.de/nyj

Multikulturelles Jugend Integrationszentrum e. V.:
Therapeutische Präventions- und Interventionsmaßnahmen für gewalt- und extremismusgefährdete minderjährige Migranten und Flüchtlinge
kurz.bpb.de/ns4

Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e. V.:
Kiezeinander
kurz.bpb.de/nrz

Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa:
Junge Islam Konferenz
kurz.bpb.de/nrx

TGD – Türkische Gemeinde in Deutschland – Almanya Türk Toplumunu e. V.:
Online-Beratung gegen religiös begründeten Extremismus
kurz.bpb.de/ns0

TGD – Türkische Gemeinde in Deutschland e. V.:
Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus
kurz.bpb.de/ns1

Ufuq e. V.
kurz.bpb.de/ns6

Ufuq e. V.:
bildmachen – Politische Bildung und Medienpädagogik zur Prävention religiös-extremistischer Ansprachen in Sozialen Medien
kurz.bpb.de/obs

Ufuq e. V.:
Wie wollen wir leben?
kurz.bpb.de/ns7

Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung e. V.:
Berliner (Berufs-) Schulen für weltanschauliche und religiöse Vielfalt
kurz.bpb.de/nrp

Violence Prevention Network e. V.:
Islam-ist.de
kurz.bpb.de/nrv

Violence Prevention Network e. V.:
Just X Berlin – Prävention und Deradikalisierung im Berliner Justizvollzug
kurz.bpb.de/nry

Violence Prevention Network e. V.:
PREVENT – Beratungsstelle Berlin
kurz.bpb.de/nro

Violence Prevention Network e. V.:
Tränen der Dawa
kurz.bpb.de/ns5

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH:
Diagnostisch-Therapeutisches Netzwerk Extremismus (DNE)
kurz.bpb.de/nrr

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH:
HAYAT-Deutschland Beratungsstelle Deradikalisierung
kurz.bpb.de/nru

Kurzlinks

Weil die Originallinks häufig sehr lang sind, hat die Redaktion Kurzlinks erstellt. Diese leiten direkt auf die entsprechenden Seiten.

Präventionsarbeit ist ein dynamischer Bereich mit vielen aktuellen Entwicklungen. Die Redaktion freut sich daher über Ihre Hinweise auf Akteure, Aktivitäten oder Zusammenhänge, die in diesem Beitrag nicht berücksichtigt wurden.

Schreiben Sie uns gerne eine E-Mail an: radikalisierungspraevention@redaktion-kauer.de

Brandenburg / Akteure und Organisation der Islamismusprävention

Staatliche Akteure

Ministerium des Innern und für Kommunales

im MIK

Landespräventionsrat

AG 2 Prävention von politischem Extremismus

Verfassungsschutz

Polizei

Staatskanzlei

in der Staatskanzlei

**Landes-Demokratiezentrum
Tolerantes Brandenburg /
Bündnis für Brandenburg**

Koordinierung der Präventionsarbeit im Bereich Islamismus in Brandenburg, Erarbeitung eines Handlungskonzepts zur Islamismusprävention und Koordinierung des Beratungsnetzwerks

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

angesiedelt beim MBJS

**Brandenburgische
Landeszentrale
für politische Bildung**

Zivilgesellschaft

Beratungsnetzwerk des Toleranten Brandenburg

Mobiles Beratungsteam Brandenburg, RAA Brandenburg, Aktionsbündnis Brandenburg, Opferperspektive e. V., Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund, Fachstelle Antisemitismus, Fachstelle Islam
Finanzierung: Bundes- und Landesmittel

Fachstelle Islam im Land Brandenburg

RAA Brandenburg, Demokratie und Integration Brandenburg
*Finanzierung: Landes-Demokratiezentrum
„Tolerantes Brandenburg / Bündnis für Brandenburg“*

EXchange Brandenburg

Violence Prevention Network, cultures interactive

Reflect – Freiheit beginnt im Kopf

MIND prevention
*Finanzierung: Landes-Demokratiezentrum
„Tolerantes Brandenburg / Bündnis für Brandenburg“*

Beratungsstelle HAYAT Deutschland

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur
Finanzierung: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Partnerschaften für Demokratie

Staatliche Akteure

Zusammenschluss staatlicher Akteure

Zusammenschluss staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure

Träger: staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure

Zivilgesellschaftliche Akteure



Brandenburg



Im Vergleich zu anderen Bundesländern spielte Islamismus in Brandenburg bislang eine untergeordnete Rolle. Die Präventionsarbeit ist primär auf den Bereich Rechtsextremismus ausgerichtet. Eine landeseigene Präventionsstrategie zur Bekämpfung des Islamismus befindet sich zurzeit in der Aufbauphase. Die Federführung hierfür hat das *Landes-Demokratiezentrum Tolerantes Brandenburg / Bündnis für Brandenburg* übernommen, das auch die Islamismusprävention im Land koordiniert. Zentraler zivilgesellschaftlicher Akteur in der Präventionsarbeit ist die *Fachstelle Islam im Land Brandenburg*.

1. Gibt es eine landeseigene Präventionsstrategie im Bereich Islamismus?

Islamismus ist in Brandenburg ein junges Phänomen, das jedoch – wie auch die Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus – in den letzten Jahren immer stärker in den Fokus von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren rückt. Zentrales Anliegen dabei ist es, keine eigenständigen Strukturen neben den bislang existierenden aufzubauen. Vielmehr werden die vorhandenen Netzwerke und Strukturen genutzt und um den Bereich der Islamismusprävention ergänzt.

Um frühzeitig islamistische Radikalisierung erkennen, verhindern und bekämpfen zu können, wird derzeit eine landeseigene Präventionsstrategie für den Bereich Islamismus erarbeitet, das *Handlungskonzept der Landesregierung zur Prävention von religiös bedingtem Extremismus im Land Brandenburg*. Die Federführung hierfür liegt beim *Landes-Demokratiezentrum*, der *Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg / Bündnis für Brandenburg* in der *Staatskanzlei des Landes Brandenburg*. Bei der Erarbeitung des *Handlungskonzepts* wird eine Vielzahl der in Brandenburg im Themenfeld Islamismus tätigen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure eingebunden.

2. Wie ist die Präventionsarbeit organisiert?

Die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit im Phänomenbereich Islamismus in Brandenburg wird von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren geleistet, befindet sich insgesamt allerdings noch im Aufbau (► siehe Abschnitt 1, S. 45).

Aus historischen Gründen liegt in Brandenburg der Fokus der politischen Bildungs- und Präventionsarbeit auf der extremen Rechten. Die im Kampf gegen Rechtsextremismus gesammelten Erfahrungen im Land sollen jedoch in das neue *Handlungskonzept der Landesregierung zur Prävention von religiös bedingtem Extremismus im Land Brandenburg* einfließen.¹

Auf Landesebene befassen sich staatlicherseits vorwiegend das *Landes-Demokratiezentrum* sowie eine Arbeitsgruppe im *Landespräventionsrat* mit dem Themenfeld Islamismusprävention. Zudem erfuhr der Bereich des religiös bedingten Extremismus auch bei den Sicherheitsbehörden eine deutliche Aufwertung, was sich unter anderem in der Durchführung von Aufklärungs- beziehungsweise Informationsveranstaltungen, etwa in Kommunen, widerspiegelte. Daneben stehen zivilgesellschaftliche Akteure, die sich in den Feldern Primärprävention, Fortbildung und Beratung bewegen oder die Präventions- und Interventionsarbeit im Strafvollzug und in der Bewährungshilfe leisten (► siehe Abschnitt 5, S. 48).

¹ Brandenburgische Landesregierung: *Bericht der Landesregierung über die Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung*, S. 49 f., kurz.bpb.de/01f

2.1 – Landes-Demokratiezentrum

Tolerantes Brandenburg / Bündnis für Brandenburg

Das *Landes-Demokratiezentrum Tolerantes Brandenburg / Bündnis für Brandenburg* ist als Stabsstelle in der *Staatkanzlei des Landes Brandenburg* verortet. Ihm kommt die Aufgabe einer Schnittstelle zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu. Außerdem werden dort strategische Ansätze und Konzepte erarbeitet sowie die Präventionsarbeit für den Bereich Islamismus in Brandenburg gesteuert und gebündelt.

Das unter der Federführung des *Landes-Demokratie-zentrums* entstehende *Handlungskonzept* zur Islamismusprävention soll allen beteiligten Akteuren zukünftig als Grundlage für die Vernetzung, Kooperation sowie die Verständigung auf gemeinsame Handlungsziele und Maßnahmen dienen.

Neben der Erarbeitung des *Handlungskonzepts der Landesregierung zur Prävention von religiös bedingtem Extremismus im Land Brandenburg* fördert das *Landes-Demokratiezentrum* die *Fachstelle Islam im Land Brandenburg* aus Bundes- und Landesmitteln. Darüber hinaus organisiert es beispielsweise Vernetzungstreffen und Fachtagungen für zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure und steuert die *Interministerielle Arbeitsgruppe Tolerantes Brandenburg / Bündnis für Brandenburg (IMAG TBB / BfB)*.

2.2 – Interministerielle Arbeitsgruppe

Tolerantes Brandenburg / Bündnis für Brandenburg

In der *Interministeriellen Arbeitsgruppe Tolerantes Brandenburg / Bündnis für Brandenburg (IMAG TBB / BfB)* werden zukünftig die Phänomene Islamismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus gebündelt abgestimmt. Die *IMAG* dient der Vernetzung und Kommunikation zwischen den Mitgliedern. Unter Leitung des *Landes-Demokratie-zentrums* kommen in der *IMAG* die folgenden Akteure zusammen:

- Vertreterinnen und Vertreter aller Landesministerien
- Vertreterinnen und Vertreter der *Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung*
- die *Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg*
- der *Präventionsbeauftragte des Landes Brandenburg*, der auch Leiter der Geschäftsstelle des *Landespräventionsrates Brandenburg* ist
- Vertreterinnen und Vertreter der Sicherheitsbehörden

2.3 – Landespräventionsrat:

AG 2, Prävention von politischem Extremismus

Der *Landespräventionsrat* ist beim brandenburgischen *Ministerium des Innern und für Kommunales* angesiedelt. Innerhalb des *Landespräventionsrates* wird das Thema Prävention im Bereich Islamismus vor allem im Rahmen der *Arbeitsgruppe 2, Prävention von politischem Extremismus*, behandelt. Geleitet wird die AG vom Leiter der *Verfassungsschutzbehörde* in Brandenburg. Teil der AG sind sowohl in dem Bereich tätige staatliche als auch zivilgesellschaftliche Akteure. Die Auseinandersetzung mit islamistischen und salafistischen Bestrebungen in Brandenburg ist dabei jedoch nur eines von verschiedenen Themen, die das Gremium behandelt.

2.4 – Fachstelle Islam im Land Brandenburg & weitere Akteure des Beratungsnetzwerks

des Toleranten Brandenburg

Ein zentraler Akteur auf zivilgesellschaftlicher Seite ist die im Jahr 2017 eingerichtete *Fachstelle Islam im Land Brandenburg* (► siehe Abschnitt 5.1, S. 48). Die *Fachstelle* befindet sich in Trägerschaft der *Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA)*, die zum landesweiten *Beratungsnetzwerk* des *Toleranten Brandenburg* zählt. Anlassbezogen sind auch die Strukturen einzelner weiterer Akteure des *Beratungsnetzwerks* in die Arbeit der Islamismusprävention involviert. Mitglieder des *Beratungsnetzwerks* sind:

- *Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*
- *Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos (Mobiles Beratungsteam)*
- *Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund*
- *Fachstelle Antisemitismus*
- *Fachstelle Islam* (als eigenständiger Akteur)
- *Opferperspektive e. V.*
- *Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Brandenburg*

2.5 – Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung

Die *Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung* fördert einzelne Projekte im Bereich der Bekämpfung von politischem Extremismus. Unter „politischem Extremismus“ wird hierbei jegliche Form des Extremismus verstanden, also Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus.

3. Welche Rolle spielen die Akteure der Bundesebene in Brandenburg?

3.1 – Arbeitsgruppen der Bundesländer

Die Behörden und besonders die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern stimmen sich bereits seit 2009 in der *Arbeitsgruppe Deradikalisierung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ)* über islamistischen Extremismus ab. Des Weiteren existieren verschiedene Bundesländer-Arbeitsgruppen im Rahmen der *Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK)*.

3.2 – Kooperationsnetzwerk der Beratungsstelle Radikalisierung des BAMF

Auch das Kooperationsnetzwerk der *Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* dient als Plattform für den Austausch zwischen Bund und Ländern. In Brandenburg gibt es jedoch keine *Landeskoordinierungsstelle* im Rahmen des BAMF-Netzwerks. Die Beratungsstelle *HAYAT* ist als zivilgesellschaftlicher *Partner vor Ort* mit der aktiven Fallarbeit befasst.

3.3 – BMFSFJ: Bundesprogramm Demokratie leben!

Über das Bundesprogramm *Demokratie leben!* des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* kofinanziert der Bund einen Teil der Präventionsarbeit auf den Ebenen der Länder und Kommunen.

Im Rahmen von *Demokratie leben!* werden in Brandenburg 18 *Partnerschaften für Demokratie* gefördert. Dabei handelt es sich um lokale und regionale Bündnisse, die vor Ort passende Strategien für die konkrete Situation entwickeln. Der Phänomenbereich Islamismus ist hierbei zwar nicht Schwerpunkt ihrer Arbeit, allerdings werden damit wichtige Strukturen auf kommunaler Ebene geschaffen, um sich bei akuten Vorfällen schnell vernetzen und entsprechend reagieren zu können.

In jedem Bundesland unterstützen *Landes-Demokratiezentren* die Weiterentwicklung von Konzepten und Strategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt. Sie sorgen für eine Vernetzung der lokalen Aktivitäten – insbesondere der *Partnerschaften für Demokratie*. In Brandenburg ist das *Landes-Demokratiezentrum* in der *Staatskanzlei* verortet (► siehe Abschnitt 2.1, S. 46).

Des Weiteren werden im Rahmen von *Demokratie leben!* Modellprojekte zur Extremismusprävention in den Bereichen „Islamistischer Extremismus“, „Phänomenübergreifende Prävention: Wechselwirkungen einzelner Phänomene, Deeskalationsarbeit“ sowie „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ gefördert.

In Brandenburg ist es das folgende Projekt:

- *EXchange Brandenburg – Mobile Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe (Violence Prevention Network e. V., cultures interactive e. V.)*

Weitere Infodienst-Angebote

Newsletter Infodienst Radikalisierungsprävention

Was gibt es Neues im Arbeitsfeld Radikalisierungsprävention im Bereich Islamismus?

Alle sechs Wochen informiert der Newsletter über Termine, aktuelle Meldungen, Berichte, Stellenangebote, Neuerscheinungen, Materialien und Videobeiträge.

www.bpb.de/infodienst-newsletter

3.4 – Jugendmigrationsdienste: Respekt Coaches

Das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* finanziert auch das Programm *Respekt Coaches*. Es wird von den *Jugendmigrationsdiensten (JMD)* an rund 190 Standorten in allen Bundesländern umgesetzt. Die *JMD* kooperieren dafür mit Schulen und weiteren Partnern. Das Programm soll in Gruppenangeboten demokratische Werte für junge Menschen erlebbar machen und sie in ihrer Persönlichkeit stärken. Schülerinnen und Schüler sollen den Wert einer vielfältigen Gesellschaft erfahren und lernen, unterschiedliche Weltanschauungen und Lebensweisen besser zu verstehen. Dies soll auch der Extremismusprävention dienen. In Brandenburg gibt es zehn Standorte der *Respekt Coaches*.

4. Wie arbeiten Landesebene und kommunale Ebene zusammen?

Eine unmittelbare Zusammenarbeit zwischen der Brandenburger Landesebene und der kommunalen Ebene im Themenfeld Islamismus gibt es derzeit noch nicht. Mittelbar jedoch findet eine Zusammenarbeit über die von der Landesregierung durch das *Landes-Demokratiezentrum* aus Bundes- und Landesmitteln geförderte *Fachstelle Islam im Land Brandenburg* sowie über weitere Träger des *Beratungsnetzwerks der Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg / Bündnis für Brandenburg* statt.

In Kooperation mit den sechs landesweiten *Büros für Integration und Toleranz der Mobilen Beratung* und der *RAA* bietet die *Fachstelle Islam im Land Brandenburg* Beratungs- und Fortbildungsangebote an. Die Angebote richten sich an nichtstaatliche und staatliche Akteure in den Kommunen. Zunehmend wird hier auch eine stärkere Zusammenarbeit mit den kommunalen Netzwerken der Kriminalitätsprävention gesucht.

5. Welche zivilgesellschaftlichen Akteure sind aktiv und wie arbeiten staatliche Akteure mit ihnen zusammen?

Die Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und staatlichen Stellen auf Landesebene ist vor allem innerhalb der Netzwerke des *Landes-Demokratiezentrums Tolerantes Brandenburg / Bündnis für Brandenburg* verankert sowie in der *Arbeitsgruppe 2* des *Landespräventionsrates*, der auch einzelne zivilgesellschaftliche Akteure angehören (► siehe Abschnitt 2, S. 45). Das *Landes-Demokratiezentrum* agiert dabei als Schnittstelle zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Strukturen.

In Zukunft soll das *Handlungskonzept der Landesregierung zur Prävention von religiös bedingtem Extremismus im Land Brandenburg*, das derzeit unter Federführung des *Landes-Demokratiezentrums* erstellt wird, die bisherige Zusammenarbeit auf eine gemeinsame Grundlage stellen.

5.1 — RAA Brandenburg:

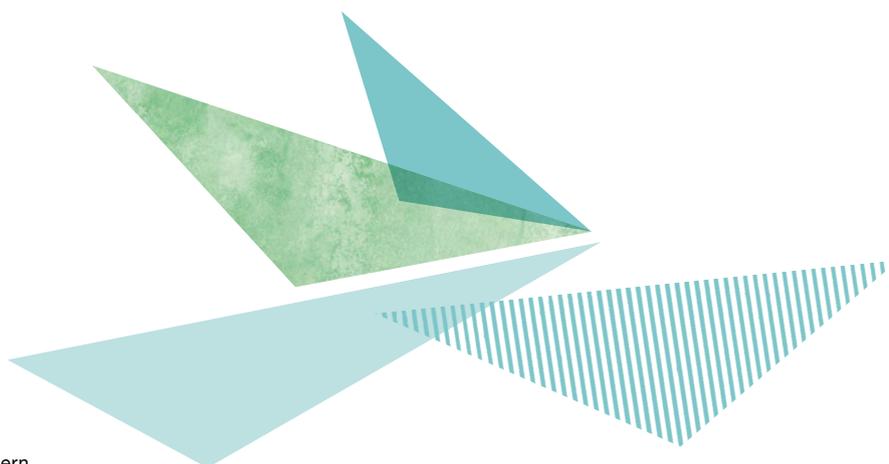
Fachstelle Islam im Land Brandenburg

Die zivilgesellschaftliche Unterstützungsagentur *RAA Brandenburg – Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie, Brandenburg* beschäftigt sich unter anderem mit der Radikalisierung im Bereich Islamismus / Salafismus. Dort wurde Anfang September 2017 die *Fachstelle Islam im Land Brandenburg* eingerichtet. Sie wird aus Landes- und Bundesmitteln gefördert.

Die *Fachstelle* widmet sich einem breiten Themenfeld, etwa Fragen zur Diversität des Islam, antimuslimischen Einstellungen und islamistischer Radikalisierung. Zielgruppe sind in erster Linie Multiplikatoren, die in Schulen, in der Kinder- und Jugendhilfe oder in der Integrationsarbeit tätig sind, aber auch kommunale Verantwortungsträger und Verwaltungen, beispielsweise in Jobcentern, Jugend- und Ordnungsämtern und Ausländerbehörden. Darüber hinaus hat sich die *Fachstelle* zur Ansprechpartnerin für Initiativen muslimischer Menschen und der Kommunen zur Unterstützung muslimischer Gemeinden entwickelt, die initiiert von und gemeinsam mit der *Integrationsbeauftragten* des Landes regelmäßig zu Gesprächen eingeladen werden.

Aufgabe der *Fachstelle* ist es, Akteure der primären Prävention fachlich zu unterstützen. Dies geschieht vor allem durch die Vermittlung von Informationen. Ziel ist es, das gegenseitige Verständnis zwischen den größtenteils im Zusammenhang der Fluchtbewegungen im Jahr 2015 nach Brandenburg gekommenen Menschen und der Mehrheitsgesellschaft zu fördern. Die *Fachstelle* nutzt dabei die bis auf die lokale Ebene reichenden Netzwerkstrukturen des *Toleranten Brandenburg*.

Neben der *Fachstelle Islam* gibt es in Brandenburg insbesondere zwei für die Präventionsarbeit wichtige Projekte: *Reflect – Freiheit beginnt im Kopf* sowie *EXchange Brandenburg – Mobile Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe*.



Infodienst Radikalisierungsprävention – Herausforderung Islamismus

Was kann man gegen Radikalisierung tun? Wie kann man junge Menschen stärken, die möglicherweise radikalierungsgefährdet sind? Wie kann der Ausstieg aus radikalen Gruppen gelingen?

Der **Infodienst Radikalisierungsprävention – Herausforderung Islamismus** ist ein Online-Portal mit Newsletter der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Er bietet Hintergrundwissen, pädagogische

Materialien, Veranstaltungshinweise und eine Übersicht mit Beratungsangeboten – unter anderem für Schule, Sozialarbeit, Beratungsstellen oder Behörden.

www.bpb.de/infodienst

5.2 – MIND prevention:

Reflect – Freiheit beginnt im Kopf

Seit 2019 fördert das *Landes-Demokratiezentrum* das Präventionsprojekt *Reflect – Freiheit beginnt im Kopf*. Das primärpräventive Workshop-Projekt wird von der Berliner *Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention GmbH (MIND prevention)* durchgeführt. Es richtet sich vor allem an junge Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrungen an Brandenburger Schulen; Berufsintegrationsklassen in Berufsschulen stehen dabei im Fokus. Das Projekt wird im Klassenverband durchgeführt. Ziel ist es, die Teilnehmenden im Gespräch untereinander und mit den pädagogisch-psychologisch geschulten Workshop-Leitenden über verschiedene „Tabuthemen“ debattieren zu lassen und diese Tabus zu reflektieren. Zu den in den Workshops behandelten Themen gehören beispielsweise Antisemitismus, Wertediskurse (inklusive Geschlechterrollen und Männlichkeitsvorstellungen), Identität und patriarchalische Strukturen.



5.3 – VPN und cultures interactive:

EXchange Brandenburg – Mobile Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe

Im Bereich Strafvollzug und Bewährungshilfe führen die zivilgesellschaftlichen Träger *Violence Prevention Network e. V. (VPN)* und *cultures interactive e. V. (CI)* gemeinsam das Projekt *EXchange Brandenburg – Mobile Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe* durch. Dieses umfasst je nach Bedarf sowohl Präventions- und Interventions- als auch Fortbildungsmaßnahmen für Multiplikatoren. Ergänzend zu Gruppen- und Einzeltrainings mit radikalierungsgefährdeten beziehungsweise bereits im Radikalisierungsprozess befindlichen Jugendlichen sowie zur Unterstützung beim Übergangsmanagement in Vorbereitung auf die Haftentlassung werden beispielsweise Multiplikatoren- und Inhouse-Fortbildungen in brandenburgischen Justizvollzugsanstalten und Jugendstrafanstalten sowie Fortbildungen für Bewährungshelferinnen und -helfer angeboten.

Gefördert wird *EXchange* durch das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* im Rahmen von *Demokratie leben!* Für einen Teil der Projektlaufzeit (2017 bis 2019) wurde das Projekt von *Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH* evaluiert.



6. Welche Besonderheiten gibt es in Brandenburg hinsichtlich der Präventionsarbeit?

Eine Besonderheit Brandenburgs ist, dass – wie auch in anderen ostdeutschen Flächenländern – Migration aus mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern ein junges Phänomen ist, sodass in der Mehrheitsgesellschaft wenig Wissen über in Brandenburg lebende Musliminnen und Muslime und „den Islam“ vorhanden ist. So spielt die Unsicherheit im alltäglichen Umgang mit muslimischen Menschen eine große Rolle. Hinzu kommt, dass die brandenburgische Mehrheitsgesellschaft generell nur über wenige direkte Bezüge zu jeglicher Art von Religion verfügt; weniger als 20 Prozent der Brandenburgerinnen und Brandenburger gehören einer Religionsgemeinschaft an.

Die politische Bildungsarbeit in Brandenburg ist somit vor allem damit beschäftigt, Wissen und Informationen über islamisches Leben, interreligiöse Strömungen und Ähnliches zu vermitteln. Fragen, die aus Unsicherheit oder Fremdheit resultieren, werden von der *Fachstelle Islam im Land Brandenburg* bearbeitet, beispielsweise in Form von Handreichungen.²

Eine besondere Rolle spielt in Brandenburg die im bundesweiten Vergleich verhältnismäßig hohe Zahl von Geflüchteten aus Tschetschenien, die einerseits mit einer geringen Bleibeperspektive, andererseits mit einem hohen Misstrauen aufseiten der Mehrheitsgesellschaft konfrontiert sind.³ Ein wichtiger Baustein der Bildungs- und Präventionsarbeit in Brandenburg ist daher auch, die Ambiguitätstoleranz der Mehrheitsgesellschaft zu fördern.

Weitere Infodienst-Angebote

Video- und Audiobeiträge

Die Multimedia-Beiträge informieren über die islamistische Szene, erzählen die Geschichten von betroffenen Familien und radikalisierten Jugendlichen oder lassen Fachleute zu Wort kommen. In der Sammlung befinden sich Dokumentationen und Reportagen, Talks mit Fachleuten sowie Kurzbeiträge.

www.bpb.de/infodienst-multimedia

² Ein Beispiel für eine solche Handreichung der „Fachstelle Islam im Land Brandenburg“ ist die Broschüre zur **Hizb ut-Tahrir**, kurz.bpb.de/o1p. Weitere Handreichungen beschäftigen sich beispielsweise mit **Ezidinnen und Eziden**, kurz.bpb.de/o1n oder **Salafismus**, kurz.bpb.de/o1q

³ Fachstelle Islam im Land Brandenburg: **Handreichung „Tschetschen*innen in Brandenburg“**, kurz.bpb.de/o1r

7. Quellen, Anlaufstellen und Präventionsprojekte in Brandenburg

7.1 – Wichtige Quellen und Websites

Brandenburgische Landesregierung (2018):
Bericht der Landesregierung über die Umsetzung des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung
[kurz.bpb.de/o1f](https://www.kurz.bpb.de/o1f)

Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg:
Landespräventionsrat
[kurz.bpb.de/o1g](https://www.kurz.bpb.de/o1g)

Kurzlinks

Weil die Originallinks häufig sehr lang sind, hat die Redaktion Kurzlinks erstellt. Diese leiten direkt auf die entsprechenden Seiten.

7.2 – Anlaufstellen und Präventionsprojekte

Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention GmbH (MIND prevention):
Reflect – Freiheit beginnt im Kopf
[kurz.bpb.de/o1c](https://www.kurz.bpb.de/o1c)

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg:
Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung
[kurz.bpb.de/o7j](https://www.kurz.bpb.de/o7j)

Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie, Brandenburg (RAA Brandenburg):
Fachstelle Islam im Land Brandenburg
[kurz.bpb.de/o1b](https://www.kurz.bpb.de/o1b)

Staatskanzlei des Landes Brandenburg:
Beratungsnetzwerk und Mobile Intervention im Land Brandenburg
[kurz.bpb.de/o1u](https://www.kurz.bpb.de/o1u)

Staatskanzlei des Landes Brandenburg:
Landes-Demokratiezentrum Tolerantes Brandenburg / Bündnis für Brandenburg
[kurz.bpb.de/o1s](https://www.kurz.bpb.de/o1s)

Violence Prevention Network e. V. und cultures interactive e. V.:
EXchange Brandenburg – Mobile Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe
[kurz.bpb.de/o1a](https://www.kurz.bpb.de/o1a)

Präventionsarbeit ist ein dynamischer Bereich mit vielen aktuellen Entwicklungen. Die Redaktion freut sich daher über Ihre Hinweise auf Akteure, Aktivitäten oder Zusammenhänge, die in diesem Beitrag nicht berücksichtigt wurden.

Schreiben Sie uns gerne eine E-Mail an: radikalisierungspraevention@redaktion-kauer.de

Bremen / Akteure und Organisation der Islamismusprävention

Staatliche Akteure

Senatorin für Justiz und Verfassung

Senator für Inneres

Senatorin für Kinder und Bildung

Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport

Zivilgesellschaft

Legato Bremen
Ambulante Maßnahmen Altona
Kofinanzierung: Senatorin für Justiz und Verfassung

Partnerschaften für Demokratie

Fach- und Beratungsstelle kitab
VAJA – Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit
Kofinanzierung: Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

Legato Disengagement
Ambulante Maßnahmen Altona
Finanzierung: Projekt Sichere und Saubere Stadt, Senator für Inneres

angesiedelt im Innenressort

Kompetenzzentrum für Deradikalisierung und Extremismusprävention (KODEX)
Koordination tertiäre Präventionsarbeit

Landesamt für Verfassungsschutz

Landeskriminalamt

angesiedelt im Bildungsressort

Landesinstitut für Schule: Kompetenzzentrum für Interkulturalität in der Schule

angesiedelt im Sozialressort

Demokratiezentrum Land Bremen
Koordination primäre und sekundäre Präventionsarbeit

Koordinierungsstelle Islamistischer Extremismus und Muslimfeindlichkeit

DLI Gefördert durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“

— Abstimmung zwischen den Akteuren

■ Staatliche Akteure

■ Zivilgesellschaftliche Akteure

■ Träger: staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure



Bremen



In Bremen wird seit 2015 über das *Ressortübergreifende Präventionskonzept gegen religiös begründeten Extremismus und Islamfeindlichkeit* diskutiert, in das die einzelnen Senatsressorts eigene Konzepte einbringen. Im Herbst 2018 wurde das *Kompetenzzentrum für Deradikalisierung und Extremismusprävention (KODEX)* eingerichtet, welchem eine zentrale und steuernde Funktion für den Bereich der tertiären Prävention zukommt. Das *Demokratiezentrum Land Bremen* koordiniert Präventionsprojekte im Bereich der primären und der sekundären Prävention.

1. Gibt es eine landeseigene Präventionsstrategie im Bereich Islamismus?

Bereits 2015 dachte die rot-grüne Regierung unter Bürgermeister und Präsident des Senats¹ Jens Böhrnsen über die Entwicklung eines sogenannten *Ressortübergreifenden Präventionskonzepts gegen religiös begründeten Extremismus und Islamfeindlichkeit* nach. Sie sprach auch mit muslimischen Dachverbänden darüber, vor allem SCHURA, DITIB und VIKZ. Nach der Bürgerschaftswahl im gleichen Jahr nahmen die Koalitionspartner SPD und Bündnis 90/ Die Grünen die Umsetzung eines solchen Präventionskonzepts in ihre Koalitionsvereinbarung auf. Auch ein Senatsbeschluss Anfang 2016 betonte „die Notwendigkeit, das ressortübergreifende Präventionskonzept gegen religiös begründeten Extremismus und Islamfeindlichkeit umzusetzen.“² Eine überarbeitete Version dieses als Gesamtstrategie zu verstehenden *Präventionskonzepts* befindet sich in der neuen Legislaturperiode in der finalen Abstimmung (Stand: Februar 2020).

Kern des Konzepts ist es, Leitlinien für die ressortübergreifende Zusammenarbeit abzustimmen. Folgende Stellen innerhalb des Senats befassen sich mit Prävention im Bereich Islamismus/Salafismus:

- Unter dem *Senator für Inneres* wurde 2018 das *Kompetenzzentrum für Deradikalisierung und Extremismusprävention (KODEX)* eingerichtet. Diesem soll eine zentrale und koordinierende Funktion zukommen. Im Bereich der Arbeit an gewaltbereiten und stark radikalisierten Personen soll durch *KODEX* die notwendige Kooperation des Präventionsnetzwerks mit den Sicher-

heitsbehörden geregelt werden;

- Bei der *Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport* setzt das *Demokratiezentrum Land Bremen* das Bundesprogramm *Demokratie leben!* um. Es wurde im Februar 2016 um die *Koordinierungsstelle Islamistischer Extremismus und Muslimfeindlichkeit* erweitert, die die präventiven Angebote initiiert und vernetzt sowie Fachkräfte in diesen Themenfeldern unterstützt und qualifiziert.
- Die *Senatorin für Justiz und Verfassung* kofinanziert das *Demokratie leben!*-Modellprojekt *Legato Bremen* zur Präventionsarbeit im Strafvollzug. Es beinhaltet sowohl die Weiterbildung von JVA-Mitarbeitenden als auch Prävention bei den Inhaftierten.
- Unter der *Senatorin für Kinder und Bildung* übernimmt der *Jugendmigrationsdienst (JMD)* unter der Trägerschaft der *AWO Bremen* im Rahmen des Projekts der *Respekt Coaches* primäre Prävention.
- Das *Landesinstitut für Schule Bremen* bietet mit dem *Kompetenzzentrum für Interkulturalität in der Schule (Kom.In)* Fortbildungs- und Beratungsangebote für schulische Akteure im Themenbereich der Radikalisierungsprävention an.

¹ In Bremen ist „Senat“ die Bezeichnung für die Landesregierung, ein/-e „Senator/-in“ entspricht einem/-er Minister/-in in anderen Bundesländern.

² Bremische Bürgerschaft: **In Bremen zuhause. Integration gestalten und sozialen Zusammenhalt sichern. Eckpunkte eines mittelfristig ausgerichteten Integrationskonzepts des Senats**, S. 25, kurz.bpb.de/nsq

2. Wie ist die Präventionsarbeit organisiert?

Im April 2017 gründete sich eine Arbeitsgruppe, um das *Ressortübergreifende Präventionskonzept gegen religiös begründeten Extremismus und Islamfeindlichkeit* zu überprüfen und zu aktualisieren. Diese Arbeitsgruppe setzt sich zusammen aus

- dem Senator für Inneres (Leitung),
- der Senatorin für Justiz und Verfassung,
- der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport,
- der Senatorin für Kinder und Bildung,
- der Polizei Bremen,
- der Ortspolizeibehörde Bremerhaven,
- dem Landesamt für Verfassungsschutz,
- dem Landesinstitut für Schule sowie
- den Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBUZ) Bremen.

Das überarbeitete Konzept befindet sich in der finalen Abstimmung der Senatsressorts (Stand: Februar 2020).

Die Institutionen innerhalb des Bremischen Senats, die sich mit Prävention im Bereich Islamismus/Salafismus auseinandersetzen, werden im Folgenden vorgestellt.

2.1 – Kompetenzzentrum für Deradikalisierung und Extremismusprävention (KODEX)

Im Herbst 2018 nahm das *Kompetenzzentrum für Deradikalisierung und Extremismusprävention (KODEX)* seine Arbeit auf, mit zwei Vollzeitstellen, bestehend aus einer koordinierenden Geschäftsführung und einer wissenschaftlichen Forschungsstelle. KODEX ist dem Senator für Inneres unterstellt und wird aus dem Konzept *Sichere und Saubere Stadt* finanziert.

KODEX soll die zentrale Ansprechstelle des landesweiten *Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus* sein – sowohl für die Netzwerkpartner als auch für Ratsuchende und Interessierte. Das Zentrum soll die strategische Ausrichtung der ressortübergreifenden Präventionsarbeit sowie die anforderungs- und bedarfsorientierte Weiterentwicklung des Konzepts koordinieren. Außerdem ist KODEX verantwortlich für Maßnahmen der Deradikalisierungsarbeit und Ausstiegsberatung im Bereich der tertiären Prävention. Mit der Umsetzung dieser Arbeit wurde die unabhängige systemische Beratungsstelle *Legato Disengagement* in Trägerschaft des Vereins *Ambulante Maßnahmen Altona e. V.* betraut. Zudem fungiert KODEX als *Landeskoordinierungsstelle* im Austausch mit Bundesstrukturen und vergleichbaren Stellen der anderen Bundesländer.

Weitere Infodienst-Angebote

Datenbank mit Anlaufstellen

Was tun, wenn sich junge Menschen radikalisieren? Wo können sich Fachkräfte informieren und weiterbilden, wo finden Angehörige Rat? Die Infodienst-Datenbank enthält rund 100 Anlaufstellen aus dem gesamten Bundesgebiet, die Unterstützung anbieten.

www.bpb.de/infodienst-datenbank

2.2 – Demokratiezentrum Land Bremen: Koordinierungsstelle Islamistischer Extremismus und Muslimfeindlichkeit

Das *Demokratiezentrum Land Bremen* im Senatsressort für Soziales, Jugend, Integration und Sport ist für die Umsetzung des Bundesprogramms *Demokratie leben!* des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* zuständig. Es setzt sich aus zwei Koordinierungsstellen zu den Themengebieten „Islamistischer Extremismus und Muslimfeindlichkeit“ sowie „Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ und der Projektleitung zusammen.

Das *Demokratiezentrum* begleitet die *Fach- und Beratungsstelle kitab* des Trägers *Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e. V. (VAJA)* fachlich bei der Projektumsetzung. Es organisiert bedarfsorientierte Angebote, vernetzt die im Themenfeld engagierten Akteure und koordiniert das *Netzwerk Demokratieförderung und religiös begründeter Extremismus*, das sich an Fachkräfte der pädagogischen Arbeit im Themenfeld richtet. Die Veranstaltung von Fachtagungen und die Durchführung von Qualifizierungsangeboten sind weitere Arbeitsschwerpunkte. Die Angebote des *Demokratiezentrum*s wenden sich sowohl an Betroffene und Ratsuchende als auch an Fachkräfte und die interessierte Öffentlichkeit.

2.3 – Landesinstitut für Schule:

Kompetenzzentrum für Interkulturalität in der Schule

Das *Kompetenzzentrum für Interkulturalität in der Schule* des *Landesinstituts für Schule* Bremen bietet mit „The Kids are alright“ eine Fortbildungsmaßnahme für pädagogische Fachkräfte an. Der schulinterne Workshop behandelt die Themen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus. Der Workshop, der Hintergrundinformationen und Verhaltensvorschläge vermitteln soll, beruht auf Materialien des Bildungsträgers *Ufuq e. V.*

2.4 – Senatorin für Justiz und Verfassung:

Kooperation und Vernetzung

Die Abteilung 4 der *Senatorin für Justiz und Verfassung* verantwortet die länderübergreifende und internationale Zusammenarbeit der Freien Hansestadt Bremen mit den Justizverwaltungen anderer Bundesländer, mit den Bundesministerien, im Rahmen europäischer Netzwerke und mit internationalen Partnerorganisationen in Fragen des Justizvollzugs. Hierzu gehört auch die internationale, nationale und regionale Zusammenarbeit bei der Qualifizierung des Vollzugspersonals oder bei Maßnahmen zur Extremismusbekämpfung im Justizvollzug.

Das Bundesland Bremen ist in diversen internationalen Projekten (*Europäische Union, Europarat, Vereinte Nationen, OSZE*) zum Thema „Gewaltbereiter Extremismus“ engagiert. Hierbei werden insbesondere die Ausbildung und Erkenntnisgewinnung zum Phänomenbereich Islamismus von Mitarbeitenden im Strafvollzug gefördert. Im Bundesland Bremen wurden Mitarbeitende des Allgemeinen Justizvollzugsdienstes durch den *Europarat (CoE)* zudem als Mentoren und Mentorinnen im Bereich Islamismus ausgebildet.

Den Vorsitz der Arbeitsgruppe *Prison and Probation (Gefängnis und Bewährung)* des *Radicalisation Awareness Network (RAN)* der *Europäischen Union (EU)* hat ein Bremer Mitarbeiter inne, so wird der transnationale Erfahrungsaustausch gewährleistet. Die Sozialen Dienste der Justiz sind seit 2019 Mitglied in der *Europäischen Konföderation der Bewährungshilfe (CEP)*, dies ermöglicht den Mitarbeitenden einen unmittelbaren Zugang zu europäischen Schwerpunktveranstaltungen und schriftlichen Ressourcen zum Thema Islamismus.

2.5 – Landesamt für Verfassungsschutz Bremen

Auch das *Landesamt für Verfassungsschutz Bremen (LfV)* bietet, im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit, Vortragsveranstaltungen zu dem Thema Islamismus/Salafismus für Polizei, Justizvollzugsanstalten, Schulen oder auch bei Trägern der Flüchtlingshilfe an. Noch 2018 sah Innenminister Mäurer das *LfV* dabei als „ersten Ansprechpartner, wenn es darum geht, über das Phänomen der extremistischen Radikalisierung und mögliche Präventionsmaßnahmen aufzuklären“. ³ Dabei handelt es sich um eine weitgefassete Primärprävention beziehungsweise um die Fortbildung von Multiplikatoren. Fortbildungen des *LfV* werden teilweise in Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle *kitab* durchgeführt.

2.6 – Landeskriminalamt

Die *Polizei Bremen* hat beim *Landeskriminalamt* eine Stelle für die Themenbereiche Extremismusprävention und Deradikalisierung geschaffen und besetzt. Hauptaufgabe des wissenschaftlichen Mitarbeiters ist es, die *Polizei Bremen* mit anderen Präventionsakteuren zu vernetzen sowie Mitarbeitende fortzubilden und Konzepte zu entwickeln. Zusätzlich hierzu fördert der Integrationsbeauftragte der *Polizei Bremen* den interkulturellen Austausch zwischen verschiedenen ethnischen und religiösen Gemeinschaften und setzt sich gemeinsam mit ihnen für Toleranz, Akzeptanz sowie Wertepluralität ein.

3. Welche Rolle spielen die Akteure der Bundesebene in Bremen?

3.1 – Arbeitsgruppen der Bundesländer

Die Behörden und besonders die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern stimmen sich bereits seit 2009 in der *Arbeitsgruppe Deradikalisierung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ)* über islamistischen Extremismus ab. Des Weiteren existieren verschiedene Bundesländer-Arbeitsgruppen im Rahmen der *Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK)*.

3.2 – Kooperationsnetzwerk der Beratungsstelle Radikalisierung des BAMF

Auch das Kooperationsnetzwerk der *Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* dient als Plattform für den Austausch zwischen Bund und Ländern. *KODEX* nimmt regelmäßig an den Sitzungen des Kooperationsnetzwerks teil und übernimmt damit weitestgehend die Funktionen der Landeskoordinierungsstelle für den Austausch zwischen Bund und Ländern, wobei für die aktive Fallarbeit in Fällen ohne Sicherheitsrelevanz weiterhin die *Beratungsstelle kitab* der erste Ansprechpartner für die *Beratungsstelle Radikalisierung des BAMF* ist. Für die Arbeit mit gewaltbereiten und stark radikalisierten Personen wird über *KODEX* die unabhängige Beratungsstelle *Legato Disengagement* eingebunden.

³ Mäurer, Ulrich: Vorwort, in: **Landesamt für Verfassungsschutz: Verfassungsschutzbericht 2017, S. 6**, kurz.bpb.de/nsr

3.3 – BMFSFJ: Bundesprogramm Demokratie leben!

Über das Bundesprogramm *Demokratie leben!* des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) kofinanziert der Bund einen Teil der Präventionsarbeit auf den Ebenen der Länder und Kommunen.

Im Rahmen von *Demokratie leben!* werden in Bremen drei *Partnerschaften für Demokratie* gefördert. Diese fördern Aktivitäten für Demokratie und Vielfalt auf lokaler Ebene. Für konkrete Einzelmaßnahmen und Projekte, die sich diesem Ziel widmen, stehen Gelder in einem Aktions- und Initiativfonds sowie einem Jugendfonds zur Verfügung.

In jedem Bundesland unterstützen *Landes-Demokratiezentren* die Weiterentwicklung von Konzepten und Strategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt. Sie sorgen für eine Vernetzung der lokalen Aktivitäten – insbesondere der *Partnerschaften für Demokratie*. In Bremen heißt es *Demokratiezentrum Land Bremen* und ist beim *Referat 22 Kinder- und Jugendförderung* in der *Senatorischen Behörde für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport* angesiedelt.

Des Weiteren werden im Rahmen von *Demokratie leben!* Modellprojekte zur Extremismusprävention in den Bereichen „Islamistischer Extremismus“, „Phänomenübergreifende Prävention: Wechselwirkungen einzelner Phänomene, Deeskalationsarbeit“ sowie „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ gefördert.

In Bremen ist es das folgende Projekt:

- *Legato Bremen (Ambulante Maßnahmen Altona e. V.)*

3.4 – Jugendmigrationsdienste: Respekt Coaches

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanziert auch das Programm *Respekt Coaches*. Es wird von den *Jugendmigrationsdiensten (JMD)* an rund 190 Standorten in allen Bundesländern umgesetzt. Die *JMD* kooperieren dafür mit Schulen und weiteren Partnern. Das Programm soll in Gruppenangeboten demokratische Werte für junge Menschen erlebbar machen und sie in ihrer Persönlichkeit stärken. Schülerinnen und Schüler sollen den Wert einer vielfältigen Gesellschaft erfahren und lernen, unterschiedliche Weltanschauungen und Lebensweisen besser zu verstehen. Dies soll auch der Extremismusprävention dienen. In Bremen und Bremerhaven gibt es sechs *Respekt Coaches* bei den Trägern *Arbeiterwohlfahrt (AWO) Bremen* und *Caritas Bremen Nord*.

3.5 – BAMF: Rückkehrkoordination

Kehren „IS“-Anhängerinnen und -Anhänger aus den ehemaligen Gebieten des selbst ernannten Islamischen Staates nach Deutschland zurück, sind verschiedene staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure involviert. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat 2019 in sieben Bundesländern Koordinationsstellen geschaffen, deren Aufgabe es ist, den gesamten Prozess im Blick zu behalten und die Zusammenarbeit der Behörden abzustimmen. Das Programm wird im Jahr 2020 weiter finanziert, über eine Weiterführung im Jahr 2021 wird noch entschieden.⁴ In Bremen ist die Koordinationsstelle beim *Senator für Inneres* angesiedelt.

4. Wie arbeiten Landesebene und kommunale Ebene zusammen?

Das *Demokratiezentrum Land Bremen* koordiniert eine landesweite Vernetzung (also der Kommunen Bremen und Bremerhaven) zivilgesellschaftlicher Träger und behördlicher Akteure der primären und sekundären Prävention über den Beirat und zwei Netzwerke. Dies geschieht im Sinne einer Umsetzung des inhaltlichen Dreiklangs des Bundesprogramms *Demokratie leben!* aus Demokratieförderung, Vielfaltsgestaltung und Extremismusprävention.

5. Welche zivilgesellschaftlichen Akteure sind aktiv und wie arbeiten staatliche Akteure mit ihnen zusammen?

In Bremen koordinieren im Phänomenbereich Islamismus/Salafismus vor allem zwei Institutionen die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren: die Koordinierungsstelle *Islamistischer Extremismus und Muslimfeindlichkeit* des *Demokratiezentriums Land Bremen* und das *Kompetenzzentrum für Deradikalisierung und Extremismusprävention (KODEX)*.

Teil des *Demokratiezentriums Land Bremen* ist die Koordinierungsstelle *Islamistischer Extremismus und Muslimfeindlichkeit*. Sie begleitet das Angebot der *Fach- und Beratungsstelle kitab* des zivilgesellschaftlichen Trägers *VAJA e. V.* (für nähere Informationen zum *Demokratiezentrum Land Bremen* ► siehe Abschnitt 2.2, S. 54).

Das *Kompetenzzentrum für Deradikalisierung und Extremismusprävention (KODEX)* hat im Herbst 2018 mit zwei Vollzeitstellen die Arbeit aufgenommen. Teil der Arbeit von *KODEX* ist die Koordinierung, Unterstützung und Vernetzung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure (► siehe Abschnitt 2.1, S. 54). *KODEX* ist verantwortlich für

4 Bundeszentrale für politische Bildung: Interview: Wie das BAMF den Umgang mit Rückkehrenden koordiniert, kurz.bpb.de/no4

Schule und religiös begründeter Extremismus – Herausforderung Salafismus

Hintergrundwissen, Handlungsoptionen und Materialien für die pädagogische Praxis im Überblick

Salafismus und Extremismus sind auch an vielen Schulen ein Thema. Wie können Lehrkräfte damit umgehen? Woran erkennen sie eine mögliche Radikalisierung? Und wie können sie „heiße Themen“ im Unterricht bearbeiten, ohne zu stigmatisieren? Die Handreichung soll Lehrkräfte im Umgang damit unterstützen.

www.bpb.de/infodienst-handreichung



Maßnahmen der Deradikalisierungsarbeit und Ausstiegsberatung im Bereich der tertiären Prävention. Mit der Umsetzung dieser Arbeit wurde die unabhängige systemische Beratungsstelle *Legato Disengagement* in Trägerschaft des Vereins *Ambulante Maßnahmen Altona e. V.* betraut.

Der zivilgesellschaftliche Träger *Ambulante Maßnahmen Altona* führt außerdem das Projekt *Legato Bremen* in Justizvollzug und Bewährungshilfe durch, das von der *Senatorin für Justiz und Verfassung* kofinanziert wird.

5.1 – VAJA: Fach- und Beratungsstelle kitab

Die *Fach- und Beratungsstelle kitab* ist in Trägerschaft des zivilgesellschaftlichen Trägers *Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e. V. (VAJA)*. Sie wird im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* sowie von der *Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport* gefördert.

Die *Beratungsstelle* richtet sich sowohl an radikalierungsgefährdete junge Menschen als auch an deren Angehörige, pädagogische Fachkräfte und Institutionen. Das Beratungsangebot basiert auf Anonymität und Freiwilligkeit. Für Lehrkräfte und andere pädagogische Fachkräfte sowie für Institutionen, die sich mit religiös begründetem Extremismus auseinandersetzen, bietet *kitab* Vorträge und Workshops an.

5.2 – Ambulante Maßnahmen Altona:

Legato Bremen

Der zivilgesellschaftliche Träger *Ambulante Maßnahmen Altona e. V.* führt das *Demokratie leben!*-Modellprojekt *Legato Bremen* durch. Das Projekt soll dazu beitragen, antidemokratischen Haltungen und politisch und/oder religiös begründeten Radikalisierungen von jungen Menschen im Strafvollzug und während der Bewährungshilfe frühzeitig entgegenzuwirken. Der Träger führt eine systemische Fachberatung und Gesprächs- und Bildungsangebote für Inhaftierte im Strafvollzug durch. Ein interdisziplinäres Team arbeitet in mehreren Modulen innerhalb und außerhalb des Vollzugs. Im Fokus steht, Radikalisierungsprozesse zu unterbrechen und sozialer Isolation und Desintegration entgegenzuwirken. Distanzierungsprozesse werden gegebenenfalls angeschoben und professionell begleitet. Die Aus- und Weiterbildung von Mitarbeiter/-innen im Strafvollzug und im gesamten Übergangssystem – bis in die Bewährung und auch darüber hinaus – sowie der Jugendhilfe im Strafverfahren ist zentrales Element des Projekts. Ziel ist es, dass diese Fachkräfte Sensibilität und Handlungssicherheit in Bezug auf gefährdete und bereits radikalisierte junge Menschen erlangen und dass Erfahrungen und Wissen aus dem Projekt ins Regelsystem überführt werden. Im Übrigen sollen Handlungssicherheit im Hinblick auf Datenschutz und Risikomanagement, Methoden systemischer Ausstiegsarbeit und systemischer Fachberatung auch für nachfolgende Projekte entwickelt werden. *Legato Bremen* wird finanziert durch das Bundesprogramm *Demokratie leben!* und kofinanziert von der *Senatorin für Justiz und Verfassung*.

5.3 – Ambulante Maßnahmen Altona:

Legato Disengagement

Das Projekt *Legato Disengagement* ist eine unabhängige systemische Beratungsstelle in Bremen, Träger ist der Hamburger Verein *Ambulante Maßnahmen Altona e. V.* Zielgruppe der Beratungsstelle sind unter anderem stark radikalisierte Personen, beispielsweise Rückkehrende aus den ehemaligen Gebieten des sogenannten Islamischen Staates. Der Fokus liegt also auf der tertiären Prävention. *Legato Disengagement* entwickelt gemeinsam mit Betroffenen Lösungen, um Konflikte zum Beispiel im Zusammenhang mit Religion und Glaube oder Nationalität und Migration zu lösen. Dem Team von *Legato Disengagement* ist es nach eigener Aussage wichtig, die Perspektive der Betroffenen wahrzunehmen und gemeinsam passende Lösungen zu gestalten. Freiwilligkeit sei dabei ein wichtiger Erfolgsfaktor, Vertraulichkeit gewährleistet. Im Einzelfall würden weitere Hilfsmaßnahmen angeregt oder hinzugezogen. Das Ziel sei die Entlastung der Situation für alle Beteiligten.

Legato Disengagement wird finanziert durch die Haushaltsmittel für das Handlungskonzept „Sichere und Saubere Stadt“ des *Senatsressorts für Inneres*.

6. Welche Besonderheiten gibt es in Bremen hinsichtlich der Präventionsarbeit?

Das *Ressortübergreifende Präventionskonzept gegen religiös begründeten Extremismus und Islamfeindlichkeit* der Freien Hansestadt Bremen sieht Radikalisierung als gesamtgesellschaftliches Problem an. Daraus wird eine Organisation der Präventionsarbeit nach dem „Ressortprinzip“ abgeleitet. Dies bedeutet, dass die Strategien, Maßnahmen und Projekte der einzelnen Senatsressorts im Rahmen ihrer Zuständigkeit entwickelt und durchgeführt werden. Eine überarbeitete Version dieses als Gesamtstrategie zu verstehenden *Präventionskonzepts* befindet sich in der aktuellen Legislaturperiode in der finalen Abstimmung.

Zwei Institutionen nehmen in Bremen im Bereich Islamismusprävention zentrale koordinierende Positionen ein: Während das *Kompetenzzentrum für Deradikalisierung und Extremismusprävention (KODEX)* eine zentrale und steuernde Funktion für den Bereich der tertiären Prävention (Arbeit an gewaltbereiten und stark radikalisierten Personen) übernimmt, koordiniert das *Demokratiezentrum Land Bremen* Präventionsprojekte im Bereich der primären und der sekundären Prävention. Das *KODEX* untersteht dem *Senator für Inneres*, das *Demokratiezentrum* der *Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport*.



7. Quellen, Anlaufstellen und Präventionsprojekte in Bremen

7.1 – Wichtige Quellen und Websites

Bremische Bürgerschaft (2016):

In Bremen zuhause. Integration gestalten und sozialen Zusammenhalt sichern. Eckpunkte eines mittelfristig ausgerichteten Integrationskonzeptes des Senats, Drucksache 19/242

kurz.bpb.de/nsq

Der Senator für Inneres Bremen (2017):

Handlungsfeld Sichere und Saubere Stadt

kurz.bpb.de/nss

Der Senator für Inneres Bremen:

Konzeptentwurf (2018):

Rahmenkonzept zur Deradikalisierung und Extremismusprävention mit Schwerpunkt Islamismus/Salafismus im Land Bremen

kurz.bpb.de/nsu

Mäurer, Ulrich (2018):

Vorwort, in: Landesamt für Verfassungsschutz: Verfassungsschutzbericht 2017

kurz.bpb.de/nsr

SPD-Landesorganisation Bremen /

Bündnis 90 / Die Grünen –

Landesverband Bremen (2015):

Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft. 2015–2019

kurz.bpb.de/nsv

7.2 – Anlaufstellen und Präventionsprojekte

Ambulante Maßnahmen Altona e. V.:

Legato Bremen

Ambulante Maßnahmen Altona e. V.:

Legato Disengagement

AWO Soziale Dienste gemeinnützige GmbH

Fachdienst Migration und Integration:

Jugendmigrationsdienste: Respekt Coaches

kurz.bpb.de/nsw

Demokratiezentrum Land Bremen:

Koordinierungsstelle Islamistischer Extremismus und Muslimfeindlichkeit

kurz.bpb.de/nsx

Kompetenzzentrum für Deradikalisierung und Extremismusprävention (KODEX)

Landesinstitut für Schule:

Kompetenzzentrum für Interkulturalität in der Schule (Kom.In)

kurz.bpb.de/nsy

Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit (VAJA) e. V.:

Fach- und Beratungsstelle kitab

kurz.bpb.de/nsz

Kurzlinks

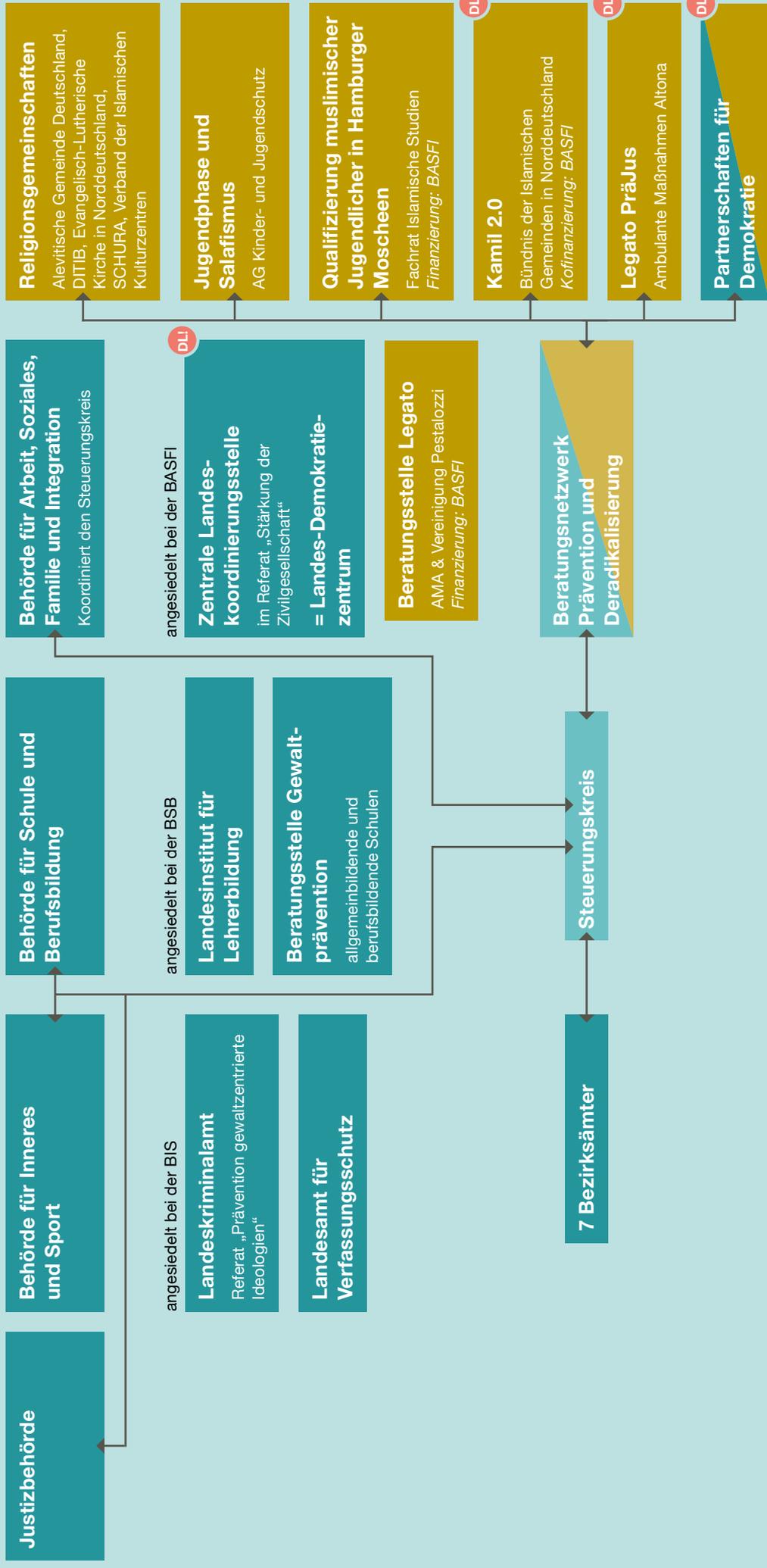
Weil die Originallinks häufig sehr lang sind, hat die Redaktion Kurzlinks erstellt. Diese leiten direkt auf die entsprechenden Seiten.

Präventionsarbeit ist ein dynamischer Bereich mit vielen aktuellen Entwicklungen. Die Redaktion freut sich daher über Ihre Hinweise auf Akteure, Aktivitäten oder Zusammenhänge, die in diesem Beitrag nicht berücksichtigt wurden.

Schreiben Sie uns gerne eine E-Mail an: radikalisierungspraevention@redaktion-kauer.de

Hamburg / Akteure und Organisation der Islamismusprävention

Staatliche Akteure





Hamburg



Seit 2014 richtet Hamburg seine Präventionsarbeit im Bereich Islamismus an einer landeseigenen Strategie aus. Das Konzept hat sich zwei originäre Ziele gesetzt: Zum einen sollen Muslim- und Islamfeindlichkeit und zum anderen religiös motivierter Extremismus und Salafismus bekämpft werden. An der Präventionsarbeit in Hamburg sind vier Landesbehörden beteiligt. Neben den behördlichen Partnern sind zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure feste Partner in der Hamburger Präventionsarbeit. Sie stimmen sich im Rahmen des *Beratungsnetzwerks Prävention und Deradikalisierung* ab.

1. Gibt es eine landeseigene Präventionsstrategie im Bereich Islamismus?

In Hamburg gibt es das Senatskonzept *Effektive Maßnahmen gegen gewaltbereiten Salafismus und religiösen Extremismus ergreifen*, das die Grundlage für Hamburgs Strategie zur Vorbeugung und Bekämpfung von religiös begründetem Extremismus bildet. Das 2014 als Bürgerschaftsdrucksache verabschiedete Konzept wurde 2016 und 2018 weiterentwickelt.¹

Das Konzept hat sich zwei originäre Ziele gesetzt: Zum einen soll Muslim- und Islamfeindlichkeit und zum anderen religiös motivierter Extremismus und Salafismus bekämpft werden. Beide Phänomene versteht das Konzept als komplementär und sich gegenseitig verstärkend.

Das Senatskonzept orientiert sich an folgenden Leitlinien:

- Prävention hat zum Ziel, Radikalisierung fördernden Faktoren entgegenzuwirken und protektive Faktoren zu stärken (etwa durch Unterstützung in der Bewältigung von kritischen Lebensereignissen und Übergängen, Stärken von Bindungen, Stärken von Selbstwirksamkeit).
- Die staatlichen Regelstrukturen werden in Bezug auf religiös begründete Radikalisierung und Muslimfeindlichkeit sensibilisiert, aktiviert und kompetent gemacht.
- Zivilgesellschaftliche Präventionsprojekte ergänzen passgenau die staatlichen Regelsysteme und erproben neue Ansätze.
- Alle Akteure kooperieren, alle Maßnahmen greifen ineinander, Wissen wird gemeinsam aufgebaut und transferiert.

Um diese Ziele zu erreichen, nennt der Senat verschiedene Handlungsfelder:

1. Präventionsarbeit: Vorurteilen und Anfeindungen im öffentlichen Raum soll begegnet und vorgebeugt werden, Kinder und Jugendliche sollen sensibilisiert und gestärkt werden. Dafür fördern die Hamburger Behörden verschiedene Projekte aus der Zivilgesellschaft und leisten Aufklärungs- und Beratungsarbeit. Präventionsarbeit soll vor allem milieu- und stadtteilspezifisch stattfinden. Die konkrete Arbeit findet überall in Hamburg statt.
2. Betroffenenberatung: Ein mobiles Beratungsteam unterstützt sich radikalisierende Personen und ihr soziales Umfeld. Darüber hinaus berät es Institutionen zum Umgang mit religiös begründetem Extremismus beziehungsweise Salafismus. Seit 2015 wird dies von *Legato – Fach- und Beratungsstelle für religiös begründete Radikalisierung* geleistet. Die behördliche Steuerung der *Beratungsstelle* obliegt dabei der *Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI)* (► siehe Abschnitt 2.3, S. 63).
3. Vernetzung: Im Rahmen des Senatskonzepts wurde 2014 das *Beratungsnetzwerk Prävention und Deradikalisierung* geschaffen (► siehe Abschnitt 2.2, S. 62). Ziel des Netzwerks ist die Verbesserung der Zusammenarbeit von Behörden und Zivilgesellschaft sowie der gemeinsame Aufbau und Transfer von Fachwissen.

¹ Senat der Freien und Hansestadt Hamburg: **Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 28.10.2014, Drucksache 20/13460; vom 28.6.2016, Drucksache 21/5039; vom 15.8.2018, Drucksache 21/14037**; online abrufbar in der Parlamentsdatenbank: kurz.bpb.de/nth ; Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration: **Hamburgs Strategie zur Vorbeugung und Bekämpfung von Radikalisierung**, kurz.bpb.de/ntm

2. Wie ist die Präventionsarbeit organisiert?

Die an der Umsetzung des Senatskonzepts beteiligten behördlichen Stellen sind im Einzelnen:

- *Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) (Amt für Arbeit und Integration, Amt für Familie, Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum)*
- *Behörde für Inneres und Sport (BIS) (Landeskriminalamt, Landesamt für Verfassungsschutz)*
- *Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) (Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Hamburger Institut für Berufliche Bildung, Landeszentrale für politische Bildung, Beratungsstelle Gewaltprävention)*
- *Justizbehörde (JB) (Justizvollzug)*
- *Bezirksämter (u. a. Fachämter Sozialraummanagement, Partnerschaften für Demokratie des Bundesprogramms Demokratie leben!)*

Wichtige Partner sind darüber hinaus die islamischen Religionsgemeinschaften, mit denen die Freie und Hansestadt Hamburg im Jahr 2012 Verträge geschlossen hat.

Auch zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure sind feste Partner in der Hamburger Präventionsarbeit. Entwickelt wurde das Präventionsprogramm aufgrund eines Ersuchens der Bürgerschaft gegenüber dem Senat. Bereits in dieser Phase war die langfristige Einbindung zivilgesellschaftlicher Partner ein Bestandteil des Konzepts.

Die *Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration*, Referat *Stärkung der Zivilgesellschaft im Amt für Arbeit und Integration*, hat die Federführung für die Umsetzung und Weiterentwicklung der Gesamtstrategie.

2.1 – Zentrale Koordination: Steuerungskreis

Gelenkt wird die Präventionsarbeit in Hamburg durch den *Steuerungskreis*. Ihm obliegt die Umsetzung des Senatskonzepts. Zudem steuert er die behördenübergreifenden Aspekte des Konzepts; die Verantwortlichkeit der Behörden und Ämter bleibt dabei unberührt. Die Mitglieder des *Steuerungskreises* sind die Amtsleitungen der vier oben genannten Landesbehörden sowie der sieben Bezirksämter.

Viermal jährlich trifft sich der *Steuerungskreis* auf Fachbehördenebene. Einmal pro Jahr nehmen auch die Staatsrätinnen und Staatsräte (vergleichbar mit den Staatssekretär/-innen in anderen Bundesländern) der beteiligten Behörden an diesem Austausch teil. Weiterhin findet einmal jährlich ein Treffen statt, an dem die Staatsrätinnen und Staatsräte sowie die Spitzen der alevitischen und muslimischen Religionsgemeinschaften teilnehmen, um gemeinsam ein Zwischenfazit zu ziehen. Anlassbezogene Treffen sind darüber hinaus jederzeit möglich.

Die *BASFI* koordiniert den *Steuerungskreis*. Konkret wird diese Funktion ausgeübt von der *Zentralen Landeskoordinierungsstelle* im Referat *Stärkung der Zivilgesellschaft* in der *BASFI*. Das Referat erfüllt für Hamburg gleichzeitig auch die Funktion des *Landes-Demokratiezentrum*s im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!*

2.2 – Beratungsnetzwerk Prävention und Deradikalisierung

Das *Beratungsnetzwerk Prävention und Deradikalisierung* wurde 2014 geschaffen, um gemeinsam Wissen aufzubauen und Kooperationen zu fördern. Gesteuert wird das *Beratungsnetzwerk* durch die *BASFI*. Intention des Netzwerks ist ein strukturierter Austausch der Partner untereinander über alle Aspekte religiös begründeter Radikalisierung und Muslimfeindlichkeit sowie der Aufbau von Expertise.

Das *Beratungsnetzwerk* tagt vier Mal jährlich im Plenum; themenbezogen tauschen sich einzelne Netzwerkmitglieder darüber hinaus in Arbeitsgruppen aus.

Neben dem *Steuerungskreis* – also vor allem der *BASFI*, der *BIS*, der *BSB*, der *JB* sowie den sieben Bezirksämtern – sind folgende Religionsgemeinschaften und zivilgesellschaftliche Träger / Projekte Mitglied des Netzwerks:

Religionsgemeinschaften:

- *Alevitische Gemeinde Deutschland e. V.*
- *DITIB – Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.*
- *Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland*
- *SCHURA e. V. – Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg*
- *Verband der Islamischen Kulturzentren e. V.*

Zivilgesellschaftliche Träger von Präventionsangeboten:

- *Ambulante Maßnahmen Altona e. V. (AMA; Träger der Beratungsstelle Legato sowie des Justizvollzugsprojekts Legato PräJus)*
- *Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Hamburg e. V. (Träger des Projekts Jugendphase und Salafismus)*
- *Bündnis der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland e. V. (BIG; Träger des Modellprojekts Kamil 2.0)*
- *Fachrat Islamische Studien e. V. (Träger des Projekts Qualifizierung muslimischer Jugendlicher in Hamburger Moscheen)*
- *Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation e. V. (Träger der Partnerschaften für Demokratie in Mümmelmannsberg und St. Georg-Borgfelde)*
- *Lawaetz-Stiftung (Träger der Partnerschaften für Demokratie in Altona, Harburg, Südelbe und Wandsbek)*
- *Vereinigung Pestalozzi gGmbH (Träger der Beratungsstelle Legato)*

Weitere Kooperationspartner werden themenbezogen in die Arbeit des Netzwerks einbezogen.

Das *Beratungsnetzwerk* tagt viermal im Jahr im Gesamtplenarium und es gibt temporär Unterarbeitsgruppen (beispielsweise zu „IS“-Rückkehrenden). Im Rahmen der sogenannten Denkfabrik haben die Netzwerkmitglieder die Möglichkeit, Themen einzubringen, die sie gern in kleinerem Rahmen mit anderen interessierten Netzwerkmitgliedern vertieft bearbeiten möchten.

2.3 – AMA und Vereinigung Pestalozzi:

Beratungsstelle Legato

Die *Beratungsstelle Legato* wird seit 2015 im Auftrag der BASFI gemeinsam von der *Vereinigung Pestalozzi gGmbH* mit dem Verein *Ambulante Maßnahmen Altona e. V. (AMA)* geführt. *Legato* ist eine Fachstelle für religiös begründete Radikalisierung und bietet systemische Ausstiegsberatung an.

Konkret teilt sich die Arbeit der *Beratungsstelle* in vier Bereiche auf:

1. *Legato* berät Angehörige von radikalisierten oder sich radikalisierenden Personen.
2. *Legato* bietet Ausstiegsberatung und -begleitung für Betroffene, unter anderem im Rahmen theologischer Gesprächsrunden, die gemeinsam mit der *SCHURA* durchgeführt werden.
3. *Legato* organisiert Selbsthilfegruppen für Eltern und Betroffene.
4. *Legato* bietet Fachberatung und Fortbildungen für Fachkräfte und Multiplikatoren an.

Legato ist bundesweit vernetzt und Teil des *Nordverbands* – eines Netzwerks von Beratungsstellen in den norddeutschen Bundesländern, die in der Islamismusprävention tätig sind (*Legato* für Hamburg, *PROvention* für Schleswig-Holstein, *beRATen* für Niedersachsen und *VAJA/Jamil* für Bremen).

Die *Beratungsstelle Legato* wurde im Jahr 2017/18 durch das *Institut für Kriminologische Sozialforschung der Universität Hamburg* evaluiert. Der Evaluationsbericht kann heruntergeladen werden.²

2.4 – Sicherheitsbehörden:

Landeskriminalamt und Landesamt für

Verfassungsschutz

Die Hamburger Sicherheitsbehörden sind wichtige Akteure bei der (Weiter-)Entwicklung und Umsetzung der Gesamtstrategie, sie sind Teil des ressortübergreifenden *Steuerungskreises* sowie Mitglieder im *Beratungsnetzwerk*.

Zu den Aufgaben des *Landeskriminalamtes (LKA)* gehört in erster Linie die Gefahrenabwehr und die Strafverfolgung. Über das Referat *Prävention gewaltzentrierter Ideologien* bringt das *LKA* zudem Fachkompetenz in das *Beratungsnetzwerk* ein und fungiert als direkter polizeilicher Ansprechpartner für alle Beteiligten. Es pflegt sozialraumbezogene Bürgerkontakte und informiert Bedarfsträger über die Lage in den extremistischen Milieus.

Das *Landesamt für Verfassungsschutz (LfV)* unterstützt die Netzwerkarbeit, indem es neue Erkenntnisse über die Strukturen radikalisierte Gruppierungen in Hamburg einbringt und die Partnerinnen und Partner des *Beratungsnetzwerks* bei der Bewertung aktueller Entwicklungen unterstützt; es informiert und klärt auf.

2.5 – Schulen:

Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Beratungsstelle für Gewaltprävention

Die zentrale Anlaufstelle für Schulen in Hamburg ist das *Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI)* der Hamburger *Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB)*. Das *LI* hat unter anderem ein umfassendes Fortbildungsangebot für Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler zu Islam, Demokratie, Islamfeindlichkeit und Islamismus entwickelt.

Im Bereich der primären Prävention bietet das *LI* Fortbildungen an, die darauf zielen, Schulleitungen, Pädagoginnen und Pädagogen sowie Lehrkräfte im Umgang mit Fällen möglicher Radikalisierung zu stärken und schulinterne Melderoutinen zu entwickeln.

Interventionen werden von der *Beratungsstelle Gewaltprävention* für die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen durchgeführt. Dabei werden je nach Fall unterschiedliche Ansprechpartnerinnen und -partner eingebunden, bei sicherheitsrelevanten Fällen auch die Sicherheitsbehörden.

Das *BSB* kooperiert intensiv mit der *Beratungsstelle Legato*.

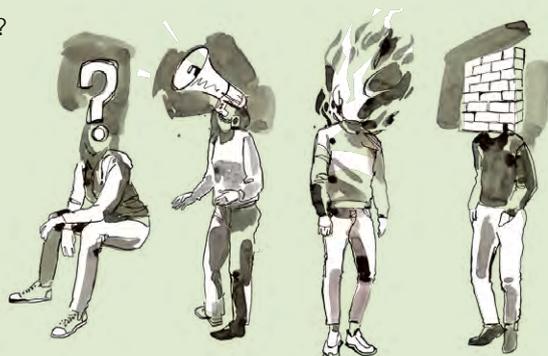
² Universität Hamburg: *Evaluation der Hamburger ‚Fach- und Beratungsstelle für religiös begründete Radikalisierung – Legato‘*, kurz.bpb.de/nti

Infodienst Radikalisierungsprävention – Herausforderung Islamismus

Was kann man gegen Radikalisierung tun? Wie kann man junge Menschen stärken, die möglicherweise radikalierungsgefährdet sind? Wie kann der Ausstieg aus radikalen Gruppen gelingen?

Der **Infodienst Radikalisierungsprävention – Herausforderung Islamismus** ist ein Online-Portal mit Newsletter der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb. Er bietet Hintergrundwissen, pädagogische Materialien, Veranstaltungshinweise und eine Übersicht mit Beratungsangeboten – unter anderem für Schule, Sozialarbeit, Beratungsstellen oder Behörden.

www.bpb.de/infodienst



2.6 – Evaluation und Weiterentwicklung

Das Senatskonzept wird zweijährlich weiterentwickelt. Unter Berücksichtigung von Praxiserfahrungen, neuen Erkenntnissen aus der Radikalisierungs- und Präventionsforschung sowie der aktuellen Lageeinschätzung der beteiligten Fachbehörden werden die mit dem Konzept verfolgten Ansätze regelmäßig aktualisiert sowie Prioritäten überprüft und gegebenenfalls verändert.

Was die Präventionsprojekte betrifft, legt die jeweils zuständige Behörde Ziele, Zwecke und Aufgaben fest, entwickelt sie bei Bedarf weiter und passt sie an. Die Projekte werden von den zuständigen Behörden engmaschig begleitet. Jedes Projekt hat das Erreichen der Zweckzwecke im Rahmen eines Verwendungsnachweises zu belegen, zu dem auch ein aussagekräftiger Sachbericht gehört.

3. Welche Rolle spielen die Akteure der Bundesebene im Hamburg?

3.1 – Arbeitsgruppen der Bundesländer

Die Behörden und besonders die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern stimmen sich bereits seit 2009 in der *Arbeitsgruppe Deradikalisierung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ)* über islamistischen Extremismus ab. Des Weiteren existieren verschiedene Bund-Länder-Arbeitsgruppen im Rahmen der *Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK)*.

3.2 – Kooperationsnetzwerk der Beratungsstelle Radikalisierung des BAMF

Auch das Kooperationsnetzwerk der *Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* dient als Plattform für den Austausch zwischen Bund und Ländern. In Hamburg übernimmt das Referat *Stärkung der Zivilgesellschaft*, angesiedelt bei der *Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI)*, die Funktion der *Landeskoordinierungsstelle* im Rahmen des *BAMF-Netzwerks*. Die *Beratungsstelle Legato* ist als zivilgesellschaftlicher *Partner vor Ort* mit der aktiven Fallarbeit befasst.

3.3 – BMFSFJ: Bundesprogramm Demokratie leben!

Über das Bundesprogramm *Demokratie leben!* des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* kofinanziert der Bund einen Teil der Präventionsarbeit auf den Ebenen der Länder und Kommunen.

Im Rahmen von *Demokratie leben!* werden in Hamburg acht *Partnerschaften für Demokratie* gefördert. Dabei handelt es sich um lokale und regionale Bündnisse, die vor Ort passende Strategien für die konkrete Situation entwickeln.

In jedem Bundesland unterstützen *Landes-Demokratiezentren* die Weiterentwicklung von Konzepten und Strategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt. Sie sorgen für eine Vernetzung der lokalen Aktivitäten – insbesondere der *Partnerschaften für Demokratie*. In Hamburg ist das *Landes-Demokratiezentrum* beim Referat *Stärkung der Zivilgesellschaft* in der *Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI)* angesiedelt.

Des Weiteren werden im Rahmen von *Demokratie leben!* Modellprojekte zur Extremismusprävention in den Bereichen „Islamistischer Extremismus“, „Phänomenübergreifende Prävention: Wechselwirkungen einzelner Phänomene,

Deeskalationsarbeit“ sowie „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ gefördert.

In Hamburg sind das die folgenden Projekte:

- *Kamil 2.0 (Bündnis der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland e. V.)*
- *Legato PräJus (Ambulante Maßnahmen Altona e. V.)*

3.4 – Jugendmigrationsdienste: Respekt Coaches

Das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* finanziert auch das Programm *Respekt Coaches*. Es wird von den *Jugendmigrationsdiensten (JMD)* an rund 190 Standorten in allen Bundesländern umgesetzt. Die *JMD* kooperieren dafür mit Schulen und weiteren Partnern. Das Programm soll in Gruppenangeboten demokratische Werte für junge Menschen erlebbar machen und sie in ihrer Persönlichkeit stärken. Schülerinnen und Schüler sollen den Wert einer vielfältigen Gesellschaft erfahren und lernen, unterschiedliche Weltanschauungen und Lebensweisen besser zu verstehen. Dies soll auch der Extremismusprävention dienen. In Hamburg gibt es sieben Standorte der *Respekt Coaches*.

3.5 – BAMF: Rückkehrkoordination

Kehren „IS“-Anhängerinnen und -Anhänger aus den ehemaligen Gebieten des selbst ernannten Islamischen Staates nach Deutschland zurück, sind verschiedene staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure involviert. Das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* hat 2019 in sieben Bundesländern Koordinationsstellen geschaffen, deren Aufgabe es ist, den gesamten Prozess im Blick zu behalten und die Zusammenarbeit der Behörden abzustimmen. Das Programm wird im Jahr 2020 weiter finanziert, über eine Weiterführung im Jahr 2021 wird noch entschieden.³ In Hamburg ist die Koordinationsstelle bei der *Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI)* angesiedelt.

4. Wie arbeiten die Hamburger Landesebene und die Bezirksebene zusammen?

Hamburg als Stadtstaat kooperiert bei der Umsetzung und Weiterentwicklung des Senatskonzepts sowohl mit den Behörden des Stadtstaats als auch mit den Bezirksämtern der sieben Hamburger Bezirke.

5. Welche zivilgesellschaftlichen Akteure sind aktiv und wie arbeiten staatliche Akteure mit ihnen zusammen?

Zivilgesellschaftliche Präventionsprojekte sind ein fester Bestandteil der Gesamtstrategie Hamburgs und sollen die staatlichen Regelsysteme bewusst ergänzen. Daher gibt es einen regelmäßigen Austausch von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren der Präventionsarbeit im Rahmen des *Beratungsnetzwerks Prävention und Deradikalisierung* (► siehe dazu auch Abschnitt 2.2, S. 62). Neben der frühzeitigen Einbindung der Zivilgesellschaft ist auch die Einbindung von Religionsgemeinschaften eine Besonderheit des Hamburger Senatskonzepts.

Hamburg entwickelt das Angebot zivilgesellschaftlicher Anlaufstellen und Projekte stetig weiter. So fördert Hamburg Projekte privater Initiativen.⁴ Antragsteller müssen dafür nicht zwingend Vereine sein, auch Privatpersonen können eine Förderung für ein Präventionsvorhaben beantragen. Darüber hinaus bietet die *Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI)* Angebote für Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit an. Diese können kostenlose Workshops zu Themen wie Demokratie und Islamismus beantragen.

Wegen ihrer Bedeutung für die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit in Hamburg hat die *Beratungsstelle Legato* innerhalb der zivilgesellschaftlichen Netzwerkpartner eine besondere Position (► siehe Abschnitt 2.3, S. 63).

Weitere Infodienst-Angebote

Newsletter Infodienst Radikalisierungsprävention

Was gibt es Neues im Arbeitsfeld Radikalisierungsprävention im Bereich Islamismus? Alle sechs Wochen informiert der Newsletter über Termine, aktuelle Meldungen, Berichte, Stellenangebote, Neuerscheinungen, Materialien und Videobeiträge.

www.bpb.de/infodienst-newsletter

³ Bundeszentrale für politische Bildung: **Interview: Wie das BAMF den Umgang mit Rückkehrenden koordiniert**, kurz.bpb.de/no4

⁴ Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration: **Förderrichtlinie – Senat unterstützt Initiativen**, kurz.bpb.de/ntj

6. Welche Besonderheiten gibt es in Hamburg hinsichtlich der Präventionsarbeit?

Die Präventionsarbeit in Hamburg weist einige Besonderheiten auf. Die aktuelle Präventionsstrategie des Landes – das Senatskonzept *Effektive Maßnahmen gegen gewaltbereiten Salafismus und religiösen Extremismus ergreifen* – geht zurück auf eine Initiative der Bürgerschaft, also des hamburgischen Landesparlaments. Die Bürgerschaft ersuchte im Mai 2014 den Senat, also die Landesregierung, ein Konzept gegen Salafismus und religiösen Extremismus zu entwickeln.

Hamburg verbindet seine Arbeit zur Prävention von Islamismus mit Anstrengungen zur Prävention von Islamfeindlichkeit. Diese Verbindung knüpft Hamburg konkret in seinem Senatskonzept, was im Vergleich mit anderen Ländern eine Ausnahme darstellt. In Niedersachsen verbinden beispielsweise einige an der Präventionsstrategie des Landes beteiligte Institutionen die Prävention von Islamismus mit der Prävention von Islamfeindlichkeit. Eine Verbindung der beiden Felder für die gesamte Präventionsstrategie liegt dort jedoch nicht vor.

Eine weitere Besonderheit ist die sehr starke Einbindung zahlreicher zivilgesellschaftlicher Akteure, auch schon bei der Erarbeitung des Konzepts. Insbesondere gilt das für die Einbindung der Religionsgemeinschaften in die Präventionsarbeit des Landes.

Schließlich besteht eine länderübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen des *Nordverbunds* – eines Netzwerks von Beratungsstellen in den norddeutschen Bundesländern, die in der Islamismusprävention tätig sind (*Legato* für Hamburg, *PROvention* für Schleswig-Holstein, *beRATen* für Niedersachsen und *VAJA/Jamil* für Bremen).

International ist Hamburg im Rahmen des *Radicalisation Awareness Network (RAN)* und des *Strong Cities Network* vernetzt.



7. Quellen, Anlaufstellen und Präventionsprojekte in Hamburg

7.1 – Wichtige Quellen und Websites

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration:
Beratungsnetzwerk Prävention und Deradikalisierung
kurz.bpb.de/ntk

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration:
Förderrichtlinie – Senat unterstützt Initiativen
kurz.bpb.de/ntj

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (2017):
Hamburgs Salafismusprävention
kurz.bpb.de/ntl

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration:
Hamburgs Strategie zur Vorbeugung und Bekämpfung von Radikalisierung
kurz.bpb.de/ntm

Hamburg.de:
Religiöser Extremismus
kurz.bpb.de/ntn

Senat der Freien und Hansestadt Hamburg (2014):
Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 28.10.2014, Drucksache 20/13460
kurz.bpb.de/nto

Senat der Freien und Hansestadt Hamburg (2016):
Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 28.6.2016, Drucksache 21 / 5039
kurz.bpb.de/ntp

Senat der Freien und Hansestadt Hamburg (2018):
Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 14.8.2018, Drucksache 21 / 14037
kurz.bpb.de/ntq

Vertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, dem DITIB-Landesverband Hamburg, SCHURA – Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg und dem Verband der Islamischen Kulturzentren (2012)
kurz.bpb.de/ntr

7.2 – Anlaufstellen und Präventionsprojekte

Alevitische Gemeinde Hamburg e. V.:
Koordinierungsstelle und Lotsenberatung
kurz.bpb.de/ntu

Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Hamburg e. V.(ajs):
Jugendphase und Salafismus
kurz.bpb.de/ntt

Behörde für Schule und Berufsbildung:
Beratungsstelle Gewaltprävention Hamburg
kurz.bpb.de/ntu

Bündnis der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland e. V.:
Kamil 2.0
kurz.bpb.de/ntv

Fachrat Islamische Studien e. V.:
Peer-Projekt: Qualifizierung muslimischer Jugendlicher in Hamburger Moscheen
kurz.bpb.de/ntw

Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation e. V.:
Partnerschaften für Demokratie in St. Georg-Borgfelde und in Mümmelmannsberg
kurz.bpb.de/ntx
kurz.bpb.de/nty

Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI):
Beratungsteam Menschenrechts- und Demokratiefreundlichkeit
kurz.bpb.de/ntz

Lawaetz-Stiftung:
Partnerschaften für Demokratie in Altona, Harburg, Süderelbe und Wandsbek
kurz.bpb.de/nu0

SCHURA e. V.:
Koordinierungsstelle und Lotsenberatung
kurz.bpb.de/nu1

Vereinigung Pestalozzi gGmbH und Ambulante Maßnahmen Altona e. V. (AMA):
Beratungsstelle Legato und Legato PräJus
kurz.bpb.de/nu2

Kurzlinks

Weil die Originallinks häufig sehr lang sind, hat die Redaktion Kurzlinks erstellt. Diese leiten direkt auf die entsprechenden Seiten.

Präventionsarbeit ist ein dynamischer Bereich mit vielen aktuellen Entwicklungen. Die Redaktion freut sich daher über Ihre Hinweise auf Akteure, Aktivitäten oder Zusammenhänge, die in diesem Beitrag nicht berücksichtigt wurden.

Schreiben Sie uns gerne eine E-Mail an: radikalisierungspraevention@redaktion-kauer.de

Hessen / Akteure und Organisation der Islamismusprävention

Staatliche Akteure

Ministerium der Justiz

angesiedelt beim HMdJ

NeDiS – Stabsstelle Netzwerk zur Deradikalisierung im Strafvollzug

Ministerium des Innern und für Sport

Landesprogramm Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus

angesiedelt beim HMdIS

Landespolizeipräsidium

HKE – Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus

Koordiniert das Präventionsnetzwerk gegen Salafismus

Beratungsstelle Hessen

Violence Prevention Network

Landesamt für Verfassungsschutz

Landeskriminalamt

Frankfurter Ämternetzwerk gegen Extremismus

Stadt Frankfurt

PRO Prävention

Integrationsbüro Kreis Offenbach

DEXT

Fachstellen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention

Präventionsnetzwerk gegen Salafismus

Fachbeirat

- Alle Institutionen der Lenkungsgruppe
- Demokratiezentrum Hessen
- Ev. Kirche in Hessen
- Hess. Städte- und Gemeindebund
- Hess. Städtetag und Landkreistag
- Kommissariat der Kath. Bischöfe
- Landesjugendring
- Landesverband der Jüd. Gemeinden
- Liga der Freien Wohlfahrtspflege
- RP Gießen
- Universität Frankfurt
- Universität Marburg
- Muslim. Verbände und Institutionen

Lenkungsgruppe HKE

- Innen-, Justiz, Kultur- und Sozialministerium
- Landesamt für Verfassungsschutz
- Landeskriminalamt
- Landeszentrale für politische Bildung

Zivilgesellschaft

Demokratiezentrum Hessen / Beratungswerk Hessen

Universität Marburg
Kofinanzierung: LP HarfDgE

Zukunftssichere Extremismusprävention durch Bildung in Hessen

Rumi imPuls
Finanzierung: LP HarfDgE

Empowerment von Frauen und Mädchen durch Integration und Extremismusprävention

Rumi imPuls
Finanzierung: LP HarfDgE

Protected

Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung
Finanzierung: LP HarfDgE

Partnerschaften für Demokratie

KOgEX Hessen 2.0

Trägerverbund, u. a. Violence Prevention Network
Kofinanzierung: Ministerium der Justiz

Beratungsstelle Salafismus Wiesbaden

VIBIS – Verein für islamische Bildung, Integration und Seelsorge
Finanzierung: Stadt Wiesbaden

X-Dream

Jugendinitiative Spiegelbild
Finanzierung: Stadt Wiesbaden

Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam

Goethe-Universität Frankfurt am Main

The Game is not Over

Bildungsstätte Anne Frank
Finanzierung: Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft

DLI Gefördert durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“

— Abstimmung zwischen den Akteuren

--- Abstimmung im Rahmen des Präventionsnetzwerks

■ Staatliche Akteure

■ Zusammenschluss staatlicher Akteure

■ Zivilgesellschaftliche Akteure

■ Träger: staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure

■ Zusammenschluss staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure

LP HarfDgE: Landesprogramm Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus



Hessen



Die zentralen Akteure der Prävention von Islamismus in Hessen sind das *Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE)* sowie das *Hessische Präventionsnetzwerk gegen Salafismus*. Die landesweiten Programme und Projekte zur Prävention und Intervention gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen werden phänomenübergreifend durch das *HKE* koordiniert. Der zivilgesellschaftliche Träger *Violence Prevention Network e. V.* ist mit der Umsetzung von Maßnahmen der Prävention, Intervention und Ausstiegsbegleitung im Rahmen der *Beratungsstelle Hessen* betraut, die aus Landesmitteln finanziert wird.

1. Gibt es eine landeseigene Präventionsstrategie im Bereich Islamismus?

Nach einem Beschluss des Kabinetts wurde 2013 unter der damaligen schwarz-gelben Landesregierung das *Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE)* gegründet und dem *Hessischen Ministerium des Innern und für Sport (HMdIS)* nachgeordnet. Noch im selben Jahr beauftragte der damalige Innenminister Boris Rhein (CDU) das *HKE* mit dem Aufbau eines Präventionsnetzwerks gegen Salafismus. Dieses Netzwerk wurde als Präventionsstrategie gegen Islamismus 2014 als *Hessisches Präventionsnetzwerk gegen Salafismus* institutionalisiert.

Die hessische Präventionsstrategie wird durch das *HKE* in Abstimmung mit den tangierten Ressorts und weiteren relevanten staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren bedarfsorientiert fortentwickelt. Hierzu dienen auch die regelmäßigen Sitzungen des *Fachbeirats zum Hessischen Präventionsnetzwerk gegen Salafismus*.

2. Wie ist die Präventionsarbeit organisiert?

Die zentralen Elemente der hessischen Präventionsstrategie im Rahmen des *Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus* sind

- das *Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE)*,
- die von *Violence Prevention Network e. V.* betriebene *Beratungsstelle Hessen* sowie
- der *Fachbeirat des Präventionsnetzwerks*.

Im Rahmen der hessischen Präventionsstrategie übernimmt das im *Hessischen Ministerium des Innern und für Sport* angesiedelte *HKE* die Aufgabe der Landeskoordinierungsstelle. Aus Mitteln des *Landesprogramms Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus* wird der zivilgesellschaftliche Träger *Violence Prevention Network (VPN)* in der Umsetzung von Maßnahmen der Prävention, Intervention und Ausstiegsbegleitung gefördert. Die Angebote sind hessenweit kostenlos abrufbar.

Vorgestellt werden im Folgenden zudem die Arbeit des *Landesamtes für Verfassungsschutz* und der Stabsstelle des Netzwerks zur *Deradikalisierung im Strafvollzug (NeDiS)*.

Übersicht: Evaluationen von Projekten der Radikalisierungsprävention

Zahlreiche wissenschaftliche Evaluationsvorhaben befassen sich mit Trägern und Projekten im Bereich Radikalisierungsprävention in Deutschland. Die Infodienst-Redaktion hat eine Übersicht zu bereits durchgeführten sowie aktuell laufenden Evaluationen zur Radikalisierungsprävention im Bereich Salafismus/Islamismus erstellt.

www.bpb.de/infodienst-evaluationen

2.1 – Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE)

Das *Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE)* wurde 2013 gegründet und ist in der Abteilung *Landespolizeipräsidium* im *Hessischen Ministerium des Innern und für Sport* angesiedelt.

Es hat die Aufgabe, landesweit und zentral Projekte der Demokratieförderung und der Extremismusprävention in allen Phänomenbereichen (also Islamismus, Rechts- und Linksextremismus) zu koordinieren und weiterzuentwickeln.

Das *HKE* ist zentraler Ansprechpartner im Bundesland sowie für Bundes- und Landesbehörden bei Fragen zu bestehenden oder geplanten Programmen und Projekten. Im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes werden Präventionsstrategien entworfen sowie staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure vernetzt und sowohl bei der Identifizierung aktueller Problemfelder als auch bei der Umsetzung wirkungsvoller Konzepte unterstützt.

Das *HKE* ist auch zentrale Anlaufstelle für Schulen. Über das *Landesprogramm Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus* wird die Förderung zahlreicher Projekte und Maßnahmen auch im Bereich Islamismus ermöglicht. In der neuen Förderperiode ab 2020 liegen die Schwerpunkte des *Landesprogramms* auf der Stärkung der Regelstrukturen, der Förderung von Prävention, Intervention und Opferschutz, aber auch der Demokratieförderung, der Förderung von Vielfalt und Integration sowie der Bekämpfung von Antisemitismus.

Lenkungsgruppe des HKE

Die *Lenkungsgruppe des HKE* begleitet die strategische Ausrichtung des *HKE*. Sie setzt sich für dessen qualitative Fortentwicklung ein, unterstützt die Vernetzungsaktivitäten und gewährleistet den Informationsaustausch zwischen den tangierten Landesressorts über die Arbeit des *HKE*. Die *Lenkungsgruppe* trifft sich in der Regel zweimal jährlich.

Die *Lenkungsgruppe des HKE* als ressortübergreifendes, staatliches Gremium umfasst:

Vertreterinnen und Vertreter folgender hessischer Landesministerien:

- *Ministerium des Innern und für Sport*
- *Ministerium der Justiz*
- *Ministerium für Soziales und Integration*
- *Kultusministerium*

sowie Vertreterinnen und Vertreter folgender Behörden:

- *Landesamt für Verfassungsschutz*
- *Landeskriminalamt*
- *Landeszentrale für politische Bildung*

2.2 – Fachbeirat

Im Rahmen des *Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus* ist dem steuernden und koordinierenden *HKE* ein *Fachbeirat* zur Seite gestellt. Dieser soll die zentrale Beratungsstelle begleiten und in ihrer strategischen Ausrichtung unterstützen. Der *Fachbeirat* tagt in der Regel zweimal im Jahr. Er umfasst neben Vertreterinnen und Vertretern der tangierten Ressorts und Behörden unter anderem auch Akteure der Zivilgesellschaft, von Universitäten sowie Religionsgemeinschaften. Dem *Fachbeirat* kommt eine unterstützende und beratende Funktion für das *Präventionsnetzwerk* zu.



2.3 – Violence Prevention Network:

Beratungsstelle Hessen

Die von *Violence Prevention Network e. V. (VPN)* betriebene *Beratungsstelle Hessen* ist in den Bereichen „Deradikalisierung – Wege aus dem Extremismus“ sowie „Prävention – Interkulturelle Kompetenz und Extremismusprävention“ tätig. Im Bereich „Deradikalisierung“ werden unter anderem Qualifizierungsmaßnahmen zum Umgang mit religiös begründetem Extremismus und Radikalisierung, Beratung von Angehörigen, Arbeit mit radikalierungsgefährdeten Jugendlichen sowie Deradikalisierung und Ausstiegsbegleitung angeboten. Im Bereich „Interkulturelle Kompetenz und Extremismusprävention“ werden insbesondere Workshops, Elternberatung, politische Bildung, Informations- und Sensibilisierungsveranstaltungen sowie Online-Präventionsarbeit angeboten. Die *Beratungsstelle Hessen* hat ihren Hauptsitz in Frankfurt am Main, *VPN* betreibt zudem Außenstellen in Kassel und Offenbach.

Die *Beratungsstelle* wird gefördert aus Mitteln des *Landesprogramms Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus* des *Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport*. Die Arbeit der *Beratungsstelle* wurde evaluiert und der Abschlussbericht im April 2018 veröffentlicht.¹

2.4 – Landesamt für Verfassungsschutz

Das *Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Hessen* bietet für den Bereich Islamismus/Salafismus verschiedene Präventionsmaßnahmen an. Es stellt Informationsmaterialien bereit, nimmt durch Vorträge und Redebeiträge bei Podiumsdiskussionen sowie Presseauskünfte am öffentlichen Diskurs teil und führt zielgruppenorientierte Sensibilisierungsveranstaltungen (aufklärende Prävention) sowie Beratungsleistungen in konkreten Fällen (beratende Prävention) durch.

Hauptzielgruppen der Präventionstätigkeit des *LfV Hessen* sind Landkreise, Kommunen, Schulen, soziale Einrichtungen sowie Multiplikatoren in der Jugend- und Erwachsenenbildung, Justiz, Polizei und andere Behörden und öffentliche Stellen, jedoch auch Vereine, Verbände und Unternehmen.

Ziel der Präventionsarbeit des *LfV Hessen* ist es, dass die Teilnehmenden Handlungssicherheit im Erkennen von und im Umgang mit islamistischen/salafistischen Bestrebungen in ihrem jeweiligen Arbeitskontext gewinnen.

2.5 – Justizministerium:

Netzwerk zur Deradikalisierung im Strafvollzug (NeDiS)

Das *Hessische Justizministerium* hat seit April 2016 eine eigene Stabsstelle *NeDiS – Netzwerk zur Deradikalisierung im Strafvollzug* zur zentralen Steuerung der Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen (phänomenübergreifend) in den hessischen Justizvollzugsanstalten (JVAs) eingerichtet. Weiterhin wurden inzwischen zwölf sogenannte *Strukturbeobachter* in den JVAs etabliert. Diese bündeln Informationen zu Auffälligkeiten in Bezug auf extremistische Neigung von Gefangenen und sorgen für den Informationsfluss innerhalb der Anstalten, aber auch zu den Sicherheitsbehörden und zur Stabsstelle *NeDiS*. Zur erfolgreichen Prävention und Bekämpfung von extremistischen Bestrebungen wurde ferner ein umfangreiches Konzept entwickelt, das sich aus den vier Säulen „Identifizierung – Prävention – Deradikalisierung – Koordinierung“ zusammensetzt.

Die Stabsstelle *NeDiS* ist insbesondere für den Informationsaustausch innerhalb und zwischen den Justizvollzugsanstalten, mit den Sicherheits- und Justizbehörden und dem *HKE*, mit den anderen hessischen Ministerien, den Bundesländern, dem Bund, mit zivilgesellschaftlichen Trägern und auf internationaler Ebene zuständig. Weiterhin ist die Stabsstelle unter anderem zuständig für die religiöse Betreuung muslimischer Gefangener, für die Auswahl und Fortbildung der Imame im hessischen Justizvollzug in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und für den regelmäßigen Erfahrungsaustausch mit den Imamen. Sie führt Schulungen für Mitarbeitende des Vollzugsdienstes zum Umgang mit extremistischen Gefangenen und zur Steigerung der interkulturellen Kompetenz durch und implementiert Risikoeinschätzungsinstrumente für gewaltbereiten Extremismus (z. B. *VERA-2R*) in die vollzugliche Praxis. Die Stabsstelle *NeDiS* führt Förderprojekte durch (z. B. Projekt *KOGEX Hessen 2.0* mit *VPN* im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!*) und übernimmt weitere Aufgaben und Projekte.



¹ Möller, Kurt/Neuscheler, Florian (2018): **Bericht über zentrale Ergebnisse der Evaluation der Beratungsstelle Hessen – Religiöse Toleranz statt Extremismus**, Esslingen, kurz.bpb.de/nu3

3. Welche Rolle spielen die Akteure der Bundesebene in Hessen?

3.1 – Arbeitsgruppen der Bundesländer

Die Behörden und besonders die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern stimmen sich bereits seit 2009 in der *Arbeitsgruppe Deradikalisierung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ)* über islamistischen Extremismus ab. Des Weiteren existieren verschiedene Bundesländer-Arbeitsgruppen im Rahmen der *Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK)*.

3.2 – Kooperationsnetzwerk der Beratungsstelle Radikalisierung des BAMF

Auch das Kooperationsnetzwerk der *Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* dient als Plattform für den Austausch zwischen Bund und Ländern. In Hessen übernimmt das *Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus* die Funktion der *Landeskoordinierungsstelle* im Rahmen des BAMF-Netzwerks. *Violence Prevention Network* ist als zivilgesellschaftlicher *Partner vor Ort* mit der aktiven Fallarbeit befasst.

3.3 – BMFSFJ: Bundesprogramm Demokratie leben!

Über das Bundesprogramm *Demokratie leben!* des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) kofinanziert der Bund einen Teil der Präventionsarbeit auf den Ebenen der Länder und Kommunen.

Im Rahmen von *Demokratie leben!* werden in Hessen 32 *Partnerschaften für Demokratie* gefördert. Dabei handelt es sich um lokale und regionale Bündnisse, die vor Ort passende Strategien für die konkrete Situation entwickeln.

In jedem Bundesland unterstützen *Landes-Demokratiezentren* die Weiterentwicklung von Konzepten und Strategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt. Sie sorgen für eine Vernetzung der lokalen Aktivitäten – insbesondere der *Partnerschaften für Demokratie*. Das hessische *Landes-Demokratiezentrum – kurz Demokratiezentrum Hessen* – ist am Institut für Erziehungswissenschaft an der Philipps-Universität Marburg angesiedelt.

Des Weiteren werden im Rahmen von *Demokratie leben!* Modellprojekte zur Extremismusprävention in den Bereichen „Islamistischer Extremismus“, „Phänomenübergreifende Prävention: Wechselwirkungen einzelner Phänomene, Deeskalationsarbeit“ sowie „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ gefördert.

In Hessen sind das die folgenden Projekte:

- *KOgEX Hessen 2.0 – Kompetenz gegen Extremismus in Justizvollzug und Bewährungshilfe (Violence Prevention Network)*
- *The Game is not Over – ein Serious Game zu Verschwörungstheorien und Radikalisierung (Bildungsstätte Anne Frank)*

3.4 – Jugendmigrationsdienste: Respekt Coaches

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanziert auch das Programm *Respekt Coaches*. Es wird von den *Jugendmigrationsdiensten (JMD)* an rund 190 Standorten in allen Bundesländern umgesetzt. Die *JMD* kooperieren dafür mit Schulen und weiteren Partnern. Das Programm soll in Gruppenangeboten demokratische Werte für junge Menschen erlebbar machen und sie in ihrer Persönlichkeit stärken. Schülerinnen und Schüler sollen den Wert einer vielfältigen Gesellschaft erfahren und lernen, unterschiedliche Weltanschauungen und Lebensweisen besser zu verstehen. Dies soll auch der Extremismusprävention dienen. In Hessen gibt es 15 Standorte der *Respekt Coaches*.

3.5 – BAMF: Rückkehrkoordination

Kehren „IS“-Anhängerinnen und -Anhänger aus den ehemaligen Gebieten des selbst ernannten Islamischen Staates nach Deutschland zurück, sind verschiedene staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure involviert. Das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* hat 2019 in sieben Bundesländern Koordinationsstellen geschaffen, deren Aufgabe es ist, den gesamten Prozess im Blick zu behalten und die Zusammenarbeit der Behörden abzustimmen. Das Programm wird im Jahr 2020 weiter finanziert, über eine Weiterführung im Jahr 2021 wird noch entschieden.² In Hessen ist die Koordinationsstelle beim *Hessischen Landeskriminalamt* angesiedelt.

² Bundeszentrale für politische Bildung: **Interview: Wie das BAMF den Umgang mit Rückkehrenden koordiniert**, [kurz.bpb.de/no4](https://www.bpb.de/no4)

4. Wie arbeiten Landesebene und kommunale Ebene zusammen?

4.1 – Fachbeirat

Zu den zentralen Elementen der hessischen Präventionsstrategie im Rahmen des *Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus* zählt der sogenannte *Fachbeirat* (► siehe Abschnitt 2.2, S. 70). Diesem gehören auch Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Ebene in Hessen an, um kommunale Belange in der Strategie zu berücksichtigen. Dazu gehören Repräsentantinnen und Repräsentanten von:

- *Hessischer Städte- und Gemeindebund*
- *Hessischer Städtetag*
- *Hessischer Landkreistag*

4.2 – Landesprogramm Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus

Im Rahmen des *Landesprogramms Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus* werden die derzeit circa 30 *Partnerschaften für Demokratie* des Bundesprogramms *Demokratie leben!* kofinanziert.

4.3 – Einrichtung von DEXT-Fachstellen

Beginnend mit dem Jahr 2020 werden sogenannte *Fachstellen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention (DEXT)* in mehreren hessischen Landkreisen, kreisfreien Städten oder Sonderstatus-Städten eingerichtet. Sie dienen der lokalen Vernetzung relevanter Akteure, der Koordination von Fort- und Weiterbildungen, als Anlaufstelle für eine Erstberatung sowie zur Förderung lokaler Projekte gegen Radikalisierung und Extremismus.

Aufbauend auf den positiven Erfahrungen des Projekts *PRO Prävention – Projekt gegen (religiös begründeten) Extremismus* und der damit einhergehenden Expertise kommt der *DEXT-Fachstelle* im Kreis Offenbach beim Aufbau der hessischen *DEXT-Fachstellen* eine besondere Bedeutung zu – insbesondere im Bereich des kollegialen Austauschs und von Qualifizierungsmaßnahmen.

4.4 – Stadt Frankfurt:

Frankfurter Ämternetzwerk gegen Extremismus

Im Jahr 2013, in dem auch das *Hessische Informations- und Kompetenzzentrum (HKE)* gegründet wurde, hat die Stadt Frankfurt am Main das *Frankfurter Ämternetzwerk gegen Extremismus* eingerichtet. Es wird koordiniert durch das *Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt (AmKA)*.

Das *Frankfurter Ämternetzwerk gegen Extremismus* umfasst Vertreterinnen und Vertreter von:

- *Jugend- und Sozialamt*
- *Stadtschulamt*
- *Präventionsrat*
- *Staatliches Schulamt für die Stadt Frankfurt am Main*
- *Jobcenter*
- *Polizeipräsidium*
- *Hessisches Kompetenznetzwerk gegen Extremismus*
- *Hessisches Landesamt für Verfassungsschutz*

Das *Ämternetzwerk* berät über den Umgang mit radikalisierten Jugendlichen und entwickelt mit dem *AmKA* Präventionsmaßnahmen und Fortbildungen für Fachkräfte aus Schule und sozialer Arbeit. Religiös motivierter Extremismus steht im *Ämternetzwerk* aus gegebenem Anlass im Vordergrund. Im Fall eines Wandels der gesellschaftlichen Relevanz soll aber die Möglichkeit bestehen, auch auf andere Formen von Extremismus reagieren zu können.

Weitere Infodienst-Angebote

Termine und Stellenangebote

Die Redaktion des Infodienstes stellt Veranstaltungshinweise, Fortbildungen und Stellenangebote aus dem Themenfeld Radikalisierungsprävention zusammen.

www.bpb.de/infodienst-termine-stellen

5. Welche zivilgesellschaftlichen Akteure sind aktiv und wie arbeiten staatliche Akteure mit ihnen zusammen?

Die konkrete Arbeit in den Feldern „Prävention“, „Qualifizierung von Multiplikatoren“, „Intervention“ und „Deradikalisierung“ wird unter anderem in der *Beratungsstelle Hessen* in zivilgesellschaftlicher Trägerschaft vom Verein *Violence Prevention Network (VPN)* durchgeführt.

Daneben gibt es in Hessen eine Vielzahl an zivilgesellschaftlichen Projekten, die sich mit Prävention im Bereich Islamismus beschäftigen. Diese werden kommunal, vom Land Hessen und/oder im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* gefördert. Auf den folgenden Seiten wird eine Auswahl vorgestellt.

5.1 – Violence Prevention Network:

Beratungsstelle Hessen

Die *Beratungsstelle Hessen* des Trägers *Violence Prevention Network* wendet sich an junge Menschen, Angehörige und Fachpersonal mit Fragen und Anliegen zum Thema „Religiös begründeter Extremismus“ beziehungsweise zum Extremismus mit Auslandsbezug. Sie bietet landesweit Maßnahmen der Prävention, Intervention und Deradikalisierung an (► siehe Abschnitt 2.3, S. 71). Die Arbeit der *Beratungsstelle* wird finanziert vom *Hessischen Ministerium des Innern und für Sport* im Rahmen des *Landesprogramms Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus*.

5.2 – Demokratiezentrum Hessen und Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

Das *Demokratiezentrum Hessen* ist an der *Universität Marburg* angesiedelt. Es fungiert als Geschäftsstelle des *Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus*. Durch die Angliederung an die Universität liegt einer der Arbeitsschwerpunkte des *Demokratiezentrum*s auf der wissenschaftlichen Arbeit, wie Studien, Fachtagungen, Weiterbildungs- und Lehrtätigkeiten oder der Redaktion einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift.

Das *Demokratiezentrum Hessen* leitet zudem das Format *Konzeptwerkstatt*, eine interdisziplinäre, phänomenübergreifende Arbeitsgruppe hessischer Träger. Dort vernetzen sich Fachleute, die in der Prävention von religiös begründetem Extremismus und/oder Rechtsextremismus tätig sind, um gemeinsam methodische Fragestellungen und Herausforderungen der verschiedenen Arbeitsfelder zu reflektieren und zu bearbeiten. Das *Demokratiezentrum Hessen* vermittelt Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort, koordiniert die Beratung, Prävention sowie die Vernetzung und dokumentiert die Netzwerkarbeit.

Die Arbeit des *Demokratiezentrum*s *Hessen* wird finanziert durch das Bundesprogramm *Demokratie leben!* und das *Landesprogramm Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Rechtsextremismus* des *Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport*.

Das *Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus* berät hessenweit Schulen, Eltern und Familienangehörige, Kommunen, Vereine und andere Hilfesuchende in Fällen von Rechtsextremismus, Antisemitismus oder Rassismus und bietet verschiedene präventive Hilfen an. Dem *Beratungsnetzwerk* gehören zahlreiche Mitglieder staatlicher Institutionen und zivilgesellschaftlicher Organisationen an. Einige davon arbeiten auch im Themenfeld „Religiös begründeter Extremismus/ Islamismus“.

5.3 – rumi imPuls e.V.:

Zukunftssichere Extremismusprävention durch Bildung in Hessen

Das Projekt des Vereins *rumi imPuls* aus Frankfurt am Main richtet sich an geflüchtete Jugendliche und junge Erwachsene aus Herkunftsländern mit mehrheitlich muslimischem Hintergrund, die bereits im Herkunftsland radikalisiert wurden oder dort Kontakt zu radikalen Gruppen hatten und die in Gemeinschaftsunterkünften im Land Hessen leben. Eine zweite Zielgruppe sind Multiplikatoren, denen Beratung angeboten wird. Durch die Vermittlung politischer Bildung in Verbindung mit erlebnispädagogischen Verfahren und Gruppengesprächen soll Prävention im Feld des islamistischen Extremismus geleistet werden. Das Projekt wird durch das Land Hessen im Rahmen des *Landesprogramms Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus* gefördert.

5.4 – rumi imPuls e.V.:

Empowerment von Frauen und Mädchen durch Integration und Extremismusprävention (EFFIE)

Das Projekt des Vereins *rumi imPuls* aus Frankfurt am Main richtet sich an geflüchtete Mädchen und junge Frauen aus Herkunftsländern mit mehrheitlich muslimischem Hintergrund, mit schweren Integrationshindernissen und/oder Extremismusgefährdung aufgrund einer prekären Sozialisation, die in Gemeinschaftsunterkünften im Land Hessen leben. Eine zweite Zielgruppe sind Multiplikatoren, denen Beratung angeboten wird. Politische Bildung wird mit Erlebnispädagogik und Gruppengesprächen verknüpft. Dabei wird eine sozialisationssensible Herangehensweise kombiniert mit bedarfsorientierten Formaten und Inhalten. Die Vermittlung von Grundlagen einer demokratischen Vielfaltsgesellschaft, die Diskussion traditioneller Denk- und Handlungsmuster sowie weibliches Empowerment sollen zur Integration der Frauen und Mädchen in Deutschland und zur Prävention von islamistischem Extremismus beitragen. Das Projekt wird durch das Land Hessen im Rahmen des *Landesprogramms Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus* gefördert.

5.5 – Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung:

Protected

Die *Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung (TDG)* mit Sitz in Gießen führt dieses Projekt in Kooperation mit verschiedenen Kulturvereinen und mit Schulen durch, die von vielen Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund besucht werden. Neben Workshops mit Jugendlichen soll es dazugehörige Elterninformationsveranstaltungen in Schulen und in den Kulturvereinen geben. So sollen Jugendliche und ihre Familien zu verschiedenen Themen im Bereich Extremismusprävention informiert werden. Zusätzlich initiiert die *TDG* außerschulische Aktivitäten, um einen möglichst intensiven Zugang aufzubauen und Vertrauen zu stärken. Das Projekt wird durch das Land Hessen im Rahmen des *Landesprogramms Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus* gefördert.

5.6 – Diverse Träger:

KOgEX Hessen 2.0 – Kompetenz gegen Extremismus in Justizvollzug und Bewährungshilfe

Das *Demokratie leben!*-Modellprojekt im Bereich „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ *KOgEX Hessen* umfasst einerseits Fortbildungsangebote für Bedienstete des Justizvollzugs und der Bewährungshilfe, andererseits Präventionsmaßnahmen für Gefangene, mit dem Schwerpunkt auf rechtsextrem oder auch islamistisch ideologisierten beziehungsweise radikalisierten Menschen. Durchgeführt wird es im Trägerverbund der zivilgesellschaftlichen Initiativen *Violence Prevention Network e. V. (VPN)*, *Förderverein JVA Holzstraße e. V.* und *St. Elisabeth Verein / Rote Linie e. V.*

Bezüglich der Präventionsmaßnahmen für Gefangene umfasst das Handlungskonzept sowohl primäre Prävention durch Workshops der politischen Bildung sowie Medien- und Kulturpädagogik als auch sekundäre Prävention in Einzelfall- und Gruppenarbeit. Das Projekt wird kofinanziert vom *Hessischen Ministerium der Justiz (Stabsstelle NeDiS)*.

5.7 – VIBIS:

Beratungsstelle Salafismus Wiesbaden

Der *Verein für islamische Bildung, Integration und Seelsorge e. V. (VIBIS)* aus Darmstadt bietet neben Beratung, pädagogischen Maßnahmen, Intervention und Deradikalisierung eine Hotline an. Die *Beratungsstelle Salafismus Wiesbaden* von *VIBIS* arbeitet im Auftrag des *Amtes für Zuwanderung und Integration* der Landeshauptstadt Wiesbaden. Das Beratungs- und Unterstützungsangebot richtet sich an alle Personen und Fachkräfte in Wiesbaden, die Fragen zu drohender Radikalisierung und religiös motiviertem Extremismus haben. Die Arbeit wird finanziert vom *Amt für Zuwanderung und Integration* der Landeshauptstadt Wiesbaden.

5.8 – Jugendinitiative Spiegelbild:

X-Dream

Die *Jugendinitiative Spiegelbild* des *Aktiven Museums Spiegelgasse für deutsch-jüdische Geschichte* in Wiesbaden bietet seit 2016 das Extremismus-Präventionsprojekt *X-DREAM* an. Zum Programm gehören pädagogische Maßnahmen vor Ort sowie Fortbildungen und Trainings für Fachkräfte. Die Vor-Ort-Maßnahmen bestehen vor allem aus primärpräventiven Workshops, die an Wiesbadener Schulen durchgeführt werden. Dabei stehen Fragen nach Identität, Zugehörigkeit und Anerkennung im Zentrum. Das Projekt *X-DREAM* wird kommunal vom *Amt für Zuwanderung und Integration* der Landeshauptstadt Wiesbaden finanziert.

5.9 – Goethe-Universität Frankfurt am Main:

Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam

Der Thinktank *Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam (FFGI)* bietet Beratung für zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure sowie Vorträge und Veranstaltungen zu Islamismus, Salafismus und Dschihadismus für verschiedene Zielgruppen an, im Fokus stehen dabei Multiplikatoren.

5.10 – Bildungsstätte Anne Frank:

The Game is not Over – ein Serious Game zu Verschwörungstheorien und Radikalisierung

The Game is not Over ist ein Online-Tool mit Gamecharakter, das deutschlandweit im Schulunterricht an Haupt-, Real- und Gesamtschulen sowie Gymnasien eingesetzt werden soll. Schülerinnen und Schüler im Alter von 13 bis 17 Jahren sollen damit für unterschiedliche extremistische Tendenzen (Rechtsextremismus, Islamismus etc.) vor allem in Äußerungen in den sozialen Medien sensibilisiert werden und ihnen werden gleichzeitig Handlungsmöglichkeiten an die Hand gegeben.

Die *Bildungsstätte Anne Frank* in Frankfurt am Main entwickelt sowohl das Online-Tool als auch das didaktische Konzept, mit dem das Tool im Schulunterricht eingesetzt wird und Lehrkräfte dafür fortgebildet werden können. Das Projekt wird von der Stiftung *Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ)* im Jahr 2020 sowie im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* bis 2024 gefördert.

Schule und religiös begründeter Extremismus – Herausforderung Salafismus

Hintergrundwissen, Handlungsoptionen und Materialien für die pädagogische Praxis im Überblick

Salafismus und Extremismus sind auch an vielen Schulen ein Thema. Wie können Lehrkräfte damit umgehen? Woran erkennen sie eine mögliche Radikalisierung? Und wie können sie „heiße Themen“ im Unterricht bearbeiten, ohne zu stigmatisieren? Die Handreichung soll Lehrkräfte im Umgang damit unterstützen.

www.bpb.de/infodienst-handreichung



6. Welche Besonderheiten gibt es in Hessen hinsichtlich der Präventionsarbeit?

Das für Förderung und Koordinierung zuständige *Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE)* arbeitet phänomen-, ressort- und organisationsübergreifend. Dieser phänomenübergreifende Ansatz ermöglicht laut Aussage des HKE zahlreiche Synergieeffekte. So zeige sich in der Praxis, dass Erfahrungen aus dem Bereich der Rechtsextremismusprävention für die Arbeit in der Islamismusprävention nutzbar gemacht werden könnten.

Die Akteure in den verschiedenen Bereichen sind miteinander in verschiedenen Gremien und Formaten vernetzt. So ist etwa das *Demokratiezentrum Hessen* im Fachbeirat des *Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus* vertreten. In der *Konzeptwerkstatt*, einer interdisziplinären, phänomenübergreifenden Arbeitsgruppe hessischer Träger unter der Leitung des *Demokratiezentrums Hessen*, werden Erfahrungen mit Methoden und im Umgang mit Herausforderungen ausgetauscht, reflektiert und bearbeitet.

In der konkreten Beratungsarbeit für den Bereich Islamismus, die hauptsächlich vom zivilgesellschaftlichen Träger *Violence Prevention Network (VPN)* geleistet wird, spielt der phänomenübergreifende Ansatz kaum eine Rolle. Die *Beratungsstelle Hessen* widmet sich ausschließlich dem Phänomenbereich „Religiös motivierter Extremismus/ Islamismus“.

Bedeutsam ist auch eine enge Zusammenarbeit staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure und die strukturelle Einbindung von Sicherheitsbehörden in Hessen. So ist das für die Koordinierung bedeutsame HKE in der Abteilung *Landespolizeipräsidium* im *Hessischen Ministerium des Innern und für Sport* angesiedelt. Zu seiner *Lenkungsgruppe* gehören unter anderem das *Landesamt für Verfassungsschutz* und das *Hessische Landeskriminalamt*. Die *Beratungsstelle Hessen* von VPN steht im Austausch mit dem *Landesamt für Verfassungsschutz* und der *Hessischen Polizei*. Dazu finden regelmäßig Sicherheitskonferenzen statt, in denen die Beteiligten sich zu sicherheitsrelevanten Fällen der Radikalisierung austauschen und ihr Vorgehen besprechen. Prinzipiell unterliegen die Beratungsgespräche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von *Violence Prevention Network* dem Datenschutz, eine Weitergabe von persönlichen Daten geschehe „nur im Fall einer klar definierten Sicherheitsrelevanz“.³



³ Hessischer Landtag: **Antwort des Ministers für Soziales und Integration auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Greilich (FDP): Informationsaustausch der Behörden bezüglich religiös motivierter Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen**, S. 2, kurz.bpb.de/nu4

7. Quellen, Anlaufstellen und Präventionsprojekte in Hessen

7.1 — Wichtige Quellen und Websites

Dietz, Gregor (2015):

Hessisches Präventionsnetzwerk gegen Salafismus

kurz.bpb.de/nu5

Hessischer Landtag (2017):

Antwort des Ministers für Soziales und Integration auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Greilich (FDP): Informationsaustausch der Behörden bezüglich religiös motivierter Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen

kurz.bpb.de/nu4

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport:

Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE)

kurz.bpb.de/nu7

Hessisches Ministerium der Justiz (2017):

Justizvollzug in Hessen

kurz.bpb.de/nu8

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (2019):

Evaluation im Rahmen des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus 2015–2019“. Abschlussbericht

kurz.bpb.de/nua

7.2 — Anlaufstellen und Präventionsprojekte

Bildungsstätte Anne Frank:

The Game is not Over – ein Serious Game zu Verschwörungstheorien und Radikalisierung

kurz.bpb.de/nub

Beratungsnetzwerk Hessen:

Demokratiezentrum Hessen

kurz.bpb.de/nuc

Goethe-Universität Frankfurt am Main:

Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam

kurz.bpb.de/nud

Jugendinitiative Spiegelbild:

X-Dream

kurz.bpb.de/nue

Kreis Offenbach:

PRO Prävention – Projekt gegen (religiös begründeten) Extremismus

kurz.bpb.de/nuf

rumi imPuls e. V.:

Zukunftssichere Extremismusprävention durch Bildung in Hessen

kurz.bpb.de/nug

rumi imPuls e. V.:

Empowerment von Frauen und Mädchen durch Integration und Extremismusprävention (EFFIE)

kurz.bpb.de/nug

Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung e. V. (TDG):

Protected

kurz.bpb.de/nuh

Verein für islamische Bildung,

Integration und Seelsorge e. V. (VIBIS):

Beratungsstelle Salafismus Wiesbaden

kurz.bpb.de/nui

Violence Prevention Network e. V.:

Beratungsstelle Hessen – Religiöse Toleranz statt Extremismus

kurz.bpb.de/nuj

Violence Prevention Network e. V.:

KOgEX Hessen – Kompetenz gegen Extremismus in Justizvollzug und Bewährungshilfe

kurz.bpb.de/nuk

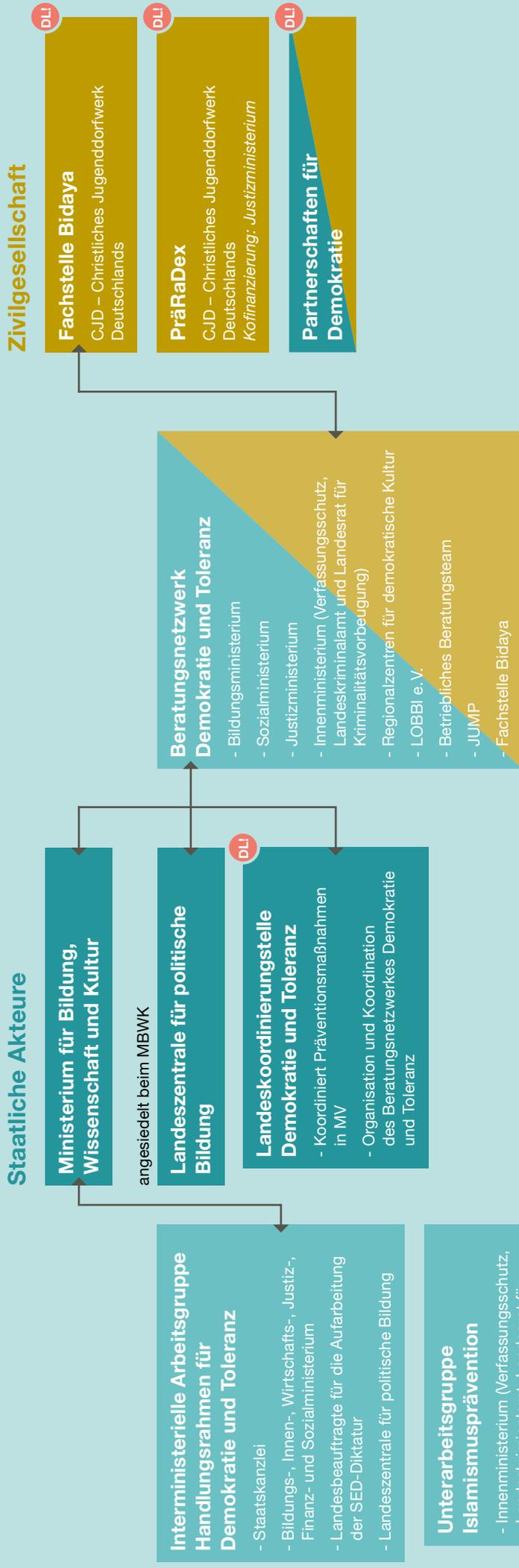
Kurzlinks

Weil die Originallinks häufig sehr lang sind, hat die Redaktion Kurzlinks erstellt. Diese leiten direkt auf die entsprechenden Seiten.

Präventionsarbeit ist ein dynamischer Bereich mit vielen aktuellen Entwicklungen. Die Redaktion freut sich daher über Ihre Hinweise auf Akteure, Aktivitäten oder Zusammenhänge, die in diesem Beitrag nicht berücksichtigt wurden.

Schreiben Sie uns gerne eine E-Mail an: radikalisierungspraevention@redaktion-kauer.de

Mecklenburg-Vorpommern / Akteure und Organisation der Islamismusprävention



DLI Gefördert durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“
 — Abstimmung zwischen den Akteuren

■ Staatliche Akteure
 ■ Zusammenschluss staatlicher Akteure

■ Zusammenschluss staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure
 ■ Träger: staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure

■ Zivilgesellschaftliche Akteure



Mecklenburg-Vorpommern



Im Vergleich zu anderen Bundesländern spielt Islamismus in Mecklenburg-Vorpommern eine untergeordnete Rolle. Die Präventionsarbeit ist primär auf den Bereich Rechtsextremismus ausgerichtet. Eine landeseigene Präventionsstrategie zur Bekämpfung des religiös begründeten Extremismus befindet sich zurzeit in der Aufbauphase. Die Koordinierung der Islamismusprävention in Mecklenburg-Vorpommern wurde 2017 der *Landeskoordinierungsstelle Demokratie und Toleranz* übertragen, die in der *Landeszentrale für politische Bildung* angesiedelt ist. Wichtigster Akteur hierbei ist die *Fachstelle Bidaya – Prävention von religiös begründetem Extremismus*.

1. Gibt es eine landeseigene Präventionsstrategie im Bereich Islamismus?

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat im Oktober 2017 die Landesregierung mit der Überarbeitung und Fortschreibung des 2006 verabschiedeten *Landesprogramms Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!* beauftragt.¹ Hierbei wird die Islamismusprävention als Aufgabenbereich in das Gesamtprogramm eingebunden. Die Fortschreibung des *Landesprogramms* wurde im Oktober 2019 im Landtag vorgestellt und von diesem beschlossen.² Im Rahmen der Umsetzungsstrategie soll auch die Strategie zur Islamismusprävention behandelt werden.

2. Wie ist die Präventionsarbeit organisiert?

2.1 – IMAG Handlungsrahmen für Demokratie und Toleranz

Die Radikalisierungsprävention in Mecklenburg-Vorpommern wird im Rahmen des *Landesprogramms Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!* von der *Interministeriellen Arbeitsgruppe Handlungsrahmen für Demokratie und Toleranz (IMAG)* gesteuert. Mitglieder der *IMAG* sind

- die Staatskanzlei,
- das Bildungs-, Innen-, Wirtschafts-, Justiz-, Finanz- und Sozialministerium,
- die Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie
- die Landeszentrale für politische Bildung.

Die Sicherheitsbehörden sind auf unterschiedliche Art und Weise in die Präventionsarbeit eingebunden, etwa über ihre Beteiligung bei der Konzeption von Präventionsstrategien oder über Präventionsbeamte und die Kriminalitätsprävention. Vereinzelt werden sie auch in Präventionsprojekte einbezogen.

¹ Landtag Mecklenburg-Vorpommern: **Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und Linkspartei.PDS – Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ vom 4.10.2017**, kurz.bpb.de/nr1

Landtag Mecklenburg-Vorpommern: **Plenarprotokoll 7/22 vom 19.10.2017, S. 4–25**, kurz.bpb.de/nor

² Landtag Mecklenburg-Vorpommern: **Beschlussprotokoll über die 74. Sitzung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern vom 18.10.2019**, kurz.bpb.de/nr2
Landtag Mecklenburg-Vorpommern: **Unterrichtung durch die Landesregierung – Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ (Erste Fortschreibung) vom 29.3.2019**, kurz.bpb.de/nr3

Im Jahr 2017 wurde die Einrichtung der *Unterarbeitsgruppe (UAG) Islamismusprävention* innerhalb der IMAG beauftragt.³ Mitglieder der *UAG Islamismusprävention* sind

- das *Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern*,
- das *Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern*,
- das *Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern* sowie
- das *Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern*.

Die Koordinierung liegt bei der *Landeszentrale für politische Bildung* beziehungsweise bei der *Landeskoordinierungsstelle Demokratie und Toleranz* (► siehe Abschnitt 2.2, S. 80). Die *UAG Islamismusprävention* arbeitet regierungsintern und zieht bei Bedarf zivilgesellschaftliche Akteure sowie externe Expertise hinzu. Sie trifft sich in der Regel dreimal pro Jahr.

2.2 – Landeskoordinierungsstelle Demokratie und Toleranz

Die Koordinierung der Islamismusprävention in Mecklenburg-Vorpommern übertrug die IMAG 2017 der *Landeskoordinierungsstelle Demokratie und Toleranz*, die in der *Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern* angesiedelt ist. Diese befindet sich im Geschäftsbereich des *Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur*.

Aufgaben der *Landeskoordinierungsstelle Demokratie und Toleranz* sind:

- Organisation des *Beratungsnetzwerks Demokratie und Toleranz* und Koordinierung der Arbeit der Projekte des *Beratungsnetzwerks* (► siehe Abschnitt 5.1, S. 82)
- Förderung von Projekten zur Demokratiestärkung
- Zentrale Anlaufstelle für Einzelpersonen, Vereine, Verbände etc. bezüglich aller Anfragen und Beratungswünsche zu den Themen Demokratiestärkung sowie Rechtsextremismus und Islamismus
- Zuständige Kontaktstelle des Landes für alle Bundesprogramme zur Stärkung von Demokratie und Toleranz (*Demokratie leben!* und *Zusammenhalt durch Teilhabe*)

2.3 – Fachstelle Bidaya – Prävention von religiös begründetem Extremismus

Wichtigster Akteur im Rahmen der Islamismusprävention in Mecklenburg-Vorpommern ist die *Fachstelle Bidaya – Prävention von religiös begründetem Extremismus*. *Bidaya* wurde Ende 2017 auf Beschluss der IMAG beim *Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands e. V. (CJD)* eingerichtet und wird durch das Bundesprogramm *Demokratie leben!* gefördert.

Bidaya bietet Beratungen, Fortbildungen, Workshops und Vorträge an – diese reichen von allgemeinen Informationen zu den Themen Islam und Prävention bis hin zu Umgangsstrategien und Handlungskompetenzen im Kontakt mit Jugendlichen, die eine Nähe zur religiös begründet extremistischen Szene aufweisen. Das Angebot von *Bidaya* richtet sich an Bezugspersonen, Angehörige und Familien, an Mitarbeitende in pädagogischen Einrichtungen und staatlichen Institutionen sowie an Akteure der Zivilgesellschaft.

Bidaya ist darüber hinaus zuständig für die Qualifizierung und Sensibilisierung pädagogischer Fachkräfte im Themenfeld „Islamistische oder islamfeindliche Radikalisierungen“. Zudem soll die Abstimmung von Abläufen bei meldepflichtigen Vorkommnissen eine erhöhte Handlungssicherheit im Schulbereich gewährleisten.

Die im Bereich „Demokratie und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern“ etablierten fünf *Regionalzentren für demokratische Kultur* dienen als mögliche Erstkontaktstellen und vermitteln Beratungssuchende an die *Fachstelle Bidaya* weiter.

3. Welche Rolle spielen die Akteure der Bundesebene in Mecklenburg-Vorpommern?

3.1 – Arbeitsgruppen der Bundesländer

Die Behörden und besonders die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern stimmen sich bereits seit 2009 in der *Arbeitsgruppe Deradikalisierung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ)* über islamistischen Extremismus ab. Des Weiteren existieren verschiedene Bundesländer-Arbeitsgruppen im Rahmen der *Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK)*.

³ Landtag Mecklenburg-Vorpommern: **Kleine Anfrage des Abgeordneten Nikolaus Kramer (AfD): Radikalisierungsprävention gegenüber dem islamistischen Terrorpotenzial in Mecklenburg-Vorpommern**, 26.1.2019, S. 3, kurz.bpb.de/nr5

3.2 – Kooperationsnetzwerk der Beratungsstelle

Radikalisierung des BAMF

Auch das Kooperationsnetzwerk der *Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* dient als Plattform für den Austausch zwischen Bund und Ländern. In Mecklenburg-Vorpommern übernimmt die *Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern* die Funktion der *Landeskoordinierungsstelle* im Rahmen des BAMF-Netzwerks. Die *Fachstelle Bidaya – Prävention von religiös begründetem Extremismus* ist als zivilgesellschaftlicher *Partner vor Ort* mit der aktiven Fallarbeit befasst.

3.3 – BMFSFJ: Bundesprogramm Demokratie leben!

Über das Bundesprogramm *Demokratie leben!* des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* kofinanziert der Bund einen Teil der Präventionsarbeit auf den Ebenen der Länder und Kommunen.

Im Rahmen von *Demokratie leben!* werden in Mecklenburg-Vorpommern 19 *Partnerschaften für Demokratie* gefördert. Dabei handelt es sich um lokale und regionale Bündnisse, die vor Ort passende Strategien für die konkrete Situation entwickeln.

In jedem Bundesland unterstützen *Landes-Demokratiezentren* die Weiterentwicklung von Konzepten und Strategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt. Sie sorgen für eine Vernetzung der lokalen Aktivitäten – insbesondere der *Partnerschaften für Demokratie*. In Mecklenburg-Vorpommern ist das *Landes-Demokratiezentrum* bei der *Landeskoordinierungsstelle Demokratie und Toleranz* bei der *Landeszentrale für politische Bildung* angesiedelt. Über das *Landes-Demokratiezentrum* wird auch die *Fachstelle Bidaya – Prävention von religiös begründetem Extremismus* gefördert.

Des Weiteren werden im Rahmen von *Demokratie leben!* Modellprojekte zur Extremismusprävention in den Bereichen „Islamistischer Extremismus“, „Phänomenübergreifende Prävention: Wechselwirkungen einzelner Phänomene, Deeskalationsarbeit“ sowie „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ gefördert.

In Mecklenburg-Vorpommern ist es das folgende Projekt:

- *PräRaDEx – Prävention von Radikalisierung, Distanzierung vom Extremismus (Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands gemeinnütziger e. V.; CJD)*

3.4 – Jugendmigrationsdienste: Respekt Coaches

Das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* finanziert auch das Programm *Respekt Coaches*. Es wird von den *Jugendmigrationsdiensten (JMD)* an rund 190 Standorten in allen Bundesländern umgesetzt. Die *JMD* kooperieren dafür mit Schulen und weiteren Partnern. Das Programm soll in Gruppenangeboten demokratische Werte für junge Menschen erlebbar machen und sie in ihrer Persönlichkeit stärken. Schülerinnen und Schüler sollen den Wert einer vielfältigen Gesellschaft erfahren und lernen, unterschiedliche Weltanschauungen und Lebensweisen besser zu verstehen. Dies soll auch der Extremismusprävention dienen. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es acht Standorte der *Respekt Coaches*.

Weitere Infodienst-Angebote

Video- und Audiobeiträge

Die Multimedia-Beiträge informieren über die islamistische Szene, erzählen die Geschichten von betroffenen Familien und radikalisierten Jugendlichen oder lassen Fachleute zu Wort kommen. In der Sammlung befinden sich Dokumentationen und Reportagen, Talks mit Fachleuten sowie Kurzbeiträge.

www.bpb.de/infodienst-multimedia

4. Wie arbeiten Landesebene und kommunale Ebene zusammen?

Die Geschäftsführerin des *Landesrates für Kriminalitätsverbeugung Mecklenburg-Vorpommern* ist dem *Innenministerium* unterstellt und gehört der *Unterarbeitsgruppe Islamismusprävention* der *Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG)* an (► siehe Abschnitt 2.1, S. 79).

Projektbezogene Arbeitsgruppen des *Landesrates* erarbeiten Handlungsempfehlungen. Die Zusammenarbeit mit den Kommunen wird unter anderem in der *AG Kommunale Prävention* abgestimmt. Die *Kommunalen Präventionsräte* sind zentraler Bestandteil der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Präventionsarbeit von religiös begründetem Extremismus wird primär mit zivilgesellschaftlichen Akteuren abgestimmt (► siehe Abschnitt 5, S. 82).

5. Welche zivilgesellschaftlichen Akteure sind aktiv und wie arbeiten staatliche Akteure mit ihnen zusammen?

5.1 – Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz

Das Landesprogramm *Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!* hat das *Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz* gegründet. Dieses unterstützt Personen, Kommunen sowie Institutionen wie Schulen, Organisationen und Betriebe bei der Bekämpfung demokratiefeindlicher Bestrebungen in den Bereichen „Rechtsextremismus“ und „Religiös begründeter Extremismus“. Das *Beratungsnetzwerk* zielt auf einen engen Austausch zwischen staatlichen Behörden und zivilgesellschaftlichen Trägern ab. Das *Beratungsnetzwerk* kommt mehrmals im Jahr im Plenum oder in Arbeitsgruppen zusammen, um Informationen auszutauschen, Kompetenzen zu bündeln und Strategien abzustimmen.

Die staatlichen Mitglieder des *Beratungsnetzwerks* sind:

- Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern / Landeskoordinierungsstelle Demokratie und Toleranz
- Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
- Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung
- Justizministerium
- Ministerium für Inneres und Europa (Verfassungsschutz, Landeskriminalamt und Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung)

Die zivilgesellschaftlichen Mitglieder des *Beratungsnetzwerks* sind:

- Fachstelle Bidaya – Prävention von religiös begründetem Extremismus
- Fünf Regionalzentren für demokratische Kultur
- LOBBI e. V. (Landesweite Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt)
- Betriebliches Beratungsteam
- JUMP – Sozialraumorientierte Ausstiegsarbeit in Mecklenburg-Vorpommern

Vereine und andere Akteure können eine Förderung von Projekten zur politischen Bildung oder zur Stärkung von Demokratie und Toleranz bei der *Landeszentrale für politische Bildung / Landeskoordinierungsstelle Demokratie und Toleranz* beantragen. Weitere Fördermöglichkeiten bietet der *Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern* (► siehe Abschnitt 4, S. 81).

5.2 – PräRaDEx – Prävention von Radikalisierung, Distanzierung vom Extremismus

Das *Justizministerium* hat zusammen mit dem *Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands e. V. (CJD)* das Modellprojekt *PräRaDEx – Prävention von Radikalisierung, Distanzierung vom Extremismus* geschaffen, das phänomenübergreifend (Rechtsextremismus und religiös begründeter Extremismus) angelegt ist. Das Projekt widmet sich Personen im Strafvollzug und in der Bewährungshilfe.

Im Projekt werden Multiplikatoren aus Jugendanstalten, Justizvollzugsanstalten und den Sozialen Diensten ausgebildet. Außerdem werden Einzelgespräche zur Deradikalisierung geführt. Zudem sollen Handlungsempfehlungen zur Prävention und Intervention entwickelt werden. Das Projekt wird im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* gefördert.

6. Welche Besonderheiten gibt es in Mecklenburg-Vorpommern hinsichtlich der Präventionsarbeit?

Im Vergleich zu anderen Bundesländern spielen islamistische Bewegungen in Mecklenburg-Vorpommern eine untergeordnete Rolle. Die zentrale Herausforderung stellt in diesem Bundesland nach wie vor der Rechtsextremismus dar. Eine landeseigene Präventionsstrategie für religiös begründeten Extremismus befindet sich daher zurzeit in der Aufbauphase. Vor allem die *Fachstelle Bidaya* soll die Sensibilisierung und Handlungssicherheit in diesem Bereich erhöhen und die Auseinandersetzung mit islamistischen oder islamfeindlichen Orientierungen fördern.



7. Quellen, Anlaufstellen und Präventionsprojekte in Mecklenburg-Vorpommern

7.1 – Wichtige Quellen und Websites

Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz:
Grundlagen und Berichte der Landesregierung
kurz.bpb.de/noy

*Landeszentrale für politische Bildung
Mecklenburg-Vorpommern:*
Broschüre „Nicht meckern – sondern MACHEN“
kurz.bpb.de/nov

*Landeszentrale für politische Bildung
Mecklenburg-Vorpommern:*
**Landeskoordinierungsstelle: Demokratie und Toleranz
gemeinsam stärken**
kurz.bpb.de/obt

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2019):
**Kleine Anfrage des Abgeordneten Nikolaus Kramer
(AfD), Thema: Radikalisierungsprävention
gegenüber dem islamistischen Terrorpotenzial
in Mecklenburg-Vorpommern**
kurz.bpb.de/nr5

Landtag Mecklenburg-Vorpommern:
**Unterrichtung durch die Landesregierung –
Bericht der Landesregierung zur Umsetzung
des Landesprogramms „Demokratie und
Toleranz gemeinsam stärken!“ vom 25.5.2018**
kurz.bpb.de/np0

Landtag Mecklenburg-Vorpommern:
**Unterrichtung durch die Landesregierung –
Landesprogramm „Demokratie und Toleranz
gemeinsam stärken!“ (Erste Fortschreibung)
vom 29.3.2019**
kurz.bpb.de/nr3

7.2 – Anlaufstellen und Präventionsprojekte

Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e. V. (CJD):
Fachstelle Bidaya
kurz.bpb.de/np1

Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e. V. (CJD):
**PräRaDEx – Prävention von Radikalisierung, Distan-
zierung vom Extremismus**
kurz.bpb.de/np2

Kurzlinks

Weil die Originallinks häufig sehr lang sind, hat die Redaktion Kurzlinks erstellt. Diese leiten direkt auf die entsprechenden Seiten.

Präventionsarbeit ist ein dynamischer Bereich mit vielen aktuellen Entwicklungen. Die Redaktion freut sich daher über Ihre Hinweise auf Akteure, Aktivitäten oder Zusammenhänge, die in diesem Beitrag nicht berücksichtigt wurden.

Schreiben Sie uns gerne eine E-Mail an: radikalisierungspraevention@redaktion-kauer.de

Niedersachsen

Akteure und Organisation der Islamismusprävention

Staatliche Akteure

Ministerium für Inneres und Sport

angesiedelt beim MI

Landeskriminalamt: Präventionsstelle politisch motivierte Kriminalität

Verfassungsschutz Niedersachsen: Referatsteil Prävention

Aktion Neustart

stellen

Dialogstelle Extremismusprävention
Stadt Wolfsburg

Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

angesiedelt beim MS

Beratungsstelle zur Prävention neo-salafistischer Radikalisierung
beRAten
Finanzierung: Sozialministerium

Kultusministerium

Justizministerium

angesiedelt beim MJ

Landes-Demokratiezentrum
umgesetzt vom Landespräventionsrat

Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen (KIP NI)

Geschäftsführung KIP NI

Fachbeirat KIP NI

Vertreter/-innen

Behörden

Wissenschaft und Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaft

radius
Caritas Hildesheim
Kofinanzierung: Stadt u. Landkreis Hildesheim

Präsenz
Diakonie Osnabrück

RADIPRÄV
Institut für angewandte Kulturforschung Göttingen
Kofinanzierung: Stadt und Landkreis Göttingen

Partnerschaften für Demokratie

Fokus ISLEX
Violence Prevention Network
Kofinanzierung: Justizministerium

Muslimische Verbände
u. a. Landesverband der Muslime in Niedersachsen, DITIB, Föderation Türkischer Elternvereine

DLI Gefördert durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“

— Abstimmung zwischen den Akteuren

■ Staatliche Akteure

■ Zusammenschluss staatlicher Akteure

■ Zusammenschluss staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure

■ Träger: staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure

■ Zivilgesellschaftliche Akteure



Niedersachsen



In Niedersachsen spielt die *Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen (KIP NI)* eine zentrale Rolle in der Präventionsarbeit gegen islamistischen Extremismus. Sie erarbeitete eine Präventionsstrategie, die die Aktivitäten einzelner Ressorts besser vernetzt. Die Geschäftsführung der *KIP NI* liegt gleichberechtigt beim *Landeskriminalamt* und beim *Niedersächsischen Verfassungsschutz*, beide sind dem *Innenministerium* unterstellt. Außerdem sind an der *KIP NI* das *Sozialministerium*, das *Kultusministerium*, das *Justizministerium* sowie nachgeordnete Behörden und Institutionen wie der *Landespräventionsrat* beteiligt.

1. Gibt es eine landeseigene Präventionsstrategie im Bereich Islamismus?

2016 beschloss die niedersächsische Landesregierung die Einrichtung der *Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen (KIP NI)* und betraute sie mit der Erarbeitung einer Präventionsstrategie.

Die *Kompetenzstelle* arbeitet in den Bereichen Prävention und Intervention. Im Bereich Prävention soll die *KIP NI* staatliche und staatlich finanzierte Präventionsmaßnahmen in Niedersachsen im Bereich Islamismus bündeln und eine koordinierte Islamismusprävention für das Land entwickeln. Die Zusammenarbeit der Akteure soll institutionalisiert und intensiviert werden. Im Bereich Intervention soll die *KIP NI* lokale Präventionsnetzwerke in Niedersachsen bei ihrer Arbeit unterstützen und Betroffenen Hilfe beim Ausstieg aus der islamistischen Szene beziehungsweise Beratung bei Radikalisierungsverdachtsfällen anbieten.

Zudem vermittelt die *KIP NI* der Öffentlichkeit Informationen über islamistische Ideologien und deren Erscheinungs- und Aktionsformen. Sie berät Kommunen, Vereine, Parteien, Behörden und Bildungseinrichtungen, veröffentlicht Informationsmaterialien und führt regelmäßig öffentliche Veranstaltungen zum Thema Islamismus durch.

2. Wie ist die Präventionsarbeit organisiert?

Durch die vernetzende Funktion der *Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen (KIP NI)* tauschen sich die beteiligten Ressorts regelmäßig über ihre Präventionskonzepte aus und koordinieren gegebenenfalls gemeinsame Maßnahmen.

2.1 – Organisation der KIP NI:

Geschäftsführung, Mitglieder, Gremien, Fachbeirat

Geschäftsführung KIP NI

Die Geschäftsführung der *Kompetenzstelle* liegt gleichberechtigt beim *Landeskriminalamt (LKA)* und beim *Niedersächsischen Verfassungsschutz*. Konkret zuständig sind im *LKA* die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der *Präventionsstelle Politisch Motivierte Kriminalität (PPMK)* und beim *Verfassungsschutz* die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Referatsteils *Prävention*. Sowohl das *LKA* als auch der *Verfassungsschutz* gehören zum Geschäftsbereich des *Niedersächsischen Innenministeriums*.

Zum geschäftsführenden Team gehören eine Geschäftsführerin und ein Geschäftsführer sowie elf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Geschäftsführung der *KIP NI* versteht sich als Koordinierungs- und Servicestelle für alle an der *KIP NI* beteiligten Behörden und Institutionen.

Dem *Verfassungsschutz* obliegen dabei insbesondere die strategische Planung der Präventionsarbeit für Niedersachsen, die Öffentlichkeitsarbeit der *Kompetenzstelle* und die Organisation der Jahresveranstaltung. Dabei handelt es sich um eine jährlich stattfindende Konferenz, bei der die *KIP NI* öffentlich über ihre Arbeit informiert.

Die *Präventionsstelle Politisch Motivierte Kriminalität (PPMK)* im *Landeskriminalamt* ist im Schwerpunkt für die operative Radikalisierungsprävention zuständig, also die Koordination der Einzelfallbearbeitung und die Arbeit an islamistischen Brennpunkten. In die Einzelfallbearbeitung ist ebenfalls der *Verfassungsschutz* mit seiner Expertise und dem Aussteigerprogramm *Aktion Neustart* eingebunden sowie gegebenenfalls auch weitere relevante lokale Akteure.

Mitglieder KIP NI

Neben dem *Verfassungsschutz* und der *PPMK* sind an der *Kompetenzstelle* weitere Akteure beteiligt:

- *Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung*
- *Niedersächsisches Justizministerium*
- *Niedersächsisches Kultusministerium*
- *Landespräventionsrat*

Gremien KIP NI

Gremien innerhalb der *Kompetenzstelle* sind die *Lenkungs-* und die *Vernetzungsgruppe*. Beide werden durch die Geschäftsführung der *KIP NI* koordiniert. Die *Lenkungsgruppe* besteht aus der Geschäftsführung der *KIP NI* und den zuständigen Abteilungs- oder Amtsleiter/-innen der beteiligten Ministerien und Institutionen. Sie bestimmt die wesentlichen Weichenstellungen in der niedersächsischen Präventionsarbeit.

In der *Vernetzungsgruppe* findet hingegen die interministerielle Vernetzung auf Arbeitsebene statt. Hier arbeiten die fachlich beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der teilnehmenden Institutionen mit der Geschäftsführung der *KIP NI* zusammen. Die Gruppe kommt mindestens sechsmal im Jahr zusammen, tauscht sich über die jeweilige Arbeit aus und erarbeitet gegebenenfalls gemeinsame Maßnahmen.

Anlass- und themenbezogen richtet die Geschäftsführung der *KIP NI* zudem Arbeitsgruppen mit Mitgliedern aller fachlich relevanten Institutionen ein.

Fachbeirat KIP NI

Unterstützt wird die Arbeit der *Kompetenzstelle* durch einen *Fachbeirat*: Bestehend aus Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Behörden, begleitet er die Arbeit der *KIP NI*. Über diesen *Fachbeirat* sind auch muslimische Verbände wie der *Landesverband der Muslime in Niedersachsen*, *DITIB* oder die *Föderation Türkischer Elternvereine in Niedersachsen* in die Präventionsarbeit der *KIP NI* eingebunden.

2.2 – Umfeld- und Ausstiegsberatung

Die Beratung des Umfelds Radikalisierter und die Beratung von Aussteigern wird in Niedersachsen von der *Beratungsstelle zur Prävention neo-salafistischer Radikalisierung (beRATen e. V.)* und *Aktion Neustart (Verfassungsschutz)* geleistet.

Beratungsstelle zur Prävention neo-salafistischer Radikalisierung

Der *Verein für jugend- und familienpädagogische Beratung Niedersachsen – beRATen e. V.* ist Träger der niedersächsischen *Beratungsstelle zur Prävention neo-salafistischer Radikalisierung*. Die zivilgesellschaftliche *Beratungsstelle* ist an das *Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung* angeschlossen, ihre Arbeit wird vom Land Niedersachsen finanziert. Sie steht insbesondere dem direkten Umfeld von radikalisierten Menschen, aber – soweit Offenheit für eine Beratung besteht – auch direkt Betroffenen zur Verfügung. Die *Beratungsstelle* ist zudem Ansprechpartner für Personen, die Radikalisierung in ihrer Umgebung feststellen und nach Rat suchen. *beRATen* bietet Sensibilisierungsmaßnahmen für Fachkräfte verschiedener Bereiche in Form von Workshops, Vorträgen und Fortbildungen im Themenfeld an. Außerdem unterstützt *beRATen* im Rahmen der *KIP NI*-Strukturen den Aufbau lokaler Präventionsstrukturen. Die *Beratungsstelle* ist in Hannover ansässig, aber landesweit vor Ort beratend und begleitend tätig.

beRATen ist bundesweit vernetzt und Teil des *Nordverbunds* – eines Netzwerks von Beratungsstellen in den norddeutschen Bundesländern, die in der Islamismusprävention tätig sind (*Legato* für Hamburg, *PROvention* für Schleswig-Holstein, *beRATen* für Niedersachsen und *VAJA* für Bremen).

Aktion Neustart

Aktion Neustart ist das Aussteigerprogramm des Landes Niedersachsen und wird vom *Niedersächsischen Verfassungsschutz* verantwortet. Das Programm arbeitet direkt mit Radikalisierten zusammen und unterstützt sie beim Ausstieg aus der islamistischen Szene. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von *Aktion Neustart* sind interdisziplinär zusammengesetzt und wurden speziell für diese Aufgabe eingestellt.

Eine Besonderheit des Programms ist, dass *Aktion Neustart* proaktiv Menschen anspricht, um gezielt auf einen „Ausstieg“ hinzuwirken. Anders als bei der *Beratungsstelle zur Prävention neo-salafistischer Radikalisierung*, die schwerpunktmäßig mit Multiplikatoren und mit dem sozialen Umfeld von Betroffenen arbeitet, stehen hier vor allem die Betroffenen selbst im Fokus der Beratung. Das Programm ist nach eigener Aussage „absolut vertraulich“. Ein Infor-

mationsaustausch mit operativen Einheiten des *Verfassungsschutzes* erfolge nicht. Als Ziel der Arbeit definiert das Programm die Hinwendung des Aussteigers oder der Aussteigerin zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zu den Grund- und Menschenrechten.

2.3 – Aufgaben und Koordination im Bereich Schule

Im Rahmen der Präventionsarbeit werden in niedersächsischen Schulen zahlreiche Sensibilisierungsveranstaltungen durch die *Kompetenzstelle KIP NI* durchgeführt, sie ist zentrale Anlaufstelle für alle Lehrerinnen und Lehrer. Über das *Kultusministerium* werden zudem Schulungen für Lehrkräfte angeboten.

3. Welche Rolle spielen die Akteure der Bundesebene in Niedersachsen?

3.1 – Arbeitsgruppen der Bundesländer

Die Behörden und besonders die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern stimmen sich bereits seit 2009 in der *Arbeitsgruppe Deradikalisierung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ)* über islamistischen Extremismus ab. Des Weiteren existieren verschiedene Bundesländer-Arbeitsgruppen im Rahmen der *Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK)*.

3.2 – Kooperationsnetzwerk der Beratungsstelle Radikalisierung des BAMF

Das Kooperationsnetzwerk der *Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* dient als Plattform für den Austausch zwischen Bund und Ländern. In Niedersachsen übernimmt das Referat *Migration und Teilhabe*, angesiedelt beim *Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung*, die Funktion der *Landeskoordinierungsstelle* im Rahmen des BAMF-Netzwerks. *beRATen e. V.* ist als zivilgesellschaftlicher Fachträger „vor Ort“ vor allem mit der Stärkung und Beratung des Umfelds radikalierter Personen befasst.

3.3 – BMFSFJ: Bundesprogramm Demokratie leben!

Über das Bundesprogramm *Demokratie leben!* des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* kofinanziert der Bund einen Teil der Präventionsarbeit auf den Ebenen der Länder und Kommunen.

Im Rahmen von *Demokratie leben!* werden in Niedersachsen 22 *Partnerschaften für Demokratie* gefördert. Dabei handelt es sich um lokale und regionale Bündnisse, die vor Ort passende Strategien für die konkrete Situation entwickeln.

In jedem Bundesland unterstützen *Landes-Demokratiezentren* die Weiterentwicklung von Konzepten und Strategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt. Sie sorgen für eine Vernetzung der lokalen Aktivitäten – insbesondere der *Partnerschaften für Demokratie*. In Niedersachsen ist das *Landes-Demokratiezentrum* beim *Niedersächsischen Landespräventionsrat* im *Niedersächsischen Justizministerium* angesiedelt.

Des Weiteren werden im Rahmen von *Demokratie leben!* Modellprojekte zur Extremismusprävention in den Bereichen „Islamistischer Extremismus“, „Phänomenübergreifende Prävention: Wechselwirkungen einzelner Phänomene, Deeskalationsarbeit“ sowie „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ gefördert.

In Niedersachsen ist es das folgende Projekt:

- *Fokus ISLEX – Mobile Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung im niedersächsischen Strafvollzug und in der Bewährungshilfe (Violence Prevention Network e. V.)*

3.4 – Jugendmigrationsdienste: Respekt Coaches

Das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* finanziert auch das Programm *Respekt Coaches*. Es wird von den *Jugendmigrationsdiensten (JMD)* an rund 190 Standorten in allen Bundesländern umgesetzt. Die *JMD* kooperieren dafür mit Schulen und weiteren Partnern. Das Programm soll in Gruppenangeboten demokratische Werte für junge Menschen erlebbar machen und sie in ihrer Persönlichkeit stärken. Schülerinnen und Schüler sollen den Wert einer vielfältigen Gesellschaft erfahren und lernen, unterschiedliche Weltanschauungen und Lebensweisen besser zu verstehen. Dies soll auch der Extremismusprävention dienen. In Niedersachsen gibt es 15 Standorte der *Respekt Coaches*.

3.5 – BAMF: Rückkehrkoordination

Kehren „IS“-Anhängerrinnen und -Anhänger aus den ehemaligen Gebieten des selbst ernannten Islamischen Staates nach Deutschland zurück, sind verschiedene staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure involviert. Das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* hat 2019 in sieben Bundesländern Koordinationsstellen geschaffen, deren Aufgabe es ist, den gesamten Prozess im Blick zu behalten und die Zusammenarbeit der Behörden abzustimmen. Das Programm wird im Jahr 2020 weiter finanziert, über eine Weiterführung im Jahr 2021 wird noch entschieden.¹ In Niedersachsen ist die Koordinationsstelle beim *Innenministerium* angesiedelt, je zur Hälfte beim *Landeskriminalamt* und beim *Verfassungsschutz*.

¹ Bundeszentrale für politische Bildung: **Interview: Wie das BAMF den Umgang mit Rückkehrenden koordiniert**, [kurz.bpb.de/no4](https://www.kurz.bpb.de/no4)

4. Wie arbeiten Landesebene und kommunale Ebene zusammen?

Die an der *Kompetenzstelle KIP NI* beteiligten Akteure arbeiten gemeinsam am Aufbau lokaler Netzwerke der Islamismusprävention. Dafür wurde beispielsweise gemeinsam mit der Stadt Wolfsburg das „Wolfsburger Kommunikationsmodell“ entwickelt, das als Vorbild für die Etablierung vergleichbarer Strukturen in anderen Städten und Gemeinden dienen soll.

Mit Mitteln des Bundesprogramms *Demokratie leben!* unterhält der *Landespräventionsrat* außerdem ein landesweites Netzwerk lokaler Präventionsstellen, die aus und für ihren spezifischen Sozialraum arbeiten (► siehe Abschnitte 5.1 bis 5.5, S. 81 ff.).

Perspektivisch sollen die kommunalen Strukturen zur Islamismusprävention in Niedersachsen ausgeweitet werden. Dabei sind vor allem Vertreterinnen und Vertreter des *Landespräventionsrates*, des *Landeskriminalamtes*, des Niedersächsischen *Landesverfassungsschutzes* sowie von *beRATen e. V.* involviert. Ziel ist es, dauerhafte Strukturen zu schaffen und die Beteiligten durch feste Dialog- und Austauschformate auf der lokalen Ebene zu einem kompetenten Umgang mit dem Phänomenbereich Islamismus zu ermächtigen.

Dialogstelle Extremismusprävention Wolfsburg

Ausgangspunkt für das „Wolfsburger Kommunikationsmodell“ ist die städtische *Dialogstelle Extremismusprävention* in Wolfsburg, die koordinierende Aufgaben wahrnimmt und erste lokale Anlaufstelle zum Thema Islamismus in Wolfsburg ist. Die *Dialogstelle Extremismusprävention* hat ein Netzwerk lokaler Partner geschaffen, darunter die örtliche Polizei, Stadtverwaltung und Schulen, aber auch bundesweite Akteure der Islamismusprävention, wie die *Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge* oder *Violence Prevention Network e. V.* Die *Dialogstelle Extremismusprävention* wird vom Bundesprogramm *Demokratie leben!* im Rahmen der *Partnerschaften für Demokratie* unterstützt.

Seit August 2018 lädt die *Dialogstelle Extremismusprävention* die Partner dieses Netzwerks, Vertreterinnen und Vertreter der *KIP NI* sowie sozialer Dienste, der Kirchen, muslimischer Verbände und anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen zu regelmäßigen Treffen ein. Ziel ist es, ein umfassendes Netzwerk zu schaffen, in dem alle Beteiligten zusammenkommen, sich regelmäßig austauschen und gemeinsam Projekte entwickeln.

5. Welche zivilgesellschaftlichen Akteure sind aktiv und wie arbeiten staatliche Akteure mit ihnen zusammen?

Im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* berät das *Landes-Demokratiezentrum* beim *Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR)* zivilgesellschaftliche – insbesondere lokal arbeitende – Akteure in Niedersachsen bei der Planung und Umsetzung von Präventionsmaßnahmen und beteiligt sich an der Schaffung lokaler Präventionsnetzwerke. Als Mitglied der *Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen (KIP NI)* ist der *LPR* eine zentrale Anlaufstelle für zivilgesellschaftliche Akteure in Niedersachsen.

5.1 – Schaffung eines landesweiten Netzwerks regionaler und lokaler Präventionsstellen

Das *Landes-Demokratiezentrum* beim *Landespräventionsrat Niedersachsen* hat Mitte 2017 freie Träger aufgefordert, Konzepte für lokale Präventionsprojekte einzureichen. Auch dafür ist eine Förderung durch das *Landes-Demokratiezentrum* mit Mitteln des Bundesprogramms *Demokratie leben!* vorgesehen. Perspektivisch soll so ein landesweites Netzwerk von Präventionsstellen gegen Islamismus, Demokratie- und Islamfeindlichkeit entstehen.

Bislang sind drei Präventionsstellen Teil des Netzwerks: *radius* in Hildesheim, *Präsenz* in Osnabrück und *RADIPRÄV* in Göttingen. Ziel des Netzwerks ist es, Primärprävention auf lokal beziehungsweise regional angepasste Bedarfe abgestimmt zu gestalten. Durch die Vernetzung können Good-Practice-Erfahrungen miteinander ausgetauscht werden. Die Präventionsstellen fungieren auch als erste Anlaufadresse, sie arbeiten jedoch nicht im Bereich der Einzelfallbetreuung oder Intervention bei Radikalisierungsfällen. Seit 2019 fördert der *Landespräventionsrat* deshalb mit dem niedersächsischen *Sozialministerium* eine Kontaktstelle beim Träger *beRATen e. V.*, die im Bedarfsfall den Übergang von lokaler Erstberatung hin zu längerer Begleitung durch *beRATen* sicherstellt.

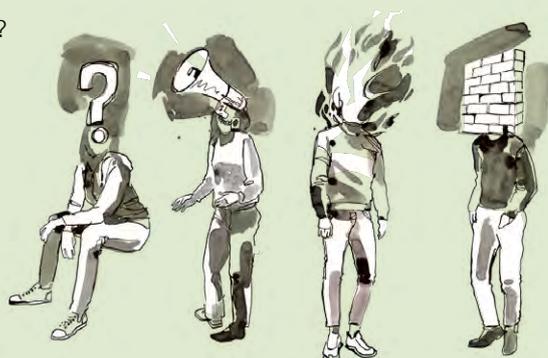
Das *Landes-Demokratiezentrum* beim *Landespräventionsrat* bietet einen fachlichen Rahmen für das Netzwerk. Es übernimmt gemeinsam mit den beteiligten Akteuren, zum Beispiel *beRATen*, die Erstellung eines Qualitätshandbuchs sowie die Förderung weiterer primärpräventiver Maßnahmen zur landesweiten Umsetzung.

Infodienst Radikalisierungsprävention – Herausforderung Islamismus

Was kann man gegen Radikalisierung tun? Wie kann man junge Menschen stärken, die möglicherweise radikalierungsgefährdet sind? Wie kann der Ausstieg aus radikalen Gruppen gelingen?

Der **Infodienst Radikalisierungsprävention – Herausforderung Islamismus** ist ein Online-Portal mit Newsletter der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb. Er bietet Hintergrundwissen, pädagogische Materialien, Veranstaltungshinweise und eine Übersicht mit Beratungsangeboten – unter anderem für Schule, Sozialarbeit, Beratungsstellen oder Behörden.

www.bpb.de/infodienst



5.2 – beRATen: Beratungsstelle zur Prävention neo-salafistischer Radikalisierung

Auch *beRATen e. V.*, der Trägerverein der *Beratungsstelle zur Prävention neo-salafistischer Radikalisierung*, ist ein zivilgesellschaftlicher Akteur. Der Verein arbeitet landesweit und richtet sich primär an das direkte Umfeld von radikalisierten Menschen, aber auch an direkt Betroffene. Zu den Gründungsmitgliedern des Vereins gehören unter anderem die islamischen Verbände *DITIB* und *SCHURA* (► siehe auch Abschnitt 2.2 auf S. 86).

5.3 – Caritas: radius – Service- und Beratungsstelle gegen Radikalisierung und Demokratiefeindlichkeit

Mit dem Projekt *radius – Service- und Beratungsstelle gegen Radikalisierung und Demokratiefeindlichkeit*, in Trägerschaft des *Caritasverbandes für Stadt und Landkreis Hildesheim e. V.*, wurde eine lokale Anlaufstelle geschaffen für die Primärprävention in den Phänomenbereichen „Radikalisierung“, „Religiös und/oder politisch motivierter Extremismus“ sowie „Demokratiefeindlichkeit“.

radius bietet Präventionsfortbildungen und -workshops für Fachkräfte an sowie Angebote für interessierte Institutionen und Menschen, die sie gegen die Einflussnahme von extremistischen Gruppen stärken und ihnen mögliche Handlungsoptionen aufzeigen sollen (z. B. Stärkung von Jugendlichen in ihrer Selbstwirksamkeit im schulischen und außerschulischen Kontext).

Zudem wird die Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren im Rahmen des *Hildesheimer Netzwerks für Radikalisierungsprävention* gefördert.

Gefördert wird *radius* durch das *Landes-Demokratiezentrum* beim *Landespräventionsrat Niedersachsen* im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* sowie durch *Stadt und Landkreis Hildesheim*.

5.4 – Diakonie: Präsenz – Koordinierungsstelle gegen Radikalisierung und Demokratiefeindlichkeit

In Osnabrück hat die *Diakonie* die *Koordinierungsstelle gegen Radikalisierung und Demokratiefeindlichkeit – Präsenz* eingerichtet. Gefördert wird die Einrichtung mit Mitteln des *Landes-Demokratiezentrum* im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!*.

Präsenz versteht sich als vernetzte und vernetzende primär- beziehungsweise universell-präventiv tätige Fachstelle im Bereich religiös begründeter Radikalisierung, Demokratiefeindlichkeit, Islamfeindlichkeit und gegebenenfalls auch Rechtsextremismus. Dabei ist *Präsenz* für die regionalen Akteure Mittler, Moderator und Dialogpartner sowohl im regionalen Netzwerk als auch in das landesweite Netzwerk hinein. *Präsenz* soll als regionale Stelle der Koordination und Kooperation dienen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachstelle und die externen Fachleute, die anlassbezogen zusammenarbeiten, vertreten verschiedene Disziplinen und Professionen. Darüber hinaus koordiniert *Präsenz* Module und Schulungen für Schülerinnen und Schüler sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten.

5.5 – Institut für angewandte Kulturforschung:

RADIPRÄV

RADIPRÄV wird in Kooperation des *Instituts für angewandte Kulturforschung e. V. (IFAK)* mit dem *Liberal-Islamischen Bund e. V. (LIB)* durchgeführt. Initiatoren des Modellprojekts waren *Stadt und Landkreis Göttingen*. Neben der Finanzierung durch das *Landes-Demokratiezentrum* im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* wird *RADIPRÄV* daher zudem von diesen Kommunen finanziell gefördert. Über die regionalen Präventionsräte der beteiligten Kommunen ist *RADIPRÄV* an die bestehenden Präventionsnetzwerke angebunden. Im Rahmen der primärpräventiven Aufgaben macht *RADIPRÄV* sowohl religiöse Radikalisierung als auch Diskriminierung, antimuslimischen Rassismus und Islamfeindlichkeit zum Thema. *RADIPRÄV* bietet Schulungen in Form von Vorträgen und Workshops sowohl für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren als auch für Jugendgruppen oder Schulklassen an. Alle Schulungen werden von einem multiprofessionellen und multireligiösen Team durchgeführt. Zudem berät *RADIPRÄV* als lokale Anlaufstelle bei Fragen rund um die Themen „Religiöse Radikalisierung“, „Islamfeindlichkeit“ und „Antimuslimischen Rassismus“.

5.6 – VPN: Fokus ISLEX – Mobile Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung

Eine weitere wichtige Zusammenarbeit besteht mit dem Verein *Violence Prevention Network e. V. (VPN)*. Im Rahmen des Projekts *Fokus ISLEX – Mobile Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung im niedersächsischen Strafvollzug und in der Bewährungshilfe* ist *VPN* mit der Betreuung von Inhaftierten sowie unter Bewährung stehenden Personen in Niedersachsen betraut. Der Verein leistet in den Justizvollzugsanstalten sowohl Präventions- als auch Deradikalisierungsarbeit. Begleitet wird *Fokus ISLEX* vom *Niedersächsischen Justizministerium*, das die Arbeit des Vereins gemeinsam mit dem Bundesprogramm *Demokratie leben!* (Modellprojekt im Themenfeld „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“) finanziert.

5.7 – Fachbeirat von KIP NI

Über den *Fachbeirat* von *KIP NI* sind zudem weitere zivilgesellschaftliche Akteure wie der *Landesverband der Muslime in Niedersachsen*, *DITIB* oder die *Föderation Türkischer Elternvereine in Niedersachsen* in die Präventionsarbeit eingebunden.

6. Welche Besonderheiten gibt es in Niedersachsen hinsichtlich der Präventionsarbeit?

Eine Besonderheit in der niedersächsischen Präventionsstruktur ist die starke Rolle der Sicherheitsbehörden. Sie sind nicht nur Teil der zentralen Organisation, der *Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen (KIP NI)*, sondern haben innerhalb der Struktur auch eine hervorgehobene Stellung: Die Geschäftsführung der *KIP NI* wird gemeinsam von je einem Vertreter des *Verfassungsschutzes* und des *Landeskriminalamtes (LKA)* übernommen.

Allerdings liegt die Verantwortung nicht in den operativen Teilen der beiden Organisationseinheiten, sondern ist fachlich begründet: So ist beim *LKA* die *Präventionsstelle Politisch Motivierte Kriminalität (PPMK)* zuständig und beim *Verfassungsschutz* der Referatsteil *Prävention*. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Rahmen von *Aktion Neustart* direkte Deradikalisierungsarbeit leisten, arbeiten zudem eigenständig und sind nicht Teil des operativen *Verfassungsschutzes*.

Wie auch in Hamburg verbinden mehrere an der Präventionsarbeit des Landes Niedersachsen beteiligte Institutionen die Prävention von Islamismus mit der Prävention von Islamfeindlichkeit. Unter anderem das *Landes-Demokratiezentrum* beim *Landespräventionsrat Niedersachsen*, aber auch das *Landeskriminalamt* sowie die *KIP NI* selbst weisen in Veröffentlichungen auf diesen Zusammenhang hin.²

Schließlich besteht über die Beteiligung von *beRATen e. V.* eine länderübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen des *Nordverbunds* – eines Netzwerks von Beratungsstellen in den norddeutschen Bundesländern, die in der Islamismusprävention tätig sind (*Legato* für Hamburg, *PROvention* für Schleswig-Holstein, *beRATen* für Niedersachsen und *VAJA* für Bremen).



² Landespräventionsrat Niedersachsen: **Prävention von salafistischer Radikalisierung und Islamfeindlichkeit**, kurz.bpb.de/nr7

Landeskriminalamt Niedersachsen: **Präventionsstelle Politisch Motivierte Kriminalität**, kurz.bpb.de/nr8

7. Quellen, Anlaufstellen und Präventionsprojekte in Niedersachsen

7.1 – Wichtige Quellen und Websites

Innenministerium Niedersachsen:

Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen

kurz.bpb.de/nqg

Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen

(KIP NI):

Präventionsstelle Politisch Motivierte Kriminalität (PPMK) im Landeskriminalamt

kurz.bpb.de/nqr

Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen:

Prävention von salafistischer Radikalisierung und Islamfeindlichkeit

kurz.bpb.de/nqs

Kurzlinks

Weil die Originallinks häufig sehr lang sind, hat die Redaktion Kurzlinks erstellt. Diese leiten direkt auf die entsprechenden Seiten.

7.2 – Anlaufstellen und Präventionsprojekte

beRATen e. V.:

Beratungsstelle zur Prävention neo-salafistischer Radikalisierung

kurz.bpb.de/nqt

Caritas Hildesheim:

radius – Service- und Beratungsstelle gegen Radikalisierung und Demokratiefeindlichkeit

kurz.bpb.de/nqu

Diakonie Osnabrück:

Präsenz – Koordinierungsstelle gegen Radikalisierung und Demokratiefeindlichkeit

kurz.bpb.de/nqv

Institut für angewandte Kulturforschung e. V.:

RADIPRÄV

kurz.bpb.de/o1v

Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen

kurz.bpb.de/nqw

Landespräventionsrat Niedersachsen:

Prävention von salafistischer Radikalisierung und Islamfeindlichkeit

kurz.bpb.de/nqx

Stadt Wolfsburg:

Dialogstelle Extremismusprävention

kurz.bpb.de/nqy

Verfassungsschutz Niedersachsen:

Aktion Neustart

kurz.bpb.de/nqz

Violence Prevention Network e. V.:

Fokus ISLEX – Mobile Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung im niedersächsischen Strafvollzug und in der Bewährungshilfe

kurz.bpb.de/nr0

Präventionsarbeit ist ein dynamischer Bereich mit vielen aktuellen Entwicklungen. Die Redaktion freut sich daher über Ihre Hinweise auf Akteure, Aktivitäten oder Zusammenhänge, die in diesem Beitrag nicht berücksichtigt wurden.

Schreiben Sie uns gerne eine E-Mail an: radikalisierungspraevention@redaktion-kauer.de

Nordrhein-Westfalen

Akteure und Organisation der Islamismusprävention

Staatliche Akteure

Ministerium des Innern

angesiedelt beim MI

Verfassungsschutz

Wegweiser

25 Standorte
Verschiedene Träger

Aussteigerprogramm Islamismus

Kommunen gegen Extremismus

Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration

angesiedelt beim MKFFI

Abteilung Integration

Gemeinsame
Leitung IMAG

Interministerielle Arbeitsgruppe Salafismusprävention

Ministerium für Schule
und Bildung

Landesstelle Schul-
psychologisches
Krisenmanagement

Ministerium für Kultur
und Wissenschaft

Landeszentrale für
politische Bildung (LzpB)
Landeskoordinierungsstelle
= Landes-Demokratiezentrum

Ministerium für Heimat,
Kommunales, Bau und
Gleichstellung

Ministerium der Justiz

Zentrum für interkulturelle
Kompetenz der Justiz
NRW (ZIK)

Staatskanzlei

Ministerium der Finanzen

Zivilgesellschaft

Kompetenznetzwerk CoRE-NRW
Bonn International Center for Conversion
Finanzierung: *Ministerium für Kultur und
Wissenschaft*

Verschiedene vom MKW
geförderte Forschungsprojekte

Verschiedene von Demokratie
leben! geförderte Projekte

Partnerschaften für
Demokratie

Verschiedene von der LzpB
NRW geförderte Projekte

Verschiedene vom MKFFI
geförderte Projekte

Beratungsnetzwerk Grenzgänger
IFAK – Verein für multikulturelle Kinder-
u. Jugendhilfe – Migrationsarbeit
Finanzierung: *Bundesamt für Migration
und Flüchtlinge*

HAYAT Bonn
ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur
Finanzierung: *Bundesamt für Migration
und Flüchtlinge*

- Staatliche Akteure
- Zusammenschluss
staatlicher Akteure
- Zivilgesellschaftliche Akteure
- Träger: staatliche und
zivilgesellschaftliche Akteure

DLI Gefördert durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“

— Abstimmung zwischen den Akteuren



Nordrhein-Westfalen



Wichtige Akteure der Präventionsarbeit im Bereich Islamismus in Nordrhein-Westfalen sind die *Integrationsabteilung* im *Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration* sowie die *Abteilung Verfassungsschutz* im *Ministerium des Innern*. Sie steuern gemeinsam die *Interministerielle Arbeitsgruppe Salafismusprävention*, der weitere Ministerien angehören. Vor allem die Programme *Wegweiser* und das *Aussteigerprogramm Islamismus API* sind maßgeblich für die sekundäre und tertiäre Präventionsarbeit. Darüber hinaus werden diverse weitere Projekte im Bereich Primärprävention von NRW-Ministerien gefördert oder umgesetzt.

1. Gibt es eine landeseigene Präventionsstrategie im Bereich Islamismus?

Im Februar 2016 beschloss die nordrhein-westfälische Landesregierung die Einrichtung der *Interministeriellen Arbeitsgruppe Salafismusprävention (IMAG Salafismusprävention)*. Um dem Phänomen des „gewaltbereiten verfassungsfeindlichen Salafismus“ zu begegnen, bekam die *IMAG* den Auftrag, ein Handlungskonzept zu entwerfen und seine Umsetzung zu begleiten. 2017 wurde das *Ganzheitliche Handlungskonzept zur Bekämpfung des gewaltbereiten verfassungsfeindlichen Salafismus* vorgelegt.¹

Die *Integrationsabteilung* im *Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration* sowie die *Abteilung Verfassungsschutz* im *Ministerium des Innern* teilen sich die Federführung der *IMAG Salafismusprävention*. Vier weitere Ministerien und die *Staatskanzlei* sind ebenfalls Teil der *IMAG* (► siehe Abschnitt 2.1, S. 94). Im Rahmen der primären Prävention halten die verschiedenen beteiligten Ressorts eine Vielzahl von Ansätzen und Projekten vor, unter anderem in den Bereichen politische Bildung, Demokratieförderung, gesellschaftliche Partizipation, Elternarbeit und Antidiskriminierungsarbeit. Bei der sekundären und tertiären Prävention sind vor allem die Programme *Wegweiser* und das *Aussteigerprogramm Islamismus* maßgeblich für die Präventionsarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die zuständigen Landesministerien bildeten unter Einbindung von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis ein landesweites Expertennetzwerk, um dem

Phänomen des gewaltbereiten Salafismus ganzheitlich zu begegnen. Kennzeichnend für die *IMAG* sind nach eigenen Angaben ein kooperativer, themenübergreifender Ansatz sowie die Einbindung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Wichtige Maßnahmen im Rahmen des *Handlungskonzepts* sind

- die 2019 entwickelte ressortübergreifende Online-Informationenplattform www.gegen-gewaltbereiten-salafismus.nrw. Unter dem Motto „Informieren. Helfen. Gegensteuern.“ werden dort Präventionsangebote der Landesregierung aus dem Themenbereich Salafismusprävention gebündelt.
- das wissenschaftliche Kompetenznetzwerk *CoRE-NRW* zur Erforschung des (neo-)salafistischen Extremismus in NRW und zur Vernetzung der Wissenschaft mit der Praxis.
- die Einrichtung von 25 *Wegweiser*-Beratungsstellen flächendeckend in NRW und die Erweiterung aller Standorte um eine Online-Streetwork-Komponente (*Wegweiser Online*) zur Salafismusprävention.
- die Einrichtung einer Taskforce bei der *Landesstelle Schulpsychologie und schulpsychologisches Krisenmanagement* zur Beratung von Fach- und Lehrkräften im Schulbereich.
- die Verstetigung und der Ausbau des Projekts *Prävention von Radikalisierung im Justizvollzug des Landes NRW*, jetzt *Zentrum für Interkulturelle Kompetenz (ZIK)*.

¹ Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW und Ministerium für Inneres und Kommunales NRW: **Ganzheitliches Handlungskonzept zur Bekämpfung des gewaltbereiten verfassungsfeindlichen Salafismus (1. Zwischenbericht der IMAG „Salafismusprävention“)**, kurz.bpb.de/o3r

2. Wie ist die Präventionsarbeit organisiert?

Für die Präventionsarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen sind verschiedene Ressorts mit jeweils eigenen Zuständigkeitsbereichen verantwortlich. Zur Vernetzung der Ressorts wurde die *Interministerielle Arbeitsgruppe Salafismusprävention (IMAG Salafismusprävention)* gegründet. Federführende Akteure sind dabei die *Integrationsabteilung* im *Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration* sowie die Abteilung *Verfassungsschutz* im *Ministerium des Innern*.

Im Bereich der Primärprävention werden diverse Projekte von NRW-Ministerien gefördert oder umgesetzt (► siehe die folgenden Abschnitte). In der sekundären und tertiären Prävention sind vor allem das Präventionsprogramm *Wegweiser* und das *Aussteigerprogramm Islamismus API* maßgeblich für die Präventionsarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen. Beide Programme werden von der Abteilung *Verfassungsschutz* im nordrhein-westfälischen *Ministerium des Innern (IM)* verantwortet und finanziert (► siehe Abschnitt 2.2, S. 95).

2.1 – IMAG Salafismusprävention

Seit 2017 koordinieren das *Ministerium des Innern (IM)* und das *Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI)* die *Interministerielle Arbeitsgruppe Salafismusprävention*. Inhaltlich liegt der Fokus des *MKFFI* im Feld der Primärprävention (Demokratieförderung, Elternarbeit und Empowerment verschiedener Zielgruppen). Das *Innenministerium* bringt seine Erkenntnisse in alle drei Bereiche der Präventionsarbeit ein: primäre, sekundäre und tertiäre Prävention. Die *IMAG* ist unbefristet sowie auf eine dynamische und kontinuierliche Zusammenarbeit ausgerichtet. Die Arbeits- und Koordinierungstreffen finden regelmäßig statt.

Die Mitglieder der *IMAG* sind:

- Staatskanzlei (StK)
- Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI)
- Ministerium des Innern (IM)
- Ministerium für Schule und Bildung (MSB)
- Ministerium für Kultur und Wissenschaft (MKW), einschließlich der Landeszentrale für politische Bildung (LZpB)
- Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (MHKBG)
- Ministerium der Justiz (JM)

Außerdem ist das *Ministerium der Finanzen* an der *IMAG* beteiligt, allerdings nicht inhaltlich, sondern ausschließlich in Fragen der Finanzierung. Themenbezogen werden Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftler und zivilgesellschaftliche Akteure in die Arbeit der *IMAG* einbezogen. Zudem soll die Arbeit der *IMAG* zukünftig wissenschaftlich begleitet werden.

THEMENSCHWERPUNKTE DER IMAG

In der ersten Arbeitsphase der *IMAG* wurden in Workshops mit Beteiligung von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis folgende Themenfelder bearbeitet:

1. Betrachtung von besonderen Sozialräumen
2. Muslime und Musliminnen als Akteure in der Salafismusprävention
3. Sensibilisierung von Kindern, Jugendlichen und Eltern
4. Deradikalisierung in Justizvollzugsanstalten
5. Ausbau der Sensibilisierung von Lehrerinnen und Lehrern
6. Medienkompetenz und Gegenmaßnahmen zur salafistischen Propaganda
7. Sensibilisierung und Deradikalisierung von Frauen und Mädchen

In den Workshops wurden die verschiedenen Problemfelder und dementsprechende Strategien und Zielsetzungen definiert. Daraus entwickelten sich bis zur Veröffentlichung des ersten Zwischenberichts der *IMAG* im März 2017 27 Einzelprojekte der unterschiedlichen Fachressorts.² Auf diesem Weg wurden Projekte von Moscheegemeinden, Wohlfahrtsverbänden und Forschungsinstituten sowie gemeinsame Projekte des Landes und einzelner Kommunen realisiert. Die Koordination und Finanzierung der einzelnen Projekte wurde auf jeweils ein an der *IMAG* beteiligtes Ressort übertragen.

2018 wurde die Bearbeitung weiterer fünf Themenfelder beschlossen:

1. Elternarbeit
2. Flüchtlinge
3. Europa als Aktionsraum verschiedenster Präventionsakteure
4. Rolle von Frauen im extremistischen Salafismus
5. Salafistische Radikalisierung und Gefährdung von und durch Minderjährige

² Die Titel der einzelnen Projekte und die Ressortzuständigkeit sind aufgeführt in: Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW und Ministerium für Inneres und Kommunales NRW: **Ganzheitliches Handlungskonzept zur Bekämpfung des gewaltbereiten verfassungsfeindlichen Salafismus (1. Zwischenbericht der IMAG „Salafismusprävention“)**, kurz.bpb.de/o3r

Infodienst Radikalisierungsprävention – Herausforderung Islamismus

Was kann man gegen Radikalisierung tun? Wie kann man junge Menschen stärken, die möglicherweise radikalierungsgefährdet sind? Wie kann der Ausstieg aus radikalen Gruppen gelingen?

Der **Infodienst Radikalisierungsprävention – Herausforderung Islamismus** ist ein Online-Portal mit Newsletter der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Er bietet Hintergrundwissen, pädagogische

Materialien, Veranstaltungshinweise und eine Übersicht mit Beratungsangeboten – unter anderem für Schule, Sozialarbeit, Beratungsstellen oder Behörden.

www.bpb.de/infodienst

BERICHT UND EVALUATION

Im März 2017 haben das *Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration* sowie das *Ministerium für Inneres und Kommunales* mit dem „1. Zwischenbericht der IMAG „Salafismusprävention““ erste Ergebnisse aus der IMAG vorgelegt.³ Einen Überblick über die Umsetzungssachstände der bisherigen 27 Einzelmaßnahmen und Arbeitsgruppen sowie die zukünftige Ausrichtung der IMAG und des *Handlungskonzepts* bietet der im Dezember 2018 dem nordrhein-westfälischen Landtag vorgestellte 2. IMAG-Bericht „Teilhabe, Prävention und Deradikalisierung“.⁴ 2020 wird ein dritter Bericht erstellt mit weiteren Schwerpunktsetzungen und neuen Projekten.

Alle Präventionsprojekte der nordrhein-westfälischen Landesregierung werden evaluiert und umfangreiche Programme wie das Programm *Wegweiser* und das *Aussteigerprogramm Islamismus API* werden ab 2020 von unabhängigen Forschungsinstituten wissenschaftlich evaluiert.

2.2. – Ministerium des Innern

In der sekundären und tertiären Prävention sind das Präventionsprogramm *Wegweiser* und das *Aussteigerprogramm Islamismus API* maßgeblich für die Präventionsarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen. Beide Programme werden von der Abteilung *Verfassungsschutz* im nordrhein-westfälischen *Ministerium des Innern (IM)* verantwortet und finanziert. Gemeinsam mit dem *Polizeilichen Staatsschutz* des jeweilig zuständigen Polizeipräsidiums führt der *Verfassungsschutz* außerdem das Projekt *Kommunen gegen Extremismus* durch. Auf seiner Website veröffentlicht der *Verfassungsschutz* außerdem Informationsmaterial wie Broschüren.

Verfassungsschutz: Präventionsprogramm Wegweiser

Das Präventionsprogramm *Wegweiser* richtet sich als Maßnahme der Sekundärprävention an junge Menschen, die bereits mit der salafistischen Szene sympathisieren, sowie an deren soziales Umfeld. *Wegweiser* bietet Beratungsangebote vor Ort an – für die jungen Menschen selbst sowie für ihr Umfeld. In der Regel wird ein vielfältiges Netzwerk von weiteren örtlichen Experten und kommunalen Behörden in die Arbeit eingebunden (Vereine, Sozialverbände, kommunale Ämter, Familienberatung, Jobcenter, Moscheegemeinden, Polizei usw.). Ziel ist es, für die konkreten Beratungsfälle vor allem passende Expertinnen und Experten vor Ort zu aktivieren und mit ihnen und den Betroffenen einzelfallorientiert zusammenzuarbeiten.

Mit insgesamt 25 Standorten gibt es im ersten Quartal 2020 eine flächendeckende Beratungs- und Unterstützungsarbeit von *Wegweiser* in ganz Nordrhein-Westfalen. Darüber hinaus besteht eine Kooperationsvereinbarung des Pendant-Programms in der deutschsprachigen Gemeinschaft Ostbelgiens mit dem *Innenministerium* und der *Wegweiser-Beratungsstelle* in Aachen. Unterstützend zu der Arbeit vor Ort soll das Programm in der zweiten Hälfte des Jahres 2020 um einen Baustein *Wegweiser Online* erweitert werden.

Das Programm *Wegweiser* wird vor Ort von zivilgesellschaftlichen oder kommunalen Trägern umgesetzt. Derzeit wird die Trägerschaft zu vier Fünfteln von zivilgesellschaftlichen Trägern und zu etwa einem Fünftel von kommunalen Behörden umgesetzt. Das Referat *Prävention, Aussteigerprogramme* beim *Innenministerium* übernimmt als zentrale Stelle die Steuerung und Koordinierung des gesamten Programms. Das *Innenministerium* als Koordinierungsstelle ist jedoch nicht in die konkrete Beratungsarbeit vor Ort involviert oder strukturell eingebunden. Die Beratung erfolgt vertraulich.

³ Beide Ministerien wurden nach dem Regierungswechsel 2017 umgebildet und bestehen daher in dieser Form nicht mehr.

⁴ Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW und Ministerium des Innern NRW: **Teilhabe, Prävention und Deradikalisierung (2. Bericht der IMAG „Salafismusprävention“)**, kurz.bpb.de/o3s

Eine allgemeine fachliche Begleitung, Unterstützung und Beratung der *Wegweiser*-Träger erfolgt darüber hinaus durch eine *Fachkommission*, der Vertreter und Expertinnen aus den Bereichen Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Jobcenter, Integration, Polizei und andere angehören. Zudem findet eine Qualitätssicherung der Arbeit durch einen intensiven Erfahrungsaustausch des *Innenministeriums* mit den Trägern statt. Eine externe Evaluierung ist in Vorbereitung.

Die Beratungsstellen sind zusätzlich auch für Personen und Institutionen ansprechbar, die allgemeine Informationen über den extremistischen Salafismus benötigen. *Wegweiser* sensibilisiert und informiert in Behörden, Schulen oder sonstigen Institutionen mit Vorträgen oder Veranstaltungen über Islamismus, vermittelt weitere Referierende für Veranstaltungen und Fortbildungen oder stellt Informationsmaterialien zur Verfügung. Zusätzlich bietet eine zentrale landesweite *Wegweiser*-Hotline beim *Innenministerium* weitere Beratung und Einschätzungshilfe für Ratsuchende.

Verfassungsschutz: Aussteigerprogramm Islamismus

Das *Aussteigerprogramm Islamismus (API)* ist in der Abteilung *Verfassungsschutz* im *Innenministerium* von Nordrhein-Westfalen angesiedelt. Es wird von Mitarbeitenden des dortigen Referats *Prävention, Aussteigerprogramme* durchgeführt. Ziel des Programms ist es, ausstiegswilligen Personen eine Rückkehr in die demokratische Gesellschaft zu ermöglichen. Das *API* richtet sich an stark radikalisierte und fest in die Szene eingebundene Personen, darunter auch „Kriegsrückkehrende“ und entsprechend verurteilte inhaftierte Personen.

In der konkreten Arbeit mit den Personen soll die extremistische Vergangenheit aufgearbeitet werden und das Gewaltpotenzial so sehr verringert werden, dass keine Gefahr mehr von der jeweiligen Person ausgeht und gesellschaftliche Teilhabe wieder möglich ist. Mithilfe des *API* sollen ausstiegswillige Personen in die Lage versetzt werden, ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben ohne Extremismus zu führen.

Zum Team des *Aussteigerprogramms* gehören Vertreter und Vertreterinnen der Islam-, Rechts-, Politik- und Sozialwissenschaft, der Polizei, des Verfassungsschutzes und der Justiz sowie Psycholog/-innen und Pädagog/-innen. Aufgrund der erhöhten Sicherheitsrelevanz sind die beteiligten Personen ausnahmslos Mitarbeitende des *Innenministeriums*. Ein Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren findet gegebenenfalls anlassbezogen statt.

Neben der direkten Ansprache ausstiegswilliger Personen kooperiert das Programm anlassbezogen mit anderen Sicherheitsbehörden, wie Polizei und Justiz, und führt regelmäßig Fach- und Arbeitstagungen für diese Bereiche durch. Außerdem wird das *API* auch aktiv in der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Im Jahr 2018 wurde das Programm unter anderem mit einer NRW-weiten Plakatkampagne und einem Stand auf der Messe *Gamescom* beworben.

Verfassungsschutz: Kommunen gegen Extremismus

Darüber hinaus führt der *Verfassungsschutz NRW* zusammen mit dem *Polizeilichen Staatsschutz* des jeweilig zuständigen Polizeipräsidiums das Projekt *Kommunen gegen Extremismus* durch. Im Zentrum steht die Kooperation zwischen Sicherheitsbehörden sowie Kreisen, Städten und Gemeinden auf der Grundlage vertrauensvoller Zusammenarbeit. Durch gegenseitigen Informationsaustausch soll jeder Art von Extremismus im Vorfeld der Entstehung entgegengewirkt werden. Außerdem werden bei Bedarf Informationsveranstaltungen zu den jeweiligen Extremismusbereichen für Beschäftigte der Kommunen und Landkreise angeboten.

Gestartet wurde das Projekt im Kreis Mettmann, danach wurde es auf den Rhein-Kreis Neuss, den Rhein-Erft-Kreis, den Rhein-Sieg-Kreis und den Kreis Paderborn sowie die Städte Mönchengladbach und Remscheid erweitert. Das Projekt soll auf weitere Städte und Kreise in Nordrhein-Westfalen ausgedehnt werden.

2.3 – Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration

Das nordrhein-westfälische *Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration* fördert verschiedene Projekte aus dem Bereich der Primärprävention:⁵

- *Aktion Gemeinwesen und Beratung e. V.:*
Peer-Programm – Zusammenhalt Jetzt!
- *HennaMond e. V.:* Schulungsprojekt *Champs – für Wertevermittlung und Demokratie*
- *IFAK e. V.:* Bildungsprojekt zur Elternarbeit
- *Landesarbeitsgemeinschaft Jungenarbeit in NRW e. V.:*
Praxisprojekt Irgendwie hier! Flucht – Migration – Männlichkeiten
- *Studierende des Instituts für Journalismus und Public Relations der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen:* Videoprojekt *Lebensentwürfe muslimischer Frauen und Mädchen*

2.4 – Ministerium für Schule und Bildung

Das *Ministerium für Schule und Bildung NRW* bietet, in Kooperation mit dem *Ministerium des Innern*, Theaterstücke, Workshops und Autorenlesungen zur Salafismusprävention für den Einsatz im Unterricht und in der Jugendarbeit an. Diese können von Lehrenden kostenfrei gebucht werden. Die Angebote sollen durch eine kreative und künstlerische Herangehensweise für das Thema sensibilisieren und aufklären. Im Jahr 2017 wurden über 100 Veranstaltungen dieser Art durchgeführt.

Darüber hinaus bietet das *Ministerium für Schule und Bildung*, teilweise koordiniert durch die *Landesstelle Schulpsychologie und schulpsychologisches Krisenmanagement (LaSP)*, folgende Maßnahmen an:⁶

- Schulaustausch zur Extremismusprävention
- Schulungsprojekt *Interkulturelle Schulentwicklung – Demokratie gestalten*
- Beratungsprojekt zur Präventionsarbeit an Schulen
- Notfallordner „Hinsehen und Handeln“ zum Einsatz an Schulen

Weitere Infodienst-Angebote

Übersicht: Forschungsprojekte

In den vergangenen Jahren hat die Anzahl an Forschungsprojekten zu den Themen Islamismus und Salafismus sowie phänomenübergreifende Betrachtungen von Extremismus und Radikalisierung stark zugenommen. Der Infodienst Radikalisierungsprävention bietet eine strukturierte Übersicht über diese Forschungsprojekte in Deutschland seit 2015.

www.bpb.de/infodienst-forschungsprojekte

2.5 – Ministerium für Kultur und Wissenschaft

Vom nordrhein-westfälischen *Ministerium für Kultur und Wissenschaft* wurden bislang etwa 1,4 Millionen Euro für die Erforschung des extremistischen Salafismus in NRW zur Verfügung gestellt. Damit wurden und werden neben dem Kompetenznetzwerk *CoRE-NRW* sechs Forschungsvorhaben gefördert.

Kompetenznetzwerk CoRE-NRW

2016 hat sich das Kompetenznetzwerk *CoRE-NRW (Connecting Research on Extremism in North Rhine-Westphalia)* zur Erforschung des extremistischen Salafismus gegründet. Es wird vom *Ministerium für Kultur und Wissenschaft* mit einer Koordinierungsstelle unterstützt. *CoRE-NRW* soll zum einen die wissenschaftliche Vernetzung über Institute und Fachdisziplinen hinweg stärken und damit die Debatten im Forschungsfeld fördern. Zum anderen will das Netzwerk gezielt den Wissenstransfer zwischen der Forschung und der sowohl sicherheitsbehördlichen als auch zivilgesellschaftlichen Praxis unterstützen.

Der Fokus von *CoRE-NRW* liegt zunächst auf dem Phänomen des extremistischen Salafismus, doch werden auch andere extremistische Erscheinungen und phänomenübergreifende Aspekte des Extremismus in den Blick genommen. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im *CoRE-NRW*-Netzwerk gehören verschiedenen Fachdisziplinen an, um eine inter- und transdisziplinäre Perspektive auf das Themenfeld zu ermöglichen. Das Netzwerk dient auch als Plattform zur Entwicklung neuer Forschungsideen.

Die Koordinierungsstelle des Netzwerks ist am *Bonn International Center for Conversion (BICC)* angesiedelt, das innerhalb des Netzwerks unter anderem Steuerungs-, Vernetzungs- und Vermittlungsfunktion wahrnimmt, Informationen und Forschungsergebnisse zusammenführt und Forschungsfragen identifiziert.

Der erste Zwischenbericht der *IMAG* hebt hervor, dass eine dauerhafte Finanzierung notwendig ist. Auch der Verfassungsschutzbericht NRW über das Jahr 2017 betont die Bedeutung von *CoRE-NRW* als Basis für die Vernetzung von Sicherheitsbehörden, Wissenschaft und Prävention.

Online-Unterrichtsmaterialien auf www.digital-salam.de

Die Materialien des Projekts www.digital-salam.de sollen aufklären und den reflektierten Umgang mit vereinfachenden Weltbildern fördern. Sie wurden vom *Research Center for Online Discourses, Islam and Narratives (ReCOIN)* des *Zentrums für Islamische Theologie Münster (ZIT)* entwickelt. Das Projekt wurde vom *Ministerium für Kultur und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen* gefördert. Die Materialien sind auf dem Online-Portal www.digital-salam.de verfügbar.

5 Ausführliche Informationen zu den einzelnen Projekten finden Sie auf den jeweiligen Projekt-Websites, die in Abschnitt 7, S. 101 aufgeführt sind.

6 Ausführliche Informationen zu den einzelnen Projekten finden Sie auf den jeweiligen Projekt-Websites, die in Abschnitt 7, S. 101 aufgeführt sind.

2.6 – Landeszentrale für politische Bildung

Die *Landeszentrale für politische Bildung NRW* informiert auf dem Portal www.gegen-gewaltbereiten-salafismus.nrw über gewaltbereiten Salafismus und die Präventionsangebote der Landesregierung. Darüber hinaus führt sie in Kooperation mit Ministerien Veranstaltungsreihen durch, bietet Publikationen und Filme zum Thema an und fördert Projekte der Primärprävention.⁷

Veranstaltungsreihen

- *Einstiegsprozesse in den Rechtsextremismus und Islamismus* (in Kooperation mit *Innenministerium*)
- *Starke Moscheegemeinden – Starke Jugend* (in Kooperation mit *Integrations- und Innenministerium*)
- *Vielfältiger Islam versus gewaltbereiter Salafismus* (in Kooperation mit *Schul-, Integrations- und Innenministerium*)

Publikationen und Filmangebot

Verschiedene Publikationen und Filmangebote aus dem Angebot der *Landeszentrale für politische Bildung NRW* informieren zu den Themen „Islam“ und „Gewaltbereiter Salafismus“. Darüber hinaus bieten Dokumentationen Einblicke in das Spektrum des Islamismus in Deutschland sowie die Rekrutierungsmethoden von Extremistinnen und Extremisten.

Die Handreichung „Islam und gewaltbereiter Salafismus“ bietet eine umfangreiche Materialsammlung für pädagogische Fachkräfte. Sie informiert außerdem über Beratungsstellen und Projekte zum Thema.

Geförderte Projekte

Die *Landeszentrale für politische Bildung NRW* fördert Präventionsprojekte zivilgesellschaftlicher Träger und führt auch selber Projekte durch, wie beispielsweise die Demokratie-Tour:

- *Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS) Landesstelle NRW e. V.*: Schulungsprojekt *Plan P*. (Kofinanzierung: *Demokratie leben!*)
- *Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS) Landesstelle NRW e. V. und Ufuq e. V.*: Medienprojekt *bildmachen* (Kofinanzierung: *Innenministerium*)
- Verschiedene Träger: Stadtteilprojekt *Demokratiewerkstätten*
- Partizipationsprojekt *Demokratie-Tour*

2.7 – Ministerium der Justiz

Zentrum für Interkulturelle Kompetenz der Justiz NRW

Das vom nordrhein-westfälischen *Ministerium der Justiz* eingerichtete *Zentrum für Interkulturelle Kompetenz der Justiz NRW (ZIK)* soll Justizmitarbeiterinnen und -mitarbeiter bei der Bewältigung der alltäglichen Herausforderungen unterstützen, die sich aus der zunehmenden Diversität der Gesellschaft ergeben. Es hat seinen Sitz in Essen und ist organisatorisch an die *Justizakademie des Landes Nordrhein-Westfalen* angebunden.

Ein Aufgabenbereich des Zentrums ist die Befassung mit justiziellen Fragen der Extremismusprävention und -bekämpfung. Professionelles Wissensmanagement, Fortbildungen, praktische Arbeitshilfen und Netzwerkarbeit sollen die Justizangehörigen darin unterstützen, extremistische Tendenzen frühzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzutreten. Besonderes Augenmerk liegt nach eigenen Angaben auf der Vermeidung einer Radikalisierung im Justizvollzug.

3. Welche Rolle spielen die Akteure der Bundesebene in NRW?

3.1 – Arbeitsgruppen der Bundesländer

Die Behörden und besonders die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern stimmen sich bereits seit 2009 in der *Arbeitsgruppe Deradikalisierung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ)* über islamistischen Extremismus ab. Des Weiteren existieren verschiedene Bundesländer-Arbeitsgruppen im Rahmen der *Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK)*.

3.2 – Kooperationsnetzwerk der Beratungsstelle Radikalisierung des BAMF

Auch das Kooperationsnetzwerk der *Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* dient als Plattform für den Austausch zwischen Bund und Ländern. In Nordrhein-Westfalen übernimmt der *Verfassungsschutz* die Funktion der *Landeskoordinierungsstelle* im Rahmen des *BAMF*-Netzwerks.

Die vom *BAMF* finanzierten Beratungsstellen in NRW sind das *Beratungsnetzwerk Grenzgänger* mit Sitz in Bochum und die Beratungsstelle *HAYAT* mit ihrer Außenstelle in Bonn. Sie sind als zivilgesellschaftliche *Partner vor Ort* mit der aktiven Fallarbeit befasst. Dabei arbeitet das *Beratungsnetzwerk Grenzgänger (IFAK e. V.)* in ganz Nordrhein-Westfalen und die Beratungsstelle *HAYAT Bonn (ZDK Gesellschaft Demokratie Kultur gGmbH)* im südlichen Bereich Nordrhein-Westfalens.

⁷ Ausführliche Informationen zu den einzelnen Projekten finden Sie auf den jeweiligen Projekt-Websites, die in Abschnitt 7, S. 101 aufgeführt sind.

3.3 – BMFSFJ: Bundesprogramm Demokratie leben!

Über das Bundesprogramm *Demokratie leben!* des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) kofinanziert der Bund einen Teil der Präventionsarbeit auf den Ebenen der Länder und Kommunen.

Im Rahmen von *Demokratie leben!* werden in NRW 36 *Partnerschaften für Demokratie* gefördert. Dabei handelt es sich um lokale und regionale Bündnisse, die vor Ort passende Strategien für die konkrete Situation entwickeln.

In jedem Bundesland unterstützen *Landes-Demokratiezentren* die Weiterentwicklung von Konzepten und Strategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt. Sie sorgen für eine Vernetzung der lokalen Aktivitäten – insbesondere der *Partnerschaften für Demokratie*. In NRW ist das *Landes-Demokratiezentrum* bei der *Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen* in der *Landeszentrale für politische Bildung im Ministerium für Kultur und Wissenschaft* angesiedelt.

Des Weiteren werden im Rahmen von *Demokratie leben!* Modellprojekte zur Extremismusprävention in den Bereichen „Islamistischer Extremismus“, „Phänomenübergreifende Prävention: Wechselwirkungen einzelner Phänomene, Deeskalationsarbeit“ sowie „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ gefördert.

In NRW sind das die folgenden Projekte:

- 180° Wende Keepers A(ction)
(Jugendbildungs- und Sozialwerk Goethe e. V., Kofinanzierung Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales)
- 180° Wende-Punkt
(Jugendbildungs- und Sozialwerk Goethe e. V.)
- #kopfeinschalten – Kritisch gegen Verschwörungsdenken (SBZ Haard e. V.)
- ExPO – Extremismus Prävention Online
(IFAK e. V. – Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe – Migrationsarbeit)
- Local Streetwork #online-offline
(AVP – Akzeptanz, Vertrauen, Perspektive e. V.)
- re:vision (IFAK e. V. – Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe – Migrationsarbeit)

3.4 – Jugendmigrationsdienste: Respekt Coaches

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanziert auch das Programm *Respekt Coaches*. Es wird von den *Jugendmigrationsdiensten* (JMD) an rund 190 Standorten in allen Bundesländern umgesetzt. Die JMD kooperieren dafür mit Schulen und weiteren Partnern. Das Programm soll in Gruppenangeboten demokratische Werte für junge Menschen

erlebbar machen und sie in ihrer Persönlichkeit stärken. Schülerinnen und Schüler sollen den Wert einer vielfältigen Gesellschaft erfahren und lernen, unterschiedliche Weltanschauungen und Lebensweisen besser zu verstehen. Dies soll auch der Extremismusprävention dienen. In NRW gibt es 27 Standorte der *Respekt Coaches*.

3.5 – BAMF: Rückkehrkoordination

Kehren „IS“-Anhängerinnen und -Anhänger aus den ehemaligen Gebieten des selbst ernannten Islamischen Staates nach Deutschland zurück, sind verschiedene staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure involviert. Das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* (BAMF) hat 2019 in sieben Bundesländern Koordinationsstellen geschaffen, deren Aufgabe es ist, den gesamten Prozess im Blick zu behalten und die Zusammenarbeit der Behörden abzustimmen. Das Programm wird im Jahr 2020 weiter finanziert, über eine Weiterführung im Jahr 2021 wird noch entschieden.⁸ In NRW ist die Koordinationsstelle beim *Ministerium des Innern* in der Abteilung *Verfassungsschutz* im Referat *Prävention, Aussteigerprogramme* angesiedelt.

4. Wie arbeiten Landesebene und kommunale Ebene zusammen?

Über das Präventionsprogramm *Wegweiser* besteht mit 25 Anlaufstellen und regional aufgeteilten Wirkungsbereichen eine institutionell fest verankerte Zusammenarbeit zwischen der Landesebene und allen nordrhein-westfälischen Kommunen. Da durch das Programm keine neuen Strukturen geschaffen, sondern vor Ort bestehende verpflichtend eingebunden, gestärkt und miteinander vernetzt wurden, sind die Akteure in den Kommunen stark verankert. *Wegweiser* wird vollständig vom Land finanziert, ist unbefristet angelegt und wird durch das *Innenministerium* koordiniert (► siehe Abschnitt 2.2, S. 95).

Gemeinsam mit dem *Polizeilichen Staatsschutz* führt der nordrhein-westfälische *Verfassungsschutz* das Projekt *Kommunen gegen Extremismus* durch. Mit diesem Projekt gewährleisten *Polizei* und *Verfassungsschutz* gegenseitigen Informationsaustausch und Kooperation in der Extremismusprävention. Außerdem werden Informationsveranstaltungen für Beschäftigte der Kommunen und Landkreise angeboten (► siehe Abschnitt 2.2, S. 95).

Außerdem kooperiert das Land Nordrhein-Westfalen über die Projektarbeit im Rahmen der *Arbeit der Interministeriellen Arbeitsgruppe Salafismusprävention* mit verschiedenen kommunalen Stellen in Nordrhein-Westfalen.

⁸ Bundeszentrale für politische Bildung: **Interview: Wie das BAMF den Umgang mit Rückkehrenden koordiniert**, [kurz.bpb.de/o3t](https://www.kurz.bpb.de/o3t)

5. Welche zivilgesellschaftlichen Akteure sind aktiv und wie arbeiten staatliche Akteure mit ihnen zusammen?

In Nordrhein-Westfalen setzen viele zivilgesellschaftliche Akteure Projekte im Bereich der Prävention von Islamismus um. Gefördert werden sie sowohl mit Landes- als auch mit Bundesmitteln.

WEGWEISER

Über das Programm *Wegweiser* arbeitet das Land eng mit Akteuren in den Städten und Kommunen Nordrhein-Westfalens zusammen. *Wegweiser* nutzt bestehende zivilgesellschaftliche sowie kommunale Strukturen vor Ort und stärkt diese. Das Programm wird flächendeckend in Nordrhein-Westfalen angeboten, vom Land finanziert und im *Innenministerium* koordiniert (► siehe Abschnitt 2.2, S. 95).

PROJEKTE DER NRW-MINISTERIEN

Im Rahmen der primären Prävention fördern die NRW-Ministerien Projekte verschiedener zivilgesellschaftlicher Träger – unter anderem in den Bereichen politische Bildung, Demokratieförderung, gesellschaftliche Partizipation, Elternarbeit und Antidiskriminierungsarbeit (► siehe Abschnitt 2.3 bis 2.6, S. 96 ff.).

KOOPERATIONSNETZWERK DER BERATUNGSSTELLE RADIKALISIERUNG DES BAMF

Das *Beratungsnetzwerk Grenzgänger (IFAK e. V.)* und die Beratungsstelle *HAYAT Bonn (ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH)* sind als zivilgesellschaftliche Akteure in der Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit tätig. Sie werden durch das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* finanziert (► siehe Abschnitt 3.2, S. 98).

DEMOKRATIE LEBEN!

Im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* des *BMSFSJ* werden in NRW in der aktuellen Förderperiode fünf Modellprojekte zivilgesellschaftlicher Träger im Bereich Prävention von Islamismus gefördert. Das *Landes-Demokratiezentrum* im Rahmen des Bundesprogramms ist bei der *Landeszentrale für politische Bildung* angesiedelt (► siehe Abschnitt 3.3, S. 99).

6. Welche Besonderheiten gibt es in NRW hinsichtlich der Präventionsarbeit?

Wie einige andere Bundesländer hat auch Nordrhein-Westfalen eine *Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG Salafismusprävention)* gegründet, um seine Präventionsbemühungen gegen radikalen Islamismus zu bündeln und zu koordinieren. Das *Ministerium des Innern* und das *Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration* setzen sich nach eigenen Angaben im Rahmen ihrer Leitung der *IMAG* besonders dafür ein, dass auch alle weiteren Ressorts sich intensiv für Präventionsmaßnahmen engagieren. Das Ergebnis ist eine hohe Anzahl von Präventionsprojekten und -maßnahmen, die durch die verschiedenen NRW-Ministerien gefördert, koordiniert und umgesetzt werden.

Sowohl das Präventionsprogramm *Wegweiser* als auch das *Aussteigerprogramm Islamismus API* werden vom *Verfassungsschutz NRW* koordiniert. Es kann daher von einer insgesamt recht starken Einbindung der Sicherheitsbehörden in die Präventionsarbeit gesprochen werden, auch wenn der *Verfassungsschutz* beispielsweise im Programm *Wegweiser* nur dann in die konkrete Beratungsarbeit einbezogen wird, wenn eine Sicherheitsrelevanz vorliegt.

Das Programm *Wegweiser* kann aufgrund seiner Größe mit 25 Standorten hervorgehoben werden. Das Programm ist unbefristet angelegt und wird vollständig vom Land finanziert. Ein vergleichbares Programm existiert in keinem anderen Bundesland.

Besonders ist zudem das wissenschaftliche Kompetenznetzwerk *CoRE-NRW*, das vom *Bonn International Center for Conversion (BICC)* koordiniert wird. Das Netzwerk wird vom Land finanziert. Es soll eine Brücke zwischen Wissenschaft und Praxis schlagen sowie wissenschaftliche Erkenntnisse für das Land nutzbar machen.



7. Quellen, Anlaufstellen und Präventionsprojekte in Nordrhein-Westfalen

7.1 – Wichtige Quellen und Websites

Landeszentrale für politische Bildung NRW:
Gegen gewaltbereiten Salafismus
kurz.bpb.de/o3u

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW und
Ministerium für Inneres und Kommunales NRW (2017):
**Ganzheitliches Handlungskonzept zur
Bekämpfung des gewaltbereiten verfassungs-
feindlichen Salafismus (1. Zwischenbericht
der IMAG „Salafismusprävention“)**
kurz.bpb.de/o3r

Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und
Integration NRW und Ministerium des Innern NRW (2018):
**Teilhabe, Prävention und Deradikalisierung
(2. Bericht der IMAG „Salafismusprävention“)**
kurz.bpb.de/o3s

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW (2017):
**Verfassungsschutzbericht des Landes
Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2016 –
Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme**
kurz.bpb.de/o3v

Ministerium des Innern NRW (2018):
**Verfassungsschutzbericht des Landes
Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2017**
kurz.bpb.de/o3w

Ministerium des Innern NRW (2019):
**Verfassungsschutzbericht des Landes
Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2018**
kurz.bpb.de/lmx

Kurzlinks

Weil die Originallinks
häufig sehr lang sind,
hat die Redaktion Kurzlinks
erstellt. Diese leiten direkt
auf die entsprechenden
Seiten.

7.2 – Wegweiser

Ministerium des Innern NRW:
Wegweiser
kurz.bpb.de/o3x

Stadt Aachen:
Wegweiser in der Region Aachen
kurz.bpb.de/o3y

Stadt Wuppertal:
Wegweiser im Bergischen Land
kurz.bpb.de/o3z

AWO Kreisverband Bielefeld e. V.:
**Wegweiser in Bielefeld
und in den Kreisen Herford,
Gütersloh und Minden-Lübbecke**
kurz.bpb.de/o40

IFAK e. V. –
Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe –
Migrationsarbeit:
Wegweiser in Bochum und in Herne
kurz.bpb.de/o41

Stadt Bonn:
**Wegweiser in Bonn, im Kreis Euskirchen
und im Rhein-Sieg-Kreis**
kurz.bpb.de/o42

SIBP e. V. aus Coesfeld in Gemeinschaft mit
Pari Sozial Münsterland:
Wegweiser in den Kreisen Borken und Coesfeld
kurz.bpb.de/o43

Multikulturelles Forum e. V.:
Wegweiser in Dortmund, Hamm und im Kreis Unna
kurz.bpb.de/o43

Kreis Düren:
Wegweiser in den Kreisen Düren und Heinsberg

Düsseldorfer Wegweiser e. V.:
**Wegweiser in Düsseldorf
und im Kreis Mettmann**
kurz.bpb.de/o44

AWO Bezirksverband Niederrhein e. V.:
Wegweiser in Duisburg
kurz.bpb.de/o45

Stadt Essen:

Wegweiser in Essen

kurz.bpb.de/o46

IFAK e. V. –

Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe –
Migrationsarbeit:

Wegweiser in Gelsenkirchen

kurz.bpb.de/o47

AWO Unterbezirk Hagen-Märkischer Kreis:

**Wegweiser in Hagen, im Ennepe-Ruhr-Kreis
und im Märkischen Kreis**

kurz.bpb.de/o48

AWO UB Hochsauerland/Soest:

**Wegweiser im Hochsauerlandkreis
und im Kreis Soest**

AWO Kreisverband Köln e. V.:

**Wegweiser in Köln, Leverkusen
und im Rhein-Erft-Kreis**

kurz.bpb.de/o49

Internationaler Bund West:

Wegweiser in Krefeld und im Kreis Kleve

AWO Ostwestfalen-Lippe:

**Wegweiser in den Kreisen Lippe, Höxter
und Paderborn**

PariTeam Gemeinnützige Gesellschaft für
soziale Dienste mbH:

**Wegweiser in Mönchengladbach
und im Kreis Viersen**

kurz.bpb.de/o4a

Verein sozial-integrativer Projekte Münster e. V.:

**Wegweiser in Münster und in den Kreisen
Steinfurt und Warendorf**

kurz.bpb.de/o4b

Ruhrwerkstatt Kultur-Arbeit im Revier e. V.:

**Wegweiser in Oberhausen
und Mülheim an der Ruhr**

kurz.bpb.de/o4c

BRÜCKE Siegen e. V.:

**Wegweiser im Kreis Olpe
und Kreis Siegen-Wittgenstein**

AWO Rhein-Oberberg e. V.:

**Wegweiser im Rheinisch-Bergischen Kreis
und im Oberbergischen Kreis**

AWO Bezirksverband Niederrhein e. V.:

Wegweiser im Rhein-Kreis Neuss

kurz.bpb.de/o4d

RE/init e. V.:

**Wegweiser im Vest –
Recklinghausen und Bottrop**

kurz.bpb.de/o4e

Internationaler Bund e. V.:

Wegweiser im Kreis Wesel

kurz.bpb.de/o4f

Einige der Wegweiser-Standorte verfügten zu
Redaktionsschluss noch nicht über eine Website.

7.3 – Weitere Anlaufstellen und Präventionsprojekte

Aktion Gemeinwesen und Beratung e. V.:

Zusammenhalt Jetzt!

kurz.bpb.de/o4g

Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS)

Landesstelle NRW e. V.:

Plan P.

kurz.bpb.de/o4h

Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS)

Landesstelle NRW e. V. und Ufuq e. V.:

bildmachen

kurz.bpb.de/i4p

AVP – Akzeptanz, Vertrauen, Perspektive e. V.:

Local Streetwork #online-offline

kurz.bpb.de/o4i

Bonn International Center for Conversion

(BICC) GmbH:

CoRE-NRW

kurz.bpb.de/o4j

Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend:

Landes-Demokratiezentrum NRW

kurz.bpb.de/o4l

HennaMond e. V.:

Champs

kurz.bpb.de/o4m

IFAK e. V.:

Beratungsnetzwerk Grenzgänger

kurz.bpb.de/o4n

IFAK e. V.:
Bildungsprojekt zur Elternarbeit von IFAK
kurz.bpb.de/o4o

IFAK e. V.:
ExPO – Extremismus Prävention Online
kurz.bpb.de/o4p

IFAK e. V.:
re:vision
kurz.bpb.de/o4q

Jugendbildungs- und Sozialwerk Goethe e. V.:
180° Wende Keepers A(ction)
kurz.bpb.de/o4r

Jugendbildungs- und Sozialwerk Goethe e. V.:
180° Wende-Punkt
kurz.bpb.de/o4s

Landesarbeitsgemeinschaft
Jungenarbeit in NRW e. V.:
Irgendwie hier!
Flucht – Migration – Männlichkeiten
kurz.bpb.de/o4t

Landeszentrale für politische Bildung NRW:
Demokratie-Tour
kurz.bpb.de/o4u

Ministerium des Innern NRW und
Ministerium für Schule und Bildung NRW:
Angebote für Schulen
kurz.bpb.de/o4v

Ministerium des Innern NRW:
Aussteigerprogramm Islamismus
kurz.bpb.de/o4w

Ministerium der Justiz NRW:
Zentrum für Interkulturelle Kompetenz
kurz.bpb.de/o4x

Ministerium für Schule und Bildung NRW:
Beratungsprojekt zur Präventionsarbeit an Schulen
kurz.bpb.de/o4y

Ministerium für Schule und Bildung NRW:
**Interkulturelle Schulentwicklung –
Demokratie gestalten**
kurz.bpb.de/o4z

Ministerium für Schule und Bildung NRW:
**Notfallordner „Hinsehen und Handeln“
zum Einsatz an Schulen**
kurz.bpb.de/o50

Ministerium für Schule und Bildung NRW:
Schulaustausch zur Extremismusprävention
kurz.bpb.de/o51

Research Center for Online Discourses,
Islam and Narratives (ReCOIN)
des Zentrums für Islamische Theologie Münster (ZIT):
digital-salam.de
kurz.bpb.de/j4o

SBZ Haard e. V.:
**#kopfeinschalten –
Kritisch gegen Verschwörungsdenken**

Studierende des Instituts für Journalismus
und Public Relations der Westfälischen
Hochschule Gelsenkirchen:
**Videoprojekt – Lebensentwürfe muslimischer
Frauen und Mädchen**
kurz.bpb.de/o52

Verschiedene Träger:
Demokratiewerkstätten
kurz.bpb.de/o53

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH:
HAYAT-Deutschland
kurz.bpb.de/nru

Präventionsarbeit ist ein dynamischer Bereich mit vielen aktuellen Entwicklungen. Die Redaktion freut sich daher über Ihre Hinweise auf Akteure, Aktivitäten oder Zusammenhänge, die in diesem Beitrag nicht berücksichtigt wurden.

Schreiben Sie uns gerne eine E-Mail an: radikalisierungspraevention@redaktion-kauer.de

Staatliche Akteure

Ministerium für Bildung

angesiedelt beim BM

Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz

angesiedelt beim Mdi

Landeskriminalamt

Verfassungsschutz

Präventionsagentur gegen Extremismus

Leitstelle „Kriminalprävention“

Steuerungsgruppe Islamismus

Ministerium des Innern und für Sport

Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz

angesiedelt beim MFFJIV

Referat 739: Demokratieförderung, Gewalt- und Extremismusprävention
Koordiniert die Präventionsarbeit

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung

Demozentrum Rheinland-Pfalz

Beratungsstelle Salam

Koordinierungsstelle DivAN
Kofinanzierung: MFFJIV

Zivilgesellschaft

Runder Tisch Islam

Muslimische Organisationen
u. a. DITB, Zentralrat der Muslime, Verband der Islamischen Kulturzentren

DLI
Wertraum – Demokratiebildung im Strafvollzug
Werkzeug
Kofinanzierung: Ministerium der Justiz

DLI
Modellprojekte (Konzeptionsphase)

DLI
Partnerschaften für Demokratie

DLI
Präventionsnetzwerk DivAN

DLI Gefördert durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Staatliche Akteure

Zusammenschluss staatlicher Akteure

Zusammenschluss staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure

Träger: staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure

Zivilgesellschaftliche Akteure



Rheinland-Pfalz



Das Konzept zur Verhinderung islamistischer Radikalisierung junger Menschen in Rheinland-Pfalz beinhaltet neben sicherheitspolitischen und strafrechtlichen Maßnahmen vor allem gesellschaftspolitische und pädagogische Initiativen. Die Koordination liegt beim *Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz*. Das *Bildungs-* und das *Innenministerium* sowie das *Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung* sind weitere wichtige Akteure.

1. Gibt es eine landeseigene Präventionsstrategie im Bereich Islamismus?

Der rheinland-pfälzische Ministerrat hat im September 2015 das *Konzept zur Verhinderung islamistischer Radikalisierung junger Menschen in Rheinland-Pfalz* beschlossen. Neben sicherheitspolitischen oder strafrechtlichen Maßnahmen sollen vor allem gesellschaftspolitische und pädagogische Initiativen präventiv wirken. Koordiniert wird das Konzept vom *Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz*. Unterstützt wird die Arbeit insbesondere durch das *Bildungs-* und das *Innenministerium* des Landes. Mit der Ausführung wesentlicher Teile ist das *Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung* betraut.¹

2. Wie ist die Präventionsarbeit organisiert?

2.1 – Referat Demokratieförderung, Gewalt- und Extremismusprävention

Die Präventionsarbeit in Rheinland-Pfalz wird in wesentlichen Teilen vom *Referat 739, Demokratieförderung, Gewalt- und Extremismusprävention* koordiniert, das im *Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz* angesiedelt ist. Das *Referat* ist zuständig für die Konzeption, Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit und Evaluation des *Konzepts zur Verhinderung islamistischer Radikalisierung*. Es koordiniert weiterhin die interministerielle Arbeitsgruppe *Koordination Prävention gegen Gewalt*. Das *Referat* unterstützt auch die Landesstellen bundes-

weiter Anbieterorganisationen wie *Netzwerk für Demokratie und Courage*, die Projektstage zur Sensibilisierungs- und Antidiskriminierungsarbeit anbieten.

2.2 – Steuerungsgruppe Islamismus

Verantwortlich für Zielvorgabe und Strategie der Islamismusprävention in Rheinland-Pfalz ist die *Steuerungsgruppe Islamismus*. Sie begleitet die Maßnahmen und soll strategische Impulse an das *Referat 739, Demokratieförderung, Gewalt- und Extremismusprävention* weitergeben.

In der Steuerungsgruppe vertreten sind die folgenden Ministerien und Behörden:

- *Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz* (federführend)
- *Ministerium des Innern und für Sport*
- *Landeskriminalamt*
- *Verfassungsschutz*
- *Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung*

2.3 – Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz

Die Umsetzung der Maßnahmen der rheinland-pfälzischen Präventionsstrategie wird maßgeblich vom *Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz* organisiert, das auch als *Landeskoordinierungsstelle* des Bundesprogramms *Demokratie leben!* fungiert. Das *Demokratiezentrum* ist im *Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung* verortet.

¹ Landtag Rheinland-Pfalz: *Antwort des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen auf die Kleine Anfrage von Pia Schellhammer (Bündnis 90/Die Grünen), Thema: Prävention: Umsetzung des „Konzepts zur Verhinderung islamistischer Radikalisierung junger Menschen in Rheinland-Pfalz“, S. 2, kurz.bpb.de/o0s*

Koordinierungsstelle DivAN

Das *Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz* (damals noch *Landeskoordinierungsstelle Demokratie leben!*) rief 2015 die *Koordinierungsstelle DivAN* (*Diversitätsorientierte Arbeit im Netzwerk*) ins Leben, um die präventiven Aktivitäten gegen religiös begründete Radikalisierung in Rheinland-Pfalz zu bündeln. Die *Koordinierungsstelle DivAN* ist als Teil des Bundesprogramms *Demokratie leben! im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung* angesiedelt und versteht sich als Ansprechpartner und Unterstützer der Prävention.

Die *Koordinierungsstelle DivAN* fördert die Kommunikation zwischen Ministerien, Verwaltung, Schulen, Sicherheitsbehörden sowie Zivilgesellschaft. *DivAN* bietet zudem Fachtage, Fortbildungen und Informationsveranstaltungen an, um die präventiven Aktivitäten zu vernetzen. Das Angebot richtet sich an Multiplikatoren und Fachkräfte sowie Ehrenamtliche der Jugend-, Sozial- und Gemeindeförderung, der Jugendpflege und aus Moscheegemeinden, der politischen Bildung, aus Beiräten für Migration und Integration, an Lehrkräfte, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie an Polizei und Justiz.

Für die Weiterentwicklung der Präventionsarbeit nimmt die *Koordinierungsstelle DivAN* im Rahmen der koordinierten Vernetzungsarbeit und des Austauschs mit rheinland-pfälzischen Präventionsprojekten Bedarfe auf. Gleichzeitig sollen die einzelnen Projekte positive Ansätze oder Praktiken ihrer Präventionsarbeit an *DivAN* weiterleiten, sodass diese Informationen anderen Akteuren weiterhelfen können.

Die *Koordinierungsstelle DivAN* steuert auch das *Präventionsnetzwerk DivAN*. Dabei handelt es sich um einen freiwilligen Zusammenschluss von Akteuren der Präventionsarbeit gegen religiös begründete Radikalisierung. Circa 20 bis 30 Personen treffen sich in der Regel zweimal jährlich.

Beratungsstelle Salam

In enger Zusammenarbeit mit *DivAN* spielt die *Beratungsstelle Salam* eine wichtige Rolle in der Umsetzung des Konzepts zur Verhinderung islamistischer Radikalisierung. Ebenso wie *DivAN* ist auch die *Beratungsstelle* im *Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung* angesiedelt.

Die Beratung von *Salam* richtet sich an Menschen, die von islamistischer Radikalisierung betroffen sind, sich auf der Schwelle zur Radikalisierung befinden oder bereits radikalisiert sind. Außerdem berät *Salam* Eltern, Angehörige und Freunde sowie Fachkräfte. Die Beratung wird durchgeführt von einem Team sozialpädagogisch geschulter Fachkräfte aus den Bereichen Sozialpädagogik, Erziehungs- und Politikwissenschaft sowie Islamwissenschaft.

Weitere Infodienst-Angebote

Termine und Stellenangebote

Die Redaktion des Infodienstes stellt Veranstaltungshinweise, Fortbildungen und Stellenangebote aus dem Themenfeld Radikalisierungsprävention zusammen.

www.bpb.de/infodienst-termine-stellen

Salam steht in regelmäßigem Austausch mit den Sicherheitsbehörden in Bund und Land. Darüber hinaus kann die *Beratungsstelle Salam* jederzeit anlassbezogen Vertreterinnen und Vertreter des *Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie*, des *Ministeriums für Justiz* und des *Ministeriums für Bildung* in ihre Arbeit einbeziehen.

Planspiele

Der Arbeitsbereich *Planspiele* beim *Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz* bietet Spiele mit unterschiedlicher Themensetzung an. Im Planspiel „Islam und Islamfeindlichkeit“ wird durch ein Rollenspiel, das sich in der Regel über einen Tag erstreckt, durch aktive, unterstützte und reflektierte Rollenübernahme sehr nachhaltig ein Bewusstsein für das Umgehen mit vorurteilsbelasteten und hetzenden Ideologien gefördert.

2.4 – Landeskriminalamt und Verfassungsschutz

Die rheinland-pfälzischen Sicherheitsbehörden bieten für unterschiedliche Berufs- und Zielgruppen Informationsveranstaltungen an, um sie bei der Früherkennung von Radikalisierungsprozessen zu unterstützen, zum Beispiel für Lehrerinnen und Lehrer, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Jugendämtern sowie der freien Jugendarbeit oder der *Caritas*.

2.5 – Präventionsagentur gegen Extremismus

Mit der im Juni 2008 beim rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz eingerichteten *Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus* wurde die Bekämpfung des Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz intensiviert. Die Agentur wurde im Jahr 2017 in *Präventionsagentur gegen Extremismus* umbenannt. Unter dem Motto „Prävention durch Information“ berichtet die *Präventionsagentur* über das gesamte Spektrum extremistischer und sicherheitsgefährdender Bestrebungen. Neben dem Rechtsextremismus bildet dabei insbesondere der Islamismus einen Schwerpunkt. Die Agentur fungiert zudem als Ansprechpartner innerhalb der Landesverwaltung.

2.6 – Anlaufstellen für Schulen

Anlaufstellen für Schulen sind in der Handreichung „Islamismus – erkennen und vorbeugen. Handreichung zum Umgang mit Radikalisierungsprozessen im Kontext Schule“² des *Pädagogischen Landesinstituts Rheinland-Pfalz* aufgeführt. An erster Stelle stehen die *Beratungsstelle Salam*, das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* und die *Polizei Rheinland-Pfalz*. Jede rheinland-pfälzische Polizeiinspektion hat ein Sachgebiet „Jugend“, das mit den Schulen im Land in Kontakt steht und bei Fragen als Ansprechpartner dient. Über diese zentralen Anlaufstellen hinaus listet die Handreichung die *Häuser des Jugendrechts* in Kaiserslautern, Koblenz, Ludwigshafen, Mainz und Trier ebenso auf wie die Schulaufsichtsbereiche der *Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD)*. Darüber hinaus werden durch das *Bildungsministerium Rheinland-Pfalz* laufend aktualisierte, fachlich und organisatorisch tiefgehende Handreichungen für die Kriseninterventionsteams an den Schulen angeboten.

3. Welche Rolle spielen die Akteure der Bundesebene in Rheinland-Pfalz?

3.1 – Arbeitsgruppen der Bundesländer

Die Behörden und besonders die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern stimmen sich bereits seit 2009 in der *Arbeitsgruppe Deradikalisierung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ)* über islamistischen Extremismus ab. Des Weiteren existieren verschiedene Bundesländer-Arbeitsgruppen im Rahmen der *Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK)*.

3.2 – Kooperationsnetzwerk der Beratungsstelle Radikalisierung des BAMF

Auch das Kooperationsnetzwerk der *Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* dient als Plattform für den Austausch zwischen Bund und Ländern. In Rheinland-Pfalz übernimmt das Referat *Jugendpolitik, Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Demokratieerziehung*, angesiedelt beim *Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz*, die Funktion der *Landeskoordinierungsstelle* im Rahmen des *BAMF-Netzwerks*. Die *Beratungsstelle Salam* ist als zivilgesellschaftlicher *Partner vor Ort* mit der aktiven Fallarbeit befasst.

3.3 – BMFSFJ: Bundesprogramm Demokratie leben!

Über das Bundesprogramm *Demokratie leben!* des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* kofinanziert der Bund einen Teil der Präventionsarbeit auf den Ebenen der Länder und Kommunen.

Im Rahmen von *Demokratie leben!* werden in Rheinland-Pfalz 16 *Partnerschaften für Demokratie* gefördert. Dabei handelt es sich um lokale und regionale Bündnisse, die vor Ort passende Strategien für die konkrete Situation entwickeln.

In jedem Bundesland unterstützen *Landes-Demokratiezentren* die Weiterentwicklung von Konzepten und Strategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt. Sie sorgen für eine Vernetzung der lokalen Aktivitäten – insbesondere der *Partnerschaften für Demokratie*. Das *Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz* ist beim *Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung* angesiedelt.

Des Weiteren werden im Rahmen von *Demokratie leben!* Modellprojekte zur Extremismusprävention in den Bereichen „Islamistischer Extremismus“, „Phänomenübergreifende Prävention: Wechselwirkungen einzelner Phänomene, Deeskalationsarbeit“ sowie „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ gefördert.

In Rheinland-Pfalz ist es das folgende Projekt:

- *Wertraum – Demokratiebildung im Strafvollzug* (Werkzeug e. V.)

3.4 – Jugendmigrationsdienste: Respekt Coaches

Das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* finanziert auch das Programm *Respekt Coaches*. Es wird von den *Jugendmigrationsdiensten (JMD)* an rund 190 Standorten in allen Bundesländern umgesetzt. Die *JMD* kooperieren dafür mit Schulen und weiteren Partnern. Das Programm soll in Gruppenangeboten demokratische Werte für junge Menschen erlebbar machen und sie in ihrer Persönlichkeit stärken. Schülerinnen und Schüler sollen den Wert einer vielfältigen Gesellschaft erfahren und lernen, unterschiedliche Weltanschauungen und Lebensweisen besser zu verstehen. Dies soll auch der Extremismusprävention dienen. In Rheinland-Pfalz gibt es elf Standorte der *Respekt Coaches*.

² Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz: **Islamismus – erkennen und vorbeugen. Handreichung zum Umgang mit Radikalisierungsprozessen im Kontext Schule**, [kurz.bpb.de/fj9c](https://www.kurz.bpb.de/fj9c)

4. Wie arbeiten Landesebene und kommunale Ebene zusammen?

4.1 — Leitstelle Kriminalprävention

Abstimmungen in die kommunale Ebene erfolgen über die *Leitstelle Kriminalprävention*, die im *Ministerium des Innern und für Sport* angesiedelt ist. Sie gehört zum rheinland-pfälzischen *Landespräventionsrat*, einem unabhängigen Beratungsgremium der rheinland-pfälzischen Regierung mit dem Ziel der Kriminalitätsverhütung.

Die *Leitstelle* bietet für unterschiedliche Berufs- und Zielgruppen Informationsveranstaltungen an, um sie bei der Früherkennung von Radikalisierungsprozessen zu unterstützen, zum Beispiel für Lehrerinnen und Lehrer, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Jugendämtern sowie Polizistinnen und Polizisten.

5. Welche zivilgesellschaftlichen Akteure sind aktiv und wie arbeiten staatliche Akteure mit ihnen zusammen?

5.1 — Präventionsnetzwerk DivAN

Die Zusammenarbeit des Landes Rheinland-Pfalz mit zivilgesellschaftlichen Akteuren erfolgt insbesondere im *Präventionsnetzwerk DivAN* (► siehe Abschnitt 2, S. 105). Dort sind zivilgesellschaftliche Akteure als Träger von Präventionsprojekten und als Mitwirkende an der Weiterentwicklung der Präventionsarbeit vertreten.

5.2 — Runder Tisch Islam

Ein weiteres Beispiel für die Zusammenarbeit des Landes mit zivilgesellschaftlichen Akteuren ist der *Runde Tisch Islam*, der einen institutionalisierten Dialog zwischen der Landesregierung und Menschen muslimischen Glaubens etablieren soll. Ziel des Runden Tisches ist die Anerkennung und Teilhabe von Musliminnen und Muslimen in Rheinland-Pfalz. Dazu werden konkrete Maßnahmen diskutiert, beispielsweise Konzepte zur qualitativen und quantitativen Ausweitung des islamischen Religionsunterrichts an Schulen oder die Einrichtung zweier Professuren für Islamische Theologie an einer rheinland-pfälzischen Universität.

Am vierteljährlich tagenden *Runden Tisch Islam* sind 23 Organisationen unterschiedlicher Größenordnung vertreten, darunter die *Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB)*, der *Zentralrat der Muslime (ZMD)*, der *Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ)* sowie die *Kosovarisch-Islamische Gemeinde* und die *Ahmadiyya Muslim Jamaat*. Geleitet wird der *Runde Tisch* von dem Beauftragten der *Landesregierung für Migration und Integration (Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz)*.

5.3 — Werkzeug: Wertraum – Demokratiebildung und Extremismusprävention in rheinland-pfälzischen Haftanstalten

Im Rahmen des Projekts *Wertraum* wird der Verein *Werkzeug e. V.* in Zusammenarbeit mit dem rheinland-pfälzischen *Justizministerium* Angebote der Demokratiebildung und Prävention im Kontext von politischem und religiös begründetem Extremismus in Haftanstalten anbieten. Dies beinhaltet Gruppenangebote für Inhaftierte sowie Fortbildungen für Bedienstete in Haftanstalten und der Bewährungshilfe. Das Projekt wird von 2020 bis 2024 durch das *BMFSFJ* im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* gefördert.

5.4 — Modellprojekte mit Förderung durch Demokratie leben!

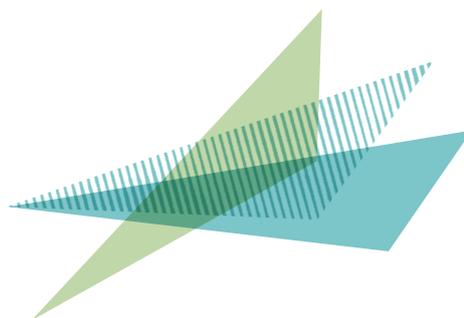
Weitere Modellprojekte befinden sich derzeit in der Konzeptionsphase. Sie werden im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* des *BMFSFJ* gefördert werden. Die Modellprojekte werden vom *Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz* koordiniert.

6. Welche Besonderheiten gibt es in Rheinland-Pfalz hinsichtlich der Präventionsarbeit?

Eine Besonderheit der rheinland-pfälzischen Präventionsarbeit ist der Fokus auf die gesellschaftspolitische und pädagogische Arbeit. Zentrale Akteure sind das *Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz* und bei ihm angesiedelte Behörden. Die Sicherheitsbehörden spielen in der Präventionsarbeit gegen Islamismus in Rheinland-Pfalz keine so zentrale Rolle wie in anderen Bundesländern.

Besonders ist in Rheinland-Pfalz außerdem, dass wesentliche Bestandteile der Primärprävention und der Beratungs- und Distanzierungsarbeit durch staatliche Stellen ausgeführt werden und nicht durch zivilgesellschaftliche Träger, wie es in vielen anderen Bundesländern üblich ist. Wesentliche Akteure wie *DivAN* und die *Beratungsstelle Salam* sind beim *Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung* angesiedelt.

Auch der *Runde Tisch Islam* des *Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz*, an dem verschiedene muslimische Organisationen teilnehmen, ist eine Besonderheit.



7. Quellen, Anlaufstellen und Präventionsprojekte in Rheinland-Pfalz

7.1 – Wichtige Quellen und Websites

Landtag Rheinland-Pfalz (2018):

Antwort des Ministeriums des Innern und für Sport auf die Kleine Anfrage von Matthias Lammert (CDU), Thema: Gefährder und Islamisten im Landkreis Alzey-Worms III

kurz.bpb.de/nxp

Landtag Rheinland-Pfalz (2015):

Antwort des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen auf die Kleine Anfrage von Pia Schellhammer (Bündnis 90/Die Grünen), Thema: Prävention: Umsetzung des „Konzepts zur Verhinderung islamistischer Radikalisierung junger Menschen in Rheinland-Pfalz“

kurz.bpb.de/o0s

Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz (2018):

Runder Tisch Islam: Islamische Verbände begrüßen Fortsetzung des Dialogs

kurz.bpb.de/nxs

Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen (2015):

Konzept zur Verhinderung islamistischer Radikalisierung junger Menschen in Rheinland-Pfalz

kurz.bpb.de/nxr

Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz (2017):

Islamismus – erkennen und vorbeugen. Handreichung zum Umgang mit Radikalisierungsprozessen im Kontext Schule

kurz.bpb.de/j9c

Kurzlinks

Weil die Originallinks häufig sehr lang sind, hat die Redaktion Kurzlinks erstellt. Diese leiten direkt auf die entsprechenden Seiten.

7.2 – Anlaufstellen und Präventionsprojekte

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung:

Beratungsstelle Salam

kurz.bpb.de/nxu

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung:

Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz

kurz.bpb.de/nxt

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung:

Koordinierungsstelle und Präventionsnetzwerk DivAN (Diversitätsorientierte Arbeit im Netzwerk)

kurz.bpb.de/nxv

Ministerium des Innern und für Sport:

Leitstelle Kriminalprävention

kurz.bpb.de/nxw

Ministerium des Innern und für Sport:

Präventionsagentur gegen Extremismus

kurz.bpb.de/nxx

Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz:

Referat Demokratieförderung, Gewalt- und Extremismusprävention

kurz.bpb.de/nxy

Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz:

Runder Tisch Islam

kurz.bpb.de/nxz

Werkzeug e. V.:

Wertraum – Demokratiebildung und Extremismusprävention in rheinland-pfälzischen Haftanstalten

kurz.bpb.de/ny0

Präventionsarbeit ist ein dynamischer Bereich mit vielen aktuellen Entwicklungen. Die Redaktion freut sich daher über Ihre Hinweise auf Akteure, Aktivitäten oder Zusammenhänge, die in diesem Beitrag nicht berücksichtigt wurden.

Schreiben Sie uns gerne eine E-Mail an: radikalisierungspraevention@redaktion-kauer.de

Saarland / Akteure und Organisation der Islamismusprävention

Staatliche Akteure

Landtag des Saarlandes

angesiedelt beim Landtag

Landesinstitut für Präventives Handeln

Ministerium für Inneres, Bauen und Sport

angesiedelt beim MIBS

Staats- und Verfassungsschutz

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

angesiedelt beim MSGFF

Landes-Demokratiezentrum
Koordiniert Präventionsmaßnahmen im Saarland

Ministerium für Bildung und Kultur

angesiedelt beim MBK

Landesinstitut für Pädagogik und Medien
Landeszentrale für politische Bildung

Zivilgesellschaft

Yallah! – Fach- und Präventionsstelle Islamismus und antimuslimischer Rassismus

FITT-Institut für Technologietransfer an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes
Koffinanzierung: Sozialministerium

Yallah Justiz – Radikalisierungsprävention im Strafvollzug Saar

FITT-Institut für Technologietransfer an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes

Check-In

Arbeiterwohlfahrt
Finanzierung: Landesmittel des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Glaubenssache Sport

Landessportverband

Partnerschaften für Demokratie

Regelmäßige Netzwerk- und AG-Sitzungen
Projekträger im Bundesprogramm DLI

- DLI** Gefördert durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“
- Abstimmung zwischen den Akteuren
- Staatliche Akteure
- Zivilgesellschaftliche Akteure
- Zusammenschluss staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure
- Träger: staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure



Saarland



Im Saarland wird ein enger Kontakt von zivilgesellschaftlichen Trägern und Partnern mit staatlichen Akteuren in den Bereichen der Prävention und Deradikalisierung gepflegt. Dieser ständige Austausch ist zentraler Bestandteil der saarländischen Radikalisierungsprävention im Bereich Islamismus. Aktuell wird eine neue Netzwerkstruktur entwickelt, die diese Zusammenarbeit noch effizienter gestalten soll. Wichtigster Akteur der saarländischen Islamismusprävention ist dabei *Yallah! Fach- und Präventionsstelle Islamismus und antimuslimischer Rassismus*.

1. Gibt es eine landeseigene Präventionsstrategie im Bereich Islamismus?

Derzeit vernetzt das *Landes-Demokratiezentrum*, angesiedelt beim *Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie*, Vereine und Organisationen, die sich im Bereich der Islamismusprävention engagieren. Es erfolgt ein enger Austausch mit den Sicherheitsbehörden (*Staats- und Verfassungsschutz*) beim *Ministerium für Inneres, Bauen und Sport*.

Die Zusammenarbeit zwischen den zivilgesellschaftlichen Trägern und den Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden wird aktuell neu konzipiert, um eine optimale Prävention und Intervention im Bereich des Islamismus zu gewährleisten.

2. Wie ist die Präventionsarbeit organisiert?

2.1 – Landes-Demokratiezentrum

Die zentrale Koordination der saarländischen Präventionsarbeit im Bereich Extremismus erfolgt über das *Landes-Demokratiezentrum*, das bei der *Stabsstelle Integration* im *Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie* angesiedelt ist.

Innerhalb der *Stabsstelle* werden auch die Landesmittel zur Extremismusprävention und Demokratieförderung verwaltet. Die *Stabsstelle* nimmt ferner eine vernetzende Rolle im Bundesprogramm *Zusammenhalt durch Teilhabe* wahr.

Das saarländische *Landes-Demokratiezentrum* koordiniert die Zusammenarbeit staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure. Im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit der *Fachstelle Yallah!*. Es finden regelmäßige Netzwerk- und Arbeitsgruppensitzungen statt, bei denen die Entwicklungen in verschiedenen Bereichen des Extremismus thematisiert werden. Eine Arbeitsgruppe beschäftigt sich auch mit dem Themengebiet „Religiös begründeter Extremismus“.

Die *Opferberatungsstelle* (Projekt *Bounce Back*), angesiedelt bei der *Universität des Saarlandes*, ist phänomenübergreifend (politisch und religiös begründeter Extremismus) in die Arbeit eingebunden.

Das *Landes-Demokratiezentrum* steht außerdem in engem Austausch mit den Sicherheitsbehörden. Diese werden seit 2020 noch mehr als bisher in die Netzwerkarbeit mit den Projektträgern eingebunden. Eine neue Netzwerkstruktur wird aktuell entwickelt sowie die Beratungsbedarfe im Land ermittelt.

2.2 – Yallah! Fach- und Präventionsstelle Islamismus und antimuslimischer Rassismus

Yallah! ist in Saarbrücken ansässig und dient als Anlaufstelle für Menschen und Einrichtungen, die Informationen und Unterstützung zum Thema Salafismus suchen. *Yallah!* ist ein Projekt der *Forschungs- und Transferstelle G.I.M. (Gesellschaftliche Integration und Migration)* des *FIT-Instutts für Technologietransfer* an der *Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes gGmbH (HTW)* und fungiert seit 2020 auch als Anlaufstelle im Kontext des antimuslimischen Rassismus. Die Arbeit wird mit Mitteln aus dem Bundesprogramm *Demokratie leben!* sowie vom saarländischen *Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie* gefördert.

Yallah! informiert über und sensibilisiert für Ursachen und Prozesse der Radikalisierung ebenso wie über muslimische Lebenswelten, Vielfalt und antimuslimischen Rassismus. Die Bereitstellung von Informationen soll dazu befähigen, zwischen gelebter Religiosität und einem religiös begründeten Extremismus zu differenzieren. Darüber hinaus bietet die *Fachstelle* Begleitung, Beratung und Unterstützung von Hilfesuchenden.

Yallah! kooperiert mit Schulen, Jugendämtern, Moscheegemeinden, Vereinen und Verbänden, indem die *Fachstelle* unter anderem Informationsveranstaltungen für die genannten Akteure organisiert. Außerdem entwickeln die Kooperationspartner pädagogische Angebote in Form von Arbeits- und Unterrichtseinheiten zur Prävention, die soziale Netzwerke und digitale Medien einbeziehen.

2.3 – Yallah Justiz – Radikalisierungsprävention im Strafvollzug Saar

Das Modellprojekt *Yallah Justiz – Radikalisierungsprävention im Strafvollzug Saar* soll durch präventive Angebote im Strafvollzug einer Radikalisierung von Inhaftierten entgegenwirken. Träger ist auch hier die *Forschungs- und Transferstelle G.I.M. (Gesellschaftliche Integration und Migration)* des *FIT-Instituts*. Gefördert wird das Modellprojekt im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!*.

Ziel des Projekts ist es, die Handlungskompetenz der Strafvollzugsbeamtinnen und -beamten im Umgang mit möglichen radikalen Tendenzen zu stärken und sie für Vielfalt und Heterogenität zu sensibilisieren, sodass ein besseres Häftling-Mitarbeitende-Verhältnis entstehen kann. Gleichzeitig sollen die Bediensteten befähigt werden, Radikalisierungsprozesse frühzeitig zu erkennen. Dazu werden sie von einem interdisziplinären Team, bestehend aus externen Referentinnen und Referenten, regelmäßig geschult.

Mithilfe des Projekts sollen außerdem Gruppenangebote unterbreitet sowie Trainings und Einzelgespräche für (noch) nicht radikalisierte jugendliche und erwachsene Inhaftierte angeboten werden. Auch Vertreterinnen und Vertreter muslimischer Gemeinden werden in das Projekt eingebunden und tauschen sich mit den Inhaftierten über Glaubensfragen aus.

2.4 – Landesinstitut für Präventives Handeln, Landesinstitut für Pädagogik und Medien & Landeszentrale für politische Bildung

Für Schulen sind auch das *Landesinstitut für Präventives Handeln (LPH)* in St. Ingbert, das *Landesinstitut für Pädagogik und Medien (LPM)* in Saarbrücken sowie die *Landeszentrale für politische Bildung* wichtige Ansprechpartner.

Landesinstitut für Präventives Handeln

Getragen wird das *Landesinstitut für Präventives Handeln (LPH)* vom *Landtag des Saarlandes*. Es bietet Veranstaltungen für Lehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter, Kinder, Jugendliche und alle Menschen, die mit Erziehungsaufgaben betraut sind. Es steht aber auch als Servicestelle Prävention für ratsuchende Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung.

Das *LPH* bildet außerdem schuleigene Krisenteams aus. Deren Aufgabe ist es, den Präventionsgedanken in der Schulentwicklung zu verankern, sich auf schulische Krisen vorzubereiten und sie zu managen sowie sich zum Thema Nachsorge zu positionieren. Grundlage für die Arbeit der Krisenteams sind die *Notfallpläne für saarländische Schulen*. Diese widmen sich unter anderem dem Themenbereich „Gefahren einschätzung durch gewaltbereiten Salafismus, Islamismus und Radikalisierung“.

Darüber hinaus konzipierte das *LPH* im Rahmen eines *BMBF*-Projekts eine Qualifizierung für Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftliche Akteure zur Sensibilisierung und Stärkung der Handlungskompetenz im Umgang mit extremistischen Bestrebungen (Qualifizierung zum *X-SONAR-Präventionsexperten/-in*). Diese Weiterbildung wird im Blended-Learning-Setting, also einer Kombination aus Präsenz- und Online-Lernen, durchgeführt. Das hierfür entwickelte Online-Portal besteht aus thematischen Modulen mit den Schwerpunkten Rechtsextremismus und Islamismus/Salafismus und kann um weitere Inhalte ergänzt werden.

Landesinstitut für Pädagogik und Medien

Das *Landesinstitut für Pädagogik und Medien* ist eine dem *Ministerium für Bildung und Kultur* nachgeordnete Behörde. Im *LPM* gibt es seit 2015 regelmäßig Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer zum Thema Islamismus. Sie sollen verstärkt für die Anzeichen einer islamistischen Radikalisierung bei Schülerinnen und Schülern sensibilisiert werden.

Landeszentrale für politische Bildung

Die *Landeszentrale für politische Bildung* ist ebenfalls beim *Ministerium für Bildung und Kultur* angesiedelt. Sie greift Themen im Bereich Extremismusprävention unter anderem im Rahmen der Netzwerkarbeit von *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* auf.

3. Welche Rolle spielen die Akteure der Bundesebene im Saarland?

3.1 – Arbeitsgruppen der Bundesländer

Die Behörden und besonders die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern stimmen sich bereits seit 2009 in der *Arbeitsgruppe Deradikalisierung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ)* über islamistischen Extremismus ab. Des Weiteren existieren verschiedene Bundesländer-Arbeitsgruppen im Rahmen der *Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK)*.

3.2 – Kooperationsnetzwerk der Beratungsstelle Radikalisierung des BAMF

Auch das Kooperationsnetzwerk der *Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* dient als Plattform für den Austausch zwischen Bund und Ländern. Das *Landes-Demokratiezentrum*, respektive die *Stabsstelle Integration im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie*, fungiert als *Landeskoordinierungsstelle* im Rahmen des BAMF-Netzwerks. Es gibt keinen zivilgesellschaftlichen Partner vor Ort.

3.3 – BMFSFJ: Bundesprogramm Demokratie leben!

Über das Bundesprogramm *Demokratie leben!* des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) kofinanziert der Bund einen Teil der Präventionsarbeit auf den Ebenen der Länder und Kommunen.

Im Rahmen von *Demokratie leben!* werden im Saarland fünf *Partnerschaften für Demokratie* gefördert. Dabei handelt es sich um lokale und regionale Bündnisse, die vor Ort passende Strategien für die konkrete Situation entwickeln (► siehe Abschnitt 4, S. 114).

In jedem Bundesland unterstützen *Landes-Demokratiezentren* die Weiterentwicklung von Konzepten und Strategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt. Sie sorgen für eine Vernetzung der lokalen Aktivitäten – insbesondere der *Partnerschaften für Demokratie*. Im Saarland ist das *Landes-Demokratiezentrum* beim *Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie* angesiedelt.

Des Weiteren werden im Rahmen von *Demokratie leben!* Modellprojekte zur Extremismusprävention in den Bereichen „Islamistischer Extremismus“, „Phänomenübergreifende Prävention: Wechselwirkungen einzelner Phänomene, Deeskalationsarbeit“ sowie „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ gefördert.

Im Saarland ist es das folgende Projekt:

- *Yallah Justiz – Radikalisierungsprävention im Strafvollzug Saar (FITT – Institut für Technologietransfer an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes gemeinnützige GmbH)*

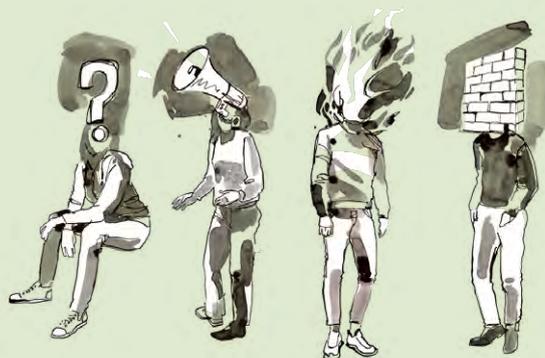
Weitere Infodienst-Angebote

Infodienst Radikalisierungsprävention – Herausforderung Islamismus

Was kann man gegen Radikalisierung tun?
Wie kann man junge Menschen stärken, die möglicherweise radikalierungsgefährdet sind?
Wie kann der Ausstieg aus radikalen Gruppen gelingen?

Der **Infodienst Radikalisierungsprävention – Herausforderung Islamismus** ist ein Online-Portal mit Newsletter der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Er bietet Hintergrundwissen, pädagogische Materialien, Veranstaltungshinweise und eine Übersicht mit Beratungsangeboten – unter anderem für Schule, Sozialarbeit, Beratungsstellen oder Behörden.

www.bpb.de/infodienst



3.4 – Jugendmigrationsdienste: Respekt Coaches

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanziert auch das Programm *Respekt Coaches*. Es wird von den *Jugendmigrationsdiensten (JMD)* an rund 190 Standorten in allen Bundesländern umgesetzt. Die *JMD* kooperieren dafür mit Schulen und weiteren Partnern. Das Programm soll in Gruppenangeboten demokratische Werte für junge Menschen erlebbar machen und sie in ihrer Persönlichkeit stärken. Schülerinnen und Schüler sollen den Wert einer vielfältigen Gesellschaft erfahren und lernen, unterschiedliche Weltanschauungen und Lebensweisen besser zu verstehen. Dies soll auch der Extremismusprävention dienen. Im Saarland gibt es acht Standorte der *Respekt Coaches*.

4. Wie arbeiten Landesebene und kommunale Ebene zusammen?

Die Zusammenarbeit zwischen Landesebene und kommunaler Ebene erfolgt im Wesentlichen über die von *Demokratie leben!* geförderten *Partnerschaften für Demokratie*. Derzeit gibt es solche *Partnerschaften* in zwei saarländischen Städten (Homburg und Saarbrücken) und drei Landkreisen (Landkreis Neunkirchen, Saarpfalz-Kreis und Regionalverband Saarbrücken). In den *Partnerschaften für Demokratie* kommen Akteure aus der kommunalen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zusammen, um konkrete demokratiefördernde Maßnahmen zu besprechen. Die geförderten Kommunen erhalten kostenfreie Beratungs- und Coaching-Angebote.

5. Welche zivilgesellschaftlichen Akteure sind aktiv und wie arbeiten staatliche Akteure mit ihnen zusammen?

5.1 – FITT-Institut für Technologietransfer: Yallah!

Das Saarland kooperiert mit dem *FITT – Institut für Technologietransfer an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes*. Das *FITT* ist Träger von *Yallah! – Fach- und Präventionsstelle Islamismus und antimuslimischer Rassismus* (► siehe Abschnitt 2.2, S. 111) sowie des Modellprojekts *Yallah Justiz – Radikalisierungsprävention im Strafvollzug Saar* (► siehe Abschnitt 2.3, S. 112).

5.2 – Landessportverband: Glaubenssache Sport

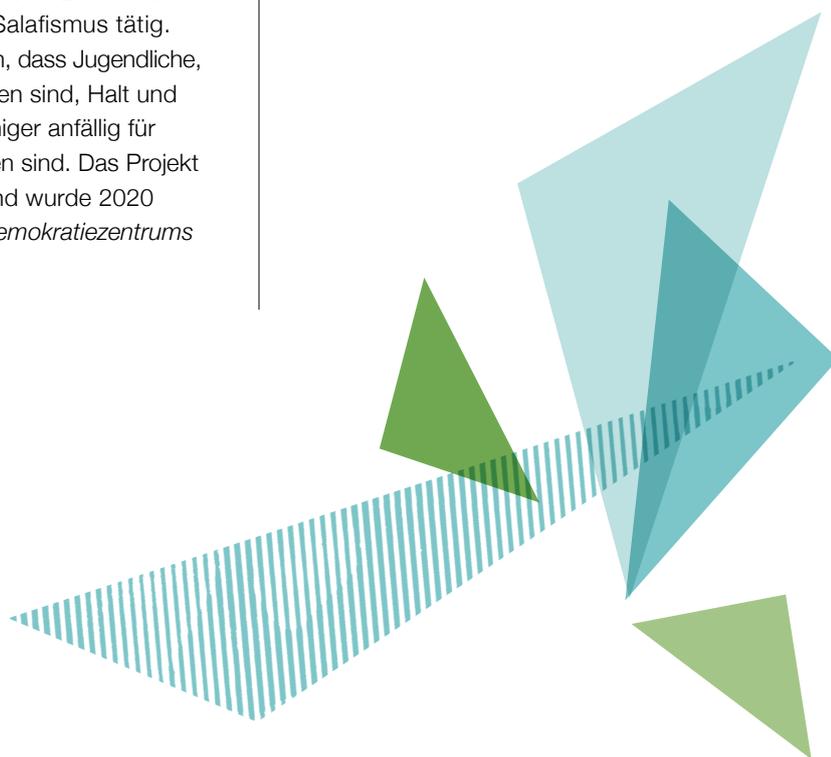
Seit dem Jahr 2019 ist auch der *Landessportverband* mit dem Projekt *Glaubenssache Sport* im Bereich der Präventionsarbeit gegen radikalen Salafismus tätig. Das Projekt setzt bei der Erkenntnis an, dass Jugendliche, die aktiv in Sportvereinen eingebunden sind, Halt und Perspektive haben und dadurch weniger anfällig für Anwerbungsversuche von Extremisten sind. Das Projekt startete 2019 als Modellvorhaben und wurde 2020 in die Regelstrukturen des *Landes-Demokratiezentrums* übernommen.

5.3 – Arbeiterwohlfahrt: Check-In

Ziel des über Landesmittel finanzierten Projekts *Check-In der Arbeiterwohlfahrt* ist es, Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund in ihrem Ankommen in der Gesellschaft so zu unterstützen, dass sie gegenüber demokratiefeindlichen, gewaltaffinen und radikalen Ideen gestärkt und gegen Rekrutierungsversuche von Extremisten immunisiert werden. Das Projekt fungiert als Anlaufstelle für Träger aus dem Bereich der Jugendhilfe und unterstützt diese bei Fragen rund um die Themen Ausgrenzung und Radikalisierung.

6. Welche Besonderheiten gibt es im Saarland hinsichtlich der Präventionsarbeit?

Das Saarland ist hinsichtlich der Einwohnerzahl mit knapp einer Million das zweitkleinste Bundesland. Die Extremismusprävention im Saarland konzentriert sich vor allem auf gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus. Die *Fach- und Präventionsstelle Yallah!* fungiert als zentraler Ansprechpartner zum Thema Islamismus mit dem Schwerpunkt „Salafismus und antimuslimischer Rassismus im Saarland“.



7. Quellen, Anlaufstellen und Präventionsprojekte im Saarland

7.1 – Wichtige Quellen und Websites

Präventionsnews des Deutschen Präventionstags:
**Landesinstitut für Präventives Handeln ressortiert
ab 2018 beim Saarländischen Landtag vom 13.1.2018**

kurz.bpb.de/nq2

Saarbrücker Zeitung:

**Wie wird Radikalisierung verhindert?
vom 24.8.2017**

kurz.bpb.de/nq3

Kurzlinks

Weil die Originallinks
häufig sehr lang sind,
hat die Redaktion Kurzlinks
erstellt. Diese leiten direkt
auf die entsprechenden
Seiten.

7.2 – Anlaufstellen und Präventionsprojekte

FITT – Institut für Technologietransfer
an der Hochschule für Technik und Wirtschaft
des Saarlandes gGmbH:

**Yallah! Fach- und Präventionsstelle Islamismus
und antimuslimischer Rassismus**

kurz.bpb.de/nq4

FITT – Institut für Technologietransfer
an der Hochschule für Technik und Wirtschaft
des Saarlandes gGmbH:

**Yallah Justiz – Radikalisierungsprävention
im Strafvollzug Saar**

kurz.bpb.de/nq5

Landtag des Saarlandes:

Landesinstitut für Präventives Handeln

kurz.bpb.de/nq6

Ministerium für Bildung und Kultur:

Landesinstitut für Pädagogik und Medien

kurz.bpb.de/nq7

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie:

Landes-Demokratiezentrum

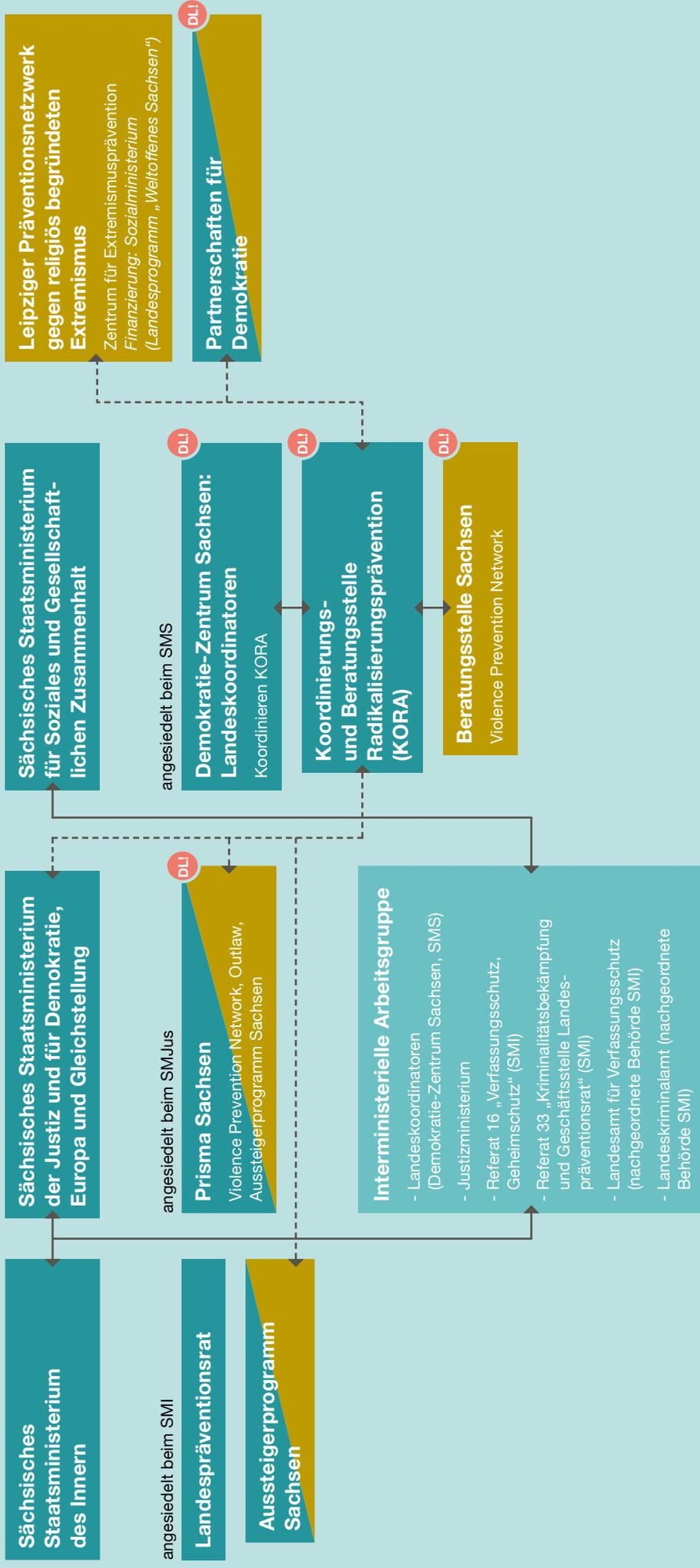
kurz.bpb.de/nq1

Präventionsarbeit ist ein dynamischer Bereich mit vielen aktuellen Entwicklungen. Die Redaktion freut sich daher über Ihre Hinweise auf Akteure, Aktivitäten oder Zusammenhänge, die in diesem Beitrag nicht berücksichtigt wurden.

Schreiben Sie uns gerne eine E-Mail an: radikalisierungspraevention@redaktion-kauer.de

Sachsen / Akteure und Organisation der Islamismusprävention

Staatliche Akteure



DLI Gefördert durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“

— Abstimmung zwischen den Akteuren

--- Abstimmung zwischen den Akteuren im Rahmen von KORA

■ Staatliche Akteure

■ Zusammenschluss staatlicher Akteure

■ Zivilgesellschaftliche Akteure

■ Träger: staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure



Sachsen



Seit März 2017 arbeiten in Sachsen Akteure der Präventionsarbeit im Bereich Islamismus gemeinsam in einem Netzwerk, das sich der primären Prävention sowie der Intervention / Deradikalisierung widmet. Beteiligt sind drei Ministerien in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Trägern. Die Leitung und Koordination liegen beim *Demokratie-Zentrum Sachsen*, angesiedelt im *Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt*.

1. Gibt es eine landeseigene Präventionsstrategie im Bereich Islamismus?

In Sachsen wird die Präventionsarbeit in der *Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention (KORA)* zusammengeführt, die im Jahr 2017 ins Leben gerufen wurde. Ziel von *KORA* ist es, durch Beratungs- und Fortbildungsangebote islamistische Radikalisierung zu verhindern beziehungsweise ihr entgegenzuwirken. Gleichzeitig sollen Betroffene dabei unterstützt werden, wieder Teil der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft zu werden. Weiterhin engagiert sich *KORA* gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit und vermittelt Betroffenen Hilfsangebote. An der Umsetzung von *KORA* sind sowohl staatliche als auch zivilgesellschaftliche Akteure beteiligt.

KORA ist im *Demokratie-Zentrum Sachsen* angesiedelt, das im *Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt* verortet ist. *KORA* wurde am 28.3.2017 in der Kabinettspresskonferenz in Dresden vorgestellt.

KORA ist ein Vorhaben der folgenden drei Ministerien:

- *Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt*
- *Sächsisches Staatsministerium des Innern*
- *Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung*

2. Wie ist die Präventionsarbeit organisiert?

2.1 – Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention (KORA)

Die *Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention (KORA)* ist im *Demokratie-Zentrum Sachsen* angesiedelt, das im *Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt* verortet ist.

Die Arbeit von *KORA* ist in einem Fünf-Säulen-Konzept organisiert. Die ersten beiden Säulen sind der Prävention zuzuordnen, während die Säulen drei bis fünf der Intervention und Deradikalisierung gewidmet sind. An der Umsetzung der Arbeit sind sowohl staatliche als auch zivilgesellschaftliche Akteure beteiligt:

1. Säule: Vertrauensvoller Dialog mit muslimischen Organisationen

Dieser wird durchgeführt durch die Landeskoordinatoren und -koordinatorinnen des *Demokratie-Zentrums Sachsen*, angesiedelt im *Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt*, unterstützt durch Partner vor Ort.

2. Säule: Informations-, Sensibilisierungs- und Fortbildungsveranstaltungen

Diese werden durchgeführt durch die *Beratungsstelle Sachsen* von *Violence Prevention Network e. V.*

3. Säule: Beratung von Angehörigen

Diese wird durchgeführt durch das *Aussteigerprogramm Sachsen*, das als gemeinsames Projekt des *Landespräventionsrates Sachsen (LPR)* mit nichtstaatlichen Organisationen bei der Geschäftsstelle des *LPR* im *Sächsischen Staatsministerium des Innern* angesiedelt ist.

4. Säule: **Deradikalisierungsberatung**

Diese wird durchgeführt durch die *Beratungsstelle Sachsen* und das Modellprojekt *Prisma* von *Violence Prevention Network e. V.*

5. Säule: **Ausstiegsberatung**

Diese wird durchgeführt durch das *Aussteigerprogramm Sachsen*, das als gemeinsames Projekt des *Landespräventionsrates Sachsen (LPR)* mit nichtstaatlichen Organisationen bei der Geschäftsstelle des *LPR* im *Sächsischen Staatsministerium des Innern* angesiedelt ist.

Die Koordination von *KORA* übernehmen die Landeskoordinatoren und -koordinatorinnen des *Demokratie-Zentrums Sachsen*. Insgesamt gibt es im Demokratie-Zentrum fünf Landeskoordinatoren und -koordinatorinnen.

Das *Sächsische Staatsministerium der Justiz* beteiligt sich an *KORA*, um die Umsetzung der Maßnahmen der Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung in juristischen Bereichen (beziehungsweise Justizvollzugsanstalten) zu vereinfachen. Zusätzlich werden durch die Zusammenarbeit die Bedarfe des *Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung* sowie seiner nachgeordneten Behörden in die Arbeit von *KORA* integriert.

Jedes Jahr im vierten Quartal findet zudem das sogenannte *KORA-Forum*, eine jährliche Informations- und Vernetzungsveranstaltung, statt. Daran nehmen üblicherweise über 100 Fachkräfte aus der Zivilgesellschaft, der Wohlfahrt, der Kommunalverwaltung, den Sicherheitsbehörden, Schulen und muslimischen Organisationen teil.¹

2.2 – Demokratie-Zentrum Sachsen (Säule 1)

Die erste Säule der sächsischen Präventionsarbeit wird von den für *KORA* zuständigen Landeskoordinatoren und -koordinatorinnen des *Demokratie-Zentrums Sachsen* betreut.

Das *Demokratie-Zentrum Sachsen* ist ein Kooperationsverbund, der staatliche und nichtstaatliche Akteure vereint, die sich für die Stärkung der Demokratie und gegen extremistische und menschenfeindliche Bestrebungen in Sachsen engagieren. Zu ihm gehören neben *KORA* die *Landeskoordinierungsstelle Sachsen*, die *Beratungsstelle Sachsen* sowie ein dazugehöriges Expertengremium. Außerdem sind die *Landesarbeitsgemeinschaft Vielfalt*, die geförderten Projekte im Rahmen des *Landesprogramms Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz (WOS)* und die sächsischen Projekte des Bundesprogramms *Zusammenhalt durch Teilhabe* Teil des *Demokratie-Zentrums Sachsen*.

Aufgabe in der ersten Säule ist laut Konzept der „vertrauensvolle Dialog mit muslimischen Organisationen“ in Sachsen. Dafür werden Kontakte zu muslimischen Organisationen in Sachsen aufgebaut und gepflegt sowie die Vermittlung von Kontakten zwischen institutionellen, behördlichen und muslimischen Ansprechpartnern und Ansprechpartnerinnen sichergestellt. Die Moscheegemeinden werden von den Landeskoordinatoren und -koordinatorinnen direkt aufgesucht. Beim Erstkontakt werden Themen wie die Gemeindestruktur und -organisation sowie mögliche Probleme und Bedarfe der Moscheegemeinden angesprochen. Ziel ist es, Vertrauen zwischen muslimischen Organisationen und Verbänden sowie anderen Akteuren der Präventionslandschaft wie Trägern der Wohlfahrt, Sicherheitsbehörden sowie der Zivilgesellschaft zu schaffen und zu stärken. Bei der Kontaktherstellung werden die Landeskoordinatoren und -koordinatorinnen von Partnern vor Ort unterstützt, so zum Beispiel von den *Partnerschaften für Demokratie* oder in Leipzig durch den zivilgesellschaftlichen Träger *Zentrum für Extremismusprävention*.

Die Landeskoordinatoren und -koordinatorinnen des *Demokratie-Zentrums Sachsen* betreuen zudem eine Hotline zu den Themen „Radikalisierungsprävention im Hinblick auf islamistischen Extremismus“ sowie „Islam- und Muslimfeindlichkeit in Sachsen“.

2.3 – VPN: Beratungsstelle Sachsen (Säulen 2 und 4)

Die zweite Säule befasst sich mit der Umsetzung und Durchführung von Informations-, Sensibilisierungs- und Fortbildungsveranstaltungen für Akteure oder Beteiligte in der Präventionsarbeit. Sie wird vom Verein *Violence Prevention Network (VPN)* im Rahmen der *Beratungsstelle Sachsen* umgesetzt.

Zu ihren Zielgruppen gehören unter anderem Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Flüchtlingseinrichtungen, muslimischen Organisationen, Schulen, Stadtverwaltungen, Jugendämtern und Justizvollzugsanstalten. Die Fortbildungsveranstaltungen sind jeweils ganztägig konzipiert und werden zu den Themen Islam, Muslimfeindlichkeit und Radikalisierungsprävention angeboten. Ziel ist es, die Zielgruppen in der Früherkennung von Radikalisierungstendenzen zu schulen, ihre Handlungskompetenzen zu stärken und Muslimfeindlichkeit abzubauen.

¹ Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt: **KORA-Forum 2019**, kurz.bpb.de/nzg

Schule und religiös begründeter Extremismus – Herausforderung Salafismus

Hintergrundwissen, Handlungsoptionen und Materialien für die pädagogische Praxis im Überblick

Salafismus und Extremismus sind auch an vielen Schulen ein Thema. Wie können Lehrkräfte damit umgehen? Woran erkennen sie eine mögliche Radikalisierung? Und wie können sie „heiße Themen“ im Unterricht bearbeiten, ohne zu stigmatisieren? Die Handreichung soll Lehrkräfte im Umgang damit unterstützen.

www.bpb.de/infodienst-handreichung



Die vierte Säule umfasst ebenfalls ein Beratungsangebot, allerdings richtet sich dieses an Radikalisierte im frühen Stadium, nicht ausstiegswillige Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus Kriegsgebieten und andere Radikalisierte. Diese Deradikalisierungs- beziehungsweise Distanzierungsberatung wird ebenfalls von *Violence Prevention Network* im Rahmen der *Beratungsstelle Sachsen* durchgeführt.

2.4 – Landespräventionsrat Sachsen:

Aussteigerprogramm Sachsen (Säulen 3 und 5)

Bei der dritten Säule liegt der Fokus auf der Beratung von Angehörigen. Zur Zielgruppe gehören Familie, Freunde und Freundinnen, Mitschüler und Mitschülerinnen, Lehrkräfte sowie weitere Personen aus dem Umfeld von Radikalisierten. Durchgeführt wird die Beratung vom *Aussteigerprogramm Sachsen*, das als gemeinsames Projekt des *Landespräventionsrates Sachsen (LPR)* mit nichtstaatlichen Organisationen bei der Geschäftsstelle des *LPR im Sächsischen Staatsministerium des Innern* angesiedelt ist.

Das *Aussteigerprogramm Sachsen* umfasst ein multiprofessionelles Team mit psychologischem und sozialwissenschaftlichem Hintergrund. Das Beratungsangebot des *Aussteigerprogramms Sachsen* hat zum Ziel, die Handlungskompetenzen der Beteiligten zu stärken und sie in der Deutung sowie im Umgang mit Anzeichen einer Radikalisierung bei Angehörigen zu unterstützen.

Die fünfte Säule der Präventionsarbeit von *KORA* widmet sich der Ausstiegsberatung. Das *Aussteigerprogramm Sachsen* unterstützt Ausstiegswillige, Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus Syrien/Irak und andere Radikalisierte gezielt bei ihrem Ausstieg aus der radikalen Szene und ihrer Wiedereingliederung in die Gesellschaft.

2.5 – VPN, Outlaw und Aussteigerprogramm Sachsen: Prisma Sachsen

Neben der von *KORA* in den fünf Säulen organisierten Arbeit existiert noch ein Modellprojekt, das an *KORA* angegliedert ist: *Prisma Sachsen*. Dieses Projekt wird von *Violence Prevention Network* in Kooperation mit dem Träger *Outlaw gGmbH* und dem *Aussteigerprogramm Sachsen* durchgeführt und im Rahmen von *Demokratie leben!* gefördert. Es widmet sich der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit im sächsischen Strafvollzug und der Bewährungshilfe.

Im Rahmen von *Prisma Sachsen* wird unter anderem eine phänomenübergreifende Fortbildung für Fachkräfte in Strafvollzug und Bewährungshilfe angeboten sowie Ausstiegsbegleitung und Interventionsarbeit bei radikalisierten Straftäterinnen und Straftätern geleistet. Die Fortbildungen sollen die Verhaltenssicherheit und eine kompetente Haltung gegenüber radikalisierten Straftäterinnen und Straftätern stärken. Dabei übernimmt das *Aussteigerprogramm Sachsen* die Koordination und Durchführung der Ausstiegsbegleitung, während *Violence Prevention Network* für die Fortbildung der Fachkräfte verantwortlich ist. *KORA* fungiert als zentrale Anlaufstelle und ist Vermittler zwischen Akteuren der Extremismusprävention innerhalb und außerhalb des Strafvollzugs.

Auch nach der Haft werden die ehemaligen Inhaftierten in enger Kooperation mit der Bewährungshilfe für bis zu zwölf Monate weiter betreut. Vorab wird zudem in Form von Einzelsitzungen eine Vorbereitung auf die Entlassung angeboten.

Ziel des Projekts ist es, radikalisierte Straftäterinnen und Straftäter zu einer Reflexion ihrer ideologischen Denkmuster zu bewegen und ihre Empathiefähigkeit zu fördern. Langfristig sollen neue Lebensperspektiven durch einen Ausstieg geschaffen werden.

2.6 – Interministerielle Arbeitsgruppe

Die Landeskoordinatoren und -kordinatorinnen des *Demokratie-Zentrums* organisieren Treffen einer *Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG)* mit folgenden Teilnehmenden:

- Landeskoordinatoren und -kordinatorinnen (*Demokratie-Zentrum Sachsen, Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt*)
- Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
- Sächsisches Staatsministerium des Innern (SMI) – Referat 16 (Verfassungsschutz, Geheimschutz)
- Sächsisches Staatsministerium des Innern (SMI) – Referat 33 (Kriminalitätsbekämpfung und Geschäftsstelle Landespräventionsrat)
- Landesamt für Verfassungsschutz (nachgeordnete Behörde SMI)
- Landeskriminalamt – Polizeiliches Terrorismus- und Extremismus-Abwehrzentrum (nachgeordnete Behörde SMI)
- Landeskriminalamt – Zentralstelle für polizeiliche Prävention (nachgeordnete Behörde SMI)

Die IMAG begleitet KORA fachlich und sichert den Austausch der drei Ministerien. Bei quartalsweise stattfindenden Treffen werden aktuelle Probleme und Bedarfe der einzelnen Bereiche diskutiert sowie neue Konzepte und Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung beschlossen.

Weitere Infodienst-Angebote

Video- und Audiobeiträge

Die Multimedia-Beiträge informieren über die islamistische Szene, erzählen die Geschichten von betroffenen Familien und radikalisierten Jugendlichen oder lassen Fachleute zu Wort kommen. In der Sammlung befinden sich Dokumentationen und Reportagen, Talks mit Fachleuten sowie Kurzbeiträge.

www.bpb.de/infodienst-multimedia

3. Welche Rolle spielen die Akteure der Bundesebene in Sachsen?

3.1 – Arbeitsgruppen der Bundesländer

Die Behörden und besonders die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern stimmen sich bereits seit 2009 in der *Arbeitsgruppe Deradikalisierung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ)* über das Phänomen des islamistischen Extremismus ab. Seit 2018 wird Sachsen durch KORA beziehungsweise die KORA-Landeskoordinatoren und -kordinatorinnen in der *AG Deradikalisierung* vertreten. Des Weiteren existieren verschiedene Bund-Länder-Arbeitsgruppen im Rahmen der *Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK)*.

3.2 – Kooperationsnetzwerk der Beratungsstelle Radikalisierung des BAMF

Auch das Kooperationsnetzwerk der *Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* dient als Plattform für den Austausch zwischen Bund und Ländern. In Sachsen übernimmt KORA die Funktion der Landeskoordinierungsstelle im Rahmen des *BAMF-Netzwerks*. Die *Beratungsstelle Sachsen* des Trägers *Violence Prevention Network e. V.* und das *Aussteigerprogramm Sachsen* sind als *Partner vor Ort* mit der aktiven Fallarbeit befasst.

3.3 – BMFSFJ: Bundesprogramm Demokratie leben!

Über das Bundesprogramm *Demokratie leben!* des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* kofinanziert der Bund einen Teil der Präventionsarbeit auf den Ebenen der Länder und Kommunen.

Im Rahmen von *Demokratie leben!* werden in Sachsen 21 *Partnerschaften für Demokratie* gefördert. Dabei handelt es sich um lokale und regionale Bündnisse, die vor Ort passende Strategien für die konkrete Situation entwickeln.

In jedem Bundesland unterstützen *Landes-Demokratiezentren* die Weiterentwicklung von Konzepten und Strategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt. Sie sorgen für eine Vernetzung der lokalen Aktivitäten – insbesondere der *Partnerschaften für Demokratie*. In Sachsen ist das *Landes-Demokratiezentrum* in Form des *Demokratie-Zentrums Sachsen* beim *Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt* angesiedelt.

Übersicht: Evaluationen von Projekten der Radikalisierungsprävention

Zahlreiche wissenschaftliche Evaluationsvorhaben befassen sich mit Trägern und Projekten im Bereich Radikalisierungsprävention in Deutschland. Die Infodienst-Redaktion hat eine Übersicht zu bereits durchgeführten sowie aktuell laufenden Evaluationen zur Radikalisierungsprävention im Bereich Salafismus/ Islamismus erstellt.

www.bpb.de/infodienst-evaluationen

Des Weiteren werden im Rahmen von *Demokratie leben!* Modellprojekte zur Extremismusprävention in den Bereichen „Islamistischer Extremismus“, „Phänomenübergreifende Prävention: Wechselwirkungen einzelner Phänomene, Deeskalationsarbeit“ sowie „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ gefördert.

In Sachsen ist dies das folgende Projekt:

- *Prisma Sachsen – Radikalisierung erkennen, Deradikalisierung begleiten, Kompetenzen bündeln* (Violence Prevention Network, Kooperationspartner: Outlaw gGmbH und Aussteigerprogramm Sachsen)

3.4 – Jugendmigrationsdienste: Respekt Coaches

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanziert auch das Programm *Respekt Coaches*. Es wird von den *Jugendmigrationsdiensten* (JMD) an rund 190 Standorten in allen Bundesländern umgesetzt. Die JMD kooperieren dafür mit Schulen und weiteren Partnern. Das Programm soll in Gruppenangeboten demokratische Werte für junge Menschen erlebbar machen und sie in ihrer Persönlichkeit stärken. Schülerinnen und Schüler sollen den Wert einer vielfältigen Gesellschaft erfahren und lernen, unterschiedliche Weltanschauungen und Lebensweisen besser zu verstehen. Dies soll auch der Extremismusprävention dienen. In Sachsen gibt es acht Standorte der *Respekt Coaches*.

4. Wie arbeiten Landesebene und kommunale Ebene zusammen?

Im Rahmen des „vertrauensvollen Dialoges mit muslimischen Organisationen“ wird die Zusammenarbeit von KORA mit den Kommunen überwiegend über die ebenfalls im Bundesprogramm *Demokratie leben!* geförderten *Partnerschaften für Demokratie* geleistet (► siehe Abschnitt 3.3, S. 120). Darüber hinaus existieren im Freistaat Sachsen weitere kommunale beziehungsweise lokale Arbeitsgruppen und -gremien, Runde Tische und Netzwerktreffen zu den Themen Migration, Integration und Sicherheit in den verschiedenen Landkreisen, Städten und Gemeinden, mit denen KORA bei Bedarf kooperiert.

4.1 – Zentrum für Extremismusprävention: Leipziger Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus

In der Stadt Leipzig wurde in den vergangenen Jahren durch den Verein *Zentrum für Extremismusprävention* in Kooperation mit KORA das *Leipziger Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus* aufgebaut. Im Fokus steht die Vermittlung von freiheitlich-demokratischen Grundwerten an entscheidenden Orten wie Schulen, Vollzugsanstalten oder Flüchtlingsunterkünften. Zum *Leipziger Präventionsnetzwerk* gehören Akteure der Wohlfahrt, der Sicherheitsbehörden, der Stadtverwaltung und der Zivilgesellschaft.

Das Ziel des *Präventionsnetzwerks* ist es, die unterschiedlichen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure in Leipzig, die Berührungspunkte zum Themenfeld haben, zu verbinden und einen Austausch zu ermöglichen. Dafür sollen Arbeitsgruppen ins Leben gerufen und Vorträge, Flyer und Informationsbroschüren im Sinne der Aufklärung und Stärkung der Handlungskompetenz erstellt werden. Gefördert wird das Projekt durch das *Landesprogramm Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz (WOS)* des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt.

5. Welche zivilgesellschaftlichen Akteure sind aktiv und wie arbeiten staatliche Akteure mit ihnen zusammen?

Im Rahmen der *Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention (KORA)* arbeitet das Land Sachsen im Wesentlichen mit dem bundesweiten Träger *Violence Prevention Network e. V.* sowie mit dem *Zentrum für Extremismusprävention* in Leipzig zusammen (► siehe Abschnitte 2.2, S. 118, 2.4, S. 119 und 4.1, S. 121).

Weiterhin greift es im Bedarfsfall auf die weiteren im *Demokratie-Zentrum* vertretenen Beratungsträger zurück und vermittelt so Kontakte zur *Mobilien Beratung (Kulturbüro Sachsen e. V., Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V.)*, zur *Mobilien Beratung im Kontext Schule (Courage-Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e. V.)* und zur *Opferberatung Support (RAA Sachsen e. V.)*.

Auch das *Aussteigerprogramm Sachsen* bei der *Geschäftsstelle des Landespräventionsrates Sachsen* im *Sächsischen Staatsministerium des Innern* arbeitet mit nicht-staatlichen Organisationen zusammen.

6. Welche Besonderheiten gibt es in Sachsen hinsichtlich der Präventionsarbeit?

Eine Besonderheit der Präventionsstrategie Sachsens ist das auf fünf Säulen basierende Konzept von *KORA*. Damit soll eine zielgruppenspezifische und thematisch fokussierte Präventions- und Beratungsarbeit geleistet werden. Gleichzeitig fällt auf, dass die bei *KORA* angesiedelte Hotline des Landes Sachsen zur Beratung sowohl für Fälle von islamistischer Radikalisierung als auch für islam- und muslimfeindliche Vorfälle ansprechbar ist.



7. Quellen, Anlaufstellen und Präventionsprojekte in Sachsen

7.1 – Wichtige Quellen und Websites

Medienservice Sachsen:

Demokratie-Zentrum Sachsen ist Fundament der Demokratitarbeit in Sachsen

kurz.bpb.de/nzh

Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration:

Intervention – Radikalisierung wirksam begegnen

kurz.bpb.de/nzi

Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration:

Prävention – Islamistische Radikalisierung

kurz.bpb.de/nzk

Kurzlinks

Weil die Originallinks häufig sehr lang sind, hat die Redaktion Kurzlinks erstellt. Diese leiten direkt auf die entsprechenden Seiten.

7.2 – Anlaufstellen und Präventionsprojekte

Demokratie-Zentrum Sachsen,

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt:

KORA – Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention

kurz.bpb.de/nzj

Landespräventionsrat Sachsen,

Sächsisches Staatsministerium des Innern:

Aussteigerprogramm Sachsen

kurz.bpb.de/nzl

Violence Prevention Network e. V.:

Beratungsstelle Sachsen

kurz.bpb.de/nzm

Violence Prevention Network e. V.,

Outlaw gGmbH, Aussteigerprogramm Sachsen:

Prisma Sachsen

kurz.bpb.de/nzn

Zentrum für Extremismusprävention e. V.:

Leipziger Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus

kurz.bpb.de/obv

Präventionsarbeit ist ein dynamischer Bereich mit vielen aktuellen Entwicklungen. Die Redaktion freut sich daher über Ihre Hinweise auf Akteure, Aktivitäten oder Zusammenhänge, die in diesem Beitrag nicht berücksichtigt wurden.

Schreiben Sie uns gerne eine E-Mail an: radikalisierungspraevention@redaktion-kauer.de

Sachsen-Anhalt / Akteure und Organisation der Islamismusprävention

Staatliche Akteure

Ministerium für Inneres und Sport

Ministerium für Bildung

Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration

angesiedelt beim MI

Verfassungsschutz

angesiedelt beim MB

Landeszentrale für politische Bildung

angesiedelt beim MS

Landes-Demokratiezentrum Sachsen-Anhalt: Landeskoordinierungsstelle
 Koordiniert das Landespräventionsnetzwerk

Unterarbeitsgruppe (UAG) Islamismus / Salafismus
 Im Rahmen des Interministeriellen Arbeitskreises zum Landesprogramm; steuert/berät das Landespräventionsnetzwerk

- Ministerium für Inneres und Sport (mit den Abteilungen Polizei und Verfassungsschutz)
- Ministerium für Justiz und Gleichstellung
- Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung
- Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration
- Ministerium für Bildung
- Landeszentrale für politische Bildung

Beirat des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit
 Berät die Landekoordinierungsstelle und das Landespräventionsnetzwerk

- Kommunale Akteure
- Zivilgesellschaftliche Akteure
- Religiöse Akteure
- Vertreter/-innen aller Ministerien sowie der Landeszentrale für politische Bildung

Landespräventionsnetzwerk Islamismus
 Teil des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit

Zivilgesellschaft

SALAM. Sachsen-Anhalt
 Multikulturelles Zentrum Dessau
Kofinanzierung: Landesministerium für Arbeit, Soziales und Integration

#unserhayat – unser Leben
 Multikulturelles Zentrum Dessau

Fachzentrum Radikalisierungsprävention in Vollzug & Straffälligenhilfe Sachsen-Anhalt
 Trägerverbund

Beratungsstelle HAYAT Deutschland
 ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur
Finanzierung: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Partnerschaften für Demokratie

DLI Gefördert durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“

— Abstimmung zwischen den Akteuren

■ Staatliche Akteure

■ Zusammenschluss staatlicher Akteure

■ Zusammenschluss staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure

■ Träger: staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure

■ Zivilgesellschaftliche Akteure



Sachsen-Anhalt



In Sachsen-Anhalt arbeiten im *Landespräventionsnetzwerk Islamismus* Akteure auf Landes- und Kommunalebene mit zivilgesellschaftlichen Trägern zusammen – unter dem Dach des *Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit*. Die Koordination des *Landespräventionsnetzwerks Islamismus* ist dem *Landes-Demokratiezentrum* zugeordnet. Das Land kooperiert sowohl im Bereich der Prävention als auch der Intervention/ Deradikalisierung mit zivilgesellschaftlichen Trägern. Maßgeblich ist hier das *Multikulturelle Zentrum Dessau e. V.* mit dem Projekt *SALAM. Sachsen-Anhalt*.

1. Gibt es eine landeseigene Präventionsstrategie im Bereich Islamismus?

In Sachsen-Anhalt bietet das *Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt* die Grundlage für die Präventionsarbeit im Bereich Islamismus. Seit 2016 wird es von der *Landeskoordinierungsstelle* im *Landes-Demokratiezentrum* koordiniert. Dieses ist im *Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration* angesiedelt.

Über das *Landesprogramm* werden Angebote der Demokratieförderung, Prävention und Intervention gefördert, darunter auch Ansätze, Projekte oder Strukturen, die sich mit Islamismus auseinandersetzen. Eine Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden Sachsen-Anhalts erfolgt durch Fallkonferenzen in konkreten Fällen einer Gefährdung durch Radikalisierung. Daneben legt das Programm einen strategischen und inhaltlichen Schwerpunkt auf Maßnahmen gegen Rechtsextremismus.

2. Wie ist die Präventionsarbeit organisiert?

2.1 – Staatliche Akteure der Präventionsarbeit

Landes-Demokratiezentrum: Landeskoordinierungsstelle

Seit 2016 ist die *Landeskoordinierungsstelle* für die Realisierung des *Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit* zuständig. Sie bündelt und verknüpft die bestehenden Angebote der Prävention und Intervention/ Deradikalisierung zu einer gemeinsamen Strategie – darunter auch kommunale Ansätze, Projekte oder Strukturen, die sich mit dem Phänomen des Islamismus auseinandersetzen.¹

Die *Landeskoordinierungsstelle* ist Teil des *Landes-Demokratiezenters* im *Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration*. Das *Landes-Demokratiezentrum* wurde 2007 im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* eingerichtet.

Landespräventionsnetzwerk Islamismus

Im Rahmen des *Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit* koordiniert die *Landeskoordinierungsstelle* das *Landespräventionsnetzwerk Islamismus in Sachsen-Anhalt*. Ziel des *Landespräventionsnetzwerks Islamismus* ist es, islamistischer Radikalisierung durch Sensibilisierung, Beratung, und Vernetzung präventiv zu begegnen. Gleichzeitig sollen Betroffene dabei unterstützt werden, wieder Teil der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft zu werden.

¹ Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration: *Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt*, S. 6, kurz.bpb.de/nzx

Dem *Landespräventionsnetzwerk* gehören verschiedene Behörden und Stellen der Landes- und kommunalen Ebene an. Als Kooperationspartner sind verschiedene zivilgesellschaftliche Träger aktiv, die auf sehr unterschiedliche Bedarfe in verschiedenen Teilen des Bundeslands reagieren. Das *Landespräventionsnetzwerk* kommt im Jahresrhythmus zusammen und wird kontinuierlich durch neue Mitglieder erweitert.

Das *Landespräventionsnetzwerk* verfolgt einen phänomenspezifischen, ressort- und organisationsübergreifenden Ansatz. Phänomenspezifisch, weil sich die Bündelung von Expertise auf den Phänomenbereich Islamismus fokussiert. Ressort- und organisationsübergreifend, weil im Netzwerk Akteure auf Landes- und Kommunalebene mit zivilgesellschaftlichen Akteuren der Präventionsarbeit zusammenarbeiten. Hierbei ergänzen zivilgesellschaftliche Präventionsprojekte die staatlichen Regelsysteme und erproben neue Ansätze der Radikalisierungsprävention.

Beirat des Landesprogramms

Die Arbeit der *Landeskoordinierungsstelle* und des *Landespräventionsnetzwerks Islamismus* wird durch den *Beirat des Landesprogramms Demokratie, Vielfalt und Welt-offenheit* begleitet. Der Beirat hat folgende Mitglieder:

- *Zivilgesellschaftliche Akteure (unter anderem Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt, Miteinander e. V., Landesverband für Kriminalprävention und Resozialisierung Sachsen-Anhalt e. V., Landesnetzwerk für Migrantenselbstorganisationen Sachsen-Anhalt und Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e. V.)*
- Kommunale Spitzenverbände
- Vertretungen der Ministerien aller Ressorts sowie der *Landeszentrale für politische Bildung*

Der Beirat erarbeitet fachliche Empfehlungen zu den Zielen und Schwerpunktsetzungen einer landesweiten Strategie gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Demokratiefeindlichkeit. Ferner soll der Beirat die Rückbindung des *Landesprogramms* in die Zivilgesellschaft sowie den Dialog über Inhalte, Methoden, Förderbedingungen und Ziele des Programms langfristig sicherstellen. Das Gremium kommt unter dem Vorsitz der *Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration* im Halbjahresrhythmus zusammen.

Interministerielle Unterarbeitsgruppe Islamismus/ Salafismus

Die *Interministerielle Unterarbeitsgruppe (UAG) Islamismus/ Salafismus* des *Interministeriellen Arbeitskreises (IMAK)* fungiert als Beratungsgremium des *Landespräventionsnetzwerks* mit einer impliziten Steuerungsfunktion für das *Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Welt-offenheit*. Sie begleitet die strategische Ausrichtung des *Landespräventionsnetzwerks* und unterstützt die Vernetzungsaktivitäten.

Die *UAG Islamismus/ Salafismus* setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der zuständigen Ressorts und Behörden zusammen:

- *Ministerium für Inneres und Sport*
(mit Abteilungen *Polizei* und *Verfassungsschutz*)
- *Ministerium für Justiz und Gleichstellung*
- *Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung*
- *Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration*
- *Ministerium für Bildung*
- *Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt*

Verfassungsschutz

Als behördlicher Netzwerkpartner des *Landespräventionsnetzwerks Islamismus* bietet die *Verfassungsschutzbehörde des Landes Sachsen-Anhalt* im Bereich der Extremismusprävention Fortbildungen und Informationsangebote zu islamistischem Extremismus und Radikalisierung für Angehörige und Einrichtungen der Landesverwaltung sowie für Mitarbeitende kommunaler Einrichtungen an. Veranstaltungen in diesem Feld aus dem Angebot des *Verfassungsschutzes Sachsen-Anhalt* für Behörden und Einrichtungen werden in Abstimmung mit diesen und anlassbezogen kommuniziert.

Landeszentrale für politische Bildung

Als weiterer behördlicher Netzwerkpartner ist die *Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt* zu nennen, die eine nachgeordnete Bildungseinrichtung des *Ministeriums für Bildung* ist. Mit Fachtagungen zu den Themen Islamismus und Radikalisierungsprävention bietet sie regelmäßig Fortbildungsmöglichkeiten und Informationsangebote sowohl für behördliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen als auch für Fachkräfte und Multiplikatoren an.

Infodienst Radikalisierungsprävention – Herausforderung Islamismus

Was kann man gegen Radikalisierung tun?
Wie kann man junge Menschen stärken, die möglicherweise radikalierungsgefährdet sind?
Wie kann der Ausstieg aus radikalen Gruppen gelingen?

Der **Infodienst Radikalisierungsprävention – Herausforderung Islamismus** ist ein Online-Portal mit Newsletter der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Er bietet Hintergrundwissen, pädagogische Materialien, Veranstaltungshinweise und eine Übersicht mit Beratungsangeboten – unter anderem für Schule, Sozialarbeit, Beratungsstellen oder Behörden.

www.bpb.de/infodienst

2.2 – Multikulturelles Zentrum Dessau:

SALAM. Sachsen-Anhalt

Ein enger zivilgesellschaftlicher Kooperationspartner im *Landespräventionsnetzwerk* des Landes Sachsen-Anhalt, ist das Präventionsprojekt *SALAM. Sachsen-Anhalt* in Trägerschaft des *Multikulturellen Zentrums Dessau*. Das Zentrum ist eine 1993 gegründete Migrantenselbstorganisation.

SALAM. Sachsen-Anhalt leistet Präventionsarbeit durch Fortbildungsmaßnahmen und Beratungsangebote im Bereich der religiös begründeten Radikalisierung und kooperiert mit staatlichen Einrichtungen, Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe ebenso wie mit muslimischen Akteuren. Gefördert wird das Projekt im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* sowie im Rahmen des *Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit* in Sachsen-Anhalt.

Mit Büros in Magdeburg, Halle und Dessau berät und unterstützt das Team von *SALAM. Sachsen-Anhalt* Fachkräfte und Multiplikatoren im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, im Bildungssektor, in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit sowie in der Zusammenarbeit mit muslimischen Institutionen. Diese können bei Bedarf auf das Team von *SALAM. Sachsen-Anhalt* zukommen; etwa wenn sie meinen, religiös begründete Radikalisierung wahrzunehmen.

Innerhalb von *SALAM. Sachsen-Anhalt* ist die *Fachstelle Islamismus und religiös begründete Radikalisierung* in Halle für den Fachaustausch mit Kolleginnen und Kollegen der verschiedenen Einrichtungen zuständig. Sie vermittelt Expertise zu den Themen Islamismus, Radikalisierung und Prävention.

Die Angebote werden an die Zielgruppen angepasst. Mögliche Formate sind beispielsweise Vorträge, Workshops oder Projekt- und Fachtage. Mögliche Themenbereiche sind:

- Islamistische Radikalisierung von Jugendlichen in Theorie und Praxis
- Islamismus, Salafismus und Dschihadismus
- (Gruppen-)Konflikte und Gewalt um ethnische oder religiöse Identität
- Antimuslimische Ressentiments
- Rassismus und Antisemitismus im Migrationskontext

Wenn angenommen wird, dass sich eine Person bereits radikalisiert hat, insbesondere, wenn die Person bereits nach Syrien oder den Irak ausgereist beziehungsweise aus einem dschihadistischen „Kampfgebiet“ zurückgekehrt ist, kooperiert *SALAM. Sachsen-Anhalt* mit der Beratungsstelle *HAYAT-Deutschland*.

Unter dem Stichwort „Nachbarschaft[s]leben“ zielt das Projekt *SALAM. Sachsen-Anhalt* insbesondere auf die Normalisierung eines friedlichen und demokratischen Mit- und Nebeneinanders von einheimischen Sachsen-Anhaltern und Sachsen-Anhaltinerinnen und neuen Zugewanderten ab. Es versucht diejenigen zu stärken, die zunehmend islamistisch oder antimuslimisch motiviertem Druck ausgesetzt sind.

2.3 – Multikulturelles Zentrum Dessau:

#unserhayat – unser Leben

Seit Januar 2020 wird das Modellprojekt *#unserhayat – unser Leben. Sozialraum- und lebensweltorientierte Arbeit mit Jugendlichen mit Fluchthintergrund im Einflussbereich extremistischer Ansprachen* am *Multikulturellen Zentrum Dessau* im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* gefördert. Fachliche Kooperationen bestehen mit Trägern der Jugendarbeit und Jugendbildung sowie mit der Fach- und Beratungsstelle *SALAM* beim Träger.

Das Projekt hat zum Ziel, sozialraum- und lebensweltorientierte Arbeit mit Jugendlichen mit Fluchthintergrund insbesondere in den Städten Halle, Dessau und Magdeburg zu etablieren und zu stärken, um jugendlicher Gewaltdelinquenz und jugendlichem Gewalterleben sowie extremistischen Ansprachen zu begegnen. Hierbei sollen zielgruppenspezifische Angebote für (sozial)pädagogisch schwer erreichbare Jugendliche mit Fluchthintergrund verfolgt werden, die von multiplen Exklusionserfahrungen und Problemlagen betroffen sind. Dabei arbeiten ausgewählte migrantische (auch religiöse) Selbstorganisationen einerseits sowie Träger und Einrichtungen offener Jugendarbeit andererseits zusammen.

2.4 – Trägerverbund: Fachzentrum Radikalisierungsprävention in Vollzug & Straffälligenhilfe Sachsen-Anhalt

Das von *Demokratie leben!* geförderte Modellprojekt *Fachzentrum Radikalisierungsprävention in Vollzug & Straffälligenhilfe Sachsen-Anhalt (FRAP)* ist phänomenübergreifend angelegt und wendet sich in der Präventionsarbeit gegen religiös begründeten Extremismus, begegnet aber in Sachsen-Anhalt insbesondere auch rechtsextremistischen Radikalisierungsprozessen. Im Arbeitsfeld „Religiös begründeter Extremismus“ will das Projekt allgemein kultursensible Sozialarbeit im Kontext von Justizvollzug und Resozialisierung stärken sowie spezifische Präventionsangebote mitkonzipieren und umsetzen mit dem Schwerpunkt Radikalisierungsprävention beziehungsweise Kriminalprävention im Kontext ethnischer, ethno-religiöser oder religiöser Gewaltkonflikte im Bereich der Straffälligenhilfe und in Justizvollzugsanstalten Sachsen-Anhalts.

Hierbei soll zur Qualifizierung von Fachkräften in Regelstrukturen beigetragen und Fachkräfte durch Fortbildungsmöglichkeiten im Fachaustausch und durch individuelle Beratung zum Themenfeld unterstützt werden. Das Projekt wird von einem Trägerverbund aus *Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V.*, dem *Multikulturellen Zentrum Dessau e. V.* und dem *Landesverband für Kriminalprävention und Resozialisierung* durchgeführt.

3. Welche Rolle spielen die Akteure der Bundesebene in Sachsen-Anhalt?

3.1 – Arbeitsgruppen der Bundesländer

Die Behörden und besonders die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern stimmen sich bereits seit 2009 in der *Arbeitsgruppe Deradikalisierung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ)* über islamistischen Extremismus ab. Des Weiteren existieren verschiedene Bundesländer-Arbeitsgruppen im Rahmen der *Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK)*.

3.2 – Kooperationsnetzwerk der Beratungsstelle Radikalisierung des BAMF

Auch das Kooperationsnetzwerk der *Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* dient als Plattform für den Austausch zwischen Bund und Ländern. In Sachsen-Anhalt übernimmt die *Stabsstelle Demokratie- und Engagementförderung im Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration* die Funktion der *Landeskoordinierungsstelle* im Rahmen des BAMF-Netzwerks. Die Beratungsstelle *HAYAT* ist als zivilgesellschaftlicher *Partner vor Ort* mit der Deradikalisierungsarbeit in Sachsen-Anhalt befasst.

3.3 – BMFSFJ: Bundesprogramm Demokratie leben!

Über das Bundesprogramm *Demokratie leben!* des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* kofinanziert der Bund einen Teil der Präventionsarbeit auf den Ebenen der Länder und Kommunen.

Im Rahmen von *Demokratie leben!* werden in Sachsen-Anhalt 21 *Partnerschaften für Demokratie* gefördert. Dabei handelt es sich um lokale und regionale Bündnisse, die vor Ort passende Strategien für die konkrete Situation entwickeln.

In jedem Bundesland unterstützen *Landes-Demokratiezentren* die Weiterentwicklung von Konzepten und Strategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt. Sie sorgen für eine Vernetzung der lokalen Aktivitäten – insbesondere der *Partnerschaften für Demokratie*. In Sachsen-Anhalt ist das *Landes-Demokratiezentrum* beim *Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration* in der *Stabsstelle Demokratie- und Engagementförderung* angesiedelt.

Video- und Audiobeiträge

Die Multimedia-Beiträge informieren über die islamistische Szene, erzählen die Geschichten von betroffenen Familien und radikalisierten Jugendlichen oder lassen Fachleute zu Wort kommen. In der Sammlung befinden sich Dokumentationen und Reportagen, Talks mit Fachleuten sowie Kurzbeiträge.

www.bpb.de/infodienst-multimedia

Des Weiteren werden im Rahmen von *Demokratie leben!* Modellprojekte zur Extremismusprävention in den Bereichen „Islamistischer Extremismus“, „Phänomenübergreifende Prävention: Wechselwirkungen einzelner Phänomene, De-eskalationsarbeit“ sowie „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ gefördert.

In Sachsen-Anhalt sind das die folgenden Projekte:

- *#unserhayat – unser Leben. Sozialraum- und lebensweltorientierte Arbeit mit Jugendlichen mit Fluchthintergrund im Einflussbereich extremistischer Ansprachen (Multikulturelles Zentrum Dessau, Dessau-Roßlau)*
- *Fachzentrum Radikalisierungsprävention in Vollzug & Straffälligenhilfe Sachsen-Anhalt (Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V., Multikulturelles Zentrum Dessau und Landesverband für Kriminalprävention und Resozialisierung)*

3.4 – Jugendmigrationsdienste: Respekt Coaches

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanziert auch das Programm *Respekt Coaches*. Es wird von den *Jugendmigrationsdiensten (JMD)* an rund 190 Standorten in allen Bundesländern umgesetzt. Die *JMD* kooperieren dafür mit Schulen und weiteren Partnern. Das Programm soll in Gruppenangeboten demokratische Werte für junge Menschen erlebbar machen und sie in ihrer Persönlichkeit stärken. Schülerinnen und Schüler sollen den Wert einer vielfältigen Gesellschaft erfahren und lernen, unterschiedliche Weltanschauungen und Lebensweisen besser zu verstehen. Dies soll auch der Extremismusprävention dienen. In Sachsen-Anhalt gibt es neun Standorte der *Respekt Coaches*.

4. Wie arbeiten Landesebene und kommunale Ebene zusammen?

Die Präventionsstrategie im Rahmen des *Landespräventionsnetzwerks Islamismus* in Sachsen-Anhalt wird durch den Beirat des *Landesprogramms Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit* begleitet (► siehe Abschnitt 2.1, S. 125). Dazu gehören auch Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Ebene, unter anderem der *Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt* und der *Landeskreistag von Sachsen-Anhalt* sowie zivilgesellschaftliche Vereine, Träger und Institutionen.

Bei Bedarf bieten die Netzwerkpartner des *Landespräventionsnetzwerks Islamismus*, insbesondere das Projekt *SALAM. Sachsen-Anhalt* und die *Verfassungsschutzbehörde des Landes Sachsen-Anhalt*, Beratungen, Schulungen und Fortbildungen für kommunale Einrichtungen an (► siehe Abschnitte 2.1 und 2.2, S. 125 ff.).

Darüber hinaus werden in Sachsen-Anhalt aktuell in 21 Städten und Landkreisen *Partnerschaften für Demokratie* des Bundesprogramms *Demokratie leben!* im Rahmen des *Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit* kofinanziert. Dies ermöglicht zusätzlich eine strategische Abstimmung mit Verantwortlichen aus der kommunalen Politik und Verwaltung, die gemeinsam mit Akteuren aus der Zivilgesellschaft anhand der lokalen Gegebenheiten und Problemlagen Strategien zur Stärkung von Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit entwickeln.

5. Welche zivilgesellschaftlichen Akteure sind aktiv und wie arbeiten staatliche Akteure mit ihnen zusammen?

Das Projekt *SALAM. Sachsen-Anhalt* in Trägerschaft des *Multikulturellen Zentrums Dessau* ist als zivilgesellschaftlicher Akteur maßgeblich im Handlungsfeld der Prävention islamistischer Radikalisierung tätig. Ebenso wirkt das seit Anfang 2020 laufende *Demokratie leben!*-Modellprojekt *#unserhayat – unser Leben am Multikulturellen Zentrum Dessau* in der Präventionsarbeit mit zielgruppenspezifischen Angeboten für (sozial)pädagogisch schwer erreichbare Jugendliche mit Fluchthintergrund (► siehe Abschnitte 2.2 und 2.3, S. 127).

Das ebenfalls von *Demokratie leben!* geförderte Modellprojekt *Fachzentrum Radikalisierungsprävention in Vollzug & Straffälligenhilfe Sachsen-Anhalt (FRAP)* arbeitet phänomenübergreifend in der Radikalisierungsprävention im Strafvollzug und in der Resozialisierung (► siehe Abschnitt 2.4, S. 128). Es begegnet sowohl rechtem als auch religiös basierendem Extremismus und wird von einem Trägerverbund umgesetzt (*Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V.*, *Multikulturelles Zentrum Dessau e. V.* und *Landesverband für Kriminalprävention und Resozialisierung*).

Die Distanzierungsarbeit in Form von Einzelfall- und Angehörigenberatung wird durch das Projekt *HAYAT* des Trägers *ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH* durchgeführt. *HAYAT* ist ein Projekt des Bundes, das bundesweit in der Angehörigenberatung und Distanzierungsarbeit tätig ist.

Die Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren erfolgt im Land Sachsen-Anhalt im Rahmen des *Landespräventionsnetzwerks Islamismus* (► siehe Abschnitt 2.1, S. 125).

6. Welche Besonderheiten gibt es in Sachsen-Anhalt hinsichtlich der Präventionsarbeit?

Laut Bericht des *Landesverfassungsschutzes Sachsen-Anhalt* für das Jahr 2018 ist das islamistische Personenpotenzial in Sachsen-Anhalt mit etwa 300 Personen (2017: ca. 200 Personen) erheblich geringer als in anderen Bundesländern. Ferner bestehen in Sachsen-Anhalt mehrheitlich keine gefestigten Strukturen der islamistischen Szene.²

Die Präventionsarbeit in Sachsen-Anhalt konzentriert sich deshalb verstärkt auf den Phänomenbereich Rechts extremismus. Im Feld der Islamismusprävention liegt daher ein Schwerpunkt auf der Bildungsarbeit. Diese versucht, Wissen zu den verschiedenen Facetten der islamischen Religion zu vermitteln und interkulturelle Kompetenzen zu stärken, damit mögliche Hinweise auf eine islamistische Radikalisierung erkannt und von religiöser Praxis unterschieden werden können.

Weitere Infodienst-Angebote

Newsletter Infodienst Radikalisierungsprävention

Was gibt es Neues im Arbeitsfeld Radikalisierungsprävention im Bereich Islamismus? Alle sechs Wochen informiert der Newsletter über Termine, aktuelle Meldungen, Berichte, Stellenangebote, Neuerscheinungen, Materialien und Videobeiträge.

www.bpb.de/infodienst-newsletter

² Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt: **Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt für das Jahr 2018**, S. 108 und S. 144–146, kurz.bpb.de/o02

7. Quellen, Anlaufstellen und Präventionsprojekte in Sachsen-Anhalt

7.1 – Wichtige Quellen und Websites

Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt

kurz.bpb.de/o03

Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration
des Landes Sachsen-Anhalt:

Landeskoordinierungsstelle für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit

kurz.bpb.de/o07

Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration
des Landes Sachsen-Anhalt:

Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit

kurz.bpb.de/nzx

Ministerium für Inneres und Sport
des Landes Sachsen-Anhalt:

Verfassungsschutz – Islamismus/Salafismus/ Jihadismus und Ausländerextremismus

kurz.bpb.de/o00

Ministerium für Inneres und Sport
des Landes Sachsen-Anhalt:

Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt für das Jahr 2018

kurz.bpb.de/o02

7.2 – Anlaufstellen und Präventionsprojekte

Miteinander – Netzwerk für Demokratie
und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V.,
Multikulturelles Zentrum Dessau e. V.
und Landesverband für Kriminalprävention
und Resozialisierung:

Fachzentrum Radikalisierungsprävention in Vollzug & Straffälligenhilfe Sachsen-Anhalt

kurz.bpb.de/o08

Multikulturelles Zentrum Dessau e. V.:

SALAM. Sachsen-Anhalt

kurz.bpb.de/o0a

Multikulturelles Zentrum Dessau e. V.:

#unserhayat – unser Leben

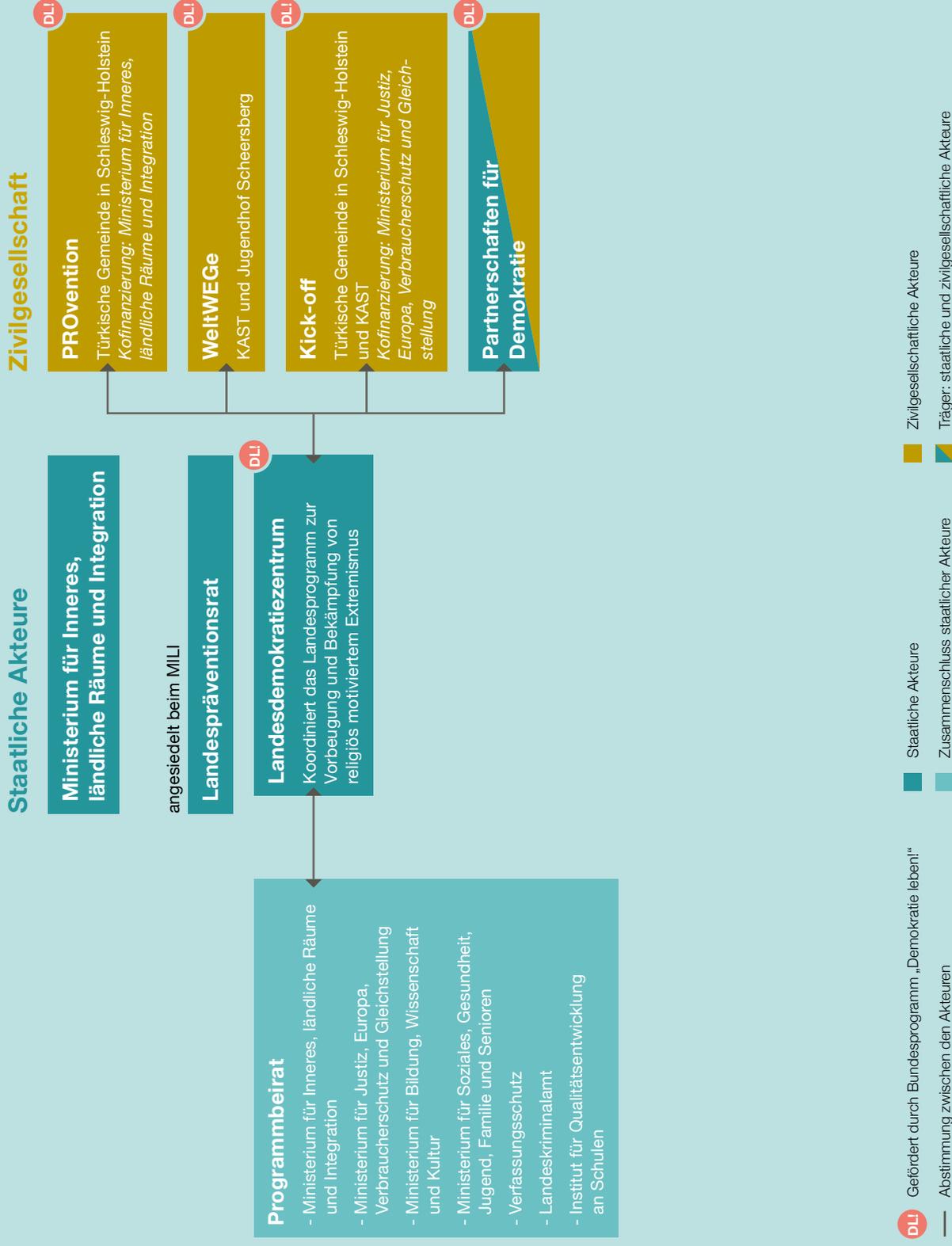
kurz.bpb.de/o04

Kurzlinks

Weil die Originallinks
häufig sehr lang sind,
hat die Redaktion Kurzlinks
erstellt. Diese leiten direkt
auf die entsprechenden
Seiten.

Präventionsarbeit ist ein dynamischer Bereich mit vielen aktuellen Entwicklungen. Die Redaktion freut sich daher über Ihre Hinweise auf Akteure, Aktivitäten oder Zusammenhänge, die in diesem Beitrag nicht berücksichtigt wurden.

Schreiben Sie uns gerne eine E-Mail an: radikalisierungspraevention@redaktion-kauer.de





Schleswig-Holstein



Die Präventionsarbeit im Bereich Islamismus in Schleswig-Holstein beruht auf dem *Landesprogramm zur Vorbeugung und Bekämpfung von religiös motiviertem Extremismus*, das 2015 vom Landtag beschlossen wurde. Sie wird vom *Landesdemokratiezentrum* beim *Landespräventionsrat (Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration)* koordiniert und von zivilgesellschaftlichen Akteuren umgesetzt.

1. Gibt es eine landeseigene Präventionsstrategie im Bereich Islamismus?

2015 wurde das *Landesprogramm zur Vorbeugung und Bekämpfung von religiös motiviertem Extremismus* in Schleswig-Holstein vom Landtag beschlossen. Es soll der Prävention und Deradikalisierung im Bereich Islamismus/Salafismus in Schleswig-Holstein dienen und wurde vom *Landespräventionsrat* und dem *Landesamt für Verfassungsschutz* konzipiert. Das Programm hat sich Prävention, Intervention, Deradikalisierung und Netzwerkarbeit zum Ziel gesetzt. Konkret heißt das:

- Beratung von Angehörigen von radikalisierten Personen
- Vermittlung von Hintergrundwissen über religiös motivierten Extremismus
- Verhinderung und Unterbrechung von Radikalisierung durch Beratung und Unterbreitung von Hilfsangeboten
- Vernetzung von Institutionen und Förderung des fachlichen Austauschs¹

2. Wie ist die Präventionsarbeit organisiert?

Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein

Die Maßnahmen zur Prävention von religiös motiviertem Extremismus werden vom *Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein (LDZ)* koordiniert. Es ist beim *Landespräventionsrat (LPR)* im *Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration (MLI)* angesiedelt. Im Rahmen des *Landesprogramms zur Vorbeugung und Bekämpfung von religiös motiviertem Extremismus* sollen Prävention, Vernetzung, Intervention und Demokratieförderung miteinander verbunden werden.

Das *Landesdemokratiezentrum* koordiniert neben dem *Landesprogramm gegen religiös motivierten Extremismus* auch das *Landesprogramm gegen Rechtsextremismus*. Darüber hinaus ist das *LDZ* für die Demokratieförderung in Schleswig-Holstein zuständig, verwaltet die Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* und ist gleichzeitig Ansprechpartner für die Projektakteure des Bundesprogramms *Zusammenhalt durch Teilhabe*.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHE AKTEURE

Die operative Präventions- und Interventionsarbeit wird in Schleswig-Holstein von zivilgesellschaftlichen Akteuren geleistet. Über das *Landesprogramm zur Vorbeugung und Bekämpfung von religiös motiviertem Extremismus* wird *PROvention* gefördert – eine Beratungsstelle gegen religiös motivierten Extremismus, die in Trägerschaft der *Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V.* ist.

Im Rahmen von *Demokratie leben!* werden zwei Projekte gefördert: *Kick-off* und *WeltWEGe*. Dabei sind die Träger des Projekts *Kick-off* die *Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V.* sowie der *Kieler Antigewalt- und Sozialtraining e. V. (KAST)*. *KAST* ist gemeinsam mit der *Internationalen Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg* auch Träger des Projekts *WeltWEGe* (► siehe Abschnitt 5, S. 135).

KONTAKT- UND FACHSTELLE

Darüber hinaus hat das *Landesdemokratiezentrum* 2018 eine *Kontakt- und Fachstelle* für religiöse Vereine, Verbände und Initiativen eingerichtet, um insbesondere die Vernetzung zu muslimischen Akteuren weiter auszubauen und zu verstetigen. Ziel ist es, diese als Netzwerkpartner für die Demokratieförderung sowie für die Extremismusprävention zu gewinnen und somit die vorhandenen Strukturen weiter zu stärken.

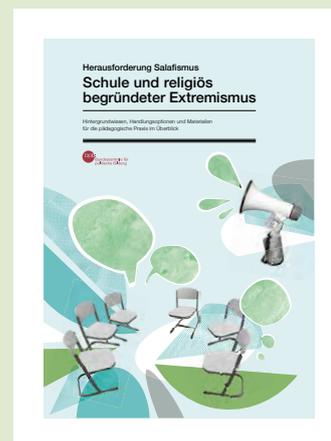
¹ Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein: **Religiös motivierter Extremismus**, kurz.bpb.de/nmw

Schule und religiös begründeter Extremismus – Herausforderung Salafismus

Hintergrundwissen, Handlungsoptionen und Materialien für die pädagogische Praxis im Überblick

Salafismus und Extremismus sind auch an vielen Schulen ein Thema. Wie können Lehrkräfte damit umgehen? Woran erkennen sie eine mögliche Radikalisierung? Und wie können sie „heiße Themen“ im Unterricht bearbeiten, ohne zu stigmatisieren? Die Handreichung soll Lehrkräfte im Umgang damit unterstützen.

www.bpb.de/infodienst-handreichung



Vereine, Verbände, Initiativen und Privatpersonen, die vor Ort Maßnahmen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention umsetzen möchten, können ganzjährig entsprechende Anträge an das Landesdemokratiezentrum stellen.

PROGRAMMBEIRAT FÜR DAS LANDESPROGRAMM

Dem Landesprogramm ist ein Programmbeirat zugeordnet. Dieser trifft sich mindestens halbjährlich. Er steuert die Ausgestaltung der Beratungsarbeit nach den Belangen der beteiligten Akteure und dient dem vertieften Informationsaustausch über aktuelle Maßnahmen und Entwicklungen zwischen den Mitgliedern. Der Programmbeirat setzt sich wie folgt zusammen:

- Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration
- Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung
- Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
- Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren
- Verfassungsschutz
- Landeskriminalamt
- Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen

3. Welche Rolle spielen die Akteure der Bundesebene in Schleswig-Holstein?

3.1 – Arbeitsgruppen der Bundesländer

Die Behörden und besonders die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern stimmen sich bereits seit 2009 in der Arbeitsgruppe Deradikalisierung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ) über islamistischen Extremismus ab. Des Weiteren existieren verschiedene Bundesländer-Arbeitsgruppen im Rahmen der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK).

3.2 – Kooperationsnetzwerk der Beratungsstelle Radikalisierung des BAMF

Auch das Kooperationsnetzwerk der Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) dient als Plattform für den Austausch zwischen Bund und Ländern. In Schleswig-Holstein übernimmt das Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration die Funktion der Landeskoordinierungsstelle im Rahmen des BAMF-Netzwerks. PROvention ist als zivilgesellschaftlicher Partner vor Ort mit der aktiven Fallarbeit befasst.

3.3 – BMFSFJ: Bundesprogramm Demokratie leben!

Über das Bundesprogramm Demokratie leben! des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) kofinanziert der Bund einen Teil der Präventionsarbeit auf den Ebenen der Länder und Kommunen.

Im Rahmen von Demokratie leben! werden in Schleswig-Holstein sechs Partnerschaften für Demokratie gefördert. Dabei handelt es sich um lokale und regionale Bündnisse, die vor Ort passende Strategien für die konkrete Situation entwickeln.

In jedem Bundesland unterstützen Landes-Demokratiezentren die Weiterentwicklung von Konzepten und Strategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt. Sie sorgen für eine Vernetzung der lokalen Aktivitäten – insbesondere der Partnerschaften für Demokratie. In Schleswig-Holstein ist das Landesdemokratiezentrum beim Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration angesiedelt.

Des Weiteren werden im Rahmen von Demokratie leben! Modellprojekte zur Extremismusprävention in den Bereichen „Islamistischer Extremismus“, „Phänomenübergreifende Prävention: Wechselwirkungen einzelner Phänomene, De-eskalationsarbeit“ sowie „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ gefördert.

In Schleswig-Holstein ist es das folgende Projekt:

- *Kick-off (Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V. und KAST e. V.), kofinanziert durch das Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung in Schleswig-Holstein*

3.4 – Jugendmigrationsdienste: Respekt Coaches

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanziert auch das Programm *Respekt Coaches*. Es wird von den *Jugendmigrationsdiensten (JMD)* an rund 190 Standorten in allen Bundesländern umgesetzt. Die *JMD* kooperieren dafür mit Schulen und weiteren Partnern. Das Programm soll in Gruppenangeboten demokratische Werte für junge Menschen erlebbar machen und sie in ihrer Persönlichkeit stärken. Schülerinnen und Schüler sollen den Wert einer vielfältigen Gesellschaft erfahren und lernen, unterschiedliche Weltanschauungen und Lebensweisen besser zu verstehen. Dies soll auch der Extremismusprävention dienen. In Schleswig-Holstein gibt es acht Standorte der *Respekt Coaches*.

4. Wie arbeiten Landesebene und kommunale Ebene zusammen?

Die Begleitung und Förderung von rund 90 kommunalen Präventionsgremien ist ein Grundauftrag des *Landespräventionsrates (LPR)*. Die *Koordinierungs- und Fachstelle für kommunale Präventionsgremien* dient als eine landesweite Unterstützungsstruktur für kommunale Präventionsgremien. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besuchen regelmäßig die kommunalen Gremien, um den Synergieeffekt zwischen dem *LPR* und den kommunalen Präventionsgremien vor Ort auszubauen. Des Weiteren wird die Vernetzung der einzelnen Gremien verstärkt. Schwerpunkt ist die Intensivierung der Zusammenarbeit der Gremien untereinander sowie der Wissenstransfer und Austausch zu wichtigen (regionalen und überregionalen) Themen der Prävention.

Aus diesem Grund erfolgt darüber hinaus eine enge Zusammenarbeit zwischen der *Koordinierungs- und Fachstelle für kommunale Präventionsgremien* und der *Kontakt- und Fachstelle für Partnerschaften für Demokratie*, die beim *Landesdemokratiezentrum* angesiedelt ist (► siehe Abschnitt 2, S. 133). Ziel ist es auch hier, die kommunale Präventionslandschaft in Schleswig-Holstein synergetisch sowie zukunftsorientiert zu begleiten. Für die operative Umsetzung der Präventionsarbeit ist *PROvention* mit dem Aufbau von vier lokalen Netzwerken in den Hotspots der islamistisch-salafistischen Szene betraut.

5. Welche zivilgesellschaftlichen Akteure sind aktiv und wie arbeiten staatliche Akteure mit ihnen zusammen?

In Schleswig-Holstein sind nur wenige Angebote von zivilgesellschaftlichen Akteuren zum Thema „Prävention von Islamismus/Salafismus“ aktiv. Diese werden von den *Ministerien des Inneren* (im Rahmen des *Landesprogramms*) und der *Justiz* des Landes Schleswig-Holsteins sowie durch das Bundesprogramm *Demokratie leben!* finanziert.

5.1 – TGS-H: PROvention – Präventions- und Beratungsstelle gegen religiös begründeten Extremismus

PROvention ist die *Präventions- und Beratungsstelle gegen religiös begründeten Extremismus* in Schleswig-Holstein. Sie wurde im April 2015 ins Leben gerufen. Sie steht in Trägerschaft der *Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V. (TGS-H)* und wird finanziert vom *Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration* im Rahmen des *Landesprogramms zur Vorbeugung und Bekämpfung von religiös motiviertem Extremismus*.

Weitere Infodienst-Angebote

Datenbank mit Anlaufstellen

Was tun, wenn sich junge Menschen radikalieren? Wo können sich Fachkräfte informieren und weiterbilden, wo finden Angehörige Rat? Die Infodienst-Datenbank enthält rund 100 Anlaufstellen aus dem gesamten Bundesgebiet, die Unterstützung anbieten.

www.bpb.de/infodienst-datenbank

Das Team von *PROvention* berät Angehörige, Freundinnen und Freunde sowie Bekannte von Personen, die von Radikalisierung oder Extremismus betroffen sind. Auch Ausstiegswillige können die Beratung nutzen. Darüber hinaus bietet *PROvention* öffentliche Vorträge, Weiterbildungen für Fachkräfte und Workshops für Jugendliche an.

Bei *PROvention* arbeiten über zehn Berater/-innen, die aus unterschiedlichen Fachrichtungen stammen und Beratungen unter anderem auf Deutsch, Englisch, Arabisch, Türkisch, Persisch und Französisch anbieten.

In Zusammenarbeit mit dem *Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen in Schleswig-Holstein (IQSH)* werden von *PROvention* auch Workshops für Lehrkräfte angeboten. Auch andere Sozialraumakteure werden fortgebildet, etwa Personen aus der Flüchtlingshilfe oder Justizangestellte (über das Projekt *Kick-off*, s. u.). Ein weiteres spezifisches Angebot besteht für Psycholog/-innen und Psychotherapeut/-innen. In Abstimmung mit dem *Landesdemokratiezentrum*, dem *Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur* und dem *Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren* betreut *PROvention* außerdem eine Peer-to-Peer-Fortbildung für Jugendliche.

5.2 – KAST und Jugendhof Scheersberg:

WeltWEGe

Aus Mitteln des Bundesprogramms *Demokratie leben!* wird über das *Landesdemokratiezentrum* das Modellprojekt *WeltWEGe* umgesetzt. Träger sind der *Kieler Antigewalt- und Sozialtraining e. V. (KAST)* und die *Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg (Deutscher Grenzverein e. V.)*. Mit Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft entwickeln sie Medieninhalte zu verschiedenen Themen aus den Bereichen Extremismus und Propaganda.

5.3 – TGS-H und KAST: Kick-off

Ebenfalls über *Demokratie leben!* wird das Modellprojekt *Kick-off* gefördert, das die Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe zum Thema hat. Kofinanzierung leistet das *Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung*.

Die beiden Träger, die *Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V. (TGS-H)* und der *Kieler Antigewalt- und Sozialtraining e. V. (KAST)*, bearbeiten die Bereiche „Religiös motivierter Extremismus“ sowie „Rechtsextremismus“. Neben der Einzelfallbetreuung werden (religiöse) Gruppengespräche, Demokratieunterricht sowie Fort- und Weiterbildungen (in Zusammenarbeit mit *PROvention*) der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Strafvollzug und in der Bewährungshilfe angeboten.

6. Welche Besonderheiten gibt es in Schleswig-Holstein hinsichtlich der Präventionsarbeit?

Die Präventionsarbeit in Schleswig-Holstein ist durch eine zentrale Koordinierung und Bündelung durch das *Landesdemokratiezentrum* geprägt, in dem sowohl Landes- als auch Bundesprogramme koordiniert werden. Dass das *Landesdemokratiezentrum* direkt beim *Landespräventionsrat* und organisatorisch im *Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration* angesiedelt ist, hebt den Stellenwert der Präventionsarbeit im Land hervor.

Eine weitere Besonderheit der Präventionsarbeit gegen religiös motivierten Extremismus in Schleswig-Holstein ist der breite Auftrag von *PROvention* unter Trägerschaft der *Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V.* Die *Beratungsstelle* bietet von Vorträgen und Fortbildungen über Workshops und Umfeldberatung bis hin zur Ausstiegsarbeit eine umfassende Präventionsarbeit an.

Weitere Infodienst-Angebote

Newsletter Infodienst Radikalisierungsprävention

Was gibt es Neues im Arbeitsfeld Radikalisierungsprävention im Bereich Islamismus? Alle sechs Wochen informiert der Newsletter über Termine, aktuelle Meldungen, Berichte, Stellenangebote, Neuerscheinungen, Materialien und Videobeiträge.

www.bpb.de/infodienst-newsletter

7. Quellen, Anlaufstellen und Präventionsprojekte in Schleswig-Holstein

7.1 – Wichtige Quellen und Websites

Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein:

Landesdemokratiezentrum Schleswig Holstein

kurz.bpb.de/nmx

Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein – Staatskanzlei:

Landespräventionsrat Schleswig-Holstein

kurz.bpb.de/nmy

Schleswig-Holsteinischer Landtag:

Stellungnahme: Gefahren durch religiös motivierte Gewalt abwenden durch die Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V.

kurz.bpb.de/nmz

Schleswig-Holsteinischer Landtag (2016):

**Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Christopher Vogt (FDP),
Thema: Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung**

kurz.bpb.de/ocd

7.2 – Anlaufstellen und Präventionsprojekte

*Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V.,
Kieler Antigewalt- und Sozialtraining e. V.:*

Kick-off

kurz.bpb.de/nn1

Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V.:

PROvention – Präventions- und Beratungsstelle gegen religiös begründeten Extremismus

kurz.bpb.de/nn2

*Kieler Antigewalt- und Sozialtraining e. V.,
Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg
(Deutscher Grenzverein e. V.):*

WeltWEGe

kurz.bpb.de/nn3

Kurzlinks

Weil die Originallinks häufig sehr lang sind, hat die Redaktion Kurzlinks erstellt. Diese leiten direkt auf die entsprechenden Seiten.

Präventionsarbeit ist ein dynamischer Bereich mit vielen aktuellen Entwicklungen. Die Redaktion freut sich daher über Ihre Hinweise auf Akteure, Aktivitäten oder Zusammenhänge, die in diesem Beitrag nicht berücksichtigt wurden.

Schreiben Sie uns gerne eine E-Mail an: radikalisierungspraevention@redaktion-kauer.de

Thüringen / Akteure und Organisation der Islamismusprävention

Staatliche Akteure

Thüringer Ministerium für Bildung,
Jugend und Sport

angesiedelt beim TMBJS

**Landes-Demokratiezentrum:
Landeskoordinierungsstelle**

Koordiniert das Landesprogramm für Demokratie,
Toleranz und Weltoffenheit – Denk Bunt

Zivilgesellschaft

Beratungsstelle Thüringen

Violence Prevention Network
Kofinanzierung: TMBJS

Kompetent ohne Hass und Gewalt

Drudel 11
Kofinanzierung: TMBJS

Partnerschaften für Demokratie

DLI

DLI

DLI

DLI

DLI Gefördert durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Staatliche Akteure

Zivilgesellschaftliche Akteure

Träger: staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure



Thüringen



Besonders die Arbeit der *Beratungsstelle Thüringen*, die durch *Violence Prevention Network e. V. (VPN)* umgesetzt wird, prägt die Präventionsarbeit im Bereich Islamismus in Thüringen. Die *Beratungsstelle* bietet Coachings und Fortbildungsveranstaltungen im Themenfeld Islam sowie der Prävention von religiös begründetem Extremismus an. Unterstützt wird die *Beratungsstelle* vom Thüringer *Landes-Demokratiezentrum* im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!*

1. Gibt es eine landeseigene Präventionsstrategie im Bereich Islamismus?

In Thüringen gibt es keine eigenständige politische Strategie zur Prävention von Islamismus. Es existiert jedoch das *Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit – Denk Bunt*. Es wird im *Landes-Demokratiezentrum* koordiniert, das beim *Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport* angesiedelt ist. Das Programm dient der Förderung von demokratischen Strukturen und Kompetenzen. Einige Angebote der Islamismusprävention werden im Rahmen dieses Programms umgesetzt.

2. Wie ist die Präventionsarbeit organisiert?

2.1 – Landes-Demokratiezentrum:

Landeskoordinierungsstelle

Die Thüringer Präventionsarbeit wird von der *Landeskoordinierungsstelle* organisiert, die im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* eingerichtet wurde. Sie befindet sich im *Thüringer Landes-Demokratiezentrum*, das beim *Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport* angesiedelt ist. Die *Landeskoordinierungsstelle* soll die Akteure im Themenfeld des Extremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit miteinander vernetzen. Dazu finden regelmäßige Netzwerktreffen mit allen Akteuren statt. Im Bereich der Islamismusprävention gibt es zwei zivilgesellschaftliche Akteure: *Violence Prevention Network e. V. (VPN)* und *Drudel 11 e. V.*

Weitere Infodienst-Angebote

Video- und Audiobeiträge

Die Multimedia-Beiträge informieren über die islamistische Szene, erzählen die Geschichten von betroffenen Familien und radikalisierten Jugendlichen oder lassen Fachleute zu Wort kommen. In der Sammlung befinden sich Dokumentationen und Reportagen, Talks mit Fachleuten sowie Kurzbeiträge.

www.bpb.de/infodienst-multimedia

2.2 – VPN: Beratungsstelle Thüringen

Die *Beratungsstelle Thüringen* mit Sitz in Erfurt bietet Coachings und Fortbildungen für Multiplikatoren im Themenfeld Islam an. Sie werden vom Verein *Violence Prevention Network* umgesetzt. Die Angebote der *Beratungsstelle* sind für Menschen und Institutionen gedacht, die Beratung oder Unterstützung in der Auseinandersetzung mit den Themenkomplexen „Islam“, „Religiös basierte Radikalisierung“ sowie „Islamfeindlichkeit“ benötigen. Die *Beratungsstelle* wird im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* sowie im Rahmen des *Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit* gefördert.

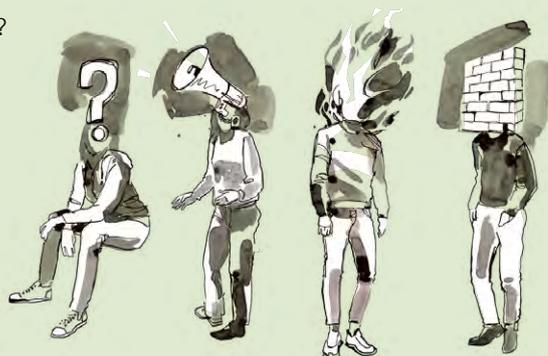
Ein gesondertes Projekt der *Beratungsstelle Thüringen* ist *Islam im Dialog*. Zu den Angeboten des Projekts gehören Workshops für Schülerinnen und Schüler, die Arbeit im Kontext Geflüchtete sowie Intervention und Fallarbeit. Die Workshops an Schulen richten sich an junge Menschen ohne geschlossenes ideologisches Weltbild. Aktive Methoden sollen es den Jugendlichen ermöglichen, sich mit den Mechanismen der Entwicklung von Ressentiments

Infodienst Radikalisierungsprävention – Herausforderung Islamismus

Was kann man gegen Radikalisierung tun? Wie kann man junge Menschen stärken, die möglicherweise radikalierungsgefährdet sind? Wie kann der Ausstieg aus radikalen Gruppen gelingen?

Der **Infodienst Radikalisierungsprävention – Herausforderung Islamismus** ist ein Online-Portal mit Newsletter der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Er bietet Hintergrundwissen, pädagogische Materialien, Veranstaltungshinweise und eine Übersicht mit Beratungsangeboten – unter anderem für Schule, Sozialarbeit, Beratungsstellen oder Behörden.

www.bpb.de/infodienst



auseinanderzusetzen. Identitätskrisen und problematische biografische Erfahrungen können die Gefahr einer Radikalisierung erhöhen. Mit den entsprechenden Handlungskompetenzen möchte die *Beratungsstelle Thüringen* die Jugendlichen befähigen, ein respektvolles Miteinander zu leben.

Die Qualifizierungsmaßnahmen im Kontext Geflüchtete der *Beratungsstelle Thüringen* richten sich an Fachkräfte, die in ihren beruflichen Kontexten radikale, islamistische Phänomene feststellen.

Die Interventionsmaßnahmen richten sich an Menschen, die in extremistischen oder demokratiefeindlichen Kontexten auffällig geworden sind. Darüber hinaus bietet die *Beratungsstelle Thüringen* Beratungs- und Dialogmaßnahmen mit Radikalisierten, Ausreisewilligen sowie Rückkehrerinnen und Rückkehrern an.

2.3 – Drudel 11: Kompetent ohne Hass und Gewalt

Das Modellprojekt *Kompetent ohne Hass und Gewalt* in Trägerschaft von *Drudel 11* ist in den Bereichen Strafvollzug und Bewährungshilfe tätig. Ziel des Projekts ist es, Distanzierungs- und Deradikalisierungsangebote für radikalierungsgefährdete Inhaftierte zu entwickeln und zu implementieren. In die Deradikalisierungsprozesse werden auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Strafvollzug und in der Bewährungshilfe sowie Angehörige und das soziale Umfeld der Straftäterinnen und Straftäter eingebunden. Am Ende der Projektlaufzeit soll ein landesweites System zur Radikalisierungsprävention und Deradikalisierungsarbeit im Strafvollzug und in der Bewährungshilfe geschaffen werden. Das Projekt wird im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* gefördert.

3. Welche Rolle spielen die Akteure der Bundesebene in Thüringen?

3.1 – Arbeitsgruppen der Bundesländer

Die Behörden und besonders die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern stimmen sich bereits seit 2009 in der *Arbeitsgruppe Deradikalisierung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ)* über islamistischen Extremismus ab. Des Weiteren existieren verschiedene Bundesländer-Arbeitsgruppen im Rahmen der *Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK)*.

3.2 – Kooperationsnetzwerk der Beratungsstelle Radikalisierung des BAMF

Auch das Kooperationsnetzwerk der *Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* dient als Plattform für den Austausch zwischen Bund und Ländern. In Thüringen übernimmt das *Ministerium des Freistaats Thüringen für Bildung, Jugend und Sport* die Funktion der *Landeskoordinierungsstelle* im Rahmen des BAMF-Netzwerks. *Violence Prevention Network* und die Beratungsstelle *HAYAT* sind als zivilgesellschaftliche *Partner vor Ort* mit der aktiven Fallarbeit befasst.

3.3 – BMFSFJ: Bundesprogramm Demokratie leben!

Über das Bundesprogramm *Demokratie leben!* des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) kofinanziert der Bund einen Teil der Präventionsarbeit auf den Ebenen der Länder und Kommunen.

Im Rahmen von *Demokratie leben!* werden in Thüringen 23 *Partnerschaften für Demokratie* gefördert. Dabei handelt es sich um lokale und regionale Bündnisse, die vor Ort passende Strategien für die konkrete Situation entwickeln.

In jedem Bundesland unterstützen *Landes-Demokratiezentren* die Weiterentwicklung von Konzepten und Strategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt. Sie sorgen für eine Vernetzung der lokalen Aktivitäten – insbesondere der *Partnerschaften für Demokratie*. In Thüringen ist das *Landes-Demokratiezentrum* beim *Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport* angesiedelt.

Des Weiteren werden im Rahmen von *Demokratie leben!* Modellprojekte zur Extremismusprävention in den Bereichen „Islamistischer Extremismus“, „Phänomenübergreifende Prävention: Wechselwirkungen einzelner Phänomene, De-eskalationsarbeit“ sowie „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ gefördert.

In Thüringen ist es das folgende Projekt:

- *Kompetent ohne Hass und Gewalt (Drudel 11 e. V., ehemals: Zentrum Deradikalisierung im Thüringer Strafvollzug)*, Kofinanzierung: *Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport*

3.4 – Jugendmigrationsdienste: Respekt Coaches

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanziert auch das Programm *Respekt Coaches*. Es wird von den *Jugendmigrationsdiensten (JMD)* an rund 190 Standorten in allen Bundesländern umgesetzt. Die *JMD* kooperieren dafür mit Schulen und weiteren Partnern. Das Programm soll in Gruppenangeboten demokratische Werte für junge Menschen erlebbar machen und sie in ihrer Persönlichkeit stärken. Schülerinnen und Schüler sollen den Wert einer vielfältigen Gesellschaft erfahren und lernen, unterschiedliche Weltanschauungen und Lebensweisen besser zu verstehen. Dies soll auch der Extremismusprävention dienen. In Thüringen gibt es neun Standorte der *Respekt Coaches*.

Weitere Infodienst-Angebote

Übersicht: Evaluationen von Projekten der Radikalisierungsprävention

Zahlreiche wissenschaftliche Evaluationsvorhaben befassen sich mit Trägern und Projekten im Bereich Radikalisierungsprävention in Deutschland. Die Infodienst-Redaktion hat eine Übersicht zu bereits durchgeführten sowie aktuell laufenden Evaluationen zur Radikalisierungsprävention im Bereich Salafismus/Islamismus erstellt.

www.bpb.de/infodienst-evaluationen



Übersicht: Forschungsprojekte

In den vergangenen Jahren hat die Anzahl an Forschungsprojekten zu den Themen Islamismus und Salafismus sowie phänomenübergreifende Betrachtungen von Extremismus und Radikalisierung stark zugenommen. Der Infodienst Radikalisierungsprävention bietet eine strukturierte Übersicht über diese Forschungsprojekte in Deutschland seit 2015.

www.bpb.de/infodienst-forschungsprojekte

4. Wie arbeiten Landesebene und kommunale Ebene zusammen?

Die Zusammenarbeit zwischen Landesebene und kommunaler Ebene erfolgt im Wesentlichen über die von *Demokratie leben!* geförderten *Partnerschaften für Demokratie*. Derzeit gibt es solche in 23 Städten und Landkreisen. Verantwortliche aus der kommunalen Politik und Verwaltung entwickeln gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren anhand der lokalen Gegebenheiten und Problemlagen Strategien zur Stärkung von Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

5. Welche zivilgesellschaftlichen Akteure sind aktiv und wie arbeiten staatliche Akteure mit ihnen zusammen?

Violence Prevention Network und *Drudel 11* sind als einzige zivilgesellschaftliche Akteure im Bereich der Islamismusprävention tätig. Beide werden im Rahmen des *Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit* in Kofinanzierung gefördert (► siehe Abschnitt 2, S. 139).

6. Welche Besonderheiten gibt es in Thüringen hinsichtlich der Präventionsarbeit?

Eine explizite Strategie zur Islamismusprävention gibt es in Thüringen nicht. Der Thüringer Verfassungsschutzbericht des Jahres 2018 weist darauf hin, dass sich islamistische Gruppierungen im Freistaat bisher kaum etabliert hätten, „vielmehr agieren lose Netzwerke oder Einzelpersonen, die salafistische Aktivitäten entfalten“. Zudem bewege sich das Potenzial dieser losen Anhängerschaft in Thüringen zwischen etwa 170 und 180 Islamistinnen und Islamisten (2017: 200), wovon 130 Personen (2017: 160) dem Bereich des Salafismus zugerechnet werden könnten.¹

Aufgrund des im Vergleich zu anderen Bundesländern überschaubaren Personenpotenzials liegt das Hauptaugenmerk der Präventionsarbeit in Thüringen primär auf dem Feld Rechtsextremismus. Die einzigen zivilgesellschaftlichen Akteure, die sich der Präventionsarbeit im Bereich Islamismus widmen, sind *Violence Prevention Network* und *Drudel 11*. Die Sicherheitsbehörden des Landes haben islamistische Gruppierungen und Personen zwar im Blick, sind jedoch nicht unmittelbar an der Präventionsarbeit beteiligt.

¹ Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (2018): *Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2018*, S. 77 ff., kurz.bpb.de/nzs

7. Quellen, Anlaufstellen und Präventionsprojekte in Thüringen

7.1 – Wichtige Quellen und Websites

Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport:
**Das Thüringer Landesprogramm für Demokratie,
Toleranz und Weltoffenheit**

kurz.bpb.de/nzt

Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales:
Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2018

kurz.bpb.de/nzs

7.2 – Anlaufstellen und Präventionsprojekte

Drudel 11:
Kompetent ohne Hass und Gewalt

kurz.bpb.de/nzw

Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport:
Landes-Demokratiezentrum

kurz.bpb.de/nzu

Violence Prevention Network:
Beratungsstelle Thüringen

kurz.bpb.de/nzv

Kurzlinks

Weil die Originallinks häufig sehr lang sind, hat die Redaktion Kurzlinks erstellt. Diese leiten direkt auf die entsprechenden Seiten.

Präventionsarbeit ist ein dynamischer Bereich mit vielen aktuellen Entwicklungen. Die Redaktion freut sich daher über Ihre Hinweise auf Akteure, Aktivitäten oder Zusammenhänge, die in diesem Beitrag nicht berücksichtigt wurden.

Schreiben Sie uns gerne eine E-Mail an: radikalisierungspraevention@redaktion-kauer.de

Überblicksgrafiken zu Bundesebene und Bundesländern zum Heraustrennen



Bundesebene / Akteure und Organisation der Islamismusprävention

Staatliche Akteure

IMA

- BMI
- BMFSFJ
- weitere Bundesressorts

AG Deradikalisierung (im GTAZ)

- BAMF (Geschäftsstelle)
- BIV
- BKA
- BMI
- GBA
- LfV
- LKÄ
- Strafverfolgungsschutz der Länder
- anlassbezogen: weitere GTAZ-Behörden und weitere staatliche Akteure wie BMFSFJ oder bpb

BMI

Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“

„Nationales Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus“

BMFSFJ

Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Weitere Bundesressorts

z. B. BMBF, BMAS, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

dem BMI nachgeordnet

- Bundesamt für Verfassungsschutz**
- Bundeskriminalamt**
- Nationales Zentrum Kriminalprävention**
- Bundeszentrale für politische Bildung**
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge**

dem BMFSFJ nachgeordnet

- Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben**
Administrative Umsetzung von „Demokratie leben!“
- Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention des Deutschen Jugendinstituts**

Zivilgesellschaft

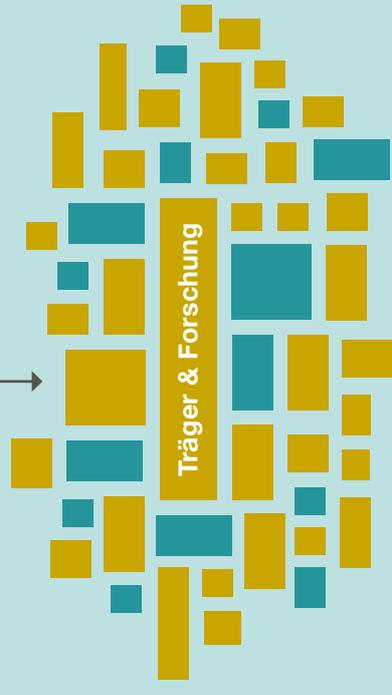
Bundesweite Verbände

Finanzierung durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (BMFSFJ) im Rahmen des „Nationalen Präventionsprogramms gegen islamistischen Extremismus“ (BMI und BMFSFJ) und/oder durch die Bundeszentrale für politische Bildung

Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus
(Teil des KN:IX)

Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX)

Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus



- Staatliche Akteure
- Zusammenschluss staatlicher Akteure
- Zivilgesellschaftliche Akteure
- Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Akteure

- BAMF:** Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- BIV:** Bundesamt für Verfassungsschutz
- BKA:** Bundeskriminalamt
- BMAS:** Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- BMBF:** Bundesministerium für Bildung und Forschung

- BMFSFJ:** Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- BMI:** Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
- bpb:** Bundeszentrale für politische Bildung
- GBA:** Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
- GTAZ:** Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum
- IMA:** Interministerielle Arbeitsgruppe zur Demokratieförderung und Extremismusprävention
- LfV:** Landesämter für Verfassungsschutz
- LKÄ:** Landeskriminalämter

- Abstimmung / Austausch zwischen den Akteuren
- Finanzielle Förderung



Präventionsstrukturen auf Bundesebene



Bundesministerien und -behörden sind bereits seit Langem in der Extremismusprävention – auch im Bereich Islamismus – aktiv. Das *Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat* und das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* zählen mit ihren Förderprogrammen bundesweit zu den wichtigsten Akteuren, denn sie finanzieren einen bedeutenden Teil der Präventionsarbeit auf den Ebenen der Länder sowie Kommunen und unterstützen als Impulsgeber. Im Jahr 2016 hat die Bundesregierung eine Strategie vorgelegt, die vorsieht, die Aktivitäten des Bundes in der Extremismusprävention zu bündeln und zu optimieren.



Islamismusprävention in Deutschland Akteure und Strukturen in Bund und Ländern

Diese Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb bietet erstmals eine systematische Übersicht über die Organisation der Präventionslandschaft im Bereich Islamismus in Deutschland und bildet den aktuellen Stand der Präventionsarbeit und ihrer Akteure ab.

Im bpb-Shop bestellen:
www.bpb.de/shop/infodienst-strukturen



Eine Publikation
des Infodienst
Radikalisierungs-
prävention

Baden-Württemberg / Akteure und Organisation der Islamismusprävention

Staatliche Akteure

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

angesiedelt beim IM

Landespolizeipräsidium
Referat für Kriminalitätsbekämpfung, Prävention und Kriminologie

Projektbüro Kommunale Kriminalprävention

Kompetenzzentrum gegen Extremismus (konex)

Landesbildungszentrum Deradikalisierung

Ausstiegsberatung Islamismus

Projekt ACHTUNG?!

Landeszentrale für politische Bildung

konex

Lenkungsausschuss
- Vorsitz: Staatssekretär/in des Innenministeriums
- Staats-/Kultus-/Sozial-/Justizministerium
- Beauftragte/r der Landesregierung BaWü gegen Antisemitismus
- Landeszentrale für politische Bildung
- Landkreis-/Städte-/Gemeindetag
- Landeskriminaldirektor/in
- konex-Geschäftsführung
- drei gewählte Vertreter/-innen nichtstaatlicher Organisationen

Fachbeirat
- nichtstaatl. Organisationen
- wissenschaftliche Organisationen
- Ministerien und Behörden

Ministerium für Soziales und Integration

angesiedelt beim SM

Beirat Demokratiezentrum
- Sozialministerium
- Kultusministerium
- Innenministerium/konex
- Landeskriminalamt
- Landeszentrale für politische Bildung
- Städtetag BaWü
- BaWü Stiftung

FEX – Fachstelle Extremismusdistanzierung
LAG Mobile Jugendarbeit
Kofinanzierung: Sozialministerium, LAG MJA

Fachstelle PREVENTION
Jugendstiftung BaWü
Kofinanzierung: Sozialministerium

Acht Regionale Demokratiezentren
Verschiedene Träger
Finanzierung: Demokratiezentrum BaWü

Zivilgesellschaft

Jumed
Mannheimer Institut für Integration und interreligiöse Arbeit
Kofinanzierung: Stadt Mannheim

Workshop-Reihe im Justizvollzug
Violence Prevention Network
Kofinanzierung: konex

turuq_
Aktion Dritte Welt
Kofinanzierung: Sozialministerium

Radikalisierungsprävention in Wissenschaft und Praxis
LAG Mobile Jugendarbeit/Streetwork
Kofinanzierung: Sozialministerium

Quwwa
Mosaik Deutschland, Heidelberg
Finanzierung: Stadt Heidelberg, konex

#vrschwrg
Berghof Foundation
Kofinanzierung: Bundeszentrale für politische Bildung

Einmal Brainwash und zurück
Türkische Gemeinde in BaWü
Kofinanzierung: Kreisjugendring Rems-Murr

Partnerschaften für Demokratie

- DLI** Gefördert durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“
- Abstimmung im Rahmen von konex
- Abstimmung im Rahmen des Demokratiezentrams BaWü
- Staatliche Akteure
- Zivilgesellschaftliche Akteure
- Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Akteure
- Zusammenschluss staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure
- Träger: staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure



Baden-Württemberg



Die Präventionsarbeit in Baden-Württemberg wird von mehreren Akteuren mit unterschiedlichen Schwerpunkten betrieben. Der Verzahnung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure kommt eine zentrale Bedeutung zu. So decken beispielsweise die *Landeszentrale für politische Bildung* und das *Demokratiezentrum Baden-Württemberg* insbesondere den Bereich der Primärprävention ab. Für die sekundäre und tertiäre Extremismusprävention ist vor allem das *Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex)* verantwortlich, das beim *Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration* verortet ist.



Islamismusprävention in Deutschland Akteure und Strukturen in Bund und Ländern

Diese Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb bietet erstmals eine systematische Übersicht über die Organisation der Präventionslandschaft im Bereich Islamismus in Deutschland und bildet den aktuellen Stand der Präventionsarbeit und ihrer Akteure ab.

Im bpb-Shop bestellen:
www.bpb.de/shop/infodienst-strukturen



Eine Publikation
des Infodienst
Radikalisierungs-
prävention

Bayern / Akteure und Organisation der Islamismusprävention

Staatliche Akteure

Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration
Leitet interministerielle Arbeitsgruppe

angesiedelt beim StMI
Kompetenzzentrum für Deradikalisierung
Bayerisches Landeskriminalamt

Beratungsstelle Bayern
Violence Prevention Network
Finanzierung: Innenministerium

Präventionsstelle Salafismus
Landesamt für Verfassungsschutz

Bayerisches Staatsministerium der Justiz

angesiedelt beim StMJ
Zentrale Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Salafismus / Islamismus in JVA's

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

angesiedelt beim StMUK
Bay. Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Regionalbeauftragte für Demokratie und Toleranz

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

angesiedelt beim StMAS
Fachstelle zur Prävention von religiös begründeter Radikalisierung
ufuq.de
Kofinanzierung: Sozialministerium

Zivilgesellschaft

ReThink
MIND prevention
Finanzierung: Innen- und Sozialministerium

ReStart
MIND prevention
Finanzierung: Innen- und Sozialministerium

DERAD Bayern
Violence Prevention Network
Finanzierung: Land Bayern

Partnerschaften für Demokratie
DLI

München
Kommunales Netzwerk
Finanzierung: Stadt München

Nürnberg
Präventionsnetzwerk gewaltbereiten Salafismus
Finanzierung: Sozialministerium

Würzburg
Präventionsnetzwerk Radikalisierung
Finanzierung: Sozialministerium

Augsburg
Aufbau von kleinräumigen Netzwerken in Augsburg zur Prävention von Salafismus
Finanzierung: Sozialministerium

DLI Gefördert durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“

■ Staatliche Akteure

■ Zivilgesellschaftliche Akteure

— Abstimmung zwischen den Akteuren

■ Zusammenschluss staatlicher Akteure

■ Träger: staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure



Bayern



In Bayern arbeiten die staatlichen Akteure der Prävention seit 2015 in einem Netzwerk zusammen, das Prävention und Deradikalisierung im Bereich Islamismus systematisch abdecken soll. Zivilgesellschaftliche Träger sind Partner des Netzwerks. Koordiniert wird das Netzwerk durch eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung von vier Ministerien, die Leitung der Arbeitsgruppe liegt beim *Innenministerium*.



Islamismusprävention in Deutschland Akteure und Strukturen in Bund und Ländern

Diese Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb bietet erstmals eine systematische Übersicht über die Organisation der Präventionslandschaft im Bereich Islamismus in Deutschland und bildet den aktuellen Stand der Präventionsarbeit und ihrer Akteure ab.

Im bpb-Shop bestellen:
www.bpb.de/shop/infodienst-strukturen



Eine Publikation
des Infodienst
Radikalisierungs-
prävention

Berlin / Akteure und Organisation der Islamismusprävention

Staatliche Akteure

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

angesiedelt bei SenInnDS

Landesamt für Verfassungsschutz

angesiedelt bei SenJustVA

Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS)

Landeskriminalamt

Landeskommission Berlin gegen Gewalt (LAKO)

- Senatsverwaltungen für ...
- ... Inneres und Sport
 - ... Bildung, Jugend und Familie
 - ... Integration, Arbeit und Soziales
 - ... Gesundheit, Pflege und Gleichstellung
 - ... Stadtentwicklung und Wohnen
 - ... Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung sowie
 - Vertreter/-Innen der Bezirke
 - Polizeipräsident

Austauschgremium für bezirkliche Präventionsräte

Zivilgesellschaft

Zahlreiche Projekte verschiedener Träger und Förderungen

Durch die LADS geförderte Projekte

Durch die LAKO geförderte Projekte

Beratungsstelle Berlin

Violence Prevention Network
Finanzierung: *Landeskommission Berlin gegen Gewalt*

Partnerschaften für Demokratie

DLI Gefördert durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“

— Abstimmung zwischen den Akteuren

--- Abstimmung zwischen den Akteuren im Rahmen des DeRadNet

■ Staatliche Akteure

■ Zusammenschluss staatlicher Akteure

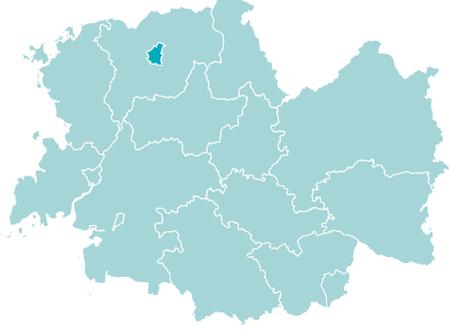
■ Zivilgesellschaftliche Akteure

■ Zusammenschluss staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure

■ Träger: staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure



Berlin



Das *Berliner Landesprogramm Radikalisierungsprävention* finanziert zivilgesellschaftliche Projekte, die in den Bereichen Sekundärprävention und Ausstiegsbegleitung tätig sind. Entwickelt wurde das Programm von der *Landeskommission Berlin gegen Gewalt*, angesiedelt bei der *Senatsverwaltung für Inneres und Sport*. Gleichzeitig fördert die *Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung*, angesiedelt in der *Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung*, primärpräventive Projekte im Rahmen des *Landesprogramms Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus*.



Islamismusprävention in Deutschland Akteure und Strukturen in Bund und Ländern

Diese Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb bietet erstmals eine systematische Übersicht über die Organisation der Präventionslandschaft im Bereich Islamismus in Deutschland und bildet den aktuellen Stand der Präventionsarbeit und ihrer Akteure ab.

Im bpb-Shop bestellen:
www.bpb.de/shop/infodienst-strukturen



Eine Publikation
des Infodienst
Radikalisierungs-
prävention

Brandenburg / Akteure und Organisation der Islamismusprävention

Staatliche Akteure

Ministerium des Innern und für Kommunales

im MIK

Landespräventionsrat

AG 2 Prävention von politischem Extremismus

Verfassungsschutz

Polizei

Staatskanzlei

in der Staatskanzlei

Landes-Demokratiezentrum
Tolerantes Brandenburg /
Bündnis für Brandenburg

Koordinierung der Präventionsarbeit im Bereich Islamismus in Brandenburg, Erarbeitung eines Handlungskonzepts zur Islamismusprävention und Koordinierung des Beratungsnetzwerks

Interministerielle Arbeitsgruppe
Tolerantes Brandenburg /
Bündnis für Brandenburg

- Leitung: Landes-Demokratiezentrum TBB/BfB
- Landesministerien
- Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung
- Integrationsbeauftragter des Landes Brandenburg
- Präventionsbeauftragter des Landes Brandenburg (= Leiter der Geschäftsstelle des Landespräventionsrates)
- Sicherheitsbehörden

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

angesiedelt beim MBJS

Brandenburgische
Landeszentrale
für politische Bildung

Zivilgesellschaft

Beratungsnetzwerk des Toleranten Brandenburg

Mobiles Beratungsteam Brandenburg, RAA Brandenburg, Aktionsbündnis Brandenburg, Opferperspektive e. V., Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund, Fachstelle Antisemitismus, Fachstelle Islam
Finanzierung: Bundes- und Landesmittel

Fachstelle Islam im Land Brandenburg

RAA Brandenburg, Demokratie und Integration Brandenburg
Finanzierung: Landes-Demokratiezentrum „Tolerantes Brandenburg / Bündnis für Brandenburg“

EXchange Brandenburg

Violence Prevention Network, cultures interactive

Reflect – Freiheit beginnt im Kopf

MIND prevention
Finanzierung: Landes-Demokratiezentrum „Tolerantes Brandenburg / Bündnis für Brandenburg“

Beratungsstelle HAYAT Deutschland

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur
Finanzierung: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Partnerschaften für Demokratie

Staatliche Akteure

DLI Gefördert durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Zusammenschluss staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure

Zusammenschluss staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure

Zivilgesellschaftliche Akteure



Brandenburg



Im Vergleich zu anderen Bundesländern spielte Islamismus in Brandenburg bislang eine untergeordnete Rolle. Die Präventionsarbeit ist primär auf den Bereich Rechtsextremismus ausgerichtet. Eine landeseigene Präventionsstrategie zur Bekämpfung des Islamismus befindet sich zurzeit in der Aufbauphase. Die Federführung hierfür hat das *Landes-Demokratiezentrum Tolerantes Brandenburg / Bündnis für Brandenburg* übernommen, das auch die Islamismusprävention im Land koordiniert. Zentraler zivilgesellschaftlicher Akteur in der Präventionsarbeit ist die *Fachstelle Islam im Land Brandenburg*.



Islamismusprävention in Deutschland Akteure und Strukturen in Bund und Ländern

Diese Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb bietet erstmals eine systematische Übersicht über die Organisation der Präventionslandschaft im Bereich Islamismus in Deutschland und bildet den aktuellen Stand der Präventionsarbeit und ihrer Akteure ab.

Im bpb-Shop bestellen:
www.bpb.de/shop/infodienst-strukturen



Eine Publikation
des Infodienst
Radikalisierungs-
prävention

Bremen / Akteure und Organisation der Islamismusprävention

Staatliche Akteure

Senatorin für Justiz und Verfassung

Senator für Inneres

Senatorin für Kinder und Bildung

Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport

angesiedelt im Innenressort
Kompetenzzentrum für Deradikalisierung und Extremismusprävention (KODEX)
 Koordination tertiäre Präventionsarbeit

Landesamt für Verfassungsschutz

Landeskriminalamt

angesiedelt im Bildungsressort
Landesinstitut für Schule: Kompetenzzentrum für Interkulturalität in der Schule

angesiedelt im Sozialressort
Demokratiezentrum Land Bremen
 Koordination primäre und sekundäre Präventionsarbeit

Koordinierungsstelle Islamistischer Extremismus und Muslimfeindlichkeit

Zivilgesellschaft

Legato Bremen
 Ambulante Maßnahmen Altona
 Kofinanzierung: *Senatorin für Justiz und Verfassung*

Partnerschaften für Demokratie

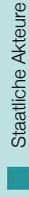
Fach- und Beratungsstelle kitab
 VAJA – Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit
 Kofinanzierung: *Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport*

Legato Disengagement
 Ambulante Maßnahmen Altona
 Finanzierung: *Projekt Sichere und Saubere Stadt, Senator für Inneres*



Geördert durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“

— Abstimmung zwischen den Akteuren



Staatliche Akteure



Zivilgesellschaftliche Akteure

Träger: staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure



Bremen



In Bremen wird seit 2015 über das Ressortübergreifende Präventionskonzept gegen religiös begründeten Extremismus und Islamfeindlichkeit diskutiert, in das die einzelnen Senatsressorts eigene Konzepte einbringen. Im Herbst 2018 wurde das Kompetenzzentrum für Deradikalisierung und Extremismusprävention (KODEX) eingerichtet, welchem eine zentrale und steuernde Funktion für den Bereich der tertiären Prävention zukommt. Das Demokratiezentrum Land Bremen koordiniert Präventionsprojekte im Bereich der primären und der sekundären Prävention.



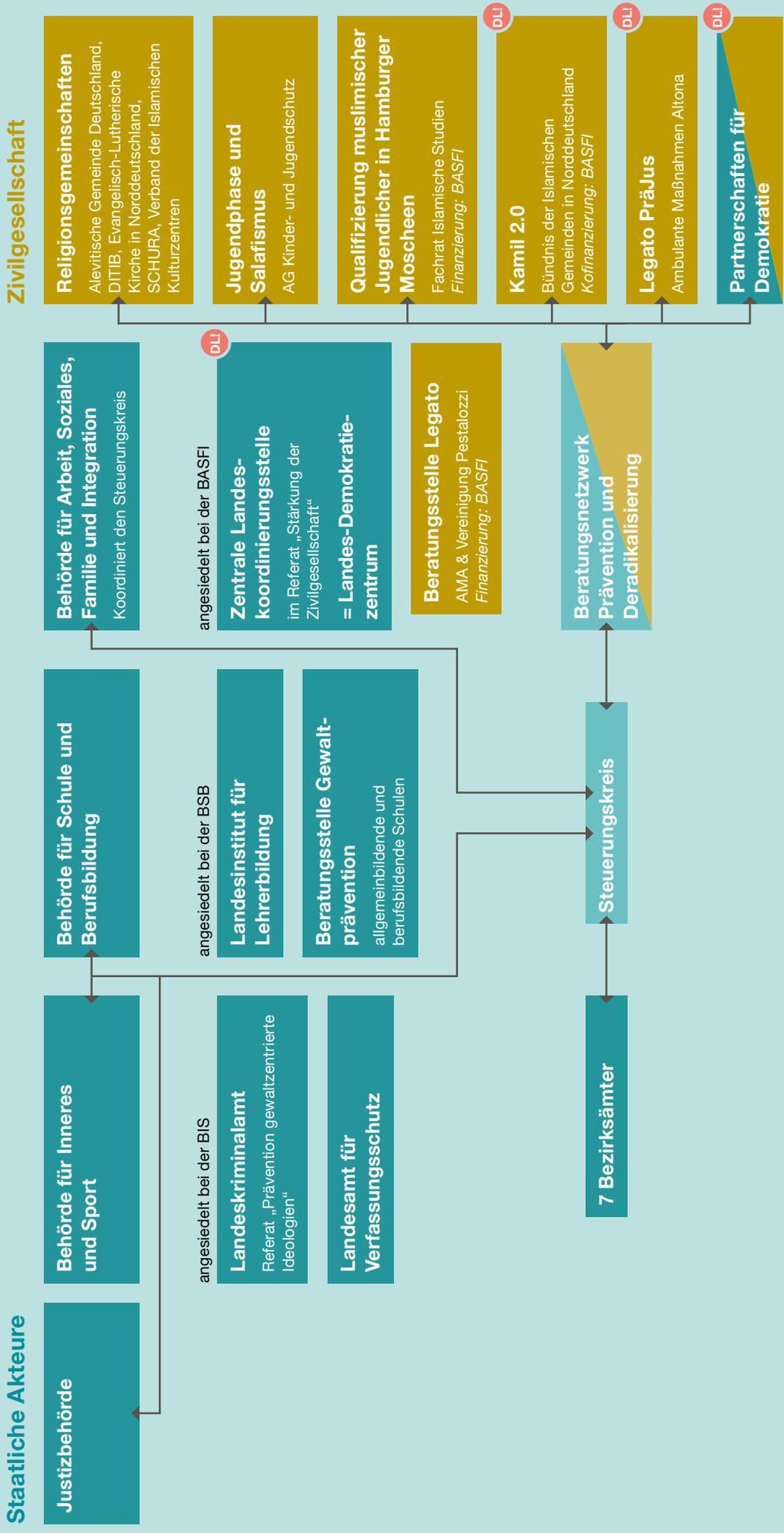
Islamismusprävention in Deutschland Akteure und Strukturen in Bund und Ländern

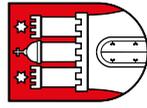
Diese Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb bietet erstmals eine systematische Übersicht über die Organisation der Präventionslandschaft im Bereich Islamismus in Deutschland und bildet den aktuellen Stand der Präventionsarbeit und ihrer Akteure ab.

Im bpb-Shop bestellen:
www.bpb.de/shop/infodienst-strukturen



Hamburg / Akteure und Organisation der Islamismusprävention





Hamburg



Seit 2014 richtet Hamburg seine Präventionsarbeit im Bereich Islamismus an einer landeseigenen Strategie aus. Das Konzept hat sich zwei originäre Ziele gesetzt: Zum einen sollen Muslim- und Islamfeindlichkeit und zum anderen religiös motivierter Extremismus und Salafismus bekämpft werden. An der Präventionsarbeit in Hamburg sind vier Landesbehörden beteiligt. Neben den behördlichen Partnern sind zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure feste Partner und Akteure in der Hamburger Präventionsarbeit. Sie stimmen sich im Rahmen des *Beratungsnetzwerks Prävention und Deradikalisierung* ab.



Islamismusprävention in Deutschland Akteure und Strukturen in Bund und Ländern

Diese Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb bietet erstmals eine systematische Übersicht über die Organisation der Präventionslandschaft im Bereich Islamismus in Deutschland und bildet den aktuellen Stand der Präventionsarbeit und ihrer Akteure ab.

Im bpb-Shop bestellen:

www.bpb.de/shop/infodienst-strukturen



Eine Publikation
des Infodienst
Radikalisierungs-
prävention

Hessen / Akteure und Organisation der Islamismusprävention

Staatliche Akteure

Ministerium der Justiz

Ministerium des Innern und für Sport

Landesprogramm Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus

angesiedelt beim HMdJ

NeDiS – Stabsstelle Netzwerk zur Deradikalisierung im Strafvollzug

angesiedelt beim HMdIS

Landespolizeipräsidentium

HKE – Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus

Koordiniert das Präventionsnetzwerk gegen Salafismus

Beratungsstelle Hessen

Violence Prevention Network

Landesamt für Verfassungsschutz

Landeskriminalamt

Frankfurter Ämternetzwerk gegen Extremismus
Stadt Frankfurt

PRO Prävention
Integrationsbüro Kreis Offenbach

DEXT
Fachstellen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention

Präventionsnetzwerk gegen Salafismus

Fachbeirat

- Alle Institutionen der Lenkungsgruppe
- Demokratiezentrum Hessen
- Ev. Kirche in Hessen
- Hess. Städte- und Gemeindebund
- Hess. Städtetag und Landkreistag
- Kommissariat der Kath. Bischöfe
- Landesjugendring
- Landesverband der Jüd. Gemeinden
- Liga der Freien Wohlfahrtspflege
- RP Gießen
- Universität Frankfurt
- Universität Marburg
- Muslim. Verbände und Institutionen

Lenkungsgruppe HKE

- Innen-, Justiz, Kultus- und Sozialministerium
- Landesamt für Verfassungsschutz
- Landeskriminalamt
- Landeszentrale für politische Bildung

Zivilgesellschaft

Demokratiezentrum Hessen / Beratungswerk Hessen

Universität Marburg
Kofinanzierung: LP HafDgE

Zukunftssichere Extremismusprävention durch Bildung in Hessen

Rumi imPuls
Finanzierung: LP HafDgE

Empowerment von Frauen und Mädchen durch Integration und Extremismusprävention

Rumi imPuls
Finanzierung: LP HafDgE

Protected

Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung
Finanzierung: LP HafDgE

Partnerschaften für Demokratie

KOGEX Hessen 2.0

Trägerverbund, u. a. Violence Prevention Network
Kofinanzierung: Ministerium der Justiz

Beratungsstelle Salafismus Wiesbaden

VIBIS – Verein für islamische Bildung, Integration und Seelsorge
Finanzierung: Stadt Wiesbaden

X-Dream

Jugendinitiative Spiegelbild
Finanzierung: Stadt Wiesbaden

Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam

Goethe-Universität Frankfurt am Main

The Game is not Over

Bildungsstätte Anne Frank
Finanzierung: Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft

DLI Gefördert durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“

— Abstimmung zwischen den Akteuren

--- Abstimmung im Rahmen des Präventionsnetzwerks

■ Staatliche Akteure

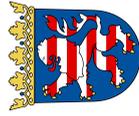
■ Zusammenschluss staatlicher Akteure

■ Zivilgesellschaftliche Akteure

■ Träger: staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure

■ Zusammenschluss staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure

LP HafDgE: Landesprogramm Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus



Hessen



Die zentralen Akteure der Prävention von Islamismus in Hessen sind das *Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE)* sowie das *Hessische Präventionsnetzwerk gegen Salafismus*. Die landesweiten Programme und Projekte zur Prävention und Intervention gegen verfassungfeindliche Bestrebungen werden phänomenübergreifend durch das *HKE* koordiniert. Der zivilgesellschaftliche Träger *Violence Prevention Network e. V.* ist mit der Umsetzung von Maßnahmen der Prävention, Intervention und Ausstiegsbegleitung im Rahmen der *Beratungsstelle Hessen* betraut, die aus Landesmitteln finanziert wird.



Islamismusprävention in Deutschland Akteure und Strukturen in Bund und Ländern

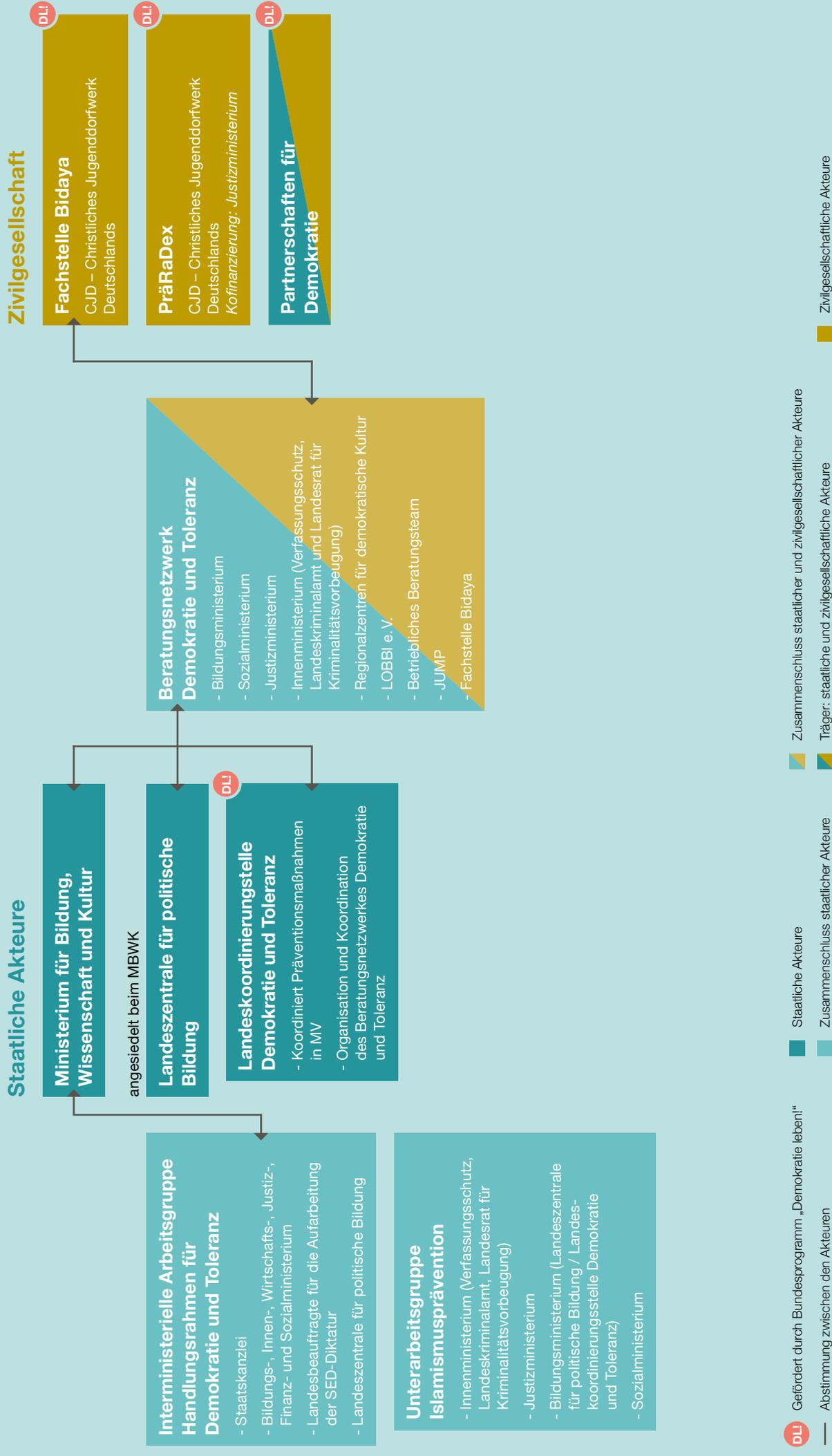
Diese Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb bietet erstmals eine systematische Übersicht über die Organisation der Präventionslandschaft im Bereich Islamismus in Deutschland und bildet den aktuellen Stand der Präventionsarbeit und ihrer Akteure ab.

Im bpb-Shop bestellen:
www.bpb.de/shop/infodienst-strukturen



Eine Publikation
des Infodienst
Radikalisierungs-
prävention

Mecklenburg-Vorpommern / Akteure und Organisation der Islamismusprävention





Mecklenburg- Vorpommern



Im Vergleich zu anderen Bundesländern spielt Islamismus in Mecklenburg-Vorpommern eine untergeordnete Rolle. Die Präventionsarbeit ist primär auf den Bereich Rechtsextremismus ausgerichtet. Eine landeseigene Präventionsstrategie zur Bekämpfung des religiös begründeten Extremismus befindet sich zurzeit in der Aufbauphase. Die Koordinierung der Islamismusprävention in Mecklenburg-Vorpommern wurde 2017 der *Landeskoordinierungsstelle Demokratie und Toleranz* übertragen, die in der *Landeszentrale für politische Bildung* angesiedelt ist. Wichtigster Akteur hierbei ist die *Fachstelle Bidaya – Prävention von religiös begründetem Extremismus*.



Islamismusprävention in Deutschland Akteure und Strukturen in Bund und Ländern

Diese Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb bietet erstmals eine systematische Übersicht über die Organisation der Präventionslandschaft im Bereich Islamismus in Deutschland und bildet den aktuellen Stand der Präventionsarbeit und ihrer Akteure ab.

Im bpb-Shop bestellen:

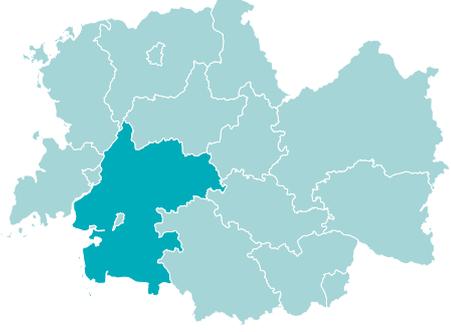
www.bpb.de/shop/infodienst-strukturen



Eine Publikation
des Infodienst
Radikalisierungs-
prävention



Niedersachsen



In Niedersachsen spielt die *Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen (KIP NI)* eine zentrale Rolle in der Präventionsarbeit gegen islamistischen Extremismus. Sie erarbeitete eine Präventionsstrategie, die die Aktivitäten einzelner Ressorts besser vernetzt. Die Geschäftsführung der KIP NI liegt gleichberechtigt beim *Landeskriminalamt* und beim *Niedersächsischen Verfassungsschutz*, beide sind dem *Innenministerium* unterstellt. Außerdem sind an der KIP NI das *Sozialministerium*, das *Kultusministerium*, das *Justizministerium* sowie nachgeordnete Behörden und Institutionen wie der *Landespräventionsrat* beteiligt.



Islamismusprävention in Deutschland Akteure und Strukturen in Bund und Ländern

Diese Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb bietet erstmals eine systematische Übersicht über die Organisation der Präventionslandschaft im Bereich Islamismus in Deutschland und bildet den aktuellen Stand der Präventionsarbeit und ihrer Akteure ab.

Im bpb-Shop bestellen:

www.bpb.de/shop/infodienst-strukturen



Eine Publikation
des Infodienst
Radikalisierungs-
prävention

Nordrhein-Westfalen

Akteure und Organisation der Islamismusprävention

Staatliche Akteure

Ministerium des Innern

angesiedelt beim MI

Verfassungsschutz

Wegweiser

25 Standorte
Verschiedene Träger

Aussteigerprogramm
Islamismus

Kommunen gegen
Extremismus

Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration

angesiedelt beim MKFFI

Abteilung Integration

Interministerielle
Arbeitsgruppe
Salafismusprävention

Gemeinsame
Leitung IMAG

Ministerium für Schule
und Bildung

Landesstelle Schul-
psychologie und
schulpsychologisches
Krisenmanagement

Ministerium für Kultur
und Wissenschaft

Landeszentrale für
politische Bildung (Lzpb)
Landeskoordinierungsstelle
= Landes-Demokratiezentrum

Ministerium für Heimat,
Kommunales, Bau und
Gleichstellung

Ministerium der Justiz

Zentrum für interkulturelle
Kompetenz der Justiz
NRW (ZIK)

Staatskanzlei

Ministerium der Finanzen

Zivilgesellschaft

Kompetenznetzwerk CoRE-NRW

Bonn International Center for Conversion
Finanzierung: Ministerium für Kultur und
Wissenschaft

Verschiedene vom MKW
geförderte Forschungsprojekte

Verschiedene von Demokratie
leben! geförderte Projekte

Partnerschaften für
Demokratie

Verschiedene von der Lzpb
NRW geförderte Projekte

Verschiedene vom MKFFI
geförderte Projekte

Beratungsnetzwerk Grenzgänger

IFAK – Verein für multikulturelle Kinder-
u. Jugendhilfe – Migrationsarbeit
Finanzierung: Bundesamt für Migration
und Flüchtlinge

HAYAT Bonn

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur
Finanzierung: Bundesamt für Migration
und Flüchtlinge

Staatliche Akteure

Zusammenschluss
staatlicher Akteure

Zivilgesellschaftliche Akteure

Träger: staatliche und
zivilgesellschaftliche Akteure

DLI Gefördert durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“

— Abstimmung zwischen den Akteuren



Nordrhein-Westfalen



Wichtige Akteure der Präventionsarbeit im Bereich Islamismus in Nordrhein-Westfalen sind die *Integrationsabteilung im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration* sowie die Abteilung *Verfassungsschutz im Ministerium des Innern*. Sie steuern gemeinsam die *Interministerielle Arbeitsgruppe Salafismusprävention*, der weitere Ministerien angehören. Vor allem die Programme *Wegweiser* und das *Aussteigerprogramm Islamismus API* sind maßgeblich für die sekundäre und tertiäre Präventionsarbeit. Darüber hinaus werden diverse weitere Projekte im Bereich Primärprävention von NRW-Ministerien gefördert oder umgesetzt.



Islamismusprävention in Deutschland Akteure und Strukturen in Bund und Ländern

Diese Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb bietet erstmals eine systematische Übersicht über die Organisation der Präventionslandschaft im Bereich Islamismus in Deutschland und bildet den aktuellen Stand der Präventionsarbeit und ihrer Akteure ab.

Im bpb-Shop bestellen:
www.bpb.de/shop/infodienst-strukturen



Eine Publikation
des Infodienst
Radikalisierungs-
prävention

Rheinland-Pfalz

/ Akteure und Organisation der Islamismusprävention

Staatliche Akteure

Ministerium für Bildung

Ministerium des Innern und für Sport

Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz

Runder Tisch Islam

angesiedelt beim BM

Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz

angesiedelt beim Mdi

Landeskriminalamt

Verfassungsschutz

Präventionsagentur gegen Extremismus

Leitstelle „Kriminalprävention“

Steuerungsgruppe Islamismus

angesiedelt beim MFFJIV

Referat 739: Demokratieförderung, Gewalt- und Extremismusprävention
Koordiniert die Präventionsarbeit

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung

Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz

Beratungsstelle Salam

Koordinierungsstelle DivAN
Kofinanzierung: MFFJIV

Zivilgesellschaft

Muslimische Organisationen
u. a. DITIB, Zentralrat der Muslime, Verband der Islamischen Kulturzentren

DLI
Wertraum – Demokratiebildung im Strafvollzug
Werkzeug
Kofinanzierung: Ministerium der Justiz

DLI
Modellprojekte (Konzeptionsphase)

DLI
Partnerschaften für Demokratie

DLI
Präventionsnetzwerk DivAN

DLI Gefördert durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Staatliche Akteure

Abstimmung zwischen den Akteuren

Zusammenschluss staatlicher Akteure

Zusammenschluss staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure

Träger: staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure

Zivilgesellschaftliche Akteure



Rheinland-Pfalz



Das Konzept zur *Verhinderung islamistischer Radikalisierung junger Menschen in Rheinland-Pfalz* beinhaltet neben sicherheitspolitischen und strafrechtlichen Maßnahmen vor allem gesellschaftspolitische und pädagogische Initiativen. Die Koordination liegt beim *Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz*. Das *Bildungs-* und das *Innenministerium* sowie das *Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung* sind weitere wichtige Akteure.



Islamismusprävention in Deutschland Akteure und Strukturen in Bund und Ländern

Diese Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb bietet erstmals eine systematische Übersicht über die Organisation der Präventionslandschaft im Bereich Islamismus in Deutschland und bildet den aktuellen Stand der Präventionsarbeit und ihrer Akteure ab.

Im bpb-Shop bestellen:
www.bpb.de/shop/infodienst-strukturen



Eine Publikation
des Infodienst
Radikalisierungs-
prävention

Saarland / Akteure und Organisation der Islamismusprävention

Staatliche Akteure

Landtag des Saarlandes

Ministerium für Inneres, Bauen und Sport

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Ministerium für Bildung und Kultur

angesiedelt beim Landtag

Landesinstitut für Präventives Handeln

angesiedelt beim MBS

Staats- und Verfassungsschutz

angesiedelt beim MSGFF

Landes-Demokratiezentrum
Koordiniert Präventionsmaßnahmen im Saarland

angesiedelt beim MBK

Landesinstitut für Pädagogik und Medien

Landeszentrale für politische Bildung

Zivilgesellschaft

Yallah! – Fach- und Präventionsstelle Islamismus und antimuslimischer Rassismus
FITT-Institut für Technologietransfer an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes
Kofinanzierung: Sozialministerium

Yallah Justiz – Radikalisierungsprävention im Strafvollzug Saar
FITT-Institut für Technologietransfer an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes

Check-In
Arbeiterwohlfahrt
Finanzierung: Landesmittel des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Glaubenssache Sport
Landessportverband

Partnerschaften für Demokratie

Regelmäßige Netzwerk- und AG-Sitzungen
Projekträger im Bundesprogramm DLI

- DLI Gefördert durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“
- Abstimmung zwischen den Akteuren

- Staatliche Akteure
- Zivilgesellschaftliche Akteure
- Zusammenschluss staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure
- Träger: staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure



Saarland



Im Saarland wird ein enger Kontakt von zivilgesellschaftlichen Trägern und Partnern mit staatlichen Akteuren in den Bereichen der Prävention und Deradikalisierung gepflegt. Dieser ständige Austausch ist zentraler Bestandteil der saarländischen Radikalisierungsprävention im Bereich Islamismus. Aktuell wird eine neue Netzwerkstruktur entwickelt, die diese Zusammenarbeit noch effizienter gestalten soll. Wichtigster Akteur der saarländischen Islamismusprävention ist dabei *Yallah! Fach- und Präventionsstelle Islamismus und antimuslimischer Rassismus*.



Islamismusprävention in Deutschland Akteure und Strukturen in Bund und Ländern

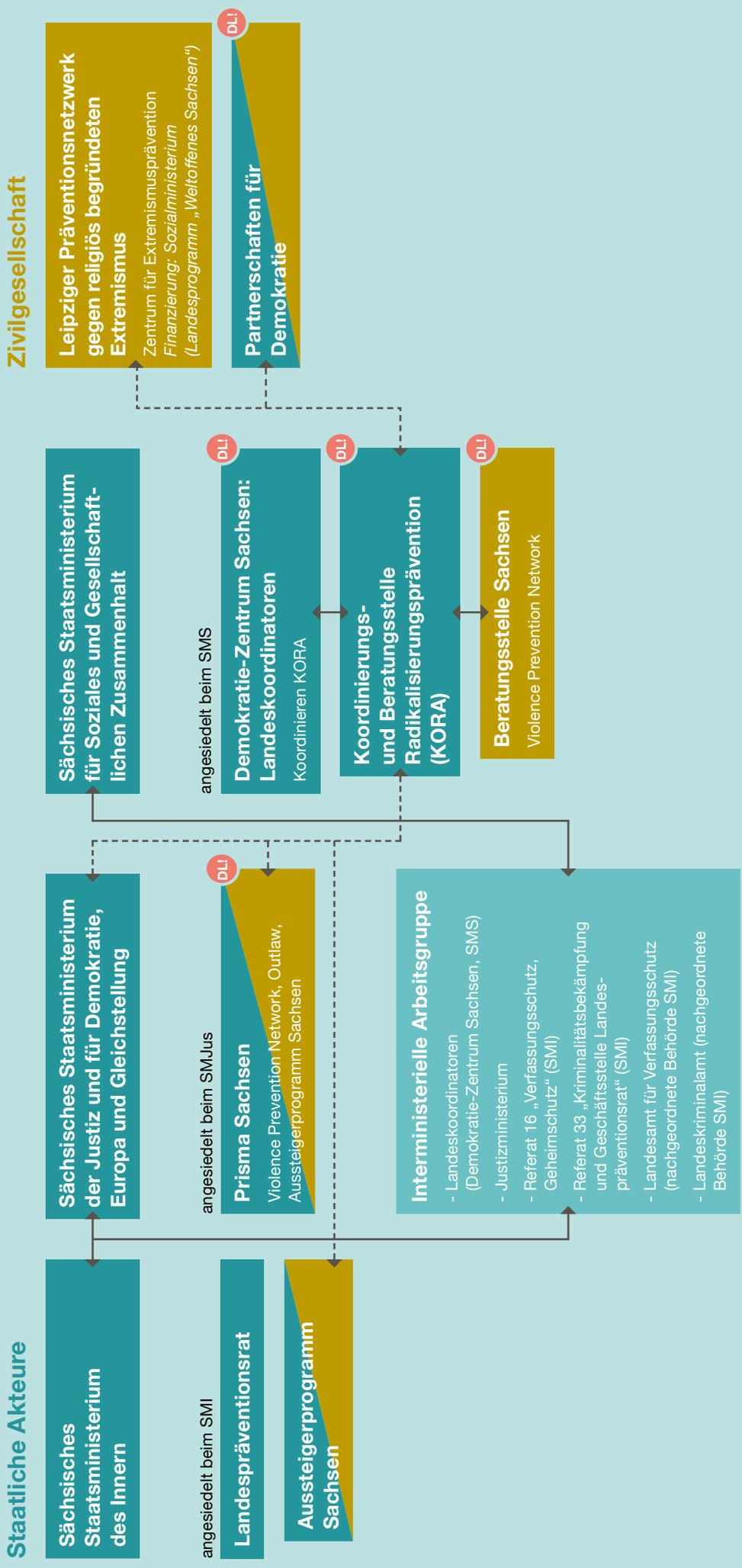
Diese Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb bietet erstmals eine systematische Übersicht über die Organisation der Präventionslandschaft im Bereich Islamismus in Deutschland und bildet den aktuellen Stand der Präventionsarbeit und ihrer Akteure ab.

Im bpb-Shop bestellen:
www.bpb.de/shop/infodienst-strukturen



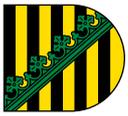
Eine Publikation
des Infodienst
Radikalisierungs-
prävention

Sachsen / Akteure und Organisation der Islamismusprävention

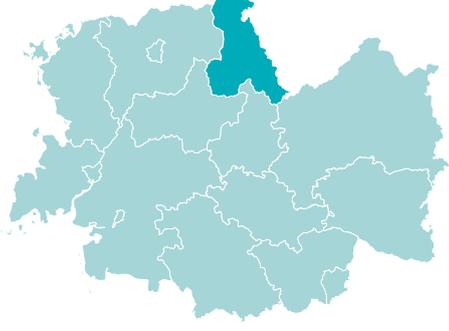


- DLI** Gefördert durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“
- Abstimmung zwischen den Akteuren
- Abstimmung zwischen den Akteuren im Rahmen von KORA

- Staatliche Akteure**
- Zivilgesellschaftliche Akteure**
- Träger: staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure**



Sachsen



Seit März 2017 arbeiten in Sachsen Akteure der Präventionsarbeit im Bereich Islamismus gemeinsam in einem Netzwerk, das sich der primären Prävention sowie der Intervention / Deradikalisierung widmet. Beteiligt sind drei Ministerien in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Trägern. Die Leitung und Koordination liegen beim *Demokratie-Zentrum Sachsen*, angesiedelt im *Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt*.



Islamismusprävention in Deutschland Akteure und Strukturen in Bund und Ländern

Diese Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb bietet erstmals eine systematische Übersicht über die Organisation der Präventionslandschaft im Bereich Islamismus in Deutschland und bildet den aktuellen Stand der Präventionsarbeit und ihrer Akteure ab.

Im bpb-Shop bestellen:
www.bpb.de/shop/infodienst-strukturen



Eine Publikation
des Infodienst
Radikalisierungs-
prävention

Sachsen-Anhalt / Akteure und Organisation der Islamismusprävention

Staatliche Akteure

angesiedelt beim MI
Ministerium für Inneres und Sport

angesiedelt beim MB
Landeszentrale für politische Bildung

angesiedelt beim MS
Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration

angesiedelt beim MI
Verfassungsschutz

angesiedelt beim MB
Landeszentrale für politische Bildung

angesiedelt beim MS
Landes-Demokratiezentrum Sachsen-Anhalt: Landeskoordinierungsstelle
 Koordiniert das Landespräventionsnetzwerk

Unterarbeitsgruppe (UAG) Islamismus / Salafismus
 Im Rahmen des interministeriellen Arbeitskreises zum Landesprogramm; steuert/berät das Landespräventionsnetzwerk

- Ministerium für Inneres und Sport (mit den Abteilungen Polizei und Verfassungsschutz)
- Ministerium für Justiz und Gleichstellung
- Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung
- Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration
- Ministerium für Bildung
- Landeszentrale für politische Bildung

Beirat des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit
 Berät die Landekoordinierungsstelle und das Landespräventionsnetzwerk

- Kommunale Akteure
- Zivilgesellschaftliche Akteure
- Religiöse Akteure
- Vertreter/-innen aller Ministerien sowie der Landeszentrale für politische Bildung

Landespräventionsnetzwerk Islamismus
 Teil des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit

Zivilgesellschaft

SALAM. Sachsen-Anhalt
 Multikulturelles Zentrum Dessau
Kofinanzierung: Landesministerium für Arbeit, Soziales und Integration

#unserhayat – unser Leben
 Multikulturelles Zentrum Dessau

Fachzentrum Radikalisierungsprävention in Vollzug & Straffälligenhilfe Sachsen-Anhalt
 Trägerverbund

Beratungsstelle HAYAT Deutschland
 ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur
Finanzierung: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Partnerschaften für Demokratie

DLI Gefördert durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“
 — Abstimmung zwischen den Akteuren

■ Staatliche Akteure
 ■ Zusammenschluss staatlicher Akteure

■ Zusammenschluss staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure
 ■ Träger: staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure

■ Zivilgesellschaftliche Akteure



Sachsen-Anhalt



In Sachsen-Anhalt arbeiten im *Landespräventionsnetzwerk Islamismus* Akteure auf Landes- und Kommunalebene mit zivilgesellschaftlichen Trägern zusammen – unter dem Dach des *Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit*. Die Koordination des *Landespräventionsnetzwerks Islamismus* ist dem *Landes-Demokratiezentrum* zugeordnet. Das Land kooperiert sowohl im Bereich der Prävention als auch der Intervention / Deradikalisierung mit zivilgesellschaftlichen Trägern. Maßgeblich ist hier das *Multikulturelle Zentrum Dessau e. V.* mit dem Projekt *SALAM. Sachsen-Anhalt*.

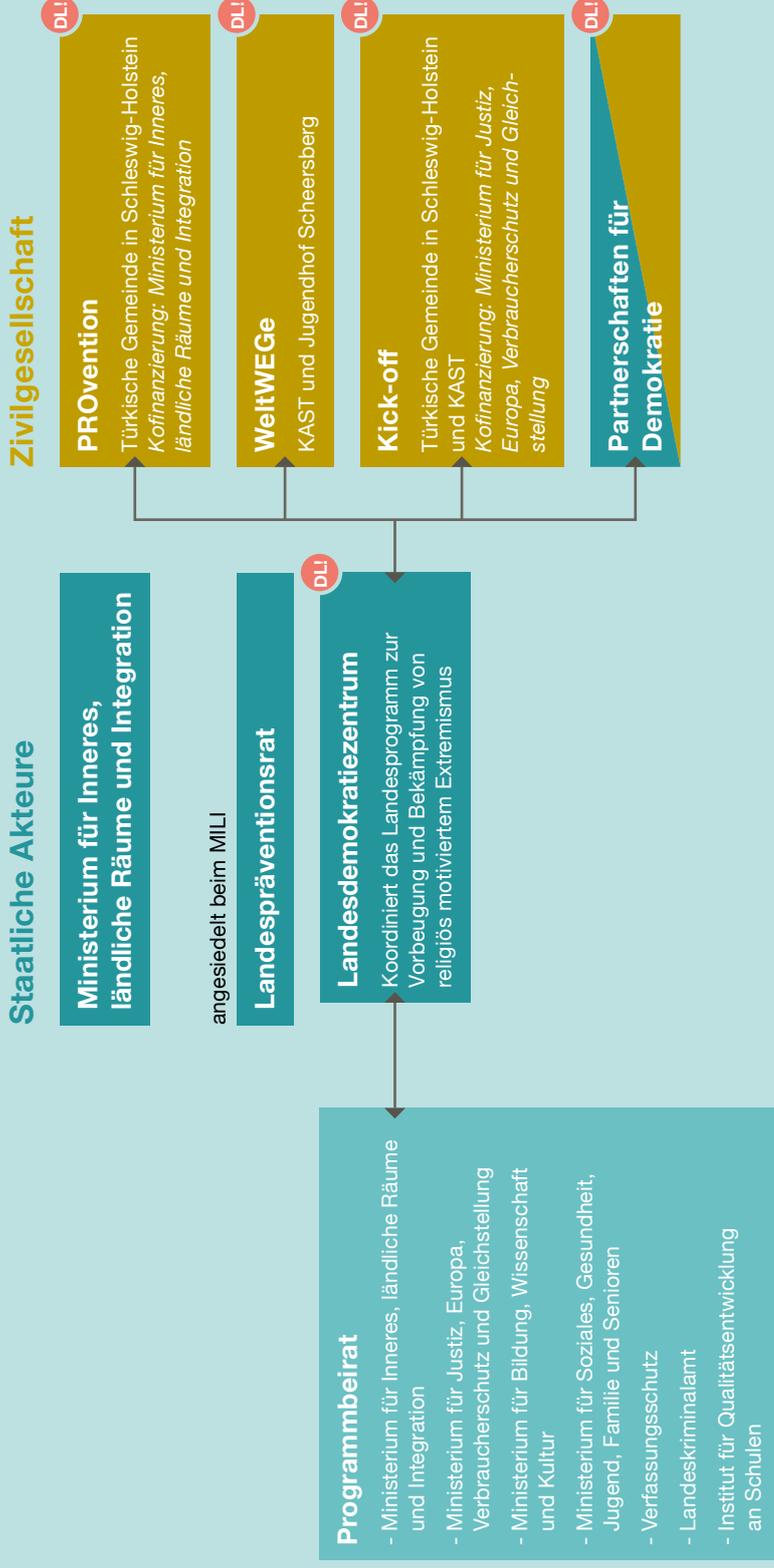


Islamismusprävention in Deutschland Akteure und Strukturen in Bund und Ländern

Diese Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb bietet erstmals eine systematische Übersicht über die Organisation der Präventionslandschaft im Bereich Islamismus in Deutschland und bildet den aktuellen Stand der Präventionsarbeit und ihrer Akteure ab.

Im bpb-Shop bestellen:
www.bpb.de/shop/infodienst-strukturen





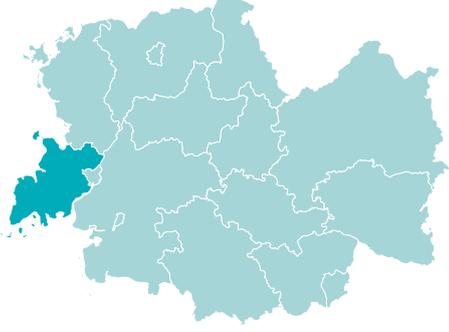
DLI Gefördert durch Bundesprogramm „Demokratie leben!“
 — Abstimmung zwischen den Akteuren

■ Staatliche Akteure
 ■ Zusammenschluss staatlicher Akteure

■ Zivilgesellschaftliche Akteure
 ■ Träger: staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure



Schleswig-Holstein



Die Präventionsarbeit im Bereich Islamismus in Schleswig-Holstein beruht auf dem *Landesprogramm zur Vorbeugung und Bekämpfung von religiös motiviertem Extremismus*, das 2015 vom Landtag beschlossen wurde. Sie wird vom *Landesdemokratiezentrum beim Landespräventionsrat (Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration)* koordiniert und von zivilgesellschaftlichen Akteuren umgesetzt.



Islamismusprävention in Deutschland Akteure und Strukturen in Bund und Ländern

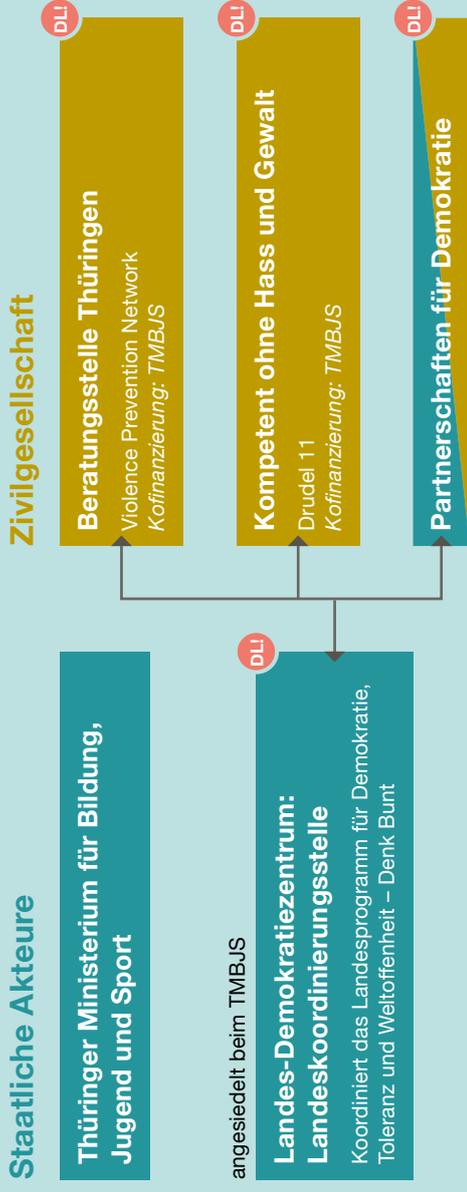
Diese Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb bietet erstmals eine systematische Übersicht über die Organisation der Präventionslandschaft im Bereich Islamismus in Deutschland und bildet den aktuellen Stand der Präventionsarbeit und ihrer Akteure ab.

Im bpb-Shop bestellen:
www.bpb.de/shop/infodienst-strukturen



Eine Publikation
des Infodienst
Radikalisierungs-
prävention

Thüringen / Akteure und Organisation der Islamismusprävention





Thüringen



Besonders die Arbeit der *Beratungsstelle Thüringen*, die durch *Violence Prevention Network e. V. (VPN)* umgesetzt wird, prägt die Präventionsarbeit im Bereich Islamismus in Thüringen. Die *Beratungsstelle* bietet Coachings und Fortbildungsveranstaltungen im Themenfeld Islam sowie der Prävention von religiös begründetem Extremismus an. Unterstützt wird die *Beratungsstelle* vom *Thüringer Landes-Demokratiezentrum* im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!*



Islamismusprävention in Deutschland Akteure und Strukturen in Bund und Ländern

Diese Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb bietet erstmals eine systematische Übersicht über die Organisation der Präventionslandschaft im Bereich Islamismus in Deutschland und bildet den aktuellen Stand der Präventionsarbeit und ihrer Akteure ab.

Im bpb-Shop bestellen:
www.bpb.de/shop/infodienst-strukturen



Eine Publikation
des Infodienst
Radikalisierungs-
prävention



Nächste Stichwort suchen



HERAUSFORDERUNG ISLAMISMUS

Infodienst Radikalisierungsprävention



Was kann man gegen Radikalisierung tun? Wie kann man junge Menschen stärken, die möglicherweise radikalierungsgefährdet sind? Wie kann der Ausstieg aus radikalen Gruppen gelingen?

Der Infodienst Radikalisierungsprävention bietet Hintergrundwissen, pädagogische Materialien, einen Newsletter und eine Übersicht mit Beratungsangeboten. Unter anderem für Schule, Sozialarbeit, Beratungsstellen oder für Behörden. [Weitere Informationen über den Infodienst finden Sie hier.](#)

Aktuell im Infodienst



Marc Allroggen

Psychische Störungen im Kontext Radikalisierung



Hazim Fouad

Innermuslimische Salafismuskritik



Silke Baer, Anna Groß und Marie Jäger

Phänomenübergreifende Jugendkulturarbeit



Kim-Lisa Backer und Tobias Meilicke

Umgehen mit Kindern aus salafistisch geprägten Familien

Radikalisierungsprävention

- > Newsletter: Abonnieren & Archiv
- > Alle neuen Beiträge
- > Übersicht Anlaufstellen
- > Pädagogische Praxis in Schule und Jugendarbeit
- > Beratungspraxis & Fallmanagement
- > Radikalisierung: Gründe & Verlauf
- > Ausstiegspraxis & Rückkehrer
- > Lokale & internationale Ansätze
- > Szene: Akteure & Propaganda
- > Grundbegriffe & Definitionen
- > Forschung & Qualitätssicherung
- > Termine & Stellenangebote
- > Materialien: Pädagogik & Multimedia
- > FAQ – Häufig gestellte Fragen
- > Über den Infodienst

Newsletter Infodienst

Bleiben Sie auf dem Laufenden im Arbeitsfeld Radikalisierungsprävention! Aktuelle Termine, News, Materialien, Videos und alle neuen Beiträge im Infodienst – alle sechs Wochen per E-Mail.

E-Mail:

Social Media



Weitere Angebote

- 17juni53.de
- chronik-der-mauer.de
- kinofenster.de
- wir-waren-so-frei.de
- chotzen.de
- jugendopposition.de
- spielbar.de



Ob Bund, Länder oder Kommunen, ob staatliche oder zivilgesellschaftliche Akteure: Sie alle verfolgen das gleiche Ziel – die Prävention und Bekämpfung von extremistischem Islamismus in Deutschland. Dabei ist es schwierig, in einem dynamischen Arbeitsfeld wie der Islamismusprävention den Überblick zu behalten:

- Welche Programme zur Islamismusprävention haben Bund und Länder aufgelegt?
- Welche zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteure sind aktiv?
- Wem kommt welche Aufgabe in der Präventions-, Interventions- und Deradikalisierungsarbeit zu?
- In welchen Gremien tauschen sich die Akteure aus, und wie ist die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Akteuren geregelt?

Diese Publikation bietet erstmals eine systematische Übersicht über die Organisation der Präventionslandschaft im Bereich Islamismus in Deutschland und bildet den aktuellen Stand der Präventionsarbeit und ihrer Akteure ab. Sie hilft Fachleuten dabei, angesichts komplexer Strukturen der Zuständigkeiten und Zusammenarbeit den Überblick zu behalten, schneller an die benötigten Informationen zu gelangen und ihre jeweiligen Netzwerk- und Ansprechpartner rasch zu identifizieren. Die Publikation bietet Links zu den zentralen Akteuren der Islamismusprävention aller Bundesländer und Überblicksgrafiken der Strukturen in Bund und Ländern.

